This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

[redacted]

STANFORD

STANFORD

Teutſche Staatskanzley.

Von

D. Johann Auguſt Reuß,

Herzogl. Würtemberg. Regierungsrath und Lehrer des teutſchen Staatsrechts an der Karlshohenſchule zu Stuttgardt.

XXXIV. Theil.

Ulm, 1796.

auf Koſten der Stettiniſchen Handlung.

Auch in diesen wurde ein Dekret der Nationalversammlung nach dem andern gewaltsam zur Vollziehung gebracht. Noch gab der Herzog absichtlich gelinderen Maasregeln den Vorzug. Nachdem aber Vorstellungen und Verwahrungen bey dem Ministerio in Paris immer fruchtlos blieben, und endlich gar die neue Einrichtung der Municipalitätverfassung eingeführt wurde, die sich freylich mit dem ältern System der durch besondere Verträge und Lettres patentes beschränkten Landeshoheitsrechte der teutschen Fürsten und Stände am wenigsten zu vertragen schien: so blieb auch dem Herzog von Zweibrücken nichts anders übrig, als sich ebenfalls an andere Stände anzuschliessen, welche die Unterstützung des Kaisers und Reichs angerufen hatten. Er wandte sich nämlich an des Kaisers Majestät in einem am 26 Jänner 1791 erlassenen Schreiben und lies auch auf der Reichsversammlung ein kurzes Promemoria austheilen. Jenes wurde mittelst des Kais. Kommissionsdekrets vom 26 und dict. 30 April 1791 der Reichsversammlung mitgetheilt, und dieses kam nebst einem gesandschaftlichen Begleitungsschreiben des Grafen von Seinsheim am 26 März 1791 zur Diktatur.

Der

Erſter Abſchnitt.

Von den Beſchwerden des Herzogs zu Pfalz-Zweibrücken wider die Schlüſſe der franzöſ. Nationalverſammlung.

Unter den teutſchen Reichsſtänden, welche im Elſaß begütert ſind, hatte ſich der Herzog von Zweibrücken vorzüglich die Hoffnung gemacht, daß ſeine Lande im Elſaß, der ergangenen Nationalſchlüſſe ungeachtet, mit den zerſtörenden Folgen derſelben verſchont bleiben würden. Dieſer Fürſt hatte ſelbſt von dem König die beruhigendſten Verſicherungen erhalten, und hoffte daher wenigſtens auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen, wozu derſelbe vor andern geneigt zu ſeyn ſchien, ſeinen Zweck zu erreichen. Der alles mit ſich fortreiſſende Strom ließ aber auch die zweibrückiſchen Herrſchaften und Aemter im Elſaß nicht zurück.

Auch in dieſen wurde ein Dekret der Nationalverſammlung nach dem andern gewaltſam zur Vollziehung gebracht. Noch gab der Herzog abſichtlich gelinderen Maasregeln den Vorzug. Nachdem aber Vorſtellungen und Verwahrungen bey dem Miniſterio in Paris immer fruchtlos blieben, und endlich gar die neue Einrichtung der Municipalitätverfaſſung eingeführt wurde, die ſich freylich mit dem ältern Syſtem der durch beſondere Verträge und Lettres patentes beſchränkten Landeshoheitsrechte der teutſchen Fürſten und Stände am wenigſten zu vertragen ſchien: ſo blieb auch dem Herzog von Zweibrücken nichts anders übrig, als ſich ebenfalls an andere Stände anzuſchlieſſen, welche die Unterſtützung des Kaiſers und Reichs angerufen hatten. Er wandte ſich nämlich an des Kaiſers Majeſtät in einem am 26 Jänner 1791 erlaſſenen Schreiben und lies auch auf der Reichsverſammlung ein kurzes Promemoria austheilen. Jenes wurde mittelſt des Kaiſ. Kommiſſionsdekrets vom 26 und dict. 30 April 1791 der Reichsverſammlung mitgetheilt, und dieſes kam nebſt einem geſandſchaftlichen Begleitungsſchreiben des Grafen von Seinsheim am 26 März 1791 zur Diktatur.

Der

Der Herzog blieb jedoch auch jetzt noch in den Gränzen einer vorzüglichen Mäßigung gegen Frankreich, um ſich den Weg zu gütlichen Unterhandlungen nicht zu verſchlieſſen. Nicht nur hat dieſer Hof in den erwähnten Aufſätzen an des Kaiſers Majeſtät und die Reichsverſammlung ſich aller umſtändlichen Ausführung, ſo wie aller harten Aeuſſerung gegen die neue Ordnung oder Unordnung der Dinge in Frankreich ſorgfältig enthalten, ſondern er iſt auch am Ende ſeines Promemoria ſo weit gegangen, was in der damaligen Zeit beynahe zum Verbrechen geworden war, daß er ſeine Bereitwilligkeit zu gütlicher Beylegung der ausgebrochenen Irrungen ausdrücklich zu erkennen gab, indem er ſeiner Bitte um Beförderung der Berathſchlagung die nähere Beſtimmung gab; „damit die betheiligten Reichsſtände nach den von Reichswegen zu beliebenden Maasregeln ſich ferner zu benehmen in Stand geſetzt würden, es mögen nun letztere auf die gänzliche Widerherſtellung der durch die franzöſiſche Nationalverſammlung gekränkten reichsſtändiſchen Gerechtſame in Lothringen und im Elſaß, oder auf eine gütliche Uebereinkunft abzielen.“

Wie wenig aber damal die Idee von gütlicher Uebereinkunft oder von Entschädigung auf der Reichsversammlung Eingang gefunden, und wie sehr vielmehr das entgegengesetzte System herrschend geworden sey, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Hier folgen nun die wenigen Aktenstücke, worinn der Pfalzzweibrückische Hof sich an den Kaiser und die Reichsversammlung gewendet hat:

I.

Schreiben des Herzogs von Zweibrücken an den Kaiser vom 26 Jänner 1791.

(Vid. Beyl. zu dem Kais. Kommissionsdekret Nr. 15. S. 38.)

II.

Dictatum Ratisbonae die 26 Martii 1791 p. Moguntinum.

Promemoria Namens Sr. des regierenden Hrn. Herzogs zu Pfalz-Zweybrücken Hochfürstlichen Durchlaucht, in Betreff Höchstdero Besitzungen im Elsaß *).

Seit dem Westphälischen Frieden haben die im Elsaß gelegene Pfalzzweybrückische Besitzungen

*) Zweybrücken, gedruckt bey Peter Hallanzy, Hofbuchdrucker, 1791. ein Bogen in Fol.

gen gleiches Schickſal mit denen übrigen in ſo-
chaner Provinz begriffenen Reichsſtändiſchen
Landen erfahren.

Nach dem deutlichen Inhalt §. 87. des Münſterer Friedens blieben denen Pfalzgrafen die Rechte der Reichsunmittelbarkeit und die Ausübung der Landeshoheit in ihrem ganzen Umfang vorbehalten. Es iſt aber reichskündig, wie bald hernach die Krone Frankreich, durch die berüchtigte Reunionen, die derſelben geſchehene Abtrettung der obern und untern Landgrafſchaft Elſaß auszudehnen befliſſen geweſen.

In dem darauf zu Ryßwick im Jahr 1697 geſchloſſenen Frieden wurden die Rechte des Chur- und Fürſtl. Pfalzbayeriſchen Geſammthauſes auf das neue gerettet und bekräftiget. Nach dem 9 und 10ten Artikel hätten die Pfalzgrafen in die Herrſchaft Biſchweiler, als ein Beſtandtheil des alten Herzogthums Zweybrücken, in die Grafſchaft Lützelſtein, als zur Nachlaſſenſchaft des Pfalzgrafen Leopold Ludwig zu Veldenz gehörig, und aus beyden Gründen auch in die Herrſchaft Guttenberg, mit den nemlichen Rechten, wie ſolche in dem Münſterer Frieden vorbehalten waren, wiederum eingeſetzt werden ſollen: und in Anſehung derer Aemter Selz und Hagenbach, als Beſtandtheilen des Oberamts Germersheim, ſchrieb Art. 8. zu Gunſten des Churfürſten von der Pfalz ein gleiches vor.

Das Recht der Reichsunmittelbarkeit und die ohnumschränkte Ausübung der Landeshoheit in dessen Besitzungen im Elsaß gebührte also dem Chur- und Fürstlich Pfälzischen Gesammthauß ohnstreitig. Wann demnach die Lage der Sachen die Pfalzgrafen nach dem Vorgang anderer Reichsstände bewogen, der Krone Frankreich die königliche Oberherrschaft in sothanen Landen zuzugestehen, und verschiedene Einschränkungen der Landeshoheit nachzugeben, so geschahe dieses nicht anderst, als durch eine freywillige Entsagung auf die Verbindlichkeit, welche der König in obbenannten beyden Friedensschlüssen übernommen gehabt. Allein dadurch, daß die Pfalzgrafen mit der Krone Frankreich über gewisse Schranken der Landeshoheit sich vereinigt, haben dieselbe keineswegs die Befugniß, solche noch enger nach bloser Willkühr einseitig einzuschränken, viel weniger sothane Landeshoheit ganz und gar zu vernichtigen zugestanden.

Des regierenden Herrn Herzogs zu Pfalzzweybrücken Hochfürstliche Durchlaucht, Höchst welche von der ersten Zusammenberufung der Stände in Frankreich an, von Sr. Allerchristlichsten Majestät die beruhigendeste Versicherung erhalten hatten, daß Höchst Dero Rechte und Gerechtsame unverletzt bleiben sollten, waren dahero äusserst befremdet, als die bekannte Schlüsse der Nationalversammlung auch in denen Pfalzzweybrücklischen Besitzungen im Elsaß vollzogen zu werden beginnten.

Höchst

Höchſt Dieſelbe haben bis jetzt die Gerechtſame Ihres Hauſes mit gebührender Entſchloſſenheit durch ſtandhafte an des Königs in Frankreich Majeſtät gerichtete Vorſtellungen und durch öffentliche Proteſtationen zu vertheidigen und zu retten geſucht.

Nachdeme aber Ihre und der übrigen Reichsſtände Lage nach und nach und beſonders durch die ohnlängſt erfolgte Errichtung der neuen Municipalitäten und die Wahl der neuen Richter, bedenklicher geworden, ſo haben Se. Herzogliche Durchlaucht durch ein unterm 26ten Jenner dieſes Jahrs an Allerhöchſt Ihro Kayſerliche Majeſtät, als des Reichs Oberhaupt, erlaſſenes Schreiben davon die Anzeige gethan, und Allerhöchſt Dieſelbe erſucht, dieſe täglich dringender werdende Angelegenheit zur baldigſt möglichen Berathſchlagung des verſammelten Reichs zu bringen, damit die betheiligte Reichsſtände nach denen von Reichs wegen zu beliebenden Maaßregeln ſich ferner zu benehmen, in Stand geſetzt würden, es mögen nun letztere auf die gänzliche Wiederherſtellung der durch die franzöſiſche Nationalverſammlung gekränkten reichsſtändiſchen Gerechtſamen in Lothringen und im Elſaß, oder auf eine gütliche Uebereinkunft abzielen.

Ihro Herzogliche Durchlaucht zweifeln nicht, Ihro Kayſerliche Majeſtät werden hierinnen dem Wunſch der betheiligten Reichsſtände zu

Zweyter Abschnitt.

Von den Beschwerden der gefürsteten Aebtissin und des Kapitels zu Andlau wider die französische Nationalschlüsse.

Von diesem Stifte ist mir nicht bekannt, daß sich dasselbe auch an die allgemeine Reichsversammlung gewendet habe. An des Kaisers Majestät aber hat dasselbe nach widerbesetztem Kaiserthron, am 9 Dec. 1790 ohne eine umständlichere Ausführung ihrer Rechte beyzufügen, folgendes Schreiben erlassen:

(Vid. Beyl. zum KKommiss. Dekr. Nr. 10. S. 29.)

Dritter Abschnitt.

Von den Beschwerden der Prämonstratenser Abtey Wadgassen wider die Schlüsse der französischen Nationalversammlung.

Auch die an der Saar gelegene Prämonstratenser Abtey Wadgassen hatte bey der strengen Vollziehung der französischen Nationalschlüsse

tionalſchlüſſe nichts geringerem, als ihrer gänzlichen Auflöſung entgegen zu ſehen. Zwar glaubte dieſelbe anfänglich beſondere Gründe für ſich zu haben, welche ihre Exiſtenz wider die tobenden Stürme ſchützen ſollten. Dieſes vor ſiebenthalb Jahrhunderten an die Stelle des ehemaligen königlichen Mayerhofes Wadegozingen erbaute Kloſter iſt nämlich, nur die zwo Ortſchaften Lisdorf und Ensdorf ausgenommen, als welche, in Abſicht auf die Souverainität, ſchon ſeit dem Ryßwicker Frieden der Krone Frankreich reunirt blieben, erſt durch den Tauſchvertrag zwiſchen der Krone Frankreich und dem Fürſten zu Naſſau-Saarbrücken im Jahr 1766 unter die franzöſiſche Souverainität gekommen, und zwar auf eine Art unter dieſelbe gekommen, wodurch freylich die Fortdauer ihres Daſeyns nicht nur, ſondern auch ihrer Rechte und Freyheiten hinlänglich geſichert zu ſeyn ſchien, das Haus Naſſau hatte nämlich bey weitem nicht den vollen Umfang aller Landeshoheitrechte über dieſes Kloſter. Die mit der Schirmgerechtigkeit deſſelben verbundene Landeshoheit war vielmehr theils durch den Zuſtand des Entſcheidjahres 1624, theils durch kammergerichtliche Erkenntniſſe, theils durch Verträge zwiſchen dem Hauſe

Naſſau

Nassau und dem Kloster selbst auf mannigfaltige Art gemäßigt und nur auf gewisse bestimmte Rechte beschränkt, wie in dem Promemoria umständlich ausgeführt ist, welches unten abgedruckt werden wird. Da nun erwähnte Tauschtractaten zu Stande kamen, so wurden zwar im 22 Art. des Vertrages von dem Fürsten zu Nassau an den König und die Krone Frankreich die Obergrundherrlichkeit, die Gerichtsbarkeit, die Stiftungs-Ehrenvorzüge und alle andere Rechte übergeben und abgetreten, welche ihm über die Abtey Wadgassen, wie auch über die an dem linken Ufer der Saar liegenden Dörfer, Höfe und Zubehörungen dieser Abtey zustunden, und es kam also dasselbe wirklich unter die französische Bottmäßigkeit, wie es vorher unter der Nassauischen Hoheit gestanden war, soviel nämlich das Kloster selbst, und die am linken Saarufer gelegene Besitzungen desselben betrifft. Es geschah aber dieß unter der ausdrücklichen Bedingung von Seiten des Fürsten:

„Daß gedachte Abtey fernerhin unter seiner Majestät Bottmäßigkeit die verschiedenen Gerechtsame, Privilegien, Ausnahmen und Befreyungen fort genieſſen solle, welche selbige sowohl vermög ihrer Stif-

Stiftung und der zu verſchiedenen Zeiten zwiſchen dem Haus Naſſau, und gedachter Abtey errichteten Verträgen und Vergleichen, namentlich derjenigen von 1729 und 1759, als auch in Gefolg der bey dem Kaiſerlichen Kammergericht ergangenen Sprüche und Urtheile, welche in dem nämlichen Vertrage von 1729 angeführt ſind, und wovon beglaubte Abſchriften von dem Naſſauiſchen Commiſſario, Herrn Stutz, producirt worden, hergebracht hat."

Wie dieſe Verwahrung nicht nur dem Weſentlichen nach gleich beym Anfang der Unterhandlungen eröffnet, ſondern auch mit den angeführten Worten dem Vertrag ſelbſt einverleibt worden iſt.

Der Abt und das Kapitel, da ſie mittelſt eines Konventsſchluſſes am 10 Dec. 1766 ihre feyerliche Einwilligung ertheilten, thaten ſolches ebenfalls unter der Verwahrung aller bis dahin beſeſſenen Rechte, Beſitzungen, Freyheiten und Vorzüge. Der König ſelbſt hat dieſen Vorbehalt ohne Anſtand genehmigt, und in dem oben erwähnten Art. XXII. des Tauſchvertrages der Abtey „ſämtliche Rechte, Privi-

„legien,

„legien, Befreyungen, Immunitäten, Freyheit „und Gerichtsbarkeit bestätigt, welche ihr ver„mög gedachter kammergerichtlichen Urtheile „und der in gegenwärtigem Artikel angeführ„ten Verträge und Vergleiche zuständig sind, „um unter der französischen Bottmäßigkeit, „selbige auf eben die Art zu besitzen, wie sie „solche unter der Reichsbottmäßigkeit besessen „hat.“

Auch wurde der oben angeführte Konventsschluß von dem König mit Zufriedenheit aufgenommen und die königliche Versicherung mittelst eines Ministerialschreibens an den Abt vom 21 Dec. 1766 erneuert.

Das Kloster Wadgassen ist also kein ursprünglich unter französischer Hoheit gestandenes Stift. Der Tauschvertrag von 1766, die freye Einwilligung des Klosters, die darauf erfolgte verbindliche Erklärung und Bestätigung des Königs, und die Genehmigung des Kaisers und Reichs machen zugleich den bedingten Subjektionsvertrag des Klosters aus.

Dieses könnte also freylich — wenn Rechtsgründe von Würkung wären — sagen, der Vorbehalt und die Versicherung des ganzen Um-

Umfangs seiner Rechte, Freyheiten und Vorzüge sey die Bedingung, unter welcher die französische Hoheit über das Kloster und dessen Subjektion unter dieselbe ihr Daseyn erlangt habe. Jene existire gar nicht anders, als unter dieser Bestimmung, welche dem Kloster seine Rechte und Freyheiten auf ewig sicher stelle. Aber was nützen hier Rechtstheorien, wo Umstürzung aller bißherigen innern Staatsverhältnisse der Verwürklichung eines philosophischen Ideals von Staatsverfassung zur Grundlage dienen mußte.

Inzwischen verschafften dann doch die besondern Verhältnisse, welche bey diesem Kloster eintraten, den Vorstehern und den Gliedern desselben auf einige Zeit eine günstigere Aussicht. Der Prälat selbst begab sich nach Paris, um die Angelegenheit des ihm anvertrauten Klosters zu betreiben, und sein Daseyn zu retten. Das unter Z. 1. beygefügte Memoire, welches nachher auch zu Regensburg distribuirt worden ist, wurde zu diesem Gebrauch entworfen. Aber jene heitere Aussicht wurde bald nicht wenig umwölkt, und die Verfügung der Inventarisation aller Güter und Einkünfte des Klosters liessen dem Klosterpersonal über sein nahes Schicksal keine grosse Zweifel mehr

übrig.

„legien, Befreyungen, Immunitäten, Freyheit „und Gerichtsbarkeit bestätigt, welche ihr ver„mög gedachter kammergerichtlichen Urtheile „und der in gegenwärtigem Artikel angeführ„ten Verträge und Vergleiche zuständig sind, „um unter der französischen Bottmäßigkeit, „selbige auf eben die Art zu besitzen, wie sie „solche unter der Reichsbottmäßigkeit besessen „hat.“

Auch wurde der oben angeführte Konventsschluß von dem König mit Zufriedenheit aufgenommen und die königliche Versicherung mittelst eines Ministerialschreibens an den Abt vom 21 Dec. 1766 erneuert.

Das Kloster Wadgassen ist also kein ursprünglich unter französischer Hoheit gestandenes Stift. Der Tauschvertrag von 1766, die freye Einwilligung des Klosters, die darauf erfolgte verbindliche Erklärung und Bestätigung des Königs, und die Genehmigung des Kaisers und Reichs machen zugleich den bedingten Subjektionsvertrag des Klosters aus.

Dieses könnte also freylich — wenn Rechtsgründe von Würkung wären — sagen, der Vorbehalt und die Versicherung des ganzen

Um-

Umfangs ſeiner Rechte, Freyheiten und Vorzüge ſey die Bedingung, unter welcher die franzöſiſche Hoheit über das Kloſter und deſſen Subjektion unter dieſelbe ihr Daſeyn erlangt habe. Jene exiſtire gar nicht anders, als unter dieſer Beſtimmung, welche dem Kloſter ſeine Rechte und Freyheiten auf ewig ſicher ſtelle. Aber was nützen hier Rechtstheorien, wo Umſtürzung aller bißherigen innern Staatsverhältniſſe der Verwürklichung eines philoſophiſchen Ideals von Staatsverfaſſung zur Grundlage dienen mußte.

Inzwiſchen verſchafften dann doch die beſondern Verhältniſſe, welche bey dieſem Kloſter eintraten, den Vorſtehern und den Gliedern deſſelben auf einige Zeit eine günſtigere Ausſicht. Der Prälat ſelbſt begab ſich nach Paris, um die Angelegenheit des ihm anvertrauten Kloſters zu betreiben, und ſein Daſeyn zu retten. Das unter Z. 1. beygefügte Memoire, welches nachher auch zu Regensburg diſtribuirt worden iſt, wurde zu dieſem Gebrauch entworfen. Aber jene heitere Ausſicht wurde bald nicht wenig umwölkt, und die Verfügung der Inventariſation aller Güter und Einkünfte des Kloſters lieſſen dem Kloſterperſonal über ſein nahes Schickſal keine groſſe Zweifel mehr

übrig.

übrig. In dieser Noth schien ihm noch das einige Rettungsmittel zu seyn, sich an das Oberhaupt des teutschen Reichs und dessen ständische Versammlung zu wenden, und im äussersten Fall schien die Vorsehung diesem Kloster auf teutschem Grund und Boden, auf welchem altes Herkommen noch etwas besser gedeiht, noch einen Zufluchtsort zu einem neuen Etablissement vorbehalten zu haben.

Die Güter und Einkünfte des Klosters auf der rechten Seite der Saar litten durch jenen Tauschvertrag keine Veränderung. Der Abt besaß dieselbe noch unter denselben Verhältnissen, unter welchen sie von dem Kloster vor dem Subjectionsvertrag mit Frankreich besessen worden waren. Was war natürlicher, als der Gedanke, im schlimmsten Fall, den man nun schon als würklich annehmen durfte, sich auf teutschen Boden zu verpflanzen? Aber auch dieser Schimmer von Hoffnung verschwand in dem Augenblick, in den er beginnen wollte. Das Kloster sah sich schon in seinen Vorstellungen an den Kaiser und die Reichsversammlung genöthigt, seine Bitte zugleich darauf zu richten, „daß — — im widrigen Fall die „Widerbegebung unter teutsche Hoheit ihr „zugelassen und zur Schadloshaltung verhol-

„sen

„ſen — die Reichsſtände aber, in deren „Landen ſie noch Beſitzungen habe, reichs„väterlich ermahnet werden, ihr im ru„higen Genuß derſelben, wenn ſie auf „dieſe ſich zu verpflanzen, oder ihren „Ordensſtatuten gemäß ſelbige ſonſt zu „benutzen rathſam finden ſollte, nicht hin„derlich zu ſeyn, noch auf irgend eine Weiſe „Sie darinn zu beeinträchtigen.“ Die letzten Beylagen des dem Kaiſer und Reich vorgelegten Promemoria geben hierüber den Aufſchluß. Der Kurfürſt von Trier hatte ſchon am 4 Jänner 1791 einen Generalbefehl an ſeine Beamte ergehen laſſen, nach welchem in Betreff der in Frankreich nach der neuen Conſtitution aufgehoben werdenden Klöſter, Stifter und ſonſtiger geiſtlicher Körper die Entſchlieſſung dahin genommen wurde, „daß die einem ſolchen geiſtlichen Körper etwa zuſtehende in dem Erzſtift gelegene Güter von jedem betreffenden Beamten, ſobald ihm von der vollzogenen Aufhebung die verläßige Nachricht zugegangen ſeyn würde, alſo gleich als Bona vacantia in Beſitz genommen werden ſollen, ohne jedoch den Titel von dem Beſitz vorher bekannt zu machen;“ eine Verfügung, welche auch in Anſehung der aufgehobenen Benediktinerabtey

zu Buſendorf und des Frauenkloſters zu Frauenlautern vermög eben dieſes Mandats ſogleich ausgeführt werden mußte. Ja es war nach der Beyl. 32 ſogar ſchon am 30 März 1790 über die Wadgaſſiſche Probſtey zu Merzig und die davon abhangenden Güter, Rennten und Gefälle eventuale Poſſeſſion genommen worden.

Dieſer Gegenſtand, welcher einige intereſſante Druckſchriften veranlaßt hat, gehört nun eigentlich nicht hieher. Ich behalte mir alſo vor, davon in einem beſondern Abſchnitt zu reden, und will hier nur diejenigen Aktenſtücke beyfügen, wodurch das Kloſter Wadgaſſen ſeine Beſchwerden an Kaiſerliche Majeſtät, und das Reich gebracht hat.

I.

Mémoire pour l' Abbaye de Wadgaſſe, de l' Ordre des prémontrés, ſituée dans la Lorraine allemande.

Promemoria für die in Deutſch-Lotharingen gelegene Prämonſtratenzerordens-Abtey Wadgaſſen 1790. *).

Le décret que l' Aſſemblée Nationale a rendu en faveur des fiefs privilégiés d' Alſace, a tranquilliſé l' abbaye de Wadgaſſe, par rapport aux droits & aux poſſeſſions qui lui appartiennent en France, & lui garantit invinciblement ſa propre exiſtence.

Les repréſentans d'une Nation loyale & généreuſe, ont jugé que ſon premier devoir étoit de maintenir les conventions qui la lient envers d' autres nations, de rendre hommage à la foi des traités, & de ſatisfaire aux ſtipulations qui ſont le fondement de ſa grandeur & de ſa puiſſance.

*) In Fol. abgedruckt auf 27 S. Die beygefügte teutſche Ueberſetzung wird hier weggelaſſen. Dieſes Memoire war zum Gebrauch bey der Negotiation in Paris beſtimmt. Es wurde aber ſamt dem Promemoria Nr. 4. auch in Regensburg ausgetheilt.

Ils ont réſolu de pourvoir à l'indemnité des propriétaires dont les droits conſacrés par des conventions publiques, paroiſſoient incompatibles avec le ſyſtême de régénération que leur ſageſſe a conçu, & ils ont motivé cette réſolution par le reſpect dû aux traités de paix.

Les droits & l'exiſtence civile & religieuſe de l'abbaye de Wadgaſſe, repoſant à l'abri de cette même égide, elle ne craint point qu'il ſoit fait une différence entr'elle & les ſeigneurs d'Alſace: une Nation qui mérite d'être libre, ne voit que les droits; elle détourne les yeux de deſſus les perſonnes, ne donne rien, à la politique, & accorde tout à la juſtice.

Il ſuffira à l'abbaye de Wadgaſſe d'éclairer celle de l'Aſſemblée Nationale, pour en être protégée.

L'abbaye de Wadgaſſe, de l'Ordre des Prémontrés, eſt ſituée ſur les rives de la Sarre, dans la Lorraine Allemande.

L'époque de ſa fondation remonte à l'année 1135. Ce fut auſſi celle de l'indépendance la plus abſolue de ſon temporel.

Elle la conſerva ſous la ſuprématie des Empereurs d'Allemagne, & ſous l'avouerie ſucceſſive des Electeurs de Trêves

&

& des Comtes de Naſſau Saarbruck, juſqu'au commencement du dix-ſeptieme ſiecle.

Un concours de circonſtances fournit alors aux Comtes de Naſſau Saarbruck l'occaſion de transformer les droits de l'avouerie en ceux de ſupériorité territoriale, & de ſoumettre à leur ſouveraineté une Maiſon dont il paroiſſoit qu'ils ne duſſent être que les protecteurs.

L'article V de la paix de Weſtphalie ayant imprimé le ſceau d'une propriété légitime aux droits arbitraires que les Princes & les Etats proteſtans d'Allemagne avoient exercés le 1er. Janvier 1624, ſur des monaſteres Catholiques, la ſouveraineté des Comtes de Naſſau Saarbruck ſur l'abbaye de Wadgaſſe, fut conſolidée par cette loi fondamentale de l'Empire. Mais comme la paix de Weſtphalie ne ſanctionna que les droits dont ces Princes ayoient eu juſqu'alors la poſſeſſion réelle, les nouveaux Souverains de Wadgaſſe n'acquirent point, en vertu de ce traité, une ſouveraineté illimitée, ni le complément des prérogatives qui la caractériſent; fondée ſur la ſeule poſſeſſion de 1624, elle demeura concentrée dans les bornes de cette poſſeſſion, & fut reſtreinte aux exploits que les Comtes de Naſſau Saarbruck pouvoient prouver d'en avoir faits avant le terme régulateur dont il s'agit.

Une constitution qui n'avoit point d'autre base que de simples actes possessifs, fut nécessairement sujette à des contestations. Il s'en éleva de fréquentes entre les Comtes de Nassau Saarbruck & les Abbés de Wadgasse. Elles dégénérerent enfin en 1722, dans un procès qui occupa la Chambre Impériale de Wetzlar pendant nombre d'années: ce tribunal suprême de l'Empire, rendit huit arrêts confirmatifs, soit des droits que la Maison de Nassau avoit exercés dans l'année normale, soit de la liberté dont l'abbaye avoit joui à la même époque.

Il restoit encore plusieurs points à definir; mais les parties prévinrent le jugement par une transaction conclue en 1729, sous les auspices & sous l'autorité de la Chambre Impériale, & qui fut renouvellée, expliquée & amplifiée en 1759 & 1761.

Cette transaction servit de regle & de base aux rapports subsistans entre la Maison de Nassau & l'abbaye de Wadgasse, jusqu'au moment ou celle-ci passa sous la domination Françoise.

La paix de Vienne, en transportant à la Couronne la souveraineté de la Lorraine, avoit stipulé: „Que, par rapport aux différentes enclaves et terres mêlées avec „les différens Princes de l'Empire, il seroit „pris

„pris de telles meſures & arrangemens, que „l'on ne laiſſât ſubſiſter aucune occaſion „ou prétexte qui pourroit donner lieu à „troubler le repos & la bonne intelligence „réciproque & qu'on s'accorderoit à l'ami„able, par rapport aux portions de terre „dont la poſſeſſion pourroit faire ombrage „aux Princes voiſins.“ *)

Conformément à ce principe, le Roi propoſa en 1762 à M. le Prince de Naſſau Saarbruck, un échange de différens territoires, & ſpécialement la ceſſion de l'abbaye de Wadgaſſe, dont la ſituation aux portes de la fortereſſe de Sarrelouis, en rendoit la poſſeſſion infiniment précieuſe à la France.

M. le Prince de Naſſau s'empreſſa d'entrer dans les vues de Sa Majeſté; mais il ne Lui diſſimula pas les difficultés que leur exécution devoit néceſſairement éprouver. Il Lui repréſenta que la Souveraineté qui appartenoit à ſa Maiſon ſur l'abbaye de Wadgaſſe, étoit très-bornée, & à peu près ſtérile: il la prépara aux oppoſitions que l'Abbé & les Religieux de Wadgaſſe mettroient infailliblement à leur réunion à la France, & lui fit preſſentir l'accueil que ces réclamations venant d'une Maiſon à peu près libre & immédiate, ne

*) Convention du 11 Avril 1769.

manqueroient pas de recevoir dans l'Empire; & il en conclut que ne pouvant céder au Roi que ce qui lui appartenoit, les arrêts de la Chambre Impériale de Wetzlar; & la tranſaction de 1729, qui formoient la loi conſtitutionnel de ſa ſouveraineté, devoient être poſées pour baſe de la ceſſion qu'il en feroit à la France, & que le Roi la feroit approuver & ratifier par l'Empereur & l'Empire.

Cette demande étoit trop juſte, pour que le Roi n'y ſouſcrivît pas. Sa Majeſté s'occupa inceſſamment du ſoin d'obtenir l'agrément de la Cour Impériale; mais ce ne fut qu'après une longue négociation, que François Ier conſentit enfin en 1765 à ratifier la ceſſion de l'abbaye de Wadgaſſe, à condition toute-fois „que le Roi „contracteroit un engagement ſolemnel „envers l'Empereur & l'Empire, *de conſer-*„*ver à cette Maiſon tous les droits, prérogatives, immunités & franchiſes*, conformément aux arrêts de la Chambre Impériale „de Wetzlar, & aux tranſactions de 1759 „& 1761; *de ne rien exiger d'elle au-delà* „*de ce que ces arrêts & ces conventions avoient accordé aux Prince de Naſſau;* enfin „de faire conſentir l'Abbé & le Chapitre „de Wadgaſſe à leur tranſlation ſous la domination Françoiſe.“

L'Abbé

L'Abbé de Wadgaſſe invoque avec confiance le témoignagne du Miniſtre des affaires étrangeres, par rapport à la vérité de ces faits. Il l'invoque pareillement toluchant le détail de la négociation que e ſieur Mathis, Commiſſaire du Roi pour les limites de la Lorraine, ſuivit à Wadgaſſe pour amener le Chapître à ſouſcrire à ſon changement de domination.

Ce conſentement fût enfin donné le 10 Décembre 1766 par un acte capitulaire, qui renferme auſſi les conditions & les clauſes réſervatives dont l'Abbé & le Chapître de Wadgaſſe le revêtirent, & que M. le Duc de Choiſeul avoit autoriſé d'avance le ſieur Mathis d'accepter. On en joint ici une copie ſous la Cotte, No. 1.

Il porte en ſubſtance que l'Abbé & le Chapître de Wadgaſſe conſentoient à paſſer ſous la domination de la Faance, moyennant l'aſſurance formelle que le Roi avoit donnée, *de maintenir immuablement les droits, poſſeſſions, privileges & prérogatives de ladite Maiſon, conformément au titre de ſa fondation, aux ſentences & arrêts de la Chambre Impériale, & aux tranſactions faites en différens temps avec la Maiſon de Naſſau, & comme elle en avoit joui juſqu' à préſent;* ſpécialement la libre élection des Abbés de cette Maiſon, qui ne devoit en aucun

temps, & ſous quelque prétexte que ce fût, être grévée d'aucune penſion, ni aſſujettie à des impôts quelconques.

Le Roi reçut cet acte avec bonté & ſatisfaction, & M. le Duc de Choiſeul, dans une lettre miniſtérielle du 21 Décembre 1766, renouvella, par ordre exprès de Sa Majeſté, à l'Abbé & au Chapître de Wadgaſſe, l'aſſurance poſitive que le Roi étoit dans la ferme réſolution de maintenir leur Maiſon dans tous les droits *portés par le titre de ſa fondation, les arrêts & les ſentences rendus par la Chambre Impériale, & les tranſactions faites en différens temps, entr'Elle & la Maiſon de Naſſau.*

Le Roi ſatisfit à ces engagemens, en arrêtant et ratifiant définitivement le 30 Avril 1768, la convention éventuelle que ſon Commiſſaire avoit conclue le 15 Fevrier 1766, avec le chargé des pouvoirs de M. le Prince de Naſſau Saarbruck.

Par l'article XXII de cette convention, „ce Prince céda au Roi la ſupériorité terri„toriale, la juriſdiction, les droits de fon„dation honorifiques & tous ceux qui lui „appartenoient ſur l'abbaye de Wadgaſſe, „ainſi que ſur les villages, cenſes & dé„pendances de cette abbaye, ſituées à la „rive gauche de la Sarre, pour paſſer ſous „la ſouveraineté de Sa Majeſté; ſavoir les „villa-

„villages de Hoſtenbach, Schaffhauſen & „Werbel, la cenſe de Spourck & tous ſes „droits de ſupériorité. Comme la préſente „ceſſion qui eſt conforme aux principes é„tablis par l'art. III de la convention ſignée „à Vienne le 28 Août 1736, n'a été faite „de la part du Prince de Naſſau qu'aux „conditions *que ladite abbaye continuera à „jouir, ſous la domination de Sa Majeſté, des „differens droits, privileges, exemptions & „immunités* qui lui ſont acquis, tant en „vertu de ſa fondation, & des conventions „faites en *différens tems par la Maiſon de Naſ„ſau* avec ladite abbaye, & notamment de „celles de 1739 & 1759; qu'en vertu des „ſentences & arrêts de *la Chambre Impéri„riale de Wetzlar*, allégués dans la même „convention de 1729, *dont copies authenti„ques* ont été produites par le ſieur Stoutz, „*Commiſſaire de Naſſau; le Roi confirme à „ladite abbaye tous les droits, privileges, fran„chiſes, immunités, liberté & juriſdiction, qui „lui competent*, en vertu deſdits arrêts de „la Chambre Impérial de Wetzlar, con„ventions et tranſactions citées dans le „préſent article, pour en jouir, ſous la do„mination comme elle en a joui ſous la „domination de l'Empire.“

Le conſentement de l'Empereur & de l'Empire ayant été néceſſaire pour valider le traité d'échange conclu entre la France

& M. le Prince de Naſſau Saarbruck, Son Alteſſe le porta à la connoiſſance de l'Empereur, au moyen d'une requête que Sa Majeſté Impériale communiqua inceſſamment à la Diete Germanique. M. le Prince de Naſſau, en y expoſant la ceſſion de l'Abbaye de Wadgaſſe, rapporta les deux conditions que Sa Majeſté Impériale avoit miſes à cette arrangement: ſavoir, que le Roi s'engageroit à maintenir & à conſerver les droits de cette Maiſon, & que l'Abbé & le Chapître de Wadgaſſe conſentiroient librement à paſſer ſous la domination Françoiſe. Son Alteſſe prouva que la premiere de ces conditions avoit été remplie au moyen des ſtipulations claires & poſitives de l'art. XXII, rapportées ci-deſſus; & que l'acte capitulaire du 10 Décembre joint à cette requête, avoit ſatisfait abſolument à l'autre condition. Le Prince produiſit auſſi une Déclaration faite par ordre du Roi, par le commiſſaire de Sa Majeſté touchant l'admiſſion ultérieure des ſujets de l'Empire, dans cette Maiſon.

Sa Majeſté fit remettre en même temps à la Diete Germanique un Mémoire dans lequel, en rapellant les principes qui avoient ſervi de baſe à la convention dont il s'agit, Elle obſervoit qu'on y avoit *pourvu à la conſervation des droits, poſſeſſions, privileges, franchiſes & liberté d'élection de l'abbaye*

baye de Wadgaſſe, & que le Roi, en conſidération du déſir que Sa Majeſté Impériale lui avoit fait témoigner, aſſureroit, par une déclaration formelle, aux ſujets de l'Empire, la faculté & la capacité d'être admis dans cette abbaye.

C'eſt au vû de ces pieces, & particuliérement *en conſidération de l'acte capitulaire de Wadgaſſe*, que l'Empire agréa le 1er Février 1768, la convention conclue entre le Roi & M. le Prince de Naſſau; & que l'Empereur la ratifia par un décret de commiſſion ſigné le 15 Février ſuivant.

Il ne reſtoit plus alors, pour l'exécution entiere des engagemens que le Roi avoit contractés, que d'aſſurer à l'abbaye de Wadgaſſe, dans les formes uſitées en France, la jouiſſance perpétuelle des privileges que Sa Majeſté s'étoit obligée de lui conſerver.

Pour cet effet, le Roi adreſſa au mois d'Avril 1769, à la Cour ſouveraine de Lorraine, des lettres-patentes dans leſquelles Sa Majeſté déclara ſa volonté: „Que conformément à l'article XXII de la convention conclue avec le Prince de Naſſau, „l'abbaye de Wadgaſſe devoit continuer à „jouir pleinement & ſans trouble, de tous „les droits, privileges, franchiſes, immunités, libertés généralement quelconques

„qui

„qui lui appartenoient, tant en vertu des „conventions & tranſactions paſſées entr'Elle „& la Maiſon de Naſſau, & notamment de „1719 & 1759, qu'en vertu des jugemens „& arrêts de la Chambre Impériale de Wetz„lar, de même qu'elle en a précédemment „joui ou dû jouir: qu'en conſéquence elle „ait & conſerve à perpétuité la libre éle„ction de ſes Abbés en la forme accutu„mée, enſorte qu'il ne ſoit rien changé à „la conſtitution préſente, ni aux préroga„tives & poſſeſſions généralement quelcon„ques de ladite abbaye."

Voilà une expoſition fidele des circonſtances qui ont accompagné la réunion de l'abbaye de Wadgaſſe à la domination Françoiſe. Il n'y en a pas une qui ne porte l'empreinte de la foi publique; ſous la ſauvegarde de laquelle les droits de cette Maiſon repoſent.

L'on a vu M. le Prince de Naſſau Saarbruck, ſtipuler la conſervation immuable de ces droits, comme une condition eſſentielle & rigoureuſe de la ceſſion de Wadgaſſe; l'Empereur & l'Empire l'exiger, comme une condition indiſpenſable du conſentement qu'ils devoient néceſſairement donner à cette ceſſion; l'Abbé & le Chapitre de Wadgaſſe, en faire dépendre leur ſoumiſſion volontaire à la France. L'on

a

a vu d'un autre côté le Roi contracter envers l'Empereur & l'Empire, & envers la Maiſon de Naſſau, & envers l'Abbé & le Chapitre de Wadgaſſe, l'obligation préciſe & poſitive de maintenir cette Maiſon, entierement & à perpétuité, dans la jouiſſance de tous les droits, privileges, immunités & exemptions dont elle avoit jouit ſous la ſuprématie de l'Empire & la domination Naſſauvienne, & qui lui étoient aſſurés par des titres auſſi anciens que ſa propre exiſtence.

C'eſt ſur ces ſtipulations impérieuſes, c'eſt ſur ces engagemens ſacrés que ce fonde la Souveraineté de la France ſur l'abbaye de Wadgaſſe.

On ne peut pas ébranler les uns, ſans faire crouler en même temps les baſes de l'autre.

Jamais ces droits n'ont eſſuyé le moindre échec ſous le régime miniſtériel. Des membres ſubalternes de l'adminiſtration, ſoit par ignorance, ſoit par attachement aux maximes de l'ancien droit public du royaume, ont pu entreprendre d'y porter atteinte; mais le Gouvernement a toujours arrêté ces entrepriſes; & la juſtice du Roi, en les condamnant par des arrêts de ſon Conſeil, les a fait ſervir en derniere analyſe à fortifier les titres & la poſſeſſion de l'abbaye.

Des

Des employés de la ferme générale troubloient-ils cette Maiſon dans la vente excluſive du ſel & du tabac dans l'arrondiſſement de ſa ſeigneurie, auſſi-tôt des ordres miniſtériels la rétabliſſoient dans l'exercice illimité de ce droit.

Des conceſſionnaires d'un privilége, pour l'extraction des mines de fer & de la houille, ſe préſentoient-ils pour ouvrir des fouilles dans le territoire de Wadgaſſe? Un arrêt intréprétatif des lettres de conceſſion, plaçoit inceſſament ce territoire hors de la ſphere de leur activité.

Des Eccléſiaſtiques qui croyoient avoir droit aux bienfaits du Roi, ſe faiſoient-ils accorder des penſions ſur les revenus de l'abbaye? Un arrêt du Conſeil d'Etat, ordonnoit ſur le champ le rapport des brevets qui renfermoient l'aſſurance de ces penſions, & les déclaroit nuls & non avenus.

Enfin, préſentoit-on au Roi les motifs les plus preſſants de mettre l'abbaye de Wadgaſſe en commande? Sa Majeſté étant en ſon Conſeil, rejettoit loin d'Elle cette ouverture, & maintenoit la liberté la plus abſolue des élections canoniques.

L'Abbé & le Chapitre de Wadgaſſe ne craignent pas d'éprouver une autre deſtinée ſous le régime de la liberté.

Il n'y a point de liberté ſans juſtice. Les traités publics & les droits ſacrés de la propriété, ne ſont violés que par la licence & par la tyrannie.

Les droits de l'abbaye de Wadgaſſe ſont connus, une deſcription authentique dreſſée ſur les arrêts de la Chambre Impériale de Wetzlar, & ſur les tranſactions de 1729, 1759 & 1761, en a été remiſe au Commiſſaire du Roi, au moment de la ſignature définitive du traité de 1766; elle eſt rappellée dans cet acte: c'eſt la bouſſole qu'on ne ſauroit perdre un inſtant de vue, ſi l'on ne veut pas s'égarer dans l'application des décret de l'Aſſemblée Nationale à l'abbaye de Wadgaſſe. On en joint ici une copie ſous la Cotte, No. 1.

Que les repréſentans de la Nation prononcent la ſuppreſſion des Maiſons religieuſes en France; cette loi, de l'Etat, ſanctionnée par le Roi, ſera ſans doute exécutée dans tout le royaume; mais elle ne frappe pas ſur l'abbaye de Wadgaſſe. La conſervation de cette Maiſon, & le maintien abſolu de tous ſes droits, furent la premiere des conditions ſous leſquelles s'eſt effectuée ſa réunion à la domination Françoiſe; ſans cette promeſſe, les décrets de l'Aſſemblée Nationale ſeroient une choſe parfaitement étrangere à l'Abbé & au Cha-

pitre de Wadgaſſe; ſous le lien de cet engagement, ils ne peuvent anéantir ni ſes droits, ni ſon exiſtence.

Que l'Aſſemblée Nationale défende l'admiſſion des Novices dans les Maiſons religieuſes des deux ſexes: cette loi eſt une ſuite néceſſaire de la précédente, & ſera ſans doute celle de tout le royaume; mais elle ne ſauroit être appliquée à l'abbaye de Wadgaſſe. Un arrêt de la Chambre Imperiale de Wetzlar, du 17 Juillet 1727, défendit au ſouverain de Wadgaſſe, *d'empêcher la réception des Novices*; & l'exécution invariable de tous les arrêts que la Chambre Impériale a rendus en faveur de cette Maiſon, fut la condition ſans laquelle ſa réunion à la domination Françoiſe n'auroit jamais été effectuée.

Que l'Aſſemblée Nationale décrete que tous les biens du Clergé appartiennent à la Nation, & qu'elle en peut diſpoſer pour le plus grand avantage de l'Etat, cette loi n'éprouvera probablement point d'oppoſition en France; mais l'on ne ſauroit y ſoumettre les biens de l'Abbaye de Wadgaſſe. La conſervation abſolue de tous les droits de cette Maiſon fut la premiere condition de ſa réunion à la France, & tout le monde convient que le droit de propriété eſt le premier & le plus ſacré de tous

les

les droits. Les biens de l'abbaye de Wadgaſſe ſont d'ailleurs garantis à cette Maiſon par la paix de Weſtphalie. Ce traité impoſoit à M. le Prince de Naſſau l'obligation de les lui conſerver intacts: le Roi, ſubrogé aux droits de M. le Prince de Naſſau, l'a été en mêms temps à toutes ſes obligations. Enfin, quand pluſieurs arrêts de la Chambre Impériale défendent au Souverain de Wadgaſſe d'exiger la moindre contribution de cette Maiſon, comment pourroit-il s'en approprier les poſſeſſions?

Que l'Aſſemblée Nationale ordonne qu'il ſoit fait un inventaire de tous les biens meubles & immeubles des Maiſons religieuſes; cette loi eſt une conſéquence naturelle de la précédente: mais elle ne ſauroit être exécutée à Wadgaſſe Le Souverain de cette Maiſon n'a que, de dix ans en dix ans, le droit d'y viſer les comptes, mais non pas celui de prendre inſpection de ſon temporel.

Que l'Aſſemblée Nationale décrete l'abolition de toutes les juſtices ſeigneuriales; cette loi, ſanctionnée par le Roi, aura ſans doute ſon effet dans tout le royaume: mais elle n'en ſauroit produire aucun à Wadgaſſe. Différens arrêts de la Chambre Imperiale de Wetzlar, & les conventions de 1729 & 1759 ont reconnu & confirmé à

cette abbaye tous les droits de haute, moyenne & baſſe juſtice, ainſi que la juriſdiction grueriale; & la ſouveraineté du Roi ſur Wadgaſſe n'a point d'autre baſe que le maintien & l'exécution rigoureuſe de ces arrêts & de ces conventions.

Que l'Aſſemblée Nationale ſupprime la gabelle & la vente excluſive du ſel; cette loi, relative à l'exercice d'une prérogative royale, ne ſauroit être appliquée à l'abbaye de Wadgaſſe. La convention conclue en 1759, entre M. le Prince de Naſſau & cette Maiſon, aſſure à celle-ci l'exercice du droit régalien de la vente du ſel & du tabac; & l'exécution invariable de cette convention fut une condition expreſſe de la ceſſion de l'abbaye de Wadgaſſe.

Que l'Aſſemblée Nationale ſupprime ſans indemnité une partie des droits féodaux; qu'elle autoriſe le rachat des autres: cette loi, preſcrite aux Seigneurs François, ne ſauroit porter atteinte, ni préjudice aux droits de l'abbaye de Wadgaſſe, parce que la conſervation indéfinie de ces droits fut ordonnée par le même contrat qui établit la ſouveraineté du Roi ſur cette Maiſon.

En un mot, quelque puiſſe être le nouvel ordre des choſes que les légiſlateurs de la France jugent avantageux ou néceſ-

ſaire d'introduire dans le royaume, l'abbaye de Wadgaſſe ne ſauroit y être englobé, du moment qu'il en réſulteroit un changement déſaſtreux dans ſa conſtitution actuelle.

Cette conſtitution a été conſacrée par le contrat ſynallagmatique de 1766. La parole du Roi l'a déclarée inviolable; elle eſt garantie par l'Empereur & l'Empire, & la foi publique la couvre de ſon égide.

L'on ne dira pas que par ſa réunion à la France, l'abbaye de Wadgaſſe a été ſoumiſe au *Dominium ſupremum*, au domaine éminent du Roi & de la Nation, & qu'en vertu de ce domaine éminent, la Nation peut diſpoſer des biens & de la propriété commune & individuelle des membres qui la compoſent.

L'Abbé & le Chapitre de Wadgaſſe ne conteſtent pas la prérogative du domaine éminent, & n'en diſcuteront pas les effets; mais ils obſervent que cette prérogative eſt ſuſceptible d'être modifiée diverſement; que ſon exercice peut être ſoumis par les conventions publiques à de certaines reſtrictions; & que, ſemblable à toutes les inſtitutions humaines, elle eſt ſujette à des exceptions: que la domination de la France ſur leur abbaye n'eſt point illimitée; que dans ſes principes elle fut renfermée en

de certaines bornes: qu'en acquérant cette Maiſon à la France, le Roi s'eſt engagé envers ſes auteurs & envers les garans de ces derniers, de ne point déployer ſur elle la plénitude de ſa puiſſance, & de ne l'exercer jamais au préjudice de ſes droits: que la conſervation indéfinie de ces droits eſt la condition rigoureuſe, la *conditio ſine quâ non*, de la réunion de Wadgaſſe à la France, & que le domaine éminent du Roi & de la Nation ſur cette Maiſon, crouleroit ſur ſes baſes, dès l'inſtant qu'on voudroit le faire ſervir au renverſement de ſa conſtitution ou à la violation de ſa propriété.

La ſouveraineté du Roi à Wadgaſſe & les droits de l'abbaye marchent d'un pas égal & ſur la même ligne. L'on attaque l'une en faiſant la guerre aux autres, & l'on détruit le titre conſtitutif de la domination Françoiſe, en ceſſant de reſpecter les conditions qu'il renferme.

L'on ne dira pas non plus que l'Abbé & le Chapître de Wadgaſſe, en concourant à l'élection des repréſentans de la Nation, ſe ſont ſoumis tacitement à tout ce qui ſera décrété par leur Aſſemblée.

L'Abbé de Wadgaſſe n'entrera pas dans la queſtion de ſavoir ſi le conſentement à ſa propre deſtruction peut ſe préſumer. Il

ſe

ſe contentera d'obſerver que l'abbaye de Wadgaſſe ne faiſant, en vertu de ſa conſtitution privilégiée, partie d'aucun baillia-ge de la Lorraine, n'a point aſſiſté aux aſſemblées bailliageres dans leſquelles les députés de cette province ont été élus; qu'appellée par le bailly de Boulay, il a proteſté contre cette infraction de ſes privileges; qu'il n'a point concouru au choix des députés, & qu'ainſi, dans le principe même qu'on voudroit lui oppoſer, il n'eſt point ſoumis, en qualité d'Abbé de Wadgaſſe, aux décrets de l'Aſſemblée Nationale.

La cauſe de l'Abbé de Wadgaſſe conſidérée dans ce point de vue, eſt préciſément la même que celle des princes territoriaux de l'Alſace. Comme eux il n'eſt pas repréſenté dans l'Aſſemble Nationale, & par une conſéquence néceſſaire, les décrets qui en émanent, ne l'obligent pas, quand ils répugnent à ſes droits, à ſes immunités & à ſes franchiſes.

L'abbaye de Wadgaſſe, non obſtant ſa réunion à la France, a toujours été regardée & traitée comment étrangere. Jamais elle n'a fait partie du Clergé de Lorraine; jamais elle n'a été couchée ſur le rôle des impoſitions que ce corps ſupportoit. Les biens qu'elle poſſedoit anciennement en France, ont toujours acquitté & acquittent en-

core aujourd'hui tous les droits locaux comme les autres dépendances des bénéfices étrangers. Elle n'a jamais été compriſe dans l'arrondiſſement des fermes; elle n'a jamais ceſſé de payer les droits d'entrée & de ſortie pour les denrées & marchandiſes qu'elle tranſportoit dans le royaume, ou qu'elle en retiroit.

Soumiſe à la Souveraineté du Roi, ſans être incorporée à la France, admiſe à la Cité Françoiſe, ſans en partager le bénéfice ni les charges, l'abbaye de Wadgaſſe ne participe pas à la légiſlation Françoiſe, & rien n'autoriſe la préſomption que directement ou indirectement elle ait ſoumis ſa conſtitution aux décrets de l'Aſſemblée, ou qu'elle ait renoncé aux privileges qui lui appartienent, & qui lui ont été garantis de la maniere la plus ſolemnelle.

Ces privileges ne ſervent pas à Wadgaſſe à alimenter l'oiſiveté qu'on a ſi amérement reproché à d'autres Maiſons religieuſes. Ici les revenus ſont partagés entre les pauvres qui accourent de loin pour y chercher leur ſubſiſtance, & l'entretien d'un grand nombre d'Eccléſiaſtiques qui ſe ſont dévouées au ſervice des autels. Vingt cures dépendent de cette abbaye, à la deſſerte deſquelles elle emploie conſtamment trente-cinq religieux, & après les avoir for-

formés au Saint Miniſtere, elle leur offre encore une retraite quand l'âge ou les infirmités ne leur permettent plus de s'y livrer.

L'abbaye de Wadgaſſe, à raiſon de ces rapports multipliés avec la ſocieté, croit pouvoir aſpirer à la protection de l'Aſſemblée Nationale; elle y a des droits invincibles par les titres qui ont effectué ſa réunion à la domination Françoiſe.

Il lui ſuffit ſans doute d'avoir fait connoître ces titres à une Nation loyale; ce ſeroit lui faire injure que d'inſiſter plus long-temps ſur leur inviolabilité.

PIECES JOINTES.

No. 1.

ACTE CAPITULAIRE

De la Maiſon de Wadgaſſe, pour conſentir à l'échange.

NOUS, Abbé, Prieur & Religieux compoſant la Maiſon & Communauté de Wadgaſſe, Ordre de Prémontré, tant conventuels que forains, occupés dans les fonctions paſtorales, aſſemblés capitulairement & par-invitation à la maniere ordinaire, étant inſtruits qu'en conformité du

traité de Vienne de 1738, entre la France, l'Empereur & l'Empire, dans les article II ſéparé de la Convention du 11 Avril, & III de la Convention du 28 Août 1736, le Roi très-Chrétien & Monſeigneur le Prince de Naſſau Saarbruck, ainſi que les Princes ſes agnats, ſont convenus de différens échanges à leur bienſéance & à celle de l'Empire, dans leſquels ſont compris la Maiſon & ce qui dépend de l'Abbaye de Wadgaſſe, ſituée à la rive gauche de la Sarre, pour paſſer ſous la ſouveraineté de Sa Maj. très-Chrétienne; étant inſtruits en même temps que Sadite Majeſté a pris les meſures les plus certaines pour maintenir les droits, poſſeſſions, privileges & prérogatives de ladite Maiſon & Abbaye de Wadgaſſe.

NOUS ſouſſignés, après avoir peſé mûrement les raiſons d'utilité publique & de bienſéance qui réſultent dudit échange pour les intérêts de l'Empire & de la France, & après avoir donné de tout temps les preuves les plus marquées de notre amour, de notre fidelité & de notre profond reſpect pour Sa Majeſté Imp., ainſi que pour le Saint-Empire Romain, comme de fideles ſujets peuvent & doivent le faire, nous nous tenons ſatisfaits des meſures priſes par le Roi très Chrétien & la Maiſon de Naſſau, pour aſſurer noſdits privileges; conſentons, pour le bien public, & ſous l'agrément de Sadite Majeſté Impériale & de l'Empire, à paſſer ſous la ſouveraineté de Sa Majeſté très-Chrétienne, à qui

nous

nous donnerons les mêmes preuves de reſpect, d'attachement & de fidélité, dans la ferme perſuaſion où nous ſommes qu'Elle voudra bien maintenir les droits, poſſeſſions, privileges & prérogatives de notre Maiſon de Wadgaſſe, conformément à ce qu'Elle en eſt convenue avec Monſeigneur le Prince de Naſſau, & au titre de ſa fondation, ſentences & arrêts de la Chambre Impériale, & tranſactions faites en differens temps avec la Maiſon de Naſſau, comme elle en a joui juſqu'à préſent, & notamment la libre élection canonique des Abbés de ladite Maiſon; laquelle ne pourra être en aucun temps ni pour quelle cauſe, ce puiſſe être, attenue à aucune penſion ni autres charges quelconques.

EN foi de quoi lecture & interprétation en langue germanique préalablement faite, Nous avons ſigné. FAIT audit Wadgaſſe, le dix Décembre dix-ſept cent ſoixante-ſix.

Et ont ſigné,

F. M. STEIN, *Abbé de Wadgaſſe.*

F. Jean WINTERSDORFF, prieur, pour F. Jean KLEIN, prieur conventuel du prieuré de Haguenau, F. Jean WINTERSDORFF fondé de pouvoir à cet effet.

F. Jean-Baptiſte NAMOUR, Curé de la petite Eberſviller.

F. Joſeph BRUCH, Curé de Berus.

F. H. MARTIN, Curé du gros Bliderſtroff.

F. J. N. MORIS.

F.

F. DAMBRUN, Curé de Sarguemines.
F. J. B. DUFAZ.
F. Ph. VERSCHNEIDER, cellarius.
F. J. W. HARTLIEB, Vicaire prébendier de Sarguémines.
F. EYDT, Curé de Liſtroff.
F. Chriſtian BRASCA.
F. Pierre STEICHEN, Curé de Merten.
F. Pierre CAREN, Curé d'Entzheim.
F. MORIS, Procureur.
F. Antoine MULLER, Circateur.
F. Pierre SCHMITT.
F. Joannes LUTZ.
F. Jean MECKEL.
F. Jean-B. HUBER.
F. Henri-Joſeph WAHL.
F. N. Joſeph HILDESHEIM.
F. Johannes - Petrus MOLLER.
F. J. STEICHEN, Vicaire de Berus.
F. N. OBERLANDER, deſſervant de l'Egliſe de Felsberg.
F. J. F. VICTOR, Vicarius in Vallmon.
F. MAY, Curé de Guennevillers.
F. G. N. HAMMES, profeſſeur en théologie.
F. J. B. BORDIER, Curé à Willingen.
F. J. P. HERMAN.
F. J. B. MOLITOR, Curé d'Oberkirch.
F. J. W. TURCK.
F. M. RIEM, Curé de Sehwalbach.
F. P. MARECHAL, Curé de Volkling.
F. P. M. HERMES, adminiſtrateur de Bous.
Pour F. Dominique KELLEN, religieux au prieuré d'Haguenau.
F. Jean WINTERSDORFF, fondé de pouvoir à cet effet.
F. J. B. CLEMENS, Vicaire à Eberwiller la petite.
F. D. VIRIG, Curé de Collerthaal.
F. N. BUTTEL.

F.

F. J. B. REIFF, Curé de Heckenransbach.
Par commiſſion, F. Ph. VERSNEIDER, celerier.
Pour F. KRACK, Prévôt & Curé de Merzig.
F. Michel ZISCH, Curé de Britten.
F. M. GEORGEN, Curé de Bitzing.
F. C. FILTZ, Vicaire à Merzig.
F. H. P. HOCQUAY, Vicaire à Merzig.
F. P. STREEFF, religieux malade à Merzig.
Par commiſſion ſpéciale, F. J. WINTERSDORFF, prieur, pour F. H. J. KOCH, Curé à St. Jean Saarbruck.
F. J. COEN, Primicier à gros-Bliederſtorff.
F. G. BUSCH, Vicaire à Auerſmacher.
F. J. HELBRON, Vicaire prébendier à Sarguemines.
F. M. THILL, adminiſtrateur d'Entzheim.
Par commiſſion ſpéciale, F. G. N. HAMMES, profeſſeur en théologie.
Pour F. N. SCHLIM, Vicaire à St. Jean Saarbruck.
Par commiſſion ſpéciale, F. M. RIEM, Curé de Schwalbach.

No. 2.

Beſchreibung

der Rechte, Privilegien und Exemptionen der Abtey Wadgaſſen.

Die Abtei Wadgaſſen hat bis auf den heutigen Tag, unter der Landeshoheit des Durchlauchtigſten Hauſes

Hauses Nassau, Kraft der mit Hochdemselben in den Jahren 1729, 1759, 1761, 1767, und in Gemäßheit der in dem Vertrag von 1729 angeführten Urtheilen und Sprüchen des Reichskammergerichts zu Wezlar, von welchen Verträgen man hier Abschriften beifügt, nachstehende Rechte, Privilegien und Exemptionen besessen.

1°. Diese Abtey hat die freye Wahl ihres Abts, welche in dem Kapitel, in Beisein eines Commissarii abseiten des Herrn Fürsten, welcher jedoch bei dem Scrutinio nicht zugegen ist, und der im Namen Sr. Durchlaucht die Pläze oder die Beistimmung zur Wahl verwilliget, vorgenommen wird; der Neuerwählte verspricht so nach, mittelst eines von ihm eigenhändig unterzeichneten Reverses, in seinem und des Kapitels Namen, Höchst Dero Gerichtsbarkeit und Landeshoheit anzuerkennen, und Ihnen treu und gehorsam zu seyn.

2°. Die Abtei nimmt freiwillig, sowohl aus der deutschen, als aus der franzdsischen Nation, diejenige Subjekte an, welche sie für fähig hält, um den Geistlichen an die Hand zu gehen und so nach davon etwa 20 zu Besezung der der Abtei einverleibten oder von derselben abhängenden Pfarreien, und wovon die Pfarrkinder beinahe durchgängig Deutsche sind, bestellen zu können.

3°. Sowohl die in dem Kloster verbleibende, als die in den Städten und Dörfern, wegen Versehung der Pfarreien, wohnende Geistliche, werden

den von ihrem Abt, nach den Satzungen ihres Ordens, unter der Oberaufſicht ihrer geiſtlichen Vorgeſetzten, regiert, und ſind ihrem Abt allen Gehorſam ſchuldig.

4°. Die Abtei beſitzt die Gebäude ihres Kloſters, deſſen um ſelbiges herliegende Güter und Waldungen, ſo wie auch die drey Dörfer Hoſtenbach, Werbel, Schaffhauſen; den ſogenannten Hof Spurk, nebſt der daran ſtoſſenden Ziegelhütte, und einem Bezirk von ohngefehr fünfzehenhundert Morgen in dem Wald Warnd, ſo der Abtei im Jahr 1759 gegen ihr Recht, Brenn- und Bauholz, u. ſ. w. darinnen hauen zu laſſen, als welches ihr vorher mit dem Hof, ſo man ſeit ſelbiger Zeit dahin gebauet hat, zuſtändig war, abgetreten worden, welche ſämmtliche an dem linken Ufer des Saarfluſſes belegene Stüke die Abtei mit den nemlichen Rechten der mittlern, niedern und Grundgerichtsbarkeit beſizet, wie ihre übrige anderwärts in Grafſchaft Saarbrücken belegene Dörfer und Güter, nebſt der Jagdgerechtigkeit auf allen ihren eigenthümlichen Grundſtücken; ſo wie auch auf ein tauſend ein hundert und einem Morgen in des Fürſten ſogenannten Wald Wornd, ſammt dem Fiſchfang in allen Bächen, und in dem Saarfluß, ſogar auf den Bännen von Werden und Völkling, nebſt der Befugniß daſelbſt eine Fähre oder fliegende Brücke, zum alleinigen Gebrauch des Dorfs Bous, und des Kloſters, zu unterhalten; wie auch mit dem Recht, Steinkohlen und Eiſenerz aus der Erde zu graben; jedoch hat der Fürſt bei Veräuſ-

ſerung

ferung dieses Erzes das Wieder- oder Vorkaufsrecht; endlich den freien Tabaks- und Salzdebit, ohne jedoch davon an des Fürsten Unterthanen verkaufen zu können.

Und so viel die obgedachte Gerichtsbarkeit anbetrift, so wird solche in erster Instanz, ohne sich gestempelten Papiers zu bedienen, durch einen von der Abtei ernannten Richter verwaltet, jedoch vorbehaltlich des Rekurses an die Regierung zu Saarbrücken, und nur in peinlichen Sachen, wenn Nullitäten unterlaufen, oder das Recht verweigert wird, und mit Vorbehalt der Appellation an das nemliche Collegium, in allen bürgerlichen Sachen, ohne Unterschied, und von da, an die oberste Reichsgerichtshöfe, in so ferne die Summe nicht zu unbeträchtlich ist.

Und so viel die forstamteiliche Gerichtsbarkeit betrift, so läßt die Abtei solche durch ihren Richter und Forstmeister, nicht nur über ihre eigene, sondern auch über der Bauren-Gemeinden Waldungen, ausüben.

5°. Die Abtei besizt auch verschiedene Renten und Einkünfte, an Geld, an Hünern, und an Früchten, welche die Einwohner gedachter drei Dörfer zu entrichten, wie auch persönlich und mit Zugvieh, dem alten Herkommen gemäß, Frohnden zu leisten, schuldig sind, indem sie alle zur Leibeigenschaft gehören; und die Rechnungen über diese Einkünfte und Ausgaben der Abtei werden durch Com-

Commiſſarien abſeiten des Fürſten, nach Verlauf von etlichen Jahren, unterſucht.

6°. Die Unterthanen in dieſen drei Dörfern, nebſt den zwei ebenfalls in der Grafſchaft Saarbrücken belegenen Dörfern Bous und Enzheim, liefern jährlich dem Schaffner des Fürſten, eine Rente von acht und vierzig Gulden Reichswährung, und etliche Viertel Haber, Schirmhaber genannt, und für die gewöhnliche Auflagen des Reichs und des oberrheiniſchen Kreiſes, nebſt den Landesunkoſten, jährlich zweihundert ſechs Gulden.

Im Fall auſſerordentlicher Auflagen aber, wie auch bei erforderlicher Steuer für Brücken und Chauſſeen, entrichten dieſe fünf Dörfer den ſechszehenden Theil ſämmtlicher auf die ganze Grafſchaft gelegter Abgaben; und von dieſem ſechszehenden Theil fällt den drey Dörfern Werbel, Schaffhauſen und Hoſtenbach ein fünftel zur Laſt.

Derſelben Antheil macht mithin den achtzigſten Theil ſämmtlicher Auflagen der Grafſchaft aus.

Zu allen dieſen an den Schaffner des Herrn Fürſten und an die Rentei der Grafſchaft Saarbrüken entrichteten Abgaben, ſind die der Abtei eigenthümlich gehörige Grundſtücke, der Kloſterwirth, die Beſtändere obgedachter zweyer Höfen Warnd und Spurk, wie auch der Ziegler von lezterm Ort, nie angezogen worden, ſondern haben immer in Rükſicht deſſen eine gänzliche Befreiung und Ausnahme genoſſen.

Wir Endesunterschriebene bezeugen, daß die obige Beschreibung der Wahrheit gemäß und mit den reichskammergerichtlichen Urtheilen, und denen angeführten Verglichen übereinstimmend ist; zu Urkund dessen haben wir das Regierungsinsiegel hievor drucken lassen. Saarbrücken den 15ten April 1768.

L. S.

Zur Fürstlich Nassau-Saarbrückischen Regierung verordnete Präsident, Direktor und Räthe.

Unterschrieben: Stutz.

II.

Schreiben der Abtei Wadgassen an Se. Majestät den Kaiser vom 26 Febr. 1791.

Dictatum Ratisbonae die 26 Martii 1791. p. Moguntinum.

Allerdurchlauchtigster,

Großmächtigster, Unüberwindlichster Kaiser,

Allergnädigster Kaiser und Herr Herr!

Euer Kaiserlichen Majestät glorwürdigstem Regierungs-Vorfahrer, weyland Kaiser Joseph

ſeph des II. Majeſtät, hat es die Abtei Wadgaſſen allerunterthänigſt zu verdanken, daß der, zwiſchen der Krone Frankreich und dem Fürſtlichen Hauſe Naſſau-Saarbrüken, in Gefolg des Wiener Friedens von 1738, erſt 1766 mit ihrer Einwilligung zu Stand gekommene Tauſchvertrag in dem Kaiſerlichen Ratifikationsdekret von 1768 dergeſtalt beſtätiget- und ihr von Reichswegen iſt garantiret worden: daß Sie die darinn ſich ausdrücklich vorbehaltenen Rechte, Freiheiten und Beſizungen fortgenieſſen ſolle, wie Sie ſelbige nach dem Beſizſtande des Weſtphäliſchen Friedens und deſſen ſowohl in den Kammergerichtsurteln von 1727 und folgenden Jahren, als den Vergleichen von 1729 und 1759 zum Grund gelegten Entſcheidjahres 1624 unter vormaliger Reichs- und limitirter Naſſauiſcher Landeshoheit vor dieſem genoſſen hat.

Dieſen Vorbehalt und bedingten Uebergang an Frankreich hat der allerchriſtlichſte König Ludwig der XV. als ohnedies garant des Weſtphäliſchen Friedens, für ſich, ſeine Erben und Nachkommen, ſowohl den 11 März 1766, als in den lettres patentes vom Auguſt 1769 wiederholt gut geheiſſen und ebenmäſig ratificiret, wobey Sie ſeitdem ruhig gelaſſen und die jeweiligen Eingriffe der untergebenen Stellen ſelbſt von den franzöſiſchen höhern Gerichten ſogleich ſind abgeſchaft worden.

So wenig also die Abtei erwartet hat, daß die französische Nationalversammlung, bei der jüngst in diesem Königreich sich ereigneten grossen Revolution, dieser im Namen der Krone oder der immer bleibenden Nation, geschehenen heiligsten Zusage, vorbesagtem Friedensschluß, den Kameralurteln und Verträgen gerade zuwider handeln, und ihre gegen die ursprünglich französische, willkührlich angenommene Klöster gefaßte Entschliessungen, auch auf Sie könne und werde ausdehnen; so lassen doch die neuern Vorgänge, und die ihr schon abgenöthigte Inventarisation ihres Vermögens Sie nun doch, leider! das Gegentheil besorgen.

Eine Besorgnis, die es ihr zur Nothwendigkeit macht, die in besagtem Tauschvertrage ihr vorbehaltenen Rechte (wie Sie diese unter vormaliger Reichshoheit besessen, und ihr sowohl von Euer Kaiserlichen Majestät allerhöchsten Vorfahrer und dem Reich, als der Krone Frankreich sind zugesichert worden) in dem hiebeigehenden Promemoria öffentlich an den Tag zu legen, und nach dem neuesten Wahlvertrage Art. 1. §. 8. um den allergnädigsten Schuß und die Reichsverfassungsmäsige Hülfe gegen das Benehmen der französischen National-Versammlung allersubmissest anzuflehen.

An Euer Kaiserliche Majestät gelanget demnach Endesunterschriebenen Abts und Priors im Namen der ihnen anvertrauten Abtei,

tei, allerunterthänigſte Bitte, Allerhöchſtdieſelben geruhen, dieſen Kaiſerlichen Schutz ihr dahin allermildeſt angedeihen zu laſſen: daß Sie bei ihren Beſitzungen, ihren hergebrachten Rechten und Gerechtigkeiten in und auſſer dem Reich gegen den weſtphäliſchen Frieden, die Cammergerichtsurteln, die ältern Vergleiche und den auf jene ſich ſtützenden, von Reichswegen garantirten Tauſchvertrag von 1766, auf keine Weiſe geſtöhret, ſondern dabey kräftigſt gehandhabt, daß ihr dagegen von niemand, wer es auch ſey, vor- und eingegriffen, im widrigen Fall die Wiederbegebung unter teutſche Hoheit ihr zugelaſſen, und zur Schadloshaltung verholfen, die Reichsſtände aber, in deren Landen Sie noch Beſitzungen hat, Reichsväterlich ermahnet werden, ihr im ruhigen Genuß derſelben, wenn Sie auf dieſe ſich zu verpflanzen, oder ihren Ordensſtatuten gemäs, ſelbige ſonſt zu benutzen rathſam finden ſollte, nicht hinderlich zu ſeyn, noch auf irgend eine Weiſe Sie darin zu beeinträchtigen.

In der ſubmiſſeſten Zuverſicht in dieſem billig- und rechtmäſigen Geſuche allermildeſtes Gehör zu finden, empfehlen Endesunterzeichnete ſich zu allerhöchſten Kaiſerlichen Hulden und Gnaden, und ſind in tiefſchuldigſter Erniedrigung.

Kaiſerlichen Majeſtät

1791.

allerunterthänigſte

F. Bordier, Abt.
F. I. Reiſs, Prior.
F. Schmit, Procurator.

III.

Schreiben der Abtei Wadgaſſen an die teutſche Reichsverſammlung vom 26 Febr. 1791.

Hochwürdige, Hoch- und Wohl- auch Hochedelgebohrne, veſt- und Hochgelehrte,

von des heiligen Römiſchen Reichs Kurfürſten, Fürſten und Ständen zu gegenwärtigem Reichstag bevollmächtigte Räthe, Bottſchafter und Geſandte,

Gnädige, Hoch- und vielgeehrteſte Herren!

Euer Exzellenzien, Hochwürden, Hoch- und Wohl- auch Hochedelgebohrn wird aus den Reichsprotokollen noch wohl erinnerlich ſeyn, daß in dem 1766 zwiſchen der Krone Frankreich

reich und dem Fürſtlich-Naſſauiſchen Hauſe, in Gefolg des Wiener Friedens von 1738 zu Stande gebrachten Tauſchvertrage, die vormals teutſche Abtei Wadgaſſen, Prämonſtratenſer Ordens, ſamt ihren jenſeits der Saare liegenden Ortſchaften, mit ihrer Einwilligung, und ausdrücklichem Vorbehalt, dergeſtalt unter die bedingte franzöſiſche Hoheit gekommen, daß Sie die Rechte, Freiheiten und Beſitzungen fortgenieſſen ſolle, wie Sie ſelbige nach dem Beſitzſtande des weſtphäliſchen Friedens, und deſſen ſowohl in den Kammergerichtsurteln von 1727 und folgenden Jahren, als den ältern und neuern Vergleichen von 1729 und 1759, unter vormaliger Reichs- und Naſſauiſcher limitirter Landeshoheit beſeſſen hat. Wobei Sie, auf das Reichsgutachten vom 3. Februar 1768, in dem den 15ten erfolgten Kaiſerlichen Ratifikations-Kommiſſions-Dekret garantiret worden, und nur auch mit dieſen, von dem allerchriſtlichſten König Ludwig dem XV. beſtätigten Vorbehalt, Sie unter die bedingte franzöſiſche Hoheit iſt übergegangen.

So wenig Sie nun erwartet hat, daß einer im Namen der Krone oder des Königreichs geſchehenen, von Kaiſerlicher Majeſtät und dem Reich garantirten ſo feyerlichen Zuſicherung, bei der jüngſt ſich ereigneten Revolution in Frankreich, von der National-Verſammlung zuwider gehandelt- und die, gegen die urſprünglich franzöſiſche, willkührlich angenommene

Klöster gefaßte Entschliessungen auch auf Sie, Friedensschluß- Urtel- und vertragwidrig, könnten und würden ausgedehnt werden; so lassen doch die neuern Vorgänge, und die ihr abgedrungene Inventarisation ihres Vermögens Sie nun, leider! das Gegentheil besorgen.

Eine Besorgnis, die es ihr zur Nothwendigkeit macht, bei dieser höchstansehnlichen Reichsversammlung, wie es schon bei Kaiserlicher Majestät geschehen, dagegen Schutz und Hülfe zu suchen.

An Euer Exzellenzien, Hochwürden, Hochwohl- und Hochedelgebohren gelanget demnach Endesunterschriebenen Abts- und Priors, im Namen der Abtei, gehorsamste und geziemende Bitte, Hoch- und Dieselbe wollen, bei Dero höchst- und hohen Herrn Prinzipalen, Obern und Kommittenten durch beifällige Berichte es dahin einleiten, daß besagte Abtei bei ihren Besitzungen in- und ausser dem Reich, wie auch hergebrachten Rechten, Freiheiten und Gerechtigkeiten gehandhabt- im widrigen Fall aber ihr zur Schadloshaltung verholfen und bei Nichterfüllung des, ihrer freiwilligen Unterwürfigkeit an die Krone Frankreich beigefügten Vorbehalts, und der ihr, in dessen Gemäsheit überdies noch ausdrüklich beschehenen Königlichen Zusicherung, Sie unter teutsche Reichs-Hoheit mit allen ihren Besitzungen wieder aufgenommen, und ihr selbige, wie Sie es den

Ordens

Ordensſtatuten gemäs dienlich befunden ſollte, künftig ungehindert fortzugenieſſen, geſtattet werden möge.

In Hofnung deſſen Reichskonſtitutionsmäſiger Willfahrung verharren wir allſtets in tiefſter Verehrung und mit aller Hochachtung

Einer Höchſtanſehnlichen Reichsverſammlung

Wadgaſſen,
den 26 Februar 1791.

unterthänige und gehorſamſte

F. Bordier, Abt.
F. I. Reifs, Prior.
F. Sehmit, Procurator.

IV.

Promemoria für die, ſeit ihrer erſten Stiftung zum teutſchen Reich gehörige, durch den, zufolge des Wiener Friedensſchluſſes von 1738 zwiſchen dem Fürſtlichen Hauſe Naſſau-Saarbrüken und der Krone Frankreich, im Jahre 1766 zu Stand gekommenen Länder-Austauſch-Vertrag, an Höchſtdieſe, mit der Jenem nur zugehörig geweſe-

nen limitirten Landesherrlichkeit, mit ausdrüklich darinn stipulirt, und garantirter Beibehaltung aller bisher gehabter Rechte, Freiheiten, Immunitäten und Besizungen, übergegangene Teutsche Abtei Wadgassen Prämonstra..nser Ordens, die von der französischen National-Versammlung wegen der geistlichen Güter und Klöster in ihrem Königreich, neuerlich gefaßte Entschliessungen betreffend. *).

§. 1.

Weltkündig ist es, welche Entschliessungen, nach der jüngst in Frankreich sich ereigneten großen Revolution, die National-Versammlung unter andern auch in Absicht der Klöster und geistlichen Güther zu fassen gut gefunden hat.

§. 2.

Obschon nun die Abtei Wadgassen, nach dem 1766 zwischen der Krone Frankreich und dem Fürsten von Nassau-Saarbrücken, (in dessen

*) 87 S. in Fol. Daß dieses Promemoria umgedruckt worden sey, ist aus einigen Stellen desselben z. E. §. 26. Not. a. und §. 28. Not. a. ersichtlich. Der erste Abdruck dieses Promemoria ist mir nicht zu Gesicht gekommen.

ſen Territorio Sie ſonſt gelegen war) getroffenen Länder-Austauſch und deren Abtretung an dieſe Krone, ſamt ihren linker Seits der zur Gränze beſtimmten Saar gelegenen Ortſchaften, mit limitirter Superiorität jezt zu dieſem Königreich gehöret; (§. 37. ſeq.) ſo glaubt Sie doch, daß beſagte Entſchlieſſungen auf Sie, als eine gewiſſermaſſen noch für ausländiſch anzuſehende Abtei, nicht erſtrekt- und in Ausübung gebracht werden können; daß Sie vielmehr, nach dem beſondern Verhältniß ihrer erſten Stiftung, bei dem darauf ſich gründenden, bei entſtandenen Mißhelligkeiten allemal oberſtrichterlich anerkannten Beſizſtande, mit dem Sie nachher vom teutſchen Reich ab- und unter franzöſiſche Souverainität gekommen, bei ihren Beſizungen gelaſſen- daß in Anſehung ihrer, einer Ausnahme noch mehr müſſe Statt gegeben werden, worauf die im Elſaß begüterte deutſche Reichsfürſten, die Ritterſchaft und Kleriſey ꝛc. mit ſo vielem Recht beſtehen; weil durch den Ryßwikiſchen Frieden von 1697 die Provinz Elſaß, mit ausdrüklich zugeſicherter Beibehalt- und Fortgenieſſung ihrer bisherigen Rechte, und ihrer ſowohl in- als ausländiſchen Beſizungen, von Kaiſer und Reich an die Krone Frankreich abgetreten worden. (§. 30. ſeq.)

§. 3.

Auf eben die Weiſe iſt auch die Abtei Wadgaſſen, mit ausdrüklichem Vorbehalt ihrer

ihrer bisherigen Rechte, Immunitäten und Beſizungen, nach ihrer nöthig geweſenen vorgängigen Einwilligung, die durchaus bedingt war, (§. 38.) an Frankreich übergegangen.

§. 4.

Dieſe ganz beſondere Bewandniß einer an den äuſſerſten Grenzen des Königreichs gelegenen Abtei konnte freilich der National-Verſammlung unbekannt ſeyn. Sie hat deswegen von ihrem eigends dahin gereißten Abte Dieſer ein Memoire raiſonné übergeben laſſen und darinn gezeigt, daß Sie nicht nach dem Maasſtabe der urſprünglich franzöſiſchen Klöſter zu beurtheilen ſey, daß die von der Krone ihr zugeſicherten Bedingniſſe des Ueberganges an Frankreich auch von der Nation müſten gehalten und erfüllet werden.

§. 5.

Noch zur Zeit iſt zwar hierauf keine Sie beruhigende Entſchlieſſung erfolget. So ſehr Sie aber Urſache zu haben vermeinet, die verdiente Protection von der Rechts- und Billigkeitsliebe der National-Verſammlung erwarten zu können; ſo hat doch vor kurzem ein unangenehmer Vorfall ihre Aufmerkſamkeit erreget, da in dem Diſtrikt von Saarlouis, der wiederholten Proteſtation ohngeachtet, die Inventariſation ihres Vermögens vorgenommen- und Sie manu militari dazu iſt genöthiget worden.

Dieſes

Dieses läßt Sie leider besorgen, daß die wichtigen Gründe ihres Memoire raisonné bei ermeldter National-Versammlung keinen Eingang gefunden haben; daß mithin die Abtei in das Schikſal der ursprünglich französischen Klöster mit fortgerissen werden dörfte.

Eine Besorgnis, die es ihr zur Nothwendigkeit macht, nach dem Beispiel der im Elsaß possessionirten teutschen Reichsfürsten und Stifter, zu Aufrechthaltung ihrer Existenz und Besizungen in- und ausser Frankreich (wie Sie selbige vor ihrem bedingten Uebergange in diesem Königreich gehabt) die allerhöchste Protection Kaiserlicher Majestät und des Reichs ebenmäßig unterthänigst anzusuchen.

§. 6.

Da Sie auf die allergnädigste Willfahrung dieser gerechtesten Bitte Anspruch machen zu können glaubt: so will Sie die, bei diesem bedingten Uebergange, von Frankreich ihr zugesicherte, von Kaiser und Reich garantirte Constitution (§. 39.) in möglichster Kürze ausführen.

§. 7.

Seit ihrer ersten Stiftung hat Sie bekanntlich mit ihren sämtlichen Besizungen zum teutschen Reich gehöret; nie hat Sie die mindeste Verbindung mit Frankreich gehabt.

§. 8.

§. 8.

Kaiſer Heinrich der *IV.* hat im Jahre 1080. die *villam Regiam* Wadegozingen (jezt Wadgaſſen genannt) dem Grafen Siegbert von Naſſau,

cum utriusque ſexus mancipiis, areis, aedificiis, agris, pratis, paſcuis, terris cultis et incultis, aquis aquarumque decurſibus, molis, molendinis, piſcationibus, exitibus et reditibus, viis et inviis, quaeſitis et inquirendis, cum omni utilitate, quae ullo modo inde provenire poterit;

mit dem Beding eigenthümlich übergeben:

ut de *praedicto praedio habeat poteſtatem poſſidendi, tradendi*, commutandi, praecariandi, vel quidquid ſibi inde placuerit, faciendi. (Num. 1.)

§. 9.

Dieſer Freiheit hat nicht lang hernach einer ſeiner Nachkommen, Graf Friedrich von Naſſau-Saarbrüken, ſich bedienet. Auf deſſen vorgängige Verordnung hat die von ihm hinterlaſſene Wittib, Gräfin Giſela, mit Bewilligung ihres Sohnes Simon, beſagte *Villam Regiam*, oder die nachher ſo genennte *Eccleſiam* Wadgaſſen

cum

cum univerſis decimationibus, dominicalia ſua, manſionarios, cum manſis, et cum *omni eorum Juſtitia, mancipia, utriusque ſexus, agros, ſylvas, prata, paſcua*, culta et inculta, *aquas aquarumque decurſus, molendina, piſcationes, cum omni utilitate, quae ullo modo provenire poterit*,

dem Erzbiſchof Adalbero von Trier *cum integra libertate* dergeſtalt übergeben, daß auf beſagtem Bezirke, zu Ehren der ſeeligſten Gottesgebährerin Maria, eine Kirche, wie nachher wirklich geſchehen, gebaut, daß von dem Ertrage der alſo cedirten Güter und Renten Ordensgeiſtliche unterhalten werden, und der Erzbiſchof ihr beſtändiger Advokat ſeyn und bleiben ſolle. (Num. 2.)

§. 10.

Nicht einmal das *Jus advocatiae* hat alſo das gräfliche Hauß Naſſau-Saarbrüken, als der erſte Stifter, ſondern, nach dem Schankungs- und Uebergabs-Briefe, nur die *Miniſteriales*, oder die Unterhaltung der Gräflichen Forſtbediente ſich vorbehalten.

§. 11.

In Gemäsheit jener Uebergabe (§. 9.) hat Erzbiſchof Adalbero das jezt noch beſtehende Gotteshauß Wadgaſſen angeordnet und ihm

ihm die *villam Wadegozingen cum appertinentiis pro fundo dotali* dergestalt angewiesen, daß weder Er, noch seine Nachkommen die da wohnende Geistlichen mit einiger Exaction beunruhigen, und selbige, ausser ihm, keinen andern Advokaten haben sollen. (Num. 3.)

§. 12.

Die so gestiftete Abtei hat in der Folge mehr Freiadeliche Güter (deren Besizer meist fremde und keine Gräflich-Nassauische Unterthanen waren) an sich gekauft und andere ex oblatione fidelium, nebst verschiedenen Renten und Gefällen, erhalten. Von diesen sowohl, als dem Haupt-Stiftungs-Fond, und was sie noch künftig erwerben würde, hat Sie 1152 und 1179 von den Päpsten Eugenius dem *III.* und Alexander dem *III.* durch eigene Bullen die Bestätigung erhalten, in welchen ihre weitere Erwerbungen der Länge nach specificiret sind. (Num. 4. 5.)

§. 13.

Im Jahre 1481 hat Sie auch die Hälfte des Dorfes Buß von den Freiherren von Fleckenstein durch Kauf- (Num. 6.) und die andere Hälfte 1548 durch Tausch, selbst von dem Grafen Philipp von Nassau-Saarbrüken mit Hoch- und Nieder-Gericht, Diensten, Frohnden, Gebott, Verbott,

Scha-

Schazung, Bußen ꝛc. gegen Abtretung der Dörfer Hechen, Lumerſchied, Wahlſchied (Num. 7.) und 1466 vorher ſchon das Hochgericht der Pfarre Wadgaſſen an ſich gebracht. (Num. 8.)

§. 14.

Zu deſſen allen beſſerer Handhabung hat Kaiſer Friederich der *II*, wie aus dem Schuz- und Schirmbriefe Kaiſers Karl des *V.* zu erſehen, auf Anſuchen des Erzbiſchofs Dieterich *II.* von Trier das Kloſter Wadgaſſen mit allen wirklich beſizenden und noch zu erwerbenden Gütern, Renten und Gefällen bereits 1235 in Kaiſerlichen und Reichs Schuz genommen:

Abbatem, et eccleſiam de Wadegozingen cum omnibus bonis ſuis, quae in praeſenti juſte tenent et poſſident, et in antea juſto titulo poterant adipisci, ſub *noſtra et Imperii protectione recepimus*, ſpeciali autoritate mandantes et firmiter *inhibentes*, *quatenus nullus ſit, qui dictum abbatem et eccleſiam in perſona vel bonis contra hujus protectionis noſtrae tenorem auſu temerario offendere* vel inquietare *praeſumat*, quod qui praeſumſerit, indignationem Culminis noſtri ſe noverit incurſurum. (Num. 9.)

§. 15.

Eben dieſes hat Sie 1531 von Kaiſer Karl dem V. dahin erhalten:

Animo deliberato ex certa Scientia et autoritate noſtra Caeſarea praenominata quaecunque Privilegia, Literas, indulta, gratias, conceſſiones, immunitates, aliasve praerogativas dicto Abbati, Conventui et Monaſterio, eorumque anteceſſoribus quomodolibet conceſſa, ſeu conceſſae fuerint, prout rite poſſederunt et obtinuerunt, atque in praeſenti obtinent et poſſident, approbavimus, ratificavimus, innovavimus, confirmavimus et tenore praeſentium approbamus, ratificamus, innovamus, confirmamus, et quantum opus eſt, de novo gratioſe concedimus et elargimur, impedimento et contradictione ceſſantibus quorumcumque etc. (Num. 11. 12.)

§. 16.

Wie nun dieſe, und die nachgefolgte Päpſt- und Kaiſerliche Beſtätigungen die bereits gemachte ſowohl, als alle künftige Erwerbungen bezielen; ſo mußte in Anſehung aller, (ſie mogten in Deutſchland gelegen ſeyn, wo ſie wollten,) deren Immunität ſo lang ſtatt haben, als durch Landesherrliche Amortizations-Geſeze ihnen kein Ziel iſt geſtekt worden.

§. 17.

§. 17.

Soviel bleibt dabei gewiß, daß all- ihre Fundations- sowohl, als die nachher, theils titulo oneroso, theils ex oblatione fidelium erworbenen Güter in die Zeiten hinreichen, als mit selbigen die Abtei noch zum teutschen Reich gehörte.

§. 18.

Weil die Erzbischöfe von Trier, denen das *Jus advocatiae* bey Gründung des Klosters vorbehalten war, (§. 9.) in den unruhigen Kriegszeiten ihm den nöthigen Schuz würksam nicht allemal leisten konnten; so hat selbiges in ältern Zeiten sich bald an Lothringen, bald an Pfalz-Veldenz, bald an Nassau-Saarbrüken gewendet, bis es endlich im Jahr 1466 die Grafen von Nassau-Saarbrüken für seine beständige Schuz- und Schirmherren angenommen, und damit sich sowohl, als den Schuzherren gegen einander zu vielen Prozessen Anlaß gegeben hat; weil Lothringen und Veldenz, bei der von ihnen vormals zuweilen angesonnenen Protection, das *Jus advocatiae* über Sie nicht aufgeben- und dem Hause Nassau überlassen wollten.

§. 19.

Im Jahre 1536 hat deswegen die Abtei gegen Veldenz am Kaiserlichen Kammergericht ein Mandat ausgewürkt und in der des-

halb übergebenen Supplik mehrmalen erkläret, daß Sie, auſſer dem Naſſauiſchen Schuz, ſonſt keine andere Obrigkeit anerkenne.

§. 20.

Dieſe lezte haben ſelbſt auch weder Veldenz, noch Naſſau, ſondern nur die Schuz- und Schirmgerechtigkeit über das Kloſter prätendiret. Das gräfliche Hauß hat ſelbiges vielmehr im Jahre 1572 für eine ganz abgeſonderte = blos in ſeinem und des Reichs Schuz gelegene = von aller fremden Jurisdiction und Obrigkeit befreite Abtei erkläret, welche Lothringen gegen alle Rechte dem Reich entziehen = ſich unterwürfig machen = und Sie zwingen wollte, ſich ihrer Freiheit des Naſſauiſchen Schuzes zu begeben, und Lothringen als Landesherrn zu erkennen.

§. 21.

Dieſen zwiſchen Lothringen und Naſſau viele Jahre angedauerten Streitigkeiten hat endlich der Vergleich von 1581 dahin ein Ende gemacht, daß der Herzog von Lothringen ſeine über die Abtei zu haben vermeinten Rechte aufgegeben und ſelbige dem Hauſe Naſſau übertragen hat. (Num. 13.)

§. 22.

§. 22.

Seit dieſer Zeit blieb alſo die Abtei unter dem Reichs-Schuz, und der Naſſau-Saarbrükiſchen Landeshoheit, ſo weit ſie der von den Päbſten und Kaiſern ihr beſtätigten Immunität gemäß und damit vereinbarlich war. (§. 12. 14.) Dieſe lezte gab jedoch in der Zeitfolge zu prozeſſualiſchen Weitläuftigkeiten Anlaß, die durch den Vergleich von 1697 wieder beigelegt wurden. (Num. 13.)

§. 23.

Im Anfange dieſes Jahrhunderts ereigneten ſich darüber doch neue Mishelligkeiten, als das gräfliche Hauß durch übelgeſinnte Rathgeber ſich bewegen ließ, unter dem Vorwande der Schuz- und Schirmgerechtigkeit, jener klöſterlichen Immunität zuwiderlaufenden Rechte über die Abtei neuerdings in Anſpruch zu nehmen.

§. 24.

Dagegen würkte Sie am Kaiſerlichen Kammergericht nachfolgende Mandate aus:

1) de non contraveniendo Fundationi monaſterii et pactis majorum, *relinquendo abbatiam in ſtatu immedietatis*, cum citatione ad videndum caſſari et extradi reverſales, tam à Praelato illicite et nulliter datas, quam à ſubditis extortas. S. C.

2) de facienda *repartitione collectarum circularium et onerum provincialium ſecundum proportionem debitam, concurrentibus deputatis conventus Wadgaſſenſis* S. C. una cum citatione ad videndum *repeti collectas circulares ab anno* 170[illegible] *immodice ſolutas*, exigi rationes de omnibus provincialibus ſimiliter praeſtitis, cum refuſione reſidui et ſe condemnari S. C.

3) de non praegravando ſubditos alienos onere inſolito etc. S. C.

4) de non turbando in poſſeſſione vel quaſi juris lignandi S. C.

§. 25.

Der gegen das erſte Mandat Naſſauiſcher Seits gemachten Einwendungen ohngeachtet, ergieng den 17ten Julius 1727 eine Definitiv-Urtel, (Num. 14.) In dieſer war zwar dem Gräflichen Hauſe Naſſau-Saarbrüken die Landeshoheit über die Abtei, jedoch nur *limitate*, in gewiſſen, beſonders ausgedrukten Fällen, mit der merkwürdigen Klauſel:

ohne Extenſion auf mehr andere Gerechtigkeiten

zuerkannt.

In der zweiten Mandatsſache ergiengen den 11 Oktober 1726 und 3 Junius 1729, theils vor- theils nachher die Urteln Num. 15 — 17. und in der erſten den 10 Nov. 1728 die weitere Num. 18., welche der misdeuteten vom 17 Julius 1727 nähere Grenzen ſezte.

§. 26.

Endlich waren beide Theile des Prozeſſes müde. Ueber die noch übrige Streitigkeiten (in Anſehung derſelben ihnen reſpective noch beſſerer Beweis und Gegenbeweis auferlegt war) kam unter Vermittelung des Kaiſerlichen Kammergerichts den 5 Julius 1729 ein Vergleich a) zu Stande, in welchem die vorangeführte Kameralurteln völlig zum Grunde gelegt wurden.

a) Dieſer Vergleich iſt unter den bereits abgedrukten Beilagen Seite 50. zu vorigem §. 20. dieſes wieder umgedrukten Promemoria befindlich.

§. 27.

Als nichts deſto weniger bald neue Streitigkeiten entſtunden, als durch fernere Misdeutung jener rechtskräftigen Urteln und des Vergleichs von 1729 die Abtei in ihren Rechten und Beſizungen wieder wollte beeinträchtiget werden; ſo war Sie genöthiget, dagegen am Kaiſerlichen Kammergericht von neuem Hülfe zu ſuchen, und vier Mandate S. C. auszuwir-

ken. Im Jahre 1758 erfolgte, *rejectis exceptionibus*, eine Paritorie-Urtel, und bei deren Nichtbefolgung auf des Oberrheinischen Kreises ausschreibende Herren Fürsten ein Mandatum de exequendo.

§. 28.

Als der Versuch fehl schlug, die erkannte Execution rükgängig zu machen, kam den 29 Jänner 1759 wieder ein Vergleich zu Stande, a) in welchem die vorigen Urteln, und die der Abtei zuerkannten Rechte und Immunitäten auch in den weiter bestrittenen Punkten bestätiget wurden.

a) Dieser Vergleich ist ebenmäßig in den bereits abgedrukten Beylagen S. 56 zum vorigen §. 22. befindlich.

§. 29.

Weil jene Urteln (§. 25.) auf den Besitzstand des, im Westphälischen Frieden angenommenen Entscheidjahres 1624 sich vornemlich gründen, und dem Hause Nassau darinn mehr nicht ist zuerkannt worden, als was Selbiges in besagtem Jahre hergebracht hatte; so müssen wir, um das nachfolgende verständlich zu machen, hieher bemerken, daß die währendem dreissigjährigen Kriege von Lothringen ihrer Länder entsezte Grafen von Nassau-Saarbrüken in dessen IV Art. §. 30. *ex Capite Amnestiae* restituiret wurden:

Comi-

Comitibus Naſſau-Saraepontanis (heißt es) *reſtituantur omnes eorum Comitatus*, Diynaſtiae, territoria, homines, *et bona eccléſiaſtica etc.*

In Anſehung der, unter den im Naſſauiſchen liegenden *bonis eccleſiaſticis* mitbegriffenen Abtei Wadgaſſen iſt im V Art. §. 26. verordnet:

Omnia quoque *Monaſteria*, fundationes et ſodalitia, quae *die* 1 *Januarii* 1624. *Catholici realiter poſſederunt, poſſideant et ipſi ſimiliter, utut in A. C. ſtatuum territoriis ea ſita ſint.*

§. 30.

Auf dieſen Weſtphäliſchen Frieden gründet ſich nachher auch der, aus Veranlaſſung der Geſchichtkündigen franzöſiſchen Reunionen im Jahre 1697 geſchloſſene Ryßwikiſche Friede, in deſſen III Art. es heißt:

Pacis hujus baſis et *fundamentum ſit Pax Weſtphalica*, quae *in ſacris* et profanis plenae *executioni mandetur*, et poſthac *ſarta tecta conſervetur.*

§. 31.

Unter der anmaßlich reunirten Grafſchaft Saarbrüken, waren auch die klöſterliche Dorfſchaften im IV Art. begriffen:

Reſtituantur imprimis *Sacrae Majeſtati Caeſareae, Imperio ejusque Statibus et Membris* à Sacra Regia Majeſtate Chriſtianiſſima *quaevis tam durante bello et via facti, quam unionum ſeu reunionum nomine occupata loca et jura*, quae extra Alſatiam ſita, aut in indice Reünionum à Legatione gallica exhibito expreſſa ſunt, *caſſatis*, quae à Cameris Metenſi et Veſontia, ut et Conſilio Briſacenſi edita ſunt, *decretis* et *declarationibus*, omniaque in eum ſtatum reponantur, quo ante illas occupationes, uniones, ſeu reuniones fuerunt, *nullo deinceps tempore amplius turbanda, ſeu inquietanda* etc.

§. 32.

Die Abtei Wadgaſſen mußte jedoch dabei ein Opfer machen. Da im 33 Artikel die neue Grenzveſtung Saarlouis mit einer halben Meile im Umkreiſe Frankreich überlaſſen wurde; ſo traf dieſes auch die Abtei mit ihren in dieſem Diſtrikt gelegenen Ortſchaften Lisdorf und Ensdorf, die der Krone Frankreich mit den Souverainitätsrechten reunirt blieben.

Sie übt aber darinn noch wirklich die hohe, mittlere und Grundherrlichkeit ruhig aus, in die Sie Jure poſtliminii wieder eingetreten iſt.

Dieſe

Dieſe reunirten Dörfer ſind deswegen, als urſprünglich deutſche, nur bedingt an Frankreich übergegangene Beſitzungen, für keine franzöſiſche Nationalgüter anzuſehen.

§. 33.

In den bekannten Wiener Friedens-Präliminarien von 1735 kam zwar das Herzogthum Lothringen an die Krone Frankreich; Sie verſprach aber in der Deklaration vom 11 April d. J.

daß Sie darin nicht mehr Recht, als der vorige Herzog von Lothringen prätendiren wollte.

und in den weitern Präliminarien vom 28 Auguſt 1736 ward verabredet:

wenn einige Diſtrikte ſtreitig wären, daß zu Vermeidung künftiger Irrungen darüber mit den benachbarten Reichsſtänden ſich gütlich ſolle verglichen werden.

Im XVI Art. des Definitivtraktats von 1738 iſt dieſes nochmals vorbehalten worden; weil verſchiedene Beſitzungen der teutſchen Reichsſtände in die Grenzen Frankreichs, und manche franzöſiſche in die Reichsgrenzen eingeſchloſſen waren.

§. 34.

§. 34.

Im III Artikel sind übrigens die Westphälisch- und Ryswikischen Friedensschlüsse (§. 29 — 31.) wieder zum Grund gelegt worden.

§. 35.

Die Besorgnis, daß die Abtei in den, zufolge dieses Friedens, zwischen Frankreich und Nassau-Saarbrüken längst vorgewesenen Länderaustausch mit dörfte eingeflochten werden, hatte ihr bey dem Vergleich von 1759 (§. 28.) schon die Vorsicht angerathen, daß Sie in dessen 21 Artikel sich versprechen ließ:

> daß, wenn wegen einem Austausch Klösterlicher Distrikte von der Krone Frankreich Propositionen geschehen sollten, ihr davon Nachricht zu geben sey,

damit Sie dagegen auf allen Fall sich verwahren- oder wegen Beibehaltung ihrer Rechte und Immunitäten sich selbst vorsehen könne. Eine Nachricht, die ihr sobald nicht ist zugegangen, als es vielleicht zu wünschen gewesen wäre.

§. 36.

Indessen hatten die Negotiationen zu Nanzig ihren Fortgang und der Tauschvertrag kam den 5 Februar 1766 würklich zu Stande. (Num. 19.) Um die Grenzen der Vestung

Saar-

Saarlouis noch mehr zu erweitern, (§. 32.) war die Austauſchung der Abtei Wadgaſſen, mit ihren jenſeits der Saar gelegenen Dorfſchaften und Höfen, der Krone Frankreich ein ſehr anliegender Gegenſtand.

Um dieſen zu erleichtern, wurden deswegen gleich im Eingange des Tauſchvertrages die Weſtphäliſch- und Ryßwickiſchen Friedensſchlüſſe, (§. 29 — 31.) die ältern Verträge zwiſchen Lothringen und Naſſau von 1581. 1621. 1623. (Num. 20 — 22.) und der von der Reichsdeputation vermittelte von 1669 Num. 23., beſonders aber die Kameralurteln (§. 25.) und die neuern Verträge von 1729 und 59. (§. 26 — 29.) wieder zum Grunde gelegt. Nur die ſehr limitirte Landeshoheit, (wie ſie vor dieſem Naſſau über die Abtei hatte, und ihm faſt nur in honorificis, nach dem bloſen Beſizſtande des Entſcheidjahres 1624 a) weiter aber nicht zuerkannt war, (§. 25. 29.) ward im 23 Art. der Krone Frankreich übertragen:

„Sie ſoll (heißt es) unter Königlich-franzöſiſcher Hoheit die Rechte und Freiheiten fortgenieſſen, wie ſie ihr, vermög ihrer Stiftung, nach den Kammergerichtsurteln und den vorbeſagten Verträgen (die alle dem Vertrage beygelegt werden) zuſtändig ſind, und wie Sie ſelbi-

ge

ge unter der Reichshoheit vormals genoſſen hat.

a) S. von Ludolf *Symphor. Conſultat. Tom.* 1. *p.* 1518 *ſeqq.*

§. 37.

So wenige Bedenklichkeit das Fürſtlich-Naſſauiſche Hauß bei dem Austauſch der Abtei hatte; ſo konnte dem Königlichen Miniſterio in der darüber geführten Korreſpondenz doch nicht verhalten werden, daß die Naſſauiſche Landeshoheit über die Abtei und ihre Unterthanen, durch die urſprüngliche Stiftung, (§. 8 ſeq.) durch die Erkenntniſſe des Kaiſerlichen Kammergerichts, (§. 25.) durch die verbindlichſten Verträge, (§. 26. 28. 36.) wie ſo eben gemeldet, ſehr eingeſchränkt ſey; mithin auch nur dieſe vertauſcht- und mit ihrer Einwilligung an Frankreich könne übertragen werden; daß aber, (weil die Abtei, mit ihren Ortſchaften, dem Reich kontribuabel) dazu auch die Kaiſerliche und Reichs-Einwilligung nöthig ſey.

§. 38.

Die Krone Frankreich ſieht ſelbſt die Nothwendigkeit dieſer doppelten Einwilligung ein, wie mit damaliger Korreſpondenz erweislich iſt. Auf dringende Verwendung willigt endlich die Abtei in den Kapitels-Schlüſſen vom 10 Dez.

1766

1766 und 9 Jenner 1767. (Num. 24. 25.) jedoch anders nicht, als mit der ausdrüklichen Bedingnis und dem Vorbehalt dazu ein:

daß Sie, wie bis hieher unter Naſſau-Saarbrükiſcher Landeshoheit, ſo auch in Zukunft, nach dem Uebergange unter die Souveränität der Krone Frankreich, bei ihren hergebrachten Rechten, Freiheiten, Beſitzungen und Immunitäten, in Gemäßheit ihrer Fundation, der Urteln und Vergleiche, ferner bleiben- die freie Abtswahl ihr gelaſſen- Sie mit keiner Penſion oder ſonſtiger Auflage beläſtiget werden- und auch in Zukunft ihr die Aufnahme teutſcher Novizen freiſtehen ſolle.

§. 39.

Nun war noch die Kaiſerliche und Reichs Einwilligung übrig, um einen nicht unbeträchtlichen fünf viertel Stunde langen, und zwei breiten, dem Reich kontribuablen Strich landes davon abkommen zu laſſen, und an eine fremde Macht zu übertragen.

Um dieſe bewirbt ſich deswegen, mit vornemlichem Bezug auf dieſe Abteiliche Einwilligung, der damals regierende Herr Fürſt zu Naſſau-Saarbrüken den 7 März 1767 in einem allerunterthänigſten Schreiben an weiland Kaiſer Joſephs des II. Majeſtät. (Num. 26.)

§. 40.

§. 40.

Allerhöchſtdieſelben bringen dieſes Geſuch den 4 November 1767 durch das Kommiſſionsdekret Num. 27. (in welchem wieder hauptſächlich auf jene bedingte klöſterliche Einwilligung (§. 38.) ſich bezogen wird) an die Reichsverſammlung, und auf das Reichsgutachten vom 3 Februar 1768. (Num. 28) erfolgt den 15ten die Kaiſerliche Ratifikation dieſes Tauſchvertrages, (Num. 29.) in welcher die Beibehaltung der abteilichen Rechte, Freiheiten und Beſizungen NB. in- und auſſer Teutſchland ihr nun auch von ganzen Reichswegen garantiret werden.

§. 41.

Gleichwie alſo die Abtei dieſe Garantie ſelbſt dem Fürſtlich-Naſſauiſchen Hauſe zu verdanken hat; ſo lebt Sie auch der ganz zuverſichtlichen Hofnung, daß Sie von Hochdieſem, der in dem Tauſchvertrage enthaltenen Zuſage gemäß, in ihren zum Reich noch gehörigen, dieſſeits der Saare liegenden Dörfern, Höfen, Ländereien, Gütern und Renten den Landesherrlichen Schuz ungeſtört fortgenieſſen- und es derentwegen keines *Manduti de non contravenendo*, keiner Schadlosklage bedürfen werde.

§. 42.

§. 42.

Die Königliche Ratifikation des Tauſchvertrags iſt nachher alſo geſchehen:

Nous ayant agréable la ſusdite convention generale et definitive en tous et chacuns des points et articles, qui y ſont contenus et declarés, avons iceux *tant pour nous, que pour nos heritiers et Succeſſeurs, acceptés, approuvés, ratifiés et confirmés* et par ces preſentes ſignées de notre Main, acceptons, approuvons, ratifions, et confirmons et le tout *promettons en foy et parole de Roy, garder et obſerver inviolablement*, ſans jamais aller, ni venir au contraire, directement et indirectement en quelque ſorte et manniére que ce ſoit, en temoin dequoi nous avons fait mettre notre ſeel à ces preſentes. Donné à Verſailles le onzieme jour du mois de Mars l'an de Grace Mil ſept cent ſoixante ſix et de notre regne le cinquante uniéme

Louis.

Par le Roy

Choiſeul Duc de Praslin.

§. 43.

Erst auf diese, im Namen der Krone und des Königreichs, geschehene Zusicherung, daß die Abtei bei ihren bisherigen Rechten, Freiheiten und Besitzungen bleiben solle, erfolgte 1768 ihr Uebergang an Frankreich, mit den jenseits der Saare liegenden Ortschaften, an den vom König dazu bevollmächtigten Herrn *Marechal Marquis d'Armentières*.

§. 44.

Sie übergab nachher, mit Beziehung auf ihre Rechtstitel, eine Beschreibung ihrer Gerechtsame und Besitzungen, a) um auch die, gegen die besorgliche Contraventionen der Officianten, gewöhnliche *Lettres patentes*, oder Königsbriefe zu erhalten, die im August 1769 an die Cour Souveraine de Lorraine (deren Gerichtbarkeit Sie untergeben wurde) ergiengen, und zur schuldigen Befolgung von dieser registriret wurden. (Num. 30.) In selbigen ward nochmals erkläret:

die Königliche Willensmeynung sey: daß die Abtei nach dem 22 Art. des Austausch-Vertrags, ihre auf rechtskräftige Urteln und Vergleiche sich gründenden Rechte, Privilegien, Freiheiten und Immunitäten unter französischer Souveränität (wie Sie selbige unter (limitirter) Nassauischer Landeshoheit gehabt) fort-

fortgenieſſen = und darinn vo
es ſey auf was Art es wolle,
werden ſolle.

a) Sie iſt dem zu Paris
Memoire raiſonné Num. 2.
welches mit dieſem Pro
Comitiis diſtribuirt werden

§. 45.

Aus dieſen erhellet auch, daß
mit ihren Ortſchaften jenſeits der
beſonderes Amt oder Baillage ausm
daß ſie ihre befreite eigene Conſtitu
Sie ſteht deswegen mit den Lothring
lages in keiner Gemeinſchaft, und
Grunde noch für ausländiſch a
Sie wohnt daher den Aſſemblées
nicht bei, und hat bei der National-
lung keinen Repräſentanten. An d
ſchen Geſezgebung, wozu Sie nicht
hat Sie alſo, nach der eigenen Natio
ne, a) eben ſo wenig einen verbind
theil.

a) *La liberté civile* (heißt es) *eſt*
la libertée politique, c'eſt à dire, ſ
qu'a chaque Citoyen de voter les
quelles il doit obeir.

§. 46.

Bei jener Zusicherung ihrer Rechte, Freiheiten und Immunitäten, ist Sie seitdem ungestört geblieben, und wenn Sie von untergebenen Stellen in deren ruhigem Genuß zuweilen gestört- und ihr mehr wollte zugemuthet werden, als Sie unter Nassauischer Hoheit hergebracht hatte; so sind, auf die bei den französischen Gerichten davon geschehene Anzeigen, die Beschwerden nach Recht und Billigkeit sogleich abgethan- und alles wieder auf den vertragmäsigen Fuß gesezt worden; wie durch viele, zu ihrem Faveur ausgefallene Urteln erweislich ist.

§. 47.

Was indeß bei den, durch den Ryswikischen Frieden an Frankreich übergegangenen Dörfern Lisdorf und Ensdorf oben (§. 32.) ist bemerkt worden, hat bei den ausgetauschten abteilichen Ortschaften Hastenbach, Schafhausen, Werbel, und verschiedenen jezt in Lothringen gelegenen Mayerhöfen ꝛc. a) seine ebenmäßige Anwendung, die so wenig, als jene, zum Nationalfond können gezogen werden; sie müsten ihr dann auf eine annehmliche Weise vergütet- und Sie derentwegen schadlos gehalten werden.

a) S. den Tauschvertrag Num. 19 a. Art. 22.

§. 48.

§. 48.

Erkennt die National-Verſammlung die von ihren Königen gemachte Staatsſchulden, hält Sie ſich verbunden, dieſe zu bezahlen; ſo müſſen ihr die Friedensſchlüſſe und Verträge, ſo muß der von der Krone, unter Kaiſerlicher und Reichsgarantie, geſchloſſene Tauſchvertrag von 1766, durch welchen die Abtei unter die nur bedingte franzöſiſche Hoheit gekommen, nach dem Völkerrecht ihr eben ſo heilig und verbindlich ſeyn. Denn es iſt Grundſaz aller bürgerlichen Geſellſchaften, daß ſolche Zuſagen und Pacta publica müſſen gehalten - es iſt beſonders ein eigener, durch das allgemeine Staatsrecht längſt geheiligter Nationalgrundſaz, daß die Eigenthumsrechte verehret - und alle dabei geſchüzt werden müſſen. Die Abtei hoft alſo, daß dieſer Schuz ihr ebenmäßig angedeihen- daß ſich darüber nicht hinausgeſezt - daß den ſich vorbehaltenen, von teutſchen Reichswegen garantirten Bedingniſſen ihres kapitulationsmäßigen Ueberganges an Frankreich, von der National-Verſammlung nicht werde und könne zuwider gehandelt werden.

§. 49.

Dieſer Gedanke, dieſe Hofnung allein hat, im Anfange der iezigen Revolution in Frankreich, Sie wegen ihres Schikſals beruhiget.

Selbſt, als die National-Verſammlung die Güter der franzöſiſchen Geiſtlichkeit und Klöſter, zu Bezahlung der Staatsſchulden, der Nation zugehörig erklärte, hat die Abtei noch immer dafür gehalten, daß dieſes Sie nicht treffen. daß ſie unter dem Schikſal der urſprünglich franzöſiſchen, willkührlich aufgenommenen Klöſter nicht begriffen ſeyn- und Sie mit ſelbigen in eine Klaſſe nicht könne geworfen werden; denn Sie iſt nicht willkührlich, Sie iſt mit vorbeſagten Bedingniſſen, mit der verbindlichſten Zuſicherung auf Friedensſchlüſſe, auf rechtskräftige Urteln und Verträge, unter franzöſiſche Bottmäſigkeit gekommen. (§. 41 ſeqq.) Dieſe müſſen ihr gehalten nach dieſen muß Sie bei ihren wohl erworbenen Rechten und Freiheiten geſchüzt und gehandhabt werden, wie Sie ſelbige unter Naſſau beſeſſen hat, und wie nach ermelden Friedensſchlüſſen, Urteln und Verträgen dieſe ihr zu ewigen Zeiten rechtmäßig zuſtehen müſſen.

§. 50.

Das alles hat Sie in vorbeſagtem Memoire raiſonné ſo überzeugend dargethan, daß ihr die Anwendbarkeit jener National-Schlüſſe auf Sie kaum denkbar geſchienen hat, vielweniger, wie die Sanctionirung derſelben, ſo viel Sie betrift, gegen das geheiligte Wort Ludwigs des *XV.* (welches alle Thronfolger und die Nation, die es immer bleibt, verbin-

det)

der) Seiner jezt regierenden Königlichen Majeſtät mit Recht könne zugemuthet - und wie jene Schlüſſe auf Sie mögen ausgedehnt werden. (§. 42.).

Die oben (§. 5.) bemerkte, der Proteſtation Num. 31. ohngeachtet, manu militari ihr abgenöthigte Inventariſation, und was die neuere Nachrichten melden, laſſen jedoch nun, leider! Sie das Gegentheil beſorgen, daß Sie in das, den urſprünglich franzöſiſchen Klöſtern zugedachte Schikſal mit werde fortgeriſſen werden, wenn Sie, mit andern bedrukten Ständen und Gliedern des Reichs, keine wirkſame Hilfe dagegen erhält.

Sie hoffet indeß noch immer, daß die Unbilligkeit dieſes Benehmens der National-Verſammlung, ihren (§. 48.) vorbeſagten eigenen Grundſäzen gemäß, doch zulezt nicht entgehen werde.

§. 51.

Sollten aber die Entſchlieſſungen derſelben, mehr beſagten Friedensſchlüſſen, den Kameralurteln, und Vergleichen gerade zuwider, dennoch gegen die Abtei durchgeſezt - ſollten die Bedingniſſe des Tauſchvertrags ihr nicht gehalten - nicht erfüllet - und Sie ganz ſupprimirt werden wollen; ſo gehört Sie alsdenn nicht mehr zu Frankreich; Sie könnte ihren Uebergang dahin zurük nehmen, Sie könnte, bei der

alsdann vorhandenen Conditione reſolutiva, und der nicht erfüllten ſine qua non, a) in ihre vorigen Rechte wieder eintreten; Sie könnte Jure poſtliminii, unter limitirter Naſſauiſcher Hoheit, wie Sie vor dem Austauſche geweſen, ſich wieder zum Reich halten; denn nie würde Sie in dieſen gewilliget haben, wenn Sie hätte vorausſehen können, daß ihre Civil- und geiſtliche Exiſtenz künftig dabey Gefahr laufen, daß die ſtipulirten Bedingniſſe, die heiligſte, von Kaiſer und Reich garantirte Zuſagen der Krone Frankreich von der dieſe jezt repräſentirenden National-Verſammlung nicht würden gehalten werden.

a) S. Müllers *Promtuarium Juris novum, voce Collatio* §§. 9. 10. 14. 16. 18 — 20. 48.

§. 52.

Beſonders müſte Sie alsdenn ihre dieſſeits der Saare noch im Reich habende Güter, Renten und Gefälle (die für keine res nullius, quae cedunt occupanti, zu halten ſind) fortgenieſſen, darüber nach Willkühr disponiren, und, wenn Sie es für gut anſehen ſollte, ſich auf dieſe verpflanzen können, ohne daß höchſt- und hohe Reichsſtände, in deren Landen ſie liegen, ihr dagegen Hinderniſſe in den Weg legen, und davon eventuellen Beſiz ergreifen könnten, wie nach der Anlage Num. 32. von Kurtrier bereits geſchehen, und nach der weitern Num.

33.

33. von dieſer hohen Seite (obſchon Sie ſelbſt, wegen der gegen den Münſterſchen Frieden §. 70. von der National-Verſammlung aufgehobenen Erzbiſchöflich-Trieriſchen Metropolitanrechte, auf die Bißthümer Metz, Tull und Verdun, den ebenmäßigen Rekurs an Kaiſer und Reich genommen und dawider Reichshilfe erwartet) dazu noch nähere Vorkehrungen ſeit kurzem gemacht werden, die vielleicht andern zur Nachfolge dienen möchten, ſo wenig die Rechts- und Billigkeitsliebe der höchſt- und hohen Reichsſtände, in deren Landen Sie noch teutſche Beſizungen hat, Sie dieſes ſollte erwarten laſſen, und ſo wenig ſelbige, auch im widrigen Fall ihrer Aufhebung in Frankreich, in Teutſchland für bona vacantia zu halten ſind, da Sie in dem Tauſchvertrage Art. 22. ihr ausdrüklich ſind beſtätiget- und von Kaiſer und Reich garantiret worden. Sie darf alſo auch in Anſehung dieſer zu dem Kaiſerlichen und Reichsſchuz ſich Hofnung machen, und der geſezmäſigen oberſtrichterlichen Hilfe gegen alle Beſizſtöhrungen geſichert ſeyn.

§. 53.

Wollte aber die National-Verſammlung, wegen dieſer Rükkehre an das Reich, eine Schadloshaltung verlangen; ſo wär' noch eine groſſe Frage, welcher Theil bei dem Austauſche am meiſten verlohren habe? wer alſo dieſe potiori Jure zuerſt begehren könne? und ob ſo vielen

dem Reich kontribuabel geweſenen Ortſchaften wirklich ein genugſames Aequivalent ſurrogirt worden ſey? (S. pag. 86 ſeq. Note a.)

Die Abtei iſt allenfalls bereit, dasjenige im Kapital zu erſezen, was Frankreich für die ihm übertragenen Rechte, (die, wie ſie leicht ſpecificirt werden könnten, alle Jahr kaum 150 Livres ausmachen) dadurch abgehen dörfte, wenn Sie um dieſen Preis ihre Rükkehre unter teutſche Hoheit ſich wieder erkaufen könnte.

§. 54.

Aus dem bisherigen iſt zu erſehen, daß

a) ſowohl die Dotalgüter der Abtei von dem teutſchen gräflichen Hauſe Naſſau- als

b) die ſonſt erworbene, von lauter teutſchen, beſonders freiadelichen herrühren; (§. 9. 12. 13.) daß

c) deren Immunität durch Päbſt- und Kaiſerliche Privilegien ihr beſtätiget worden; (§. 12. 14. 15.) daß darüber

d) die Naſſauiſche Landeshoheit, nach dem Beſizſtande des Entſcheidjahres des Weſtphäliſchen, (§. 29.) im Ryswikiſchen nachher beſtätigten Friedens (§. 30 ſeq.) nie unbeſchränkt geweſen, vielmehr in deſſen Gemäsheit durch die Kammergerichtsurteln (§. 25.) und

Ver-

Verträge (§. 26 — 28.) nur auf gewiſſe Fälle limitirt war; daß alſo

e) die Abtei und ihre im Tauſchvertrage von 1766 abgetretenen Ortſchaften jenſeits der Saare auch nur mit dieſer limitirten Landeshoheit und dem Vorbehalt des Fortgenuſſes ihrer Rechte und Freiheiten, wie Sie ſelbige vormals unter Naſſau hatte, und mit dieſen, unter Beziehung auf jene Friedensſchlüſſe, Kameralurteln und Verträge, an Frankreich iſt übergegangen; (§. 36.) daß Sie dazu

f) nur unter dieſem Vorbehalt ihre Einwilligung gegeben, (§. 37 ſeq.) und daß nur unter dieſem, auf das Reichs-Gutachten von 1768, die Ratifikation Kaiſerlicher Majeſtät dazu ertheilet- und Sie dabei iſt geſichert worden; (§. 39 ſeq.) daß darauf auch

g) die Krone Frankreich dieſen Vorbehalt in beſagtem Jahre 1768 genehmiget- und den im folgenden darüber ausgefertigten Königsbriefen ſelbigen nochmals beſtätiget hat; (§. 40 — 44.) daß in deren Gefolge

h) die Abtei ſeitdem ruhig dabei gelaſſen- und ſelbſt von den franzöſiſchen Gerichten, wider die jeweiligen Eingriffe der Unterofficianten, dabei iſt gehandhabt worden; (§. 46.) und Sie deswegen

i) nicht erwartend ward, daß dem Tauschvertrage, daß den darinn bestätigten Friedensschlüssen, den Kammergerichtsurteln und Verträgen, von der National-Versammlung würde zuwider gehandelt - daß die von der Krone so heilig zugesicherten Rechte, Freiheiten und Besizungen ihr würden entzogen - und die, gegen die ursprünglich französische, willkührlich angenommene Klöster gefaste Entschliessungen auch gegen Sie könnten und würden angewendet werden; (§. 49 seq.) mithin

k) wenn darauf sollte bestanden werden, Sie bei diesen nicht erfüllten Bedingnissen, an den Tauschvertrag nicht mehr gebunden wäre, daß Sie vielmehr in ihre vorigen Rechte unter die Reichs - und limitirte Nassauische Hoheit zurüktreten - oder eine Schadloshaltung verlangen könnte, wenn Sie mit ihren, sowohl 1766, als durch den Ryswikischen Frieden vormals an Frankreich gekommenen Dorfschaften, Höfen und Gütern, in den französischen Nationalfond anmaßlich würde gezogen werden; (§. 32. 47. 51.) besonders aber

l) ihr alsdann freistehen müste, über ihre noch teutsche Güter und Besizungen nach Willkühr zu disponiren und auf diese sich allenfalls überzupflanzen, oder nach den Ordens - Statuten sie sonst zu benuzen, ohne daß von den Reichsständen, in deren Landen sie liegen, ihr dagegen die mindeste Hinderniß in den Weg könnte gelegt werden. (§. 52.)

§. 55.

§. 55.

Mit Beziehung a) auf die neueſte Wahlkapitulation im 1. Art. §. 8. nach welcher

> Niemanden in und auſſer dem Reich zu geſtatten, daß Reichsſtänden (mithin auch einem Gliede des Reichs, welches die Abtei in Anſehung ihrer teutſchen Beſitzungen noch iſt) *ſub quocunque praetextu*, wider die Reichsgeſetze, den Friedensſchluß, oder die rechtmäſige und verbindliche *Pacta* vor- und eingegriffen werde;

b) auf das Kurfürſtliche Kollegialſchreiben vom 20 September, c) auf das in deſſen Gemäsheit den 14 Dez. 1790 von Kaiſerlicher Majeſtät an den Allerchriſtlichſten König erlaſſenen Schreiben, und auf die darinn, aus dem Völkerrecht und Weſtphäliſchen Frieden ſtattlich ausgeführte, von Seiner Königlichen Majeſtät in Preuſſen in dem den 16 Februar v. J. an Höchſtihro Komitial-Geſandſchaft erlaſſenen Reſcript, bereits vorher unterſtüzte Gründe, bleibt demnach der Abtei nichts übrig, als Allerhöchſt Kaiſerl. Majeſt. und die hochanſehnliche Reichsverſammlung um Schuz und Hülfe, gegen die vorhabende Beeinträchtigungen der franzöſiſchen National-Verſammlung, nach dem Beiſpiele anderer Stände und Glieder des Reichs, dahin allerunterthänigſt anzuflehen: daß (wenn die gewünſchte Kaiſerliche

liche Verwendung für die Erzielung einer vollständigen Abhülfe jener Beschwerden, gegen alles Vermuthen fruchtlos seyn sollte) die zu ergreifende ernstliche Maasregeln ihr alsdenn ebenmäßig angedeihen - und Sie bei den, durch mehrbesagte Friedensschlüsse, rechtskräftige Urteln und Vergleiche ihr zustehenden, bei dem bewilligten Uebergange an Frankreich, von Kaiser und Reich garantirten Freiheiten, Rechten und Besizungen in und ausser Teutschland Reichsväterlich gehandhabt - oder wenn die französische National-Versammlung den der Abtei von der Krone Frankreich zugesicherten Bedingnissen und besagter Reichsgarantie sollte zuwider handlen, alsdenn ihre Rükkehr unter teutsche Hoheit gebilliget - Sie gegen alle Eingriffe, sie mögen herrühren, von wem sie wollen, Reichsverfassungsmäßig geschüzt - und in jedem Fall schadlos gehalten werde.

§. 56.

Um diesen Reichsschuz und allenfalsige Oberstrichterliche Hülfe bittet Sie auch alsdenn unterthänigst, wenn im lezten Fall die angränzende höchst - und hohen Reichsstände die Abtei im ruhigen Fortgenuß ihrer teutschen Besizungen, (wenn Sie auf diese sich zu verpflanzen, oder nach den Ordens - Statuten selbige sonst zu benuzen rathsam finden sollte) zu beeinträchtigen, wider Recht und Billigkeit sich bewegen - und durch Reichsväterliche Ermahnungen sich davon nicht sollten abbringen lassen. (§. 52.)

Anla-

Anlagen.

No. 1.

Uebergabsbrief Kaiſers Henrici V. an Sigebertum Comitem, Anno 1080.

In Nomine Sanctae et Individuae Trinitatis.

Henricus Divina favente Clementia Quartus, Rex.

Notum ſit omnibus fidelibus, tam praeſentibus, quam futuris, qualiter nos interventu dilectiſſimae conjugis noſtrae *Dertae*, rogatuque fidelis noſtri *Conradi Trajectenſis ſedis Epiſcopi*, et Ducis Thederici, caeterorumque fidelium noſtrorum, *quidam noſtro fideli nomine Sigeberto villam nomine Vuadegozingen, ſitam in Pago Saregaulbe, et in Comitatu ejusdem Sigiberti*, cum omnibus appendiciis, hoc eſt, utriusque ſexus Mancipiis, Areis, Aedificiis, Agris, Pratis, Paſcuis, Terris cultis et incultis, aquis, aquarumque decurſibus, molis, molendinis, piſcationibus, ſilvis, venationibus, exitibus et reditibus, viis et inviis, quaeſitis et inquirendis, cum omni utilitate quae ullo modo inde provenire poterit, *in proprium tradidimus*, ea videlicet ratione, ut idem Sigebertus de praedicto praedio liberam deinceps habeat poteſta-

teſtatem poſſidendi, tradendi, commutandi, precariandi, vendeudi vel quicquid ſibi inde placuerit faciendi. Et ut haec noſtrae traditionis auctoritas ſtabilis et inconvulſa omni aevo permaneat, hanc chartam inde conſcriptam manu propria, ut infra videtur, roborantes, Sigilli noſtri impreſſione juſſimus inſigniti.

Signum Dni Henrici. Quarti, Regis.

Anno Dominicae Incarnationis Milleſimo LXXX Indict. III. data. Anno autem ordinationis Domini Henrici Quarti Regis XXVII. Regni vero XXVI. Actum Moguntiae in Chriſti nomine feliciter, Amen.

Dieſer Original-Brief iſt Vermente, faſt und ſehr alt, und von Alters wegen die Schrift etwas verplichen und verdunkelt, doch noch wohl und zu gutem Verſtand zu leſen, hat neben und auſſerhalb der Schrift viel Löchlein, ſind aber ohne Schaden, ſein Handzeichen ſtehet nach End der Schrift, wie obgemelte Verzeichnuß mitbringet, demſelben nach folget erſt das datum des Brieffs. Sein Inſiegel iſt nicht angehängt, ſonders aufgedruckt beynahe am End der rechten Hand, das iſt ziemlich groß, ein ſitzend Kayſer-Bild, in der rechten Hand ein Vogel, und in der linken des Reichs Apffel, haltende. Die Umſchrifft des Siegels läßt ſich leſen: Henricus Dei Gratia Rex, und hat das Siegel einen Gegendruck von weiſſem Wachs. Neben dem Siegel und unter dem Signet ſtehen alte wunderbarliche Buchſtaben, dünn und

faſt

faſt lang, wie beyverwahrtes Gemerk ausweiſt, alſo daß ſie beynahe nicht zu Buchſtaben zu vergleichen, aber auf gut Nachſehen ſind ſie zu leſen, und erſcheint damit *Gedebardus Epiſcopus et Cancellarius recognoſcit.* Die iſt durch mich den Commiſſarium auſcultirt und collationirt, und von Wort zu Wort gleichlauts, auch ohne allen Argwohn und Verdacht, befunden, das bezeuge ich Commiſſarius und offenbarer Notari mit gegenwärtiger meiner eigenen Handſchrift.

Hanß Melchior Seutter,
Stadtſchreiber und Syndicus zu Worms.

No. 2.

Fundationsbrief des Kloſters Wadgaſſen. An. 1135.

In Nomine Sanctae et Individuae Trinitatis.

Ego Adalbero, Dei gratia Sanctae Trevirenſis Eccleſiae Archi-Epiſcopus, officii noſtri rationem intuentes, et negligentiarum noſtrarum judicem Dominum metuentes, pro Eccleſiis nobis commiſſis indefeſſam ſolicitudinem libenter gerimus, et quantum poſſumus, in praeſenti de provectu et incremento earum laborantes, inpoſterum per Miniſterii noſtri auctoritatem poſſeſſionibus

eorum, tam acquirendis, quam acquiſitis, pacem et ſtabilitatem providemus: Unde ad omnium fidelium, praeſentium videlicet ac futurorum, notitiam pervenire volumus, qualiter domina *Giſela*, Comitis Friderici de Saarbrucken vidua, una cum Filio ſuo *Simone*, omne Patrimonium, quod *habuerunt in villa Suadegoſingen, exceptis ſolis Miniſterialibus*, pro remedio animae ſuae et parentum ſuorum ſecundum votum atque ordinationem Juris ſui praedicti Comitis, *Beato Petro, in noſtra praeſentia* cum omnibus appendiciis, et tam integra libertate contradicit, *ut nec Advocatiam, nec cujusque Juris potentiam, ſibi vel cuiquam haeredum ſuorum retinuerit.* Sunt autem haec, quae tradidit, Eccleſiam cum univerſis Decimationibus, Dominicalia ſua, Manſionarios cum Manſis, et *cum omni eorum Juſtitia*, Mancipia utriusque Sexus, Agros, ſilvas, prata, paſcua, culta et inculta, aquas, aquarumque decurſus, Molendina, piſcationes cum omni utilitate, quae ullo modo inde provenire poterit. Factum eſt autem *hoc eo Tenore, ut ibidem Eccleſia in honorem Beatae Dei Genitricis Mariae conſtrueretur, in qua Fratres ſub regula Beati Auguſtini Domino militantes, de praedictis Bonis ſuſtentarentur*, et ne aliquando à regula et inſtitutionum ſuarum rigore declinarent, tam nos, quam noſtri ſucceſſores diligentiſſime provideremus. Prompto igitur animo, atque favore debito proſequentes atque approbantes, tam pium in cultu Domini propoſitum *hac libertate Eccleſiam illam donavimus, ut nec nos*, nec ſucceſſorum noſtrorum quisquam

Pra-

Fratres ibidem commorantes *aliqua exactione inquietet*, *nec Advocatum aliquem habeant*, *praeter Epiſcopum*, ſed et praedicandi, baptizandi, ſepeliendi, poteſtatem illis conceſſimus, abſolventes eosdem Canonicos ab omni ſubjectione Cor-Epiſcopi et quarumlibet perſonarum, ut nihil cuiquam obedientiae debeant, *niſi nobis*, et ſucceſſoribus noſtris Catholicis, qui tamen nihil de rebus illorum in proprios uſus contrahant, data illis omnimoda libertate, ut ſecundum inſtituta Patrum, *Abbatem ſibi intra ſe et de ſe eligant*, *et ab Epiſcopo electionis ſuae confirmationem*, *et electi ſui conſecrationem libere ſuſcipiant*. Si vero infra clauſtrum perſonam ſatis idoneam non invenerint, liceat eis in Nomine Domini aſſumere perſonam ejusdem profeſſionis ac propoſiti, quamcunque alibi aptam invenerint. Complacuit etiam nobis, Curam Parochialem eidem Abbati à manu ipſius Epiſcopi perpetuo commendandam, ut omni remota inquietudine ſecura libertate perſeverent in Domini laudibus. Abſolvimus praeterea ipſam Eccleſiam Parochialem ab omni Juſtitia Cor-Epiſcopi, et Decani, et à Servitio, quod quarto Anno debent Cor-Epiſcopo, et ab omni cenſu, ſex tantum denariis exceptis, quos ſuper Altare Beati Petri in Feſto ipſius Treviris offerant. Hujus itaque paginae ſeriem ſtabilientes, ſigilli noſtri impreſſione ſignavimus, praecipientes, et ſub perpetuo Anathemate omnibus interdicentes Chriſtianis, ne quis contra eam venire, impetere ſive deſtruere praeſumat, ſed firma et inconvulſa permaneat omnibus ejus auctoritate omnipotentis

Domini et Beati Petri Apoſtolorum Principis. Quod ſi poſt tot et tanta maximarum rerum firmamenta quisquam ex his aliquid demere, vel in pejus mutare, vel acta caſſare voluerit, fiat ei ſicut Aman Agapite, ſicut Judae proditori, à ſorte omnium ſanctorum alienus efficiatur, cum diabolo et Angelis ejus aeternis ignibus cruciandus reſervetur.

Ad amplioris enim firmitatis inculcationem ſubnotata ſunt nomine *Teſtium, qui huic traditioni interfuerunt:* Godefridus Praepoſitus Majoris Eccleſiae, Folmarus Decanus, Arnolfus Archi-Diaconus, Milo Archi-Diaconus, Vuinricus Magiſter, Eberhardus Cantor; Laici Nobiles: Ludevicus Comes Gerhardus Brunecho, Vualterus Fridelo, Theodoricus, Adelbertus; Miniſteriales: Ludewicus, Erfo, Ludevicus, Sigehodo, Engelbertus, Fridericus.

Acta Treviris Anno Dominicae Incarnationis Milleſimo Centeſimo XXXVto Indictione XIII. Regnante Lothario Tertio Glorioſiſſimo Imperatore, Anno Regni ſui decimo, Imperii autem Tertio.

Pontificatus vero noſtri quarto.

Dieſes iſt ein Vermenter Brieff, ohne Zeichen oder Correctur, hat ein auffgedrucktes Siegel in alt weis Wachs gedruckt, die Figur des Siegels iſt geſtalt wie ein Biſchoff, ſitzende, hat in einer Hand ein Buch haltende, die Umſchrift deſſel-

deſſelben, ſoviel deren merclich und leßlich, heißt: Adelbero, Dei gratia Treverenſis Archi-Epiſcopus. Oben herabwärts an der elfften Linien erſcheint ein Loch, das möchte vom Faltz des Zuſammenlegens folgen, dardurch ſeynd zwey Wörter aus, und nicht leßlich, aber dem Sentenz nach möchten ſie heiſſen tam nos etc. iſt ſonſten unradirt und uncancellirt, ohne Fehl, Mängel oder Verdächtlichkeit, an Schrifften, Siegel und Permelt, und durch mich Commiſſarium collationirt und auscultirt, und gleiches Lauts dem Original befunden, bezeige ich mit gegenwärtiger eigener Handſchrift.

Hanß Melchior Seutter,
Stadtſchreiber und Syndicus zu Worms.

(Num. 3. iſt ſchon in Num. 2. enthalten.)

No. 4.

Zwei Confirmations-Briefe der Römiſchen Päbſte Eugenii III. et Alexandri III. An. 1152. und An. 1179.

Eugenius Epiſcopus, ſervus ſervorum Dei, dilectis Filiis *Wifonno*, *Abbati Eccleſiae ſanctae Mariae de Wadegozingen*, ejusque Fratribus, tam praeſentibus, quam futuris Canonicam vitam pro-

ſeſſis, in P. P. M. Religioſam vitam eligentibus Apoſtolicum convenit adeſſe praeſidium, ne forte cujuslibet temeritatis incurſus aut eos à propoſito revocet, aut robur Sacrae Religionis infringat, eapropter dilecti in Domino Filii, veſtris juſtis poſtulationibus benigno concurrentes aſſenſu, praefatam Eccleſiam, in qua Divino mancipati eſtis obſequio ſub Beati *Petri et noſtra protectione ſuſcipimus*, et praeſentis ſcripti patrocinio communimus. Imprimis ſiquidem ſtatuentes, ut *Ordo Canonicus*, qui ſecundum Dei timorem, et Beati Auguſtini regulam ibi auctoritate Domino inſtitutus eſſe dignoſcitur, perpetuis ibidem temporibus inviolabiliter conſervetur, praeterea *quascunque poſſeſſiones, quaecunque bona eadem Eccleſia in praeſentiarum juſte et Canonice poſſidet*, aut in futurum conceſſione Pontificum, Largitione Regum, vel Principum, oblatione fidelium ſeu aliis juſtis modis praeſtante Domino poterit adipiſci, firma nobis, veſtrisque ſucceſſoribus, et illibata permaneat. *In quibus haec propriis duximus vocabulis annotanda;* Allodium, quod vocatur *Wadegozingen*, in quo ipſa Eccleſia ſita eſt, quod Nobilis Mulier Giſela relicta Comitis Friderici de Saarbrucken, conſentiente Simone Filio ſuo, Miniſterialibus ſolis exceptis, cum Dominicalibus ſuis, Manſionariis cum Manſis, omnique ipſorum juſtitia, Mancipiis utriusque ſexus, Agris, Sylvis, Pratis, Paſcuis, cultis et incultis. Aquis, Aquarumve decurſibus, Molendinis, Piſcationibus, omnique jure ſuo, quod in eodem loco habebat, ita liberum vobis abſolutumque conceſſit,

ceſſit, ut nec Advocatiam, nec quicquam Juris, ſive dominii, *praeter Miniſteriales ſibi*, aut ſuorum haeredum alicui reſervaverit. *Allodium interjacens ante dicta Allodio*, quod emiſtis à Cunone, ac Filius ejus novem talentis in Wilre, *Allodium quod fuit Guntranni et Fratris ejus*, nec non Alberonis, in ſylvis ſcilicet, et Agris in Habechesthal, *Allodium quod fuit Herbonis*, et Allodum juxta poſitum in Bredebach, empto à Stephano decem talentis. In Kinderbura, Allodium, quod fuit Gerualii, et haeredum ipſius Giſeberti, et Fratrum ejus, *in Onesheim Allodium, quod fuit Nobilis Viri, Comitis Friderici Reineri Beronis et Dithmari. In Esheringa Allodium, quod fuit ejusdem Dithmari*, et alia, quae ibidem habetis. In Wopenswilre Allodium, quod fuit Udonis, ac Fratrum ipſius, atque Sororis, Allodium, quod fuit Rorici et Hadelugis in Burgalba, Allodium quod fuit Comitis Sigeberti in Aquis, Sylvis, et Pratis. In Sulza ſita in Epiſcopatu Vuormatienſi, Allodium, quod fuit Henrici et Hirzeche Uxoris ejus, atque alios Agros ibidem habetis, in proxima Villa Herdenetheim. Allodium, quod fuit Burckardi, Agros et Vineas, quae habetis in Lambelesheim, in civitate Trevirenſi, Curiam, Domum, et vineam ei contiguam, atque alias vineas, quas ibidem habetis, in Heſeningen Manſum unum, et Leimam, quam habetis ab Eccleſia de Herbodesheim, ſub cenſu ſeptem ſolidorum eidem Eccleſiae à vobis, veſtrisque Succeſſoribus annis ſingulis perſolvendo. *Ad haec omnem illam li-*

bertatem, quam bonae memoriae Adalbero quondam Trevirenſis Archi-Epiſcopus vobis et per vos Eccleſiae veſtrae conceſſit, nos etiam auctoritate Apoſtolica confirmamus, et futuris temporibus illibata manere decernimus, *ut videlicet Advocatiam ejusdem loci nemo prorſus occupare praeſumat, ſed tantum Trevirenſis Archi-Epiſcopus*, qui pro tempore fuerit, Advocatus veſter exiſtat. Qui tamen nihil de rebus Eccleſiae veſtrae in uſus ſuos inflectet, nec aliquibus eam moleſtiis, aut exactionibus fatigabit, ſed in ejus tantum obedientia humiliter perſiſtetis, et nulli Cor-Epiſcopo, nulli omnino ſub Archi-Epiſcopo Trevirenſi perſonae eritis aliquando ſubjecti, nec ei pro eo, quod Eccleſia veſtra Parochialis eſt, obedientiam, cenſum, aut aliquod ſervitium cogemini exhibere, ſex denariis tantum exceptis, quos Eccleſiae Beati Petri Trevirenſis annis ſingulis debetis exſolvere. Adjicimus etiam, ut juxta praenominati Archi-Epiſcopi conceſſionem praedicandi, baptizandi et ſepeliendi eos, qui ſe in Eccleſia veſtra ſepeliri ſpontanea voluntate deliberaverint, niſi excommunitati fuerint, aut interdicti, poteſtatem liberam habeatis, ſalva Matricis Eccleſiae Juſtitia. *Obeunte vero te nunc ejusdem loci Abbate*, vel tuorum quolibet Succeſſorum, nullum ſibi qualibet ſurreptionis aſtutia, ſeu violentia praeponatur, *niſi quem Fratres communi conſenſu, vel Fratrum pars conſilii ſaniori ſecundum Deum* et Beati Auguſtini Regulam praeviderint eligendum, electus autem Trevirenſi Archi-Epiſcopo praeſentetur, animarum curam

et

et benedictionis gratiam ab eo, ſi fuerit idoneus, recepturus. Sane laborum veſtrorum, quos propriis manibus aut ſumptibus colitis, ſive de nutrimentis veſtrorum animalium nullus omnino à vobis Decimas praeſumat exigere. Decernimus ergo, ut nulli huminum liceat praefatam Eccleſiam temere perturbare, aut ejus Poſſeſſiones aufferre, vel ablatas retinere, minuere, ſeu aliquibus vexationibus fatigare, ſed inconcuſſa omnia et illibata ſerventur, eorum, pro quorum gubernatione ac ſuſtentatione conceſſa ſunt uſibus omnimodis profutura, ſalva Diaeceſani Epiſcopi Canonica Juſtitia. Siqua igitur in futurum Eccleſiaſtica ſecuraliſve Perſona hanc noſtrae Conſtitutionis paginam ſciens contra eam temere venire tentaverit, ſecundo tertiove commonita, niſi praeſumtionem ſuam congrua ſatisfactione correxerit, poteſtatis honorisque ſui dignitate careat, reamque ſe divino Judicio exiſtere de perpetrata iniquitate cognoſcat, et à ſacratiſſimo corpore ac ſanguine Dei et Domini Redemptoris noſtri Jeſu Chriſti aliena fiat, atque in extremo Examine diſtrictae ultioni ſubjaceat. Cunctis autem eidem loco ſua jura ſervantibus ſit pax Domini noſtri Jeſu Chriſti, quatenus et hic fructum actionis bonae percipiant, et apud ſupremum judicem praemia aeternae Pacis inveniant, Amen, Amen.

Ego Eugenius Cath. Eccleſ. Epiſcopus S. S.

† Ego Hmarus Tuſculan. Epiſcopus S. S.

† Ego Hugo Hoſtienſis Epiſcopus S. S.
† Ego Bb. Presbyter Cardinalis tt. Calixti. S. S.
† Ego Hubaldus Presbyter Card. tt. Sanctae Praxedis S. S.
† Ego Manfredus Presbyter Card. tt. Sanctae C. Saumae S. S.
† Ego Oct. Presbyter Card. tt. S. Ceciliae S. S.
† Ego Cenſius Presbyter Card. tt. in Lucina S. S.
† Ego Joannes Presbyter Card. tt. Equiti S. S.
Ego Henricus Presbyter Card. tt. Sancti Herei et Achillei. S. S.
† Ego Otto Diac. Card. Sancti Georgii ad volum Aureum S. S.
Ego Radolfus Diac. Card. Sanctae Luciae in ſepta ſolis. S. S.
† Ego Gregorius S. Angeli Diac. Card. S. S.
† Ego Guido Diac. Card. Sanctae Mariae in Cosmydyn S. S.
† Ego Jacintus Diac. Card. Sanctae Mariae in Cosmydyn S. S.
† Ego Johannes Diac. Card. S. S. Sergi et Bachi.

Datum Sigine per manum Boſonis Sanctae Romanae Eccleſiae Scriptoris VI. Kalendas Junii, Indictionae XV. *Incarnationis Dominicae Anno Milleſimo Centeſimo* LII. Pontificatus vero Domini Eugenii P. P. III. Anno Octavo.

Dieſer

Dieſer iſt ein groſſer langer Brieff auf Berment geſchrieben, und durch mich Commiſſarium mit beſtem Fleiß beſichtiget, und alſo an Berment, Schriften, Unterſchreibungen und Handzeichen gerecht, unargwöhnig, uncancellirt und ohne Mangel befunden, ſeine Unterſchriften und Signeten ſind, ſoviel möglich gleichmäſig abgemahlet, und geſtalt, wie verzeichnet iſt. Aber des Brieffs Verſiegelung iſt aus Bley gegoſſen, an ſeiner Gröſſe wie ein Thaler Müntz, darauf ſtehen an einer Seiten neben einander zwei heilige Figuren, zwiſchen denen ſtehen ein Creutz, und dann oben des einen Haupt Sanctus Paulus, ob des andern Haupt Sanctus Petrus, aber auf der andern Seiten ein gegoſſen Schrift lautende: Eugenius PP. III. und hanget das Siegel an rother und gelber gezwirnter Seiden, und iſt alſo collationirt und auscultirt, und gleiches Lauts befunden. Bezeuge ich Commiſſarius und offenbarer Notarius mit eigener Handſchrifft.

Hanß Melchior Seutter.

Stadtſchreiber und Syndicus zu Worms.

No. 5.

Alexander Epiſcopus, ſervus ſervorum Dei, dilectis Filiis Godefrido, Abbati Eccleſiae Sanctae Mariae de Wadegocen, ejusque Fratribus, tam praeſentibus quam futuris, Canonicam vitam profeſſis J. N. — P. P. — M. Religioſam vitam eligen-

eligentibus, Apoſtolicum convenit adeſſe praeſidium, ne forte cujuslibet temeritatis incurſus, aut eos à propoſito revocet, aut robur, quod abſit, Sacrae Religionis infringat, eapropter dilecti in Domino Filii veſtris juſtis poſtulationibus clementer annuimus, et praefatam Eccleſiam, in qua divino mancipati eſtis obſequio, ſub Beati Petri et noſtra protectione ſuſcipimus, et praeſenti Privilegio communimus, ſtatuentes, ut quascunque Poſſeſſiones, quaecunque bona, eadem Eccleſia in praeſentiarum juſte et canonice poſſidet, aut in futurum conceſſione Pontificum, largitione Regium vel Principum, oblatione fidelium, ſeu aliis juſtis modis praeſtante Domino poterit adipiſci, firma vobis, veſtrisque ſucceſſoribus, et illibata permaneant. In quibus haec propriis duximus exprimenda vocabulis. Allodium, quod vocatur Wadegocen, in quo ipſa Eccleſia ſita eſt, quod Nobilis Mulier, *Giſela, relicta Comitis Friderici de Saarbrucken*, conſentiente Simone, ſuo Filio, ſolis Miniſterialibus exceptis, cum Dominicalibus ſuis, Manſionariis, Manſis, omnique ipſorum Juſtitia, Mancipiis utriusque ſexus, Agris, Sylvis, Pratis, cultis et incultis, aquis aquarumque decurſibus, Molendinis, Piſcationibus, omnique Jure ſuo, quod in eodem loco habebat, ita liberum vobis abſolutumque conceſſit, quod nec Advocatiam, nec quidquam Juris, ſive Dominii, praeter Miniſterialès, ſibi aut ſuis haeredibus reſervaverit. *Allodium* interjacens ante dicto allodio, quod emiſtis à Colione, et Filiis ejus novem talentis.

In

In Wilre allodium, quod fuit Guntranni et Fratris ejus, nec non et Alberonis in ſylvis et agris. In Habecherſtal allodium, quod fuit Herponis, et allodium aliud ibidem emptum à Remboldo octo talentis, et allodium juxta poſitum in Predebach comparatum à Stephano decem talentis. In Kinderbura allodium, quod fuit Gerualei et haeredum ipſius, Giſelberti et Fratrum ejus, et ibidem quicquid Henricus de Nuſswilre habuit in Hildemanswilre. In Honshem allodium, quod fuit nobilis viri Comitis Friderici Rameri, Beronis, Dicmari, nec non et allodium Fratrum de Sancto Sepulchro, et Rameri de Hebia. In Eſteringa allodium, quod fuerit Dicmari, et alia quae ibidem habetis. In Wopenswilre allodium, quod fuit Udonis, et Fratrum ipſius, et Sororis. Allodium quod fuit Rorici et Adelogis. In Burg-Alba allodium, quod fuit Comitis Sigeberti in Familia, Aquis, Sylvis et Pratis. In Civitate Treverenſi Curiam, Domum et vineam ei contiguam et alia, quae ibidem habetis. In Haſeningen Manſum unum. In Curberen allodium, quod habetis à Comite Sigeberto et à Filio ejus Sigeberto, et hujus Filio Sigeberto cum Decimis et omni Juſtitia. In Marſala Aream, quam habetis ab Eccleſia Sancti Noboris ſub cenſu duorum ſolidorum. In Rorbach allodium, quod erat Walteri de Barendorff, et Orwib, et Filii ejus. In Bruchrorbach allodium in Frimersdorff, quod Canonis et Sofiae erat, caetera, quae ibidem habetis. Allodium Dichmaris in Bos quatuor talentis emptum. In civitate Metenſi Curiam

riam et Vineam, quas tenetis. In Kemaran Curiam et Vineam cum omnibus appenditiis ſuis: In Enſtorff allodium Boimundi. In Rameſchbach allodium, quod habetis emptum à Congregatione Buſendorff, et aliud ab Eccleſia Horbach, quae habetis ab Eccleſia Herbodesheim ſub cenſu triginta agnorum et tredecim ſolidorum Metenſis monetae. Allodium Alberonis in Kirwilra. In Volpretaswilre manſum unum. In Rorbach Pratum Walteri. Ad haec omnem illam libertatem, quam bonae memoriae Adelbero, quondam Treverenſis Archi-Epiſcopus, vobis et per vos Eccleſiae veſtrae conceſſit, et faelicis memoriae P. P. Eugenius confirmavit, nos etiam auctoritate Apoſtolica confirmamus, et futuris temporibus illibata manere decernimus, ut videlicet Advocatiam ejusdem loci nemo prorſus occupare praeſumat, ſed tantum Treverenſis Archi-Epiſcopus, qui pro tempore fuerit, Advocatus veſter exiſtat. Qui tamen nil de rebus Eccleſiae veſtrae in uſus ſuos inflectet, nec aliquibus eam moleſtiis aut exactionibus fatigabit, ſed in ejus obedientia humiliter perſiſtetis, et nulli Cor-Epiſcopo, nulli omnino ſub Archiepiſcopo Treverenſi, perſonae eritis aliquando ſubjecti, nec ei pro eo, quod Eccleſia veſtra Parochialis eſt, obedientiam, cenſum, aut aliquod ſervitium, cogemini exhibere, ſex denariis tantum exceptis, quos Eccleſiae Beati Petri Treverenſis annis ſingulis debetis exſolvere. Adjicimus etiam, ut juxta praenominati Archi-Epiſcopi conceſſionem praedicandi, baptizandi, et ſepeliendi eos, qui ſe in Eccleſia veſtra ſepeliri ſpontanea voluntate deli-

deliberaverint, niſi excommunicati fuerint, aut interdicti, poteſtatem liberam habeatis, ſalva Matricis Eccleſiae Juſtitia. Obeunte vero te nunc ejusdem loci Abbate, vel tuorum quolibet Succeſſorum, nullus ibi quilibet ſubreptionis aſtutia, ſeu violentia, praeponatur, niſi quem Fratres communi conſenſu vel Fratrum pars conſilii ſanioris, ſecundum Deum et Beati Auguſtini Regulam praeviderint, eligendum. Electus autem Treverenſi Archi-Epiſcopo praeſentetur, animarum curam et benedictionis gratiam ab eo, ſi fuerit idoneus, recepturus. Sane novalium veſtrorum, qua propriis manibus aut ſumptibus colitis, ſive de nutrimentis animalium veſtrorum Decimas à vobis nullus praeſumat exigere. Decernimus ergo, ut nulli omnino hominum liceat praefatam Eccleſiam temere perturbare, aut ejus Poſſeſſiones auferre, vel ablatas retinere, minuere, ſeu aliquibus vexationibus fatigare, ſed omnia integra conſerventur eorum, pro quorum gubernatione et ſuſtentatione conceſſa ſunt, uſibus omnimodis profutura, ſalva ſedis Apoſtolicae auctoritate, et Diaeceſani Epiſcopi Canonica Juſtitia. Si qua igitur in futurum Eccleſiaſtica, Secularisve perſona hanc noſtrae Conſtitutionis paginam, ſciens contra eam temere venire tentaverit, ſecundo tertiove commonita, ſi non ſatisfactione congrua emendaverit, poteſtatis honorisque ſui dignitati careat, reamque ſe divino Judicio exiſtere de perpetrata iniquitate cognoſcat, et à Sacratiſſimo Corpore et Sanguine Dei, et Domini Redemptoris noſtri Jeſu Chriſti aliena

fiat,

fiat, atque in extremo Examine diſtrictae ultioni ſubjaceat. Cunctis autem eidem loco Jura ſervantibus ſit Pax Domini Jeſu Chriſti, quamvis et hic fructum bonae actionis percipiant, et apud diſtrictum Judicem praemia aeternae Pacis inveniant. Amen, Amen.

Ego Alexander Cath. Eccl. Epiſcopus SS.
† Ego Hubaldus Hoſtienſis Epiſcopus SS.
† Ego Conradus Salzeburgenſis Eccleſiae Miniſt. et Sub-Epiſcopus SS.
† Ego Joannes Presbyter Card. Sanctorum Johann et Pa. tt. Pamachii. SS.
† Ego Jo. Presbyter Card. tt. S. Anaſtaſiae SS.
† Ego Theodicus Presbyter Card. S. Vitalis tt. Veſtinae SS.
† Ego Petr. Presbyter Card. tt. S. Suſannae SS.
† Ego Vivianus Presbyter Card. tt. S. Stephani in Celio Monte SS.
† Ego Jaco. Diaconus Card. S. Mariae in Cosmidin. SS.
† Ego Ardicio Diaconus Card. S. Theodorici. SS.
† Ego Rameri Diac. Card. S. Georgii ad Velum Aureum SS.
† Ego Gratianus Diac. Card. Ss. Cosmae et Damiani. SS,
† Ego Matthias Sanctae Mariae Novae Diaconus Card. SS.

Datum

Datum Lateran. per manum Alberti Sanctae Romanae Eccleſiae Presbyteri Cardinalis et Cancellarii III. Idus April, Indictione XII. Incarnationis Dominicae Anno MCLXXVIIII. Pontificatus vero Domini Alexandri PP. Anno XX.

Collationirt und auscultirt iſt gegenwärtige Copey aus ihrem wahrhaften Original, welches ein groſſer Bermenter Brieff, dem es auch in allem von Wort zu Wort, Unterſchrifften und Verzeichnuß, wie vorſtehet, gleichlautend, auch an Perment, Siegel und Schrifften und ſeinen Verzeichnuſſen gantz gerecht, unargwöhnig, unradirt und uncancelirt, und eines guten ungezweiffelhaften Glaubens erfunden iſt. Allein hat diß Original unten bey der Siegel-Schnur ein Löchle, daß möchte der Faltz vom Zuſammenlegen ausgearbeitet haben, und iſt eben am dato, nemlich zwey Wörter mangelhaft, die nicht wohl anderſt dann dem Sentenz nach zu leſen ſind, das iſt, ein geſchriebene Zahl XII. und Incarnationis, die Verſiegelung iſt aus Bley gegoſſen, ungefehrlich eines Thalers breit, die eine Seit hat zwey Angeſicht Sancti Petri und Pauli Form, die theilet ein Creutz von einander, ob ihnen ſtehet eine Schrift, verlautend Sanctus Paulus und Sanctus Petrus, auf der andern Seiten Alexander PP. III. das hanget an einer gezwirnten Seiden-Schnur, die iſt gelb und braun, das bezeuge ich Commiſſarius und offenbarer Notarius mit dieſer meiner eigenen Handſchrifft.

Hanß Melchior Seutter,
Stadtſchreiber und Syndicus zu Worms.

No. 6.

Zwey Diplomata, woraus die vom Kloſter Wadgaſſen geſchehene Adquiſition des Dorfs Buß zu erſehen, deſſen Hälfte von den Herren von Fleckenſtein An. 1489. die andere Hälfte durch Tauſch-Contract mit Graf Philippen von Naſſau gegen andere Dörfer An. 1548. erlangt worden.

Wir hienach benannten, nemlich Friderich von Fleckenſtein, ich Henrich von Fleckenſtein ſein Bruder, beyde Herren zu Dagſtuhl, und Jakob Kranchg und myn Friderichs und Jacobs beyder ehlicher gemecht hernach genannt, bekennen vor uns, all unſer Erben und Nachkommen, in und mit Krafft dieſes Briefs, daß wir den andächtigen geiſtlichen Herrn, Herrn Paulus Abt und Convent gemeinlich zu Wadgaſſen, Praemonſter-Ordens, Trierer Biſthums, verkaufft han und verkauffen in eins rechten ewigen Kauffs-weiſe, wie der in beyden Rechten, geiſtlich und weltlich, auch nach Gewohnheit der Lande, wie dann ſolcher uffrichtiger redelicher Kauff mit ſeinen weſentlichen Stücken gegründt und allerbeſt Kraft hat, haben kann, oder mag, alle unſere Herrſchaft, Herrlichkeit, und Gerechtigkeit, die wir länger dann Menſchen Gedächtniß herbracht, genoſſen und ge-

gebraucht haut, geruhlichen vor unſer eigen Gut das halb Dorff, Luten, Bemien, Gerichten zu Buhs an der Saere gelegen, gegen Wadgaß über, mit allen ihren Zugehörden, wie wir das herbracht haben, Hoich- und Niedergericht, an Wäldern, Büſchen, Aeckern, Weyern, Waſſern, Weyden, Wiegen, Steegen, Wieſen, Felden, Garten, Baumgarten, Mühlen, Mühlſtätten, Scheffen, Zinſen, Pfenningen, Pfenning-Geld, Weitz, Korn, Habern, Schwyn, Gänß, Hüner, Cappen, Dienſten, Froende, Gebott, Verbott, Schazunge, Bußen, Beſſerunge, und allen andern und iglichen Sachen, Nutzen, Gefällen, herſucht, und unherſucht, und darzu den Kauffern in vorgenannter maſſen verkaufft und verkauffen, unſer eigene arme Leute in des vorgenannten Gotteshauſes Hoch-Gericht zu Walſchit hinder dem obgenannten Gotteshauß zu Wadgaß, die itzund do wohnend, oder künftiglich von denſelben darkommen möchten, auch Gericht und Herrlichkeit darinn geſeſſen, und begütt ſind, mit ihren Liber, und allen den Nutzen, und Gefällen, wie bißheran inne gehabt, han ſolten und möchten, in ſolcher Wieſe, daß das vorgenannt Gottshuß, Abt, Prior, und Conuent, und ihr Nachkommen. zu Wadgaß, des alles vorgenannten und hernach geſchrieben ſteht, nu fürohin zu ewigen Tagen vor ihr recht Eigenthum erblichen innhaben, nutzen, bruchen, do mit thun, und laſſen, brechen und buſſen, thun und laſſen,

nach ihrem Wohlgefallen; Sie mögen auch die arme Lute zu Buhs und Walſchit hinter das obgenannt Gottshuß Wadgaß oder andern Herren, war ſie gelangt, verhenlichen, und mit denſelbigen Gottshuß eigen Lute ohn allen unſern Erben, Nachkommen und allermänniglichs Hindernuß, oder Intrag; und haben heruff vor uns, alle unſer Erben und Nachkommen, unſer Meyer, Schöffen-Gericht, Heimberger, Büttel, Armlute, und Gemeinde zu Buhs in den Gerichts-Benden, und auch die obgenannt Armlute zu Walſchit geſeſſen ſind, dem obgenannten Gottshuſe, Abt, Prior, und Convent zu Wadgaß thun, hulden, geloben, und ſchworen, ſie und ihr Nachkommen nu fortane ewiglichen vor ihr recht Erb-Herren zu haben, und zu halten, ihn auch geben und dienen, und thun nach allem ihrem Willen; Und wir obgenannte Verkauffer verzeihen auch gäntzlich und zumahlen vor uns und unſere Erbnehmer erblichen und ewiglichen uff alles das, das in dieſem Kauff beſtimmt iſt, und ſonderlichen der Pflicht, der ſie uns verwandt ſind geweßt, ſie des nit me wieder zu herſuchen, alle Gefährde hindangeſetzt. Und wir obgenannte Verkäuffer verſprechen uns auch, daß ſolches unſer halb Theil zu Buhs, auch die arme Lute, Dienſt, Felde und Unfelde, und alles, das vorgeſchrieben ſteht, unſer Eigenthum kein Lehen, Widum, oder Morgengabe, und ſonſt niemantz verſchafft, oder verpfändt, ſondern dem obgenann-

ten

ten Abt und Gottshuß fryzuſtellen und gut Wehrſchafft thun und tragen gen allermänniglich, ſo dike das noth geburen würde. Und iſt dieſer Kauff geſchehen um elliffhalbhundert guter Rhyniſcher Gulden der Churfürſten am Rhyne Wehrung, der wir Verkauffer auch wohl bezahlt, und vor dato diß Brieffs empfangen, der uns wohl begnüget, und ſagen auch deshalb Abt und Convent, und alle ihre Nachkommen quitt, ledig, und guter Bezahlung loß, und wann oder zu jeder Zeit, ſo dem obgenannten Gottshuſe Errung entſtehen möcht, uff unſern Koſten das Gottshuſe bey dieſem Kauff handhaben; Und ob es wäre, do Gott vor ſy, daß wir obgenannte Verkäuffere, unſer Erben, oder Erbnehmen, ſo unbüre wären, oder worden, und ſich anders hierinn herfünde, daß ſolche verkuffte Güther nit fry, inmaſſen vorgeſchrieben herfunden wurden, verſprechen wir vor uns by wahren ſteten truwen Urſaſſen, oder Herſtatten, daß dem Gottshuß Wadgaß an Schaden ſy. Wir verbinden uns auch in und mit Krafft dieß Brieffs uns keinerley Reſtitution, oder Abſolution, ſonder alles, das wider dieſen Kauff wäre, oder ſyn mögt, uns in keinem Weg zu gebrauchen: Wäre es aber Sach, daß dem obgenannten Abt und Convent einigerley zufallen würde, dodurch das Gottshuſe Schaden nehme, oder ſich Schadens verſercht zu bekommen, und wir dickgenannte Verkäuffer, oder unſer Erben, oder wer dieſen Brief inhat, mit des Gottshauß Wiſſen und Willen uns mündlichen oder ſchriftlichen darum herſucht, ehe die Herſuchung geſchehe, und wir ſumich würden, und

des Gottshuß Schaden nit verquemen, ſoll und mag Abt und Convent zu jeder Zeit Fug und ſtatt haben, uns und das unſer mit Gericht geiſtlich, oder weltlich, oder ſonſt fürnehmen, uns, unſer Erben, und das Unſer beheſften, komern, und ſelbs angryffen, ſo lang und biß das vorgenannt Gottshuß Heupt-Geld, Koſten, und Schaden genugſamlichen Bezahlung bekomren were, und des allzyt ihren ſchlechten Worten an Eyde und Gelobde, oder wider Rechtfertigung zu glauben, und uns auch darwider nit ſtellen, mit keinerley, das herdacht iſt, oder werden möcht. Und daß ſolcher Kauff deſto beſtändtlicher, und vollenſtrekt werde: So han ich Friderich von Fleckſtein, Herr zu Dagſtuhl myn aigen angeborn Ingeſiegel an dieſen Brief gehangen, und Jacob Kranchg von Kirchheim dermaſſen auch myn eigen angeborn Ingeſiegel an dieſen Brief gehangen, und nachdem Heinerich von Fleckſtein unter ſynen Jahren und noch nit zwantzig fünff Jahr alt, und ich Otto von Hirßhorn Ritter deſſelben Jungen geſchaffter Tutor mym gnädige Herrn dem Pfaltz-Grafen, und mich auch der uffgericht Kauff bequemlich denkt; So han ich alſo der Verſeher des vorgenannten Hennerichs myn Ingeſiegel an dieſen Brief gehangen, und nit us kleyner Urſach, die mich beweget, dem vorgenannten Henrichen ſollichen Kauff vorgetragen, und ſich herin erbotten zu willigen, und den Kauff, und was ich ſinthalb hierinn mit ſamt ſym Bruder und Schwager gethan, gelobt und zu halten, und ich Heinrich vorgenannt bekenn, daß ſolliches ware, und myn angebohrn

gebohrnen Ingesiegel auch heran gehangen, und zu witter Versorchtnuß so han wir Emel von Fleckstein unser Ingesiegel an diesen Brief gehangen; dozu so han ich Barbel von Bodenheim gebetten den Ehrenvesten Hanse von Flerschheim, Amtmann zu Butern, daß er, Gebrechenshalb myns Sigel, sin Siegel vor mich an diesen Brief gehangen hat, des ich Hanß von Flerschheim bekenne, von betwegen myner Schwägerin solches versiegelt, mir und myn Erben ohne Schaden. Und zu noch mehrerer Sicherheit, so han wir alle von Nahmen zu Nahmen vorgenannt gebetten die Ehrsamen die Brüder des Insiegels der Probsteyen zu Saarbrüken, daß sie dasselbe Probstey-Ingesiegel vor uns auch bey unser Ingesiegel hängen wollen, daß wir Brüder des egenanntes Siegels gerne gethan han von flissiger betwegen vorgenannten unsers guedigen Junckern, des Grafen von Saarbrücken, und mengliches recht wohl bewahrt. Gegeben am Montage nach dem Sonntage, zu Latyn genannt Laetare, in den Jahren unsers lieben Herrn Geburt, dusend vierhundert achtzig und eine.

(L.S.) (L.S.) (L.S.)
(L.S.) (L.S.) (L.S.) (L.S.)

No. 7. a.

Tauschbrief von 1548, worinn Graf Philipp von Nassau-Saarbrüken dem Kloster Wadgassen die andere Hälfte des Dorfs Buß gegen das halbe Dorf Hechen, sodann beyde Dörfer Lammerschied und Wallschitt ꝛc. mit aller Oberkeit und Gerechtigkeit überträgt.

Wir Philipps, Grafe zu Nassau und zu Saarbrüken, Herr zu Lahr ꝛc. bekennen und thun kund hiemit offenbahr vor uns, unsere Erben und Nachkommen, daß wir mit gutem zeitigen Fürrath, und rechten Wissen, uns mit den Ehrwürdigen, unsern lieben andächtigen Herrn Leonardt Abt, Prior, und dem ganzen Convent des Gotteshauß Wadgassen um unsers, und ihres besten Nutz, Gelegenheit und Nothdurft willen, eines ewigen, unwiderruflichen Erb-Wechsels verglichen, und vereinbaret haben, also, daß wir ihnen, Abt und Convent und ihren Nachkommen des Gotteshauß Wadgassen in der besten Form, Maaß und Gestalt, wie das von Recht und Gewohnheit am allerbesten geschehen soll, kan und mag zu Rechten, Wechselsweiße, zu ihren freyen Händen, als unseren Lieben andächtigen und angehörigen Hintersassen gestalt und übergeben haben, stellen ihnen, und ihren nachkommenden Abt und Convent

zu,

zu, und übergeben ihnen frey, erblich, ewiglich, und unwiderruflich, das ganze Dorf Bouß mit aller hohen und niederen Oberkeit, Recht, Gerechtigkeit, Zinß, Renth, Gült, Wünn, Waſſer, Weydt, Weeg, Steeg, Mühlen, Mühlenſtätten, Zuck, Fluck, Bann, Mann, Frohndienſten, und aller Gerechtigkeit Hagens und Jagens, alles zumahl, nichts ausgenommen, wie wir ſolches zum Theil bisher beſizlich ingehabt, und das übrig uns, als des Orts rechter Lehenherr, von Lehenſchaft wegen heimgefallen, ſamt dem Theil, ſo ſie von freyen von Fleckenſtein erblich erkauft, daß dann ohne unſer auch als Lehen-Herren Verwilligung beſchehen, darauf wir wohl fürgehabt, Hand daran zu ſchlagen, aber ſolches alles ohnangeſehen, beſtättigen und confirmiren wir ſolches, wie daß am ordentlichſten geſchehen ſoll, kan und mag, alſo und in der Maaß, daß nun hinfüran Abt, *Prior* und *Convent* des Gotteshauß Wadgaſſen und ihre Nachkommen ſolch ganz Dorf Bouß mit aller hohen und niedern Oberkeiten, Rechten, Gerechtigkeiten, Frohn-Dienſten, und allem andern, wie ſolches in unſerer Landesfürſtlichen Hoheit gelegen, zumahl daran nichts ausgenommen, eigenthümlich, und unwiderruflich innhaben, nutzen, nießen, damit ſchalten, walten, bußen, brechen, thun und laſſen ſollen und mögen, als mit anderem ihrem freyen wiſſenhaften Eigenthum ohnverhindert unſer, unſer Erben, Nachkommen, und allermänniglich

lichs, von unſer und unſerer Erben wegen, dann wir uns deſſen enterbt, Abt und Convent des Gotteshauß Wadgaſſen damit geerbt, und frey zu ihren Handen geſtellt haben, gebiethen auch demnach allen und jeden Innwohnern und Unterthanen daſelbſt, daß ſie hinfüran vorgenannten unſeren lieben andächtigen Abt und Convent zu Wadgaſſen mit Reichung der Gült, Frohn-Dienſten, und allen anderen Dingen gehorſam ſeyn, hulden, geloben, und ſchwören, aller Maaß und Geſtalt ſie uns zu thun ſchuldig geweſen, dann wir uns enterbt, und Abt und Convent des Gotteshauß Wadgaſſen, damit aufgetragen, und geerbt haben, thun das auch hiemit, und in Kraft dieſes Briefs; Und als wir auch vermeinten Forderung an die zwölf Malter Korn, ſo das Gotteshauß zu Wadgaſſen auf unſerem groſſen Zehenden im Collerthal hat, zu haben, derſelbigen haben wir uns auch begeben, und verſprechend für uns, und unſere Erben, ihnen ſolche Zwölf Malter Korn hinfürter geruhiglich folgen, und werden zulaſſen ohne alle Argliſt und Gefährde. Dagegen haben uns Abt und Convent zu Wadgaſſen mit rechten Wiſſen zu unſern Händen erblich übergeben, und zugeſtellt das halbe Dorf Hechen, dargegen der Abt zu Werßweiler das anderthalb Theil hat, und dann die Dorffe Comerſchied, und Wallſchied mit aller hohen und niederen Oberkeit, Herrlichkeit, Recht und Gerechtigkeit ſamt Heuchgiß-Guth zu Hechen gelegen, und dem Hof mit ſeinem Bezirk, Wälden,

den, Boſchen, Wieſen, Feldern ꝛc. nichts ausgenommen, genandt Weppersweiler, alles, wie ſie ſolches ingehabt, genutzt, und genoſſen, damit wir auch thun, und laſſen mögen, wie mit anderem unſerem Eigenthum, alles laut, und nach Innhalt einer beſonderen Verſchreibung uns derhalb übergeben. Gereden demnach bey unſeren Gräflichen und wahren Worten obgedachte unſere lieben andächtigen Abt und Convent des Gotteshauß Wadgaſſen, und ihre Nachkommen für uns und unſere Erben und Nachkommen bey dem ganzen Dorf Bouß mit aller Gerechtigkeit, auch bey den zwölf Malter Korn gute vollkommene Wehrſchafft zu tragen, dabey zu handhaben, zu ſchützen, und zu ſchirmen, und ihnen als den unſeren kein Intrag geſchehen laſſen, durch uns, unſere Erben, und Nachkommen, und Allermänniglichs von unſer und ihretwegen, alles mit Verzeihung aller und jeder Gnaden, Rechten und Gerichten, geiſtlichen und weltlichen Privilegien, Feyheiten Trdſtung, und Glaid der Päbſt, Kayſer, Kdnig, Fürſten, Grafen, Herren, Städt, und der Landſchaften, ſo wir herwieder erlangt, oder wir, und unſere Erben, hernachmahls erlangen mögten, deren wir uns alles, und auch der gemeinen Rechten, ſo da ſpricht: gemeine Verzeihung verfahe nicht, es gang ihme dann eine ſondere vor, leuterlich hierinn verziehen, und begeben haben, ohne alle Antreu, Gefährde und Argliſt. Und des zu wahrer Urkund ſo haben wir unſer eigen angeborn Inſiegel wiſſentlich an dieſen Brief thun hangen, der geben iſt Montag nach Matthaei Apoſtoli des Jahrs

nach

nach Chriſti unſeres Seeligmachers Geburt, tauſend fünfhundert vierzig und achte.

L.S

No. 7. b.

Abteilicher Tauſchbrief gegen die Naſſauiſche Hälfte des Dorfes Bouß von 1548.

Wir Leonardt Pfaltz von göttlicher Verhängnuß Abt, Prior und ganz Convent gemeinlich des Gotteshauß Wadgaſſen Praemonſtratenſer-Ordens Trieriſchen Biſchthums, thun kund, und bekennen hiermit offentlich, gegen allermänniglich, daß wir in verſammeltem Capitul mit gutem und zeitigem Fürrath und freyen Willen mit dem Wohlgebohrnen Herrn, Herrn Philippſen Graf zu Naſſau und zu Saarbrücken, Herrn zu Lahr ꝛc. unſerm gnädigen Herrn, als unſeres Gotteshauß rechten, wiſſenhaften Grund-Stifft und Landsherrn, um unſeres und unſeres Gotteshauß beſten Nutzen, und Nothdurft willen,

eines

eines ewigen, und unwiderruflichen Erbwechſels verglichen und vereinbahret haben, alſo daß wir in beſter Form, Maas und Geſtalt, wie das nach Form und Ordnung beyder Geiſtlichen und Weltlichen Rechten, Landes Gebräuchen und Gewohnheiten allerbeſt beſtand, Kraft und Macht hat, haben ſoll, kan und mag, auf Maaß und Form, wie nachfolget, nemlich daß wir wohlgedachter Ihrer Gnaden, derer Erben, und Nachkommen, zu ihrer Gnaden Handen freyerblich übergeben, und in Wechſelsweiße zugeſtellt haben, thun das auch zum allerförmlichſten, nach Ordnung aller Rechten hiemit wiſſentlich, und in Kraft diß Briefs, das halbe Theil an unſerm Dorf Hechen, dargegen das Gotteshauß Weysweiler das anderhalbe Theil hat, und dann die ganze beyde Dorff Lamerſchied und Wehlſchied, ſo uns weit entlegen waren, mit aller hohen und niedern Oberkeiten, Herrlichkeiten, und Gerechtigkeiten, Gülthen, Renthen, Zinßen, und Gütern, Mühlen, Mühlenſtätten, Bann, Mann, Zuck, Fluck, Wunn, Waſſer und Weyde, Frohndienſten, Böſchen und Rodböſchen, Häußern und Hofſtätten, ſamt der Komerern, und Heuchgißguth, ſo daſelbſt zu Hechen gelegen, und unſerem Gotteshauß einig und allein bißher zuſtändig geweſen, dergleichen unſer, und unſeres Gotteshauß Hofgüther, Bezirck, Gerechtigkeiten, und Zugehörde zu Hechen genannt Wepperswiller, alles, zumahl daran nichts ausgenommen, wie unſere Vorfahren, und wir ſolches alles biß anher

Recht-

Rechtlich ingehabt, genutzt und genoſſen, alſo, und in der Maaß, daß nun hinfüran wohlgedachter unſer gnädiger Herr, Seiner Gnaden Erben und Nachkommen, damit thun und laſſen ſollen, als mit ihrem freyen unwiderruflichen Eigenthum, dann wir für uns, unſer Gotteshauß, und unſer Nachkommen uns deſſen mit gutem zeitlichen Fürrath enterbt und wohlgedachten unſeren gnädigen Herrn damit aufgetragen, und erblich unwiderruflich zu Handen geſtellt haben. Gebieten demnach allen und jeden unſeren, und unſeres Gotteshauß jezt und nachkommenden Meyer, Scheffen, Gericht, Luden, und Gemeinden unſeres gebührenden Antheil zu Zechen, und dann auch Meyer, Gerichten und Leuten der Dorffe Lammerſchied, und Wahlſchied hiermit ernſtlich, befehlen, und wollen, daß ſie wohlgedachten unſeren gnädigen Herrn, Seiner Gnaden Erben und Inhaber des Briefs mit ihrem guten Wiſſen und Willen in allen und jeden Sachen mit Reichung der Gülten, Frohndienſten, und ſonſt gemeinglich allen andern Dingen gehorſam ſeyn, hulden, geloben und ſchwören, wie ſie uns, und unſerm Gotteshauß bis anher gereicht, und zu thun ſchuldig ſeynd geweſen, dann wir ſie deßhalb ihrer Eyd entſchlagen, und damit wohlgedachtem unſerem gnädigen Herrn aufgetragen, zugeſtellt und übergeben haben, übergeben und ſtellen auch ihrer Gnaden, ſolches hiermit, und in Kraft diß Briefs, als für frey Eigenthum zu gebrauchen, und zu genießen zu; dagegen

gegen und hinwieder haben ihre Gnaden für ſich und Dero Erben uns in Gegenwechſelsweiße übergeben und zugeſtellt das ganze Dorf Buß, mit Bann, Mann, Zuck, Fluck, hohen und niedern Oberkeiten, allernächſt bey unſerm Gotteshauß gelegen, darab wir laut ſonderer habender Uebergab, und Verſchreibung guten und vollkommenen Genügen haben; Gereden und verſprechen demnach bey unſeren Worten, und wahren Trauwen an eines rechten Eydesſtatt für uns, und unſere Nachkommen, wolgedachten unſeren gnädigen Herrn, Dero Erben, und Nachkommen, ſolches halben Dorfs Hechen, auch der Kamerern und Heuchgiß Guth, und dann der beyden Dorf Lamerſchied und Wohlſchied, mit ihren Zwing und Bannen, hohen und niedern Oberkeiten, Zinß, Renth, und Gülten, dergleichen des Hofs und Bezircks Weppersweiler, nichts ausgenommen, gute vollkommene Wehrſchafft zu thun, und zu tragen ohne alle Gefährde; darwider uns, und unſere Nachkommen nicht freyen, noch befrieden ſoll einigerley Gnade, Recht, noch Gericht, Geiſtliches noch Weltliches, Privilegien, Gnaden, Freyheiten, Einigung, Tröſtung, oder Gelait, auch aller und jeder Exemption, Exception, Appellation, Diſpenſation, Reſtitution, Indult, Statuten, Erlaubnußen, ſo unſere Vorfahren und wir jezt erlangt, oder unſer Nachkommen hernachmahls in Ewigkeit erlangen mögten, auch aller und jeder Finde untreue Sache, oder Gefährde, ſo man von unſeres Gotteshauß wegen Amtshalben fürwenden mögt, dann wir uns deſſen allen,

ſamt

Rechtlich ingehabt, genutzt und genoſſen, alſo, und in der Maaß, daß nun hinfüran wohlgedachter unſer gnädiger Herr, Seiner Gnaden Erben und Nachkommen, damit thun und laſſen ſollen, als mit ihrem freyen unwiderruflichen Eigenthum, dann wir für uns, unſer Gotteshauß, und unſer Nachkommen uns deſſen mit gutem zeitlichen Fürrath enterbt und wohlgedachten unſeren gnädigen Herrn damit aufgetragen, und erblich unwiderruflich zu Handen geſtellt haben. Gebieten demnach allen und jeden unſeren, und unſeres Gotteshauß jezt und nachkommenden Meyer, Scheffen, Gericht, Luden, und Gemeinden unſeres gebührenden Antheil zu Hechen, und dann auch Meyer, Gerichten und Leuten der Dorffe Lammerſchied, und Wahlſchied hiermit ernſtlich, befehlen, und wollen, daß ſie wohlgedachten unſeren gnädigen Herrn, Seiner Gnaden Erben und Inhaber des Briefs mit ihrem guten Wiſſen und Willen in allen und jeden Sachen mit Reichung der Gülten, Frohndienſten, und ſonſt gemeiniglich allen andern Dingen gehorſam ſeyn, hulden, geloben und ſchwören, wie ſie uns, und unſerm Gotteshauß bis anher gereicht, und zu thun ſchuldig ſeynd geweſen, dann wir ſie deßhalb ihrer Eyd entſchlagen, und damit wohlgedachtem unſerem gnädigen Herrn aufgetragen, zugeſtellt und übergeben haben, übergeben und ſtellen auch ihrer Gnaden, ſolches hiermit, und in Kraft diß Briefs, als für frey Eigenthum zu gebrauchen, und zu genießen zu; dagegen

berg ꝛc. ꝛc. thun kund, und bekennen uns gen allermänniglich vor uns, alle unſere Erben und Nachkommen Grafen zu Saarbrücken in dieſem Briefe: Als unſer Füreltern Grafen zu Saarbrücken Fondierer, Stifft-Herrn und Schirm-Herrn des Gotteshauſſes der Abtheyen und Kirchen unſer Lieben Frauen zu Wadgaſſen, wißen Prämonſtratenſer-Ordens, gelegen in unſe genannten Grafſchafft Anheber geweſen, geſtiftet, und in Schirm gehabt, und hant, hant wir angeſehen und bedacht, ſolchen groſen Willen, Gonſt und Liebde unſer Voreltern zu ſolcher Stifrung eingelacht, begabt, und in ihre und alle ihre Erben und Nachkommen Seelenheil geſtalt, und gegeben hant, auch Nachkommende Myſſel unſer Amtlüde gegen dem Gotteshuß, oder eyme Abte dain fürwenden mögten, darzu zu Beſſeronge, und lengonge Frihit der genannten Fundation und Stiftung des Gotteshußes und Kloſters itztgenannt, und Gottesdienſt damit zu mehren, denſelben Gottesdienſt dain durch die geiſtlichen Abt und Brüdere deſto follkommenlicher zu vollenbringen, vor unſere Voreltern, uns, unſer Erben und Nachkommen zu ewigen Tagen und immermehr dem gemeldten Gotteshuße Abt, Prior und Convent zugeſtalt, und geben, und vermitz dieſen gegenwärtigen Brieff vor uns, unſer Erben und Nachkommen gepend, mit frihem Willen in geſondem Stande, und guter Vernunft ſoliche hohe Gerichte an mißthätigen Lüden und hohe Buſſen, ſo unſer Voreltern Grafen zu Saarbrücken, und wir haben, und biß auf dieſen

heutigen Tag datum dieſes Brieffs gehabt, und genoſſen hant, in der benannten Pfarren zu Wadgaſſen, und was darin gehdrig iſt, mit allen Rechten und Frihiten, nüſt usgenommen, oder uns dann behalten, itzund, noch hernach zu ewigen Tagen unwiederruflichen, doch alſo, daß ſie alle Gefangen in dem vorgeſchriebenen Hoegericht behalten, und nit darus führen, noch kommen laſſen ſollen, oder gen Saarbrücken führen thuen, da wir auch unſer Thorne, und Gefängniß zu iglicher Zeit zu liehen ſollen, und die zu ihrem Willen wieder ungebindert holen, und hinweg führen laſſen, auch behältlich uns, unſer Erben, und Nachkommen, unſer Stiftonge, und Schirmſchaft zu Wadgaſſen, unſer Förſter daſelbſt zu haben, auch die Kirchweyhe da zu hürden thun, unſer Jäger-Recht, und ander unſer Gerechtigkeit da, und in der Pfarren, als unſern Voreltern, und wir bißher gehabt haben, und unſer Hof zu Völkingen in dem Jahrdinge wießet, usgeſchieden, daß wir ſie erlaſſen hant, zu dem Jahrdinge zu kommen, und dozu mehr, ſo confirmiren und beſtätigen wir ihne auch in kraft und Macht dieß Briefs vor uns die Confirmation, ſo unſer dick genannt Vatter Seel. Gedachtnuß dem Gotteshuß Abt, und Convent vorverſchrieben, und geben hant, und beſtättigen ihnen die in krafft dieß Brieffs, vor uns, unſer Erben, und Nachkommen, alle Gefährde hierin usgeſchieden. Deß zu Urkunde han wir Johann Graf obgemel unſer Inſiegel an dieſen Brief thun hängen, und darin geheiſchen, und

befoh-

befohlen unſere Räthe und lieben getreuen Leonard Storme von Offenberg unſere Hofmeiſter, und Hennerich von Sötteren den alten, daß ſie iglichem ſin Inſiegel by das unſere gehangen hant, deß wir Lehnhard und Henrich vorgedacht bekennen von Geheiſche des vorgedachten unſern gnädigen Jungherrn alſo gethan han. Gegeben uff den 2ten Tag des Maends Mey in den Jahren unſers Herrn Tuſend vier Hundert Sechzig und Sechs.

(L.S.) (L.S.) (L.S.)

No. 8b.

Uebergab des Hoch-Gerichts in der Pfarr Wadgaſſen an den Abten mit einverleibtem Reverſal-Brief de An. 1466.

Wir *Antonius* von Gottes Gnaden Abt des Kloſters der Kirchen unſer lieben Frauen zu Wadgaſſen, gelegen in dem Biſchthum von Trier in der Grafſchaft Saarbrücken, und wir Prior, und Convent gemeinlich des genannten Kloſters wißen Prämonſtratenſer-Ordens, thun kund, als der Wohlgebohrne Graf, Graf Johann von Naſſau und zu Saarbrücken, Herr zu Heynßberg und zu Lewenberg, unſer gnädiger Junker, Stifts-Herr und Schirm-Herr unſeres Gotteshauß Wadgaſſen itzt genannt iſt, ſein Voreltern Grafen zu Saarbrücken ſeliger Gedächt-

nuß uns fundiret, gestiftet und begabet hant, und nun darzu angesehen hat, solchem grossen Gunst und Willen, die selben zu unser Kirchen gehabt und angelegt, soliche Fundation und Stiftung weiter zu freyen, zur Besserungen, und Mehrungen den Gottesdienst in derselben Kirchen zu vollbringen, uns zu ewigen Tagen zugestellt, und gegeben hat, immermehr soliche hohe Gericht an mißthätigen Leuten, und hohe Bussen sein Vor-Elteren Grafen zu Saarbrücken, und er bis auff diesen heutigen Tag gehabt, und ihne zugestanden hant, zu Wadgassen und in der Pfarr darzu gehörig mit allen Rechten, wie sie die bisher ingehabt hant, inmaß der Brieff sein Gnaden uns darüber gegeben hat, inhält, der von Wort zu Wort hernach geschrieben stehet, und also lautet:

Wir Johann Graf zu Nassau und zu Saarbrücken, Herr zu Heynßberg und zu Leibenberg ꝛc. thun kund und bekennen uns gen allermänniglich ꝛc.

Da bekennen wir Abt, Prior und Convent vorgenannt vor uns, unser Nachkommen, daß der vorgenannt unser gnädiger Juncker um Gottes, Mariä seiner würdigen Mutter von eigenem freyen Willen, seinen Gnaden Voreltern, seiner und seiner Erben und Nachkommen Seelen zu Trost und zu Heil derselben wir auch in unserem Gebett und Aemteren der heiligen Messen, und allen anderen guten Werken gedencken sollen, solliche hohe Gericht, immassen vorgenannt, gegeben und zugestellt hat, und wir ensollend das benannt Hochgericht von unserem

unſerem vorgenannten Gotteshauß nit änderen, noch in kein oder ander Hände oder Herrſchaft ſtellen, verſchreiben oder verpflichtigen, und ob Sach wäre, daß wir ſolich hohe Gericht nicht gehandhaben könnten, oder in Aenderung durch uns oder unſere Nachkommen bringen, ziehen, oder ſtellen wollen, ſo ſollen und wollen wir ſollichs den Grafen zu Saarbrücken wieder zuſtellen, und übergeben, und niemand anderſt, wäre auch Sach, daß unſer Gotteshauß Gebrech hätt, oder Gewinn anmaſſen, oder geſeig, ſo ſollen wir und unſere Nachkommen, die zur Zeit wehrend zu unſerem vorgenannten gnädigen Junckern, und ſeinen Erben, und Nachkommen, Grafen zu Saarbrücken, oder ihren Amtleuten kommen, und des Rath an ihne nehmen, und wo ſie uns beſcheiden die geſetz zu nehmen, ſoll geſchehen, wir enſollen, noch enwollend auch keinen anderen Schirmherrn nit ſuchen, noch uffuehmen, dann einen Grafen zu Saarbrücken und ein jeglich Abt, ſo der wird, ſoll bey einen Grafen von Saarbrücken kommen, und ſich des gen ihnen erkennen, doch ohne jeth davon zu geben, derſelb unſer gnädiger Juncker, ſein Erben, und Nachkommen, Grafen zu Saarbrücken ſollent unſer Gotteshauß, uns, und unſer Nachkommen auch bey unſerm alten Herkommen und Rechten laſſen, getreulich handhaben, und ſchirmen nach ihrem Vermögen ungevehrlichen, alle vorgeſchriebene Sachen, Punct und Articul in beyden vorgenannten Brieffen begriffen, globen wir Antoni Abt bey un-

nuß uns fundiret, gestiftet und begabet hant, und nun darzu angesehen hat, solchem grossen Gunst und Willen, die selben zu unser Kirchen gehabt und angelegt, soliche Fundation und Stiftung weiter zu freyen, zur Besserungen, und Mehrungen den Gottesdienst in derselben Kirchen zu vollbringen, uns zu ewigen Tagen zugestellt, und gegeben hat, immermehr soliche hohe Gericht an mißthätigen Leuten, und hohe Bussen sein Vor-Elteren Grafen zu Saarbrücken, und er bis auff diesen heutigen Tag gehabt, und ihne zugestanden hant, zu Wadgassen und in der Pfarr darzugehörig mit allen Rechten, wie sie die bisher ingehabt hant, inmaß der Brieff seiu Gnaden uns darüber gegeben hat, inhält, der von Wort zu Wort hernach geschrieben stehet, und also lautet:

Wir Johann Graf zu Nassau und zu Saarbrücken, Herr zu Heynßberg und zu Leivenberg ꝛc. thun kund und bekennen uns gen allermänniglich ꝛc.

Da bekennen wir Abt, Prior und Convent vorgenannt vor uns, unser Nachkommen, daß der vorgenannt unser gnädiger Juncker um Gottes, Mariä seiner würdigen Mutter von eigenem freyen Willen, seinen Gnaden Vorelteren, seiner und seiner Erben und Nachkommen Seelen zu Trost und zu Heil derselben wir auch in unserem Gebett und Aemteren der heiligen Messen, und allen anderen guten Werken gedencken sollen, solliche hohe Gericht, immassen vorgenannt, gegeben und zugestellt hat, und wir ensollend das benannt Hochgericht von unserem

unſerem vorgenannten Gotteshauß nit ändern, noch in kein oder ander Hände oder Herrſchaft ſtellen, verſchreiben oder verpflichtigen, und ob Sach wäre, daß wir ſolich hohe Gericht nicht gehandhaben könnten, oder in Aenderung durch uns oder unſere Nachkommen bringen, ziehen, oder ſtellen wollen, ſo ſollen und wollen wir ſollichs den Grafen zu Saarbrücken wieder zuſtellen, und übergeben, und niemand anderſt, wäre auch Sach, daß unſer Gotteshauß Gebrech hätt, oder Gewinn anmaſſen, oder geſeig, ſo ſollen wir und unſere Nachkommen, die zur Zeit wehrend zu unſerem vorgenannten gnädigen Junckern, und ſeinen Erben, und Nachkommen, Grafen zu Saarbrücken, oder ihren Amtleuten kommen, und des Rath an ihne nehmen, und wo ſie uns beſcheiden die geſey zu nehmen, ſoll geſchehen, wir enſollen, noch enwollend auch keinen anderen Schirmherrn nit ſuchen, noch uffuehmen, dann einen Grafen zu Saarbrücken und ein jeglich Abt, ſo der wird, ſoll bey einen Grafen von Saarbrücken kommen, und ſich des gen ihnen erkennen, doch ohne jeth davon zu geben, derſelb unſer gnädiger Juncker, ſein Erben, und Nachkommen, Grafen zu Saarbrücken ſollent unſer Gotteshauß, uns, und unſer Nachkommen auch bey unſerm alten Herkommen und Rechten laſſen, getreulich handhaben, und ſchirmen nach ihrem Vermögen ungevehrlichen, alle vorgeſchriebene Sachen, Punct und Articul in beyden vorgenannten Brieffen begriffen, globen wir Antoni Abt bey un-

ſeren Würden, und wir Prior und Convent zu Wadgaſſen vorgenannt, vor uns und unſere Nachkommen bey Gehorſamkeit ſteet und veſt zu halten, und zu vollziehen= und nicht zu verändern, ſondern dem getreulich nachzukommen, wie vorgeſchrieben ſtehet, und darwider nicht zu ſeyn, noch zu thun, noch ſchaffen darwider gethan zu werden mit denen geiſtlichen oder weltlichen Gerichten, Diſpenſation, Abſolution, oder anderen Dingen, die wider den Inhalt der vorgemeldten Brieff, und dem ehegenannten unſerem gnädigen Juncker, ſein Erben, oder Nachkommen ſeyn oder In hinderlich oder ſchädlich ſeyn möchten, alles Geföhrde hiein außgeſchieden. Des zu Urkund han wir Anton Abt vorgenannt unſer Inſiegel, und wir Prior und Convent unſeres Convents Inſiegel mit rechtem Wiſſen an dieſen Brieff thun hängen, und zu mehrer Sicherheit gebeten, die Ehrſame Herrn Dechand und Capitul des Stifts zu St. Arnual in Metzer Biſtum bey Saarbrücken gelegen, daß ſie ihres Capittels groß Siegel auch hieran gehangen hant, uns und unſer Nachkommen aller vorgeſchriebener Sachen zu überzeugen, und zu beſagen. Des wir Dechand und Capittel vorgenannt bekennen, von Bitt wegen des vorgenannten Herrn Anthons Abt, Prior und Convents zu Wadgaſſen gern gethan hat. Gegeben den zweyten Tag des Monaths Maji in den Jahren unſeres Herrn tauſend vier hundert ſechzig und ſechs.

(L.S.) (L.S.)

No. 9. 10.

(Num. 11. fällt, als zweimal allegirt weg.)

Kayſerlicher Schutz- und Schirm-Brief de An. 1235. cum Confirmatione An. 1521.

Carolus quintus, divina favente clementia electus Romanorum Imperator, ſemper Auguſtus, ac Rex Germaniae, Caſtellae, Arragoniae, Regionis, utriusque Siciliae, Hieruſalem, Hungariae, Dalmatiae, Croatiae, Navarre, Granatae, Sardiniae, Cordubae, Corſicae, Murtiae, Gyennis, Algaroniae, Algezirae, Gibraltaris, ac Inſularum Balearium, Inſularum Canariae, et Indiarum, ac Terre firmae, Maris Oceani, Archi-Dux Auſtriae, Dux Burgundiae, Lotharingiae, Brabantiae, Stiriae, Carinthiae, Carniolae, Limburgiae, Lucemburgiae, Vuirtembergiae, Gheldriae, Calabriae, Athenarum, Neopatriae, etc. Comes Flandriae, Habsburgi, Tirolis, Barchinone, Arthois et Burgundiae, Comes Palatinus, Hannoniae, Holandiae, Seolandiae, Ferretis, Kiburgi, Namurci, Roſſicitionis, Cerritaniae et Zulphaniae, Landgravius Allatiae, Marchiae Sacri Romani Imperii, Princeps Sueviae, Cataloniae, Aſturiae etc. Dominus Phriſiae, Marchiae Sclavoniae, Portus Naonis, Biſcajae, Molinae, Slainarum, Tripolis et Mechliniae etc. notum facimus tenore praeſentium univerſis, quod cum *nobis pro parte* honorabilis et Religioſorum devotorum, nobis dilectorum, *Joannis Tholei, Abbatis et Conventus de Vuadgaſſen, fuit* humiliter *ſupplicatum*, quatenus

ex ſolita noſtrae benignitatis clementia, quaecunque Privilegia, Literas, Indulta, Gratias, Conceſſiones, Immunitates, aliasque Praerogativas: eisdem ſuisque Praedeceſſoribus, ab olim divae memoriae Praedeceſſoribus noſtris Romanorum Imperatoribus et Regibus, ac aliis Chriſti Fidelibus factas et conceſſas, et nominatim, eertum Privilegium Protectionis Imperialis Friderici Romanorum Imperatoris, cujus Tenor talis eſt: *Fridericus Dei Gratia* Romanorum Imperator ſemper Auguſtus, Hieruſalem et Siciliae Rex, per praeſens ſcriptum notum facimus univerſis Fidelibus Imperii, tam praeſentibus quam futuris, quod nos *ad ſupplicationem* dilecti Principis noſtri Venerabilis *Trevirenſis Archi-Epiſcopi, Abbatem et Eccleſiam de Vuadegozingen, cum omnibus bonis ſuis, quae in praeſenti juſte tenent et poſſident, et in antea juſto titulo poterant adipiſci, ſub noſtra et Imperii protectione recepimus, ſpeciali praeſentis ſcripti authoritate mandantes et firmiter inhibentes, quatenus nullus ſit, qui dictum Abbatem et Eccleſiam in perſona vel bonis contra hujus protectionis noſtrae Tenorem auſu Temerario offendere, vel inquietare praeſumat*, quod, qui praeſumpſerit, indignationem Culminis noſtri ſe noverit incurſurum. Ad hujus autem rei memoriam et ſtabilem firmitatem praeſens ſcriptum fieri juſſimus, Majeſtatis noſtrae Sigillo munitum. Datum apud Hagen, Anno Dominicae Incarnationis Milleſimo Ducenteſimo Triceſimo Quinto. Menſis Decembris, Nonae Indictionis, *confirmare, approbare, ratificare, innovare, ac quatenus opus eſt, de novo*

novo concedere dignaremur. Nosque ita petitioni hujusmodi tanquam rationi conſonae clementer annuentes, animo deliberato ex certa ſcientia et authoritate noſtra Caeſarea praenominata *quascunque Privilegia, Literas, Indulta, Gratias, Conceſſiones, Immunitates, aliasque Praerogativas dicto Abbati, Conventui et Monaſterio Vuadgaſſen, eorumque Anteceſſoribus, quomodolibet conceſſa, ſeu conceſſae fuerint, prout rite poſſederunt et obtinuerunt, atque in praeſenti obtinent et poſſident*, et in ſpecie *praeinſertum Privilegium in omnibus ſuis Punctis, Claufulis articulis, verborum expreſſionibus, ac ſi Tenoris eorundem praeſentibus inſerti eſſent*, prout pro inſertis haberi volumus, *approbavimus, ratificavimus, innovavimus, confirmavimus*, et Tenore praeſentium approbamus, ratificamus, innovamus, confirmamus, et *quantum opus eſt, de novo gratioſe concedimus et elargimur*, volentes et decernentes, quod ex nunc in antea, et in perpetuum praefatis omnibus et ſingulis ſuis Privilegiis, Gratiis, Indultis, Juribus, Conceſſionibus, Praerogativis, ac juribus utantur, fruantur et potiantur, impedimento et contradictione ceſſantibus quorumcunque: Noſtris tamen, et Sacri Imperii ac alterius cujuscunque juribus ſemper ſalvis. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc noſtrae approbationis, ratificationis, innovationis, confirmationis, conceſſionis, decreti et voluntatis paginam infringere, aut ei quovis auſu temerario contra ire. Si quis autem id attentare praeſumſerit, noſtram et Sacri Imperii graviſſimam indignationem, nec non paenam quinquaginta Mar-

beyden Theilen die unſeren abgeordnet, ſich deren in der Güte zu unterreden, ob man eine gute Expedition treffen mögte, ſo hat doch ſolches nichts verfangen wollen, ſondern ſeynd gedachte Spenn ohnerörtert und verworren wie vorhin blieben, derenwegen wie aus ſonderlichen Begierden, auf daß ſolches alles erläutert, und dasjenige, was zu fernern Erweiterung und Disputation gereichet, abgeſchnitten würde, nicht unterlaſſen wollen, abermahls unſerer beyder Theile Räthe und Deputate, zu Sanct Nabor zuſammen kommen zu laßen, wiederum gütliche Unterhandlung und Communication mit einander zu pflegen, welche unſere Abgeordnete, nachdem ſie reſpective alle und jede Mittel, deren ſie ſich erinnern mögen, geſucht und fürgeſchlagen, ſich endlich etlicher Punkten (doch auf unſrer beeden Wohlgefallen und Ratification,) entſchloſſen und verglichen haben, wie daſſelbe in ihren Abſchied unter den Dato des 16ten jüngſt erſchienenen Monoths Martii, ſo mit ihren Händen unterſchrieben, vollkommentlich declariret und begriffen iſt. Wann wir dann den Innhalt gedachten Abſchieds beyderſeits wohl erſehen, und verſtanden, auch ſondern Begierden geneigt ſeyn, die gute Verwandnuß, Freundſchafft und Correſpondenz darinn miteinander ſtehen, ſo viel möglich zu erhalten, zu nehern und zu continuiren, alſo ſolches Spenn endlich abzuhelfen und alles, was Urſachen zu Proceſſen und Weiterung geben mögte, abzuſchneiden, damit nach Erläuterung ſolcher Sachen unſere Beamten ſich in den Bezirken unſerer Herrſchaften und Juris-

dictionen

dictionen hinführo der Gebühr zu verhalten wiſſen, ſo haben wir darauf für uns und unſere Nachkommen, Herzogen zu Lothringen und Grafen zu Saarbrücken, alle und jede obgedachte Spenn *tranſigiret* und verglichen, vertragen uns auch derſelbigen hiermit, in Geſtalt und Maas, wie hernach folget, und declariret wird.

Paſſus concernens:

Soviel das Cloſter und Gotteshauß Wadgaſſen betrifft, haben wir Herzog Carl für uns und unſere Nachkommen, gedachtem unſerm Vetter Graf Philippſen und ſeinen Nachkommen, Grafen zu Saarbrücken zu guten, auf alle Gerechtigkeiten, *Authoritaeten*, *Souverainetés*, die wir hätten und vermeinten zu haben, in und an berührtem Cloſter und der Pfarr Wadgaſſen, und auf deren Dörfern und Unterthanen hiermit in Kraft gegenwärtiger Vergleichung und Transaction *cedirt* und verziehend, doch hierinnen ausgenommen, und vorbehalten die *Souverainetés* auf den Dörfern und Unterthanen und Gefällen, ſo zu gedachtem Cloſter gehörig, und in unſerm Herzogthum Lothringen gelegen, und geſeſſen, auch uns die *general* und *extraordinari* Schatzung zu erlegen, und zu geben ſchuldig ſeynd, und über dieſes ſollen noch mögen. Wir einige Gerechtigkeit auf gedachtem Kloſter und deſſen Zugehörungen ſuchen, noch fordern, und wollen auch ermeldtem unſern Vettern,

Graf

Graf Philippſen, alle Obligation und Reverſal-Brief, ſo uns von gedachtem Kloſter Abten und Convent hiebevorn zugeſtellt worden ſeynd, übergeben laſſen, und damit alle künftigen Weiterungen und Disputationen fürkommen und vermieden werden, ſo haben wir Herzog Karl und Graf Philipps uns verglichen, daß Wir, zum eheſten es geſchehen mag, Markſtein zu Unterſcheidtung berührtes Kloſters und Pfarren Wadgaſſen und der Oerter und Gegend daran anſtoßend, ſo in unſerm Herzogthum Lothringen gelegen, ſetzen wollen laſſen, jedoch uns Herzog Carlen und unſern Nachkommen das Geleit und deſſen Gerechtigkeit, ſo weit ſich das über das Herzogthum Lothringen und Grafſchafft Saarbrücken, von Walderfingen aus, bis in die Mitte der Fluß oder Bach Bießten bey Würker-Brücken erſtrecken thut ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Vermittelſt gegenwärtiger Vergleichung und Vertrags ſeyn und bleiben alle Proceß-Rechtfertigungen und Forderungen, Pfandtungen und Gegenpfandungen erlittene Koſten, aufgehabene Nutzungen und andere Spenn zwiſchen uns beeden Partheyen unſerer Beamten und Unterthanen von wegen obbeſtimter Punkten erwachſen, tod und abſeyn, es ſeyen ſolcher Proceß und Rechtfertigung an dem Kaiſerlichen Kammergericht oder anderswo ohnerörtert anhängig, dann wir uns deren hiermit gänzlich begeben und verziehen haben, ohne daß wir hinführo uns deren einer wider den andern, in was Geſtalt es ſeyn mögte, behelfen mögen,

wie

wie gleichfalls alle Spenn und Wiederwillen, so sich in diesen währenden Irrungen zwischen beedertheils Bamten und Unterthanen zugetragen, auch tod und abseyn, ohne daß man deren hinführo mehr gedenken soll. Und dieweil alle Dinge verhandelt, verglichen und tranßgiret worden, wie sie hie oben vollkommentlich erkläret und specificiret, so gelöben und versprechen Wir Herzog Carl, und Graf Philipps vorgemeldt bey unseren Fürstlichen Würden und Worten, Gräflichen Ehren und Treuen, hiermit und in kraft dieß Briefs ein jeder in seinem Theil dabey zu bleiben, dasselbig alles und jedes stät, vest und unverbrüchlich zu halten, und zu leisten, darwider nicht zu thun, noch gestatten gethan zu werden, in keinerley Weiß, wie das erfunden und fürgewandt werden mögte, bey Verpflichtung aller und jeder unser Hab und Güther alles getreulich und ohngefährlich. Dessen zu wahrer Urkund und mehrerer Sicherheit haben wir dieser Brief zween gleichlautend mit unserer beeden Händen unterschrieben und anhangenden Insiegeln verfertigen lassen, und dieweil oberzehlter Vertrag in allen und jeden seinen Punkten, Clausulen, Inhaltung und Meynungen, mit unser Albrecht Grafen zu Nassau-Saarbrücken, Herrn zu Lahr, als Interessenten guten Wissen und Willen aufgericht, beschlossen und zugesagt worden, so haben wir uns verpflicht, und verpflichten hiermit wissentlich, solches alles seines Innhalts und Begrifs gänzlich zu halten und zu observiren. Dessen zur Bestättigung und Bekräftigung haben wir uns mit eigener Hand unterschrieben

schrieben, und unser Insiegel hierauf hencken lassen. Geben den 23ten Tag des Monaths Augusti in dem Jahr, als man zahlt nach Christi unsers Herrn Geburth tausend fünfhundert und im ein und achtzigsten.

Charles. Philipps Graf zu Nassau.
Albrecht Graf zu Nassau.

No. 13.

Von Abt und Konvent zu Wadgassen wird erst 1697. der vorherige Vergleich von 1664. bestättiget.

Zu wissen seye hiermit Jedermännniglichen, daß im Jahr nach Christi unseres einigen Erlößers Geburth Ein Tausend, Sechs Hundert Sechzig Vier, zwischen weyland dem Hochgebohrnen Grafen und Herrn, Herrn Gustav Adolfen Grafen zu Nassau-Saarbrücken und Saarwerden ꝛc. und dem auch weyland Wohl-Ehrenwürdigen und andächtigen Herrn Philipps Gretschen Abten des Gotteshauses Wadgassen, mit Wissen und Willen des ganzen Convents ein Vergleich aufgerichtet worden ist, welcher vom Wort zu Wort also lautet: Zu wissen, daß heut zu Ende gesetztem dato zwischen dem Hochgebohrnen Grafen und Herrn, Herrn Gustav Adolfen Grafen zu Nassau-Saarbrücken und Saarwerden, Herrn zu Lahr, Mißbaden, und Jostein an einem, und dann dem Wohl-Ehrwürdigen und andächtigen Herrn Philipps Gretschen Abten

des

des Gotteshauß Wadgaſſen, mit Wiſſen und Willen des ganzen Convents anderntheils, wegen gegen einander habender Forderungen, folgender Geſtalt vor ſich, Ihrer Hochgräflichen Gnaden Erben, und beyderſeits Nachkommen verglichen und gehandlet worden.

Erſtlich, ſo nehmen Ihro Hochgräfliche Gnaden diejenige Fundation von zweytauſend Gulden Capital, welche weyland der Wohl-Ehrwürdige und andächtige Herr Johann von Beres Abt des gedachten Gotteshaußes zur Lateiniſchen Schul allhier zu Saarbrücken gethan, hinkünftig der Schulen zu verzinßen über ſich, und thun hiermit auch beſagtem Herrn Abt, und das ganze Abt-Convent beſtermaßen quittiren.

Zum Zweyten, weilen bißanhero die Warnets Förſter in beſagtem Gotteshauß den Atz wochentlich gehabt, ſo wollen Ihro Hochgräfliche Gnaden Herrn Abt und ganzes Convent einer ſolchen hergebrachten Gerechtigkeit hinkünftig entheben, thun das auch hiermit dergeſtalt, das weiters nicht, als auf St. Stephans-Tag, und Faßnacht, zu beſagtem Atz, es ſeye dann, daß die Förſter wegen bemeldtem Gotteshauß im Forſt oder Warnet zu thun haben, ſo alsdann zu des Herrn Abts guten Willen ſtehe, verbunden ſeyn ſollen, und iſt auch dabey dem Gotteshauß und Convent ihr hergebrachte Gerechtigkeit im Warnet vorbehalten, um deßwillen dann Ihre Hochgräfliche Gnaden ſie vertretten, und

ohne ferneren Anſpruch halten ſolle, wie dann auch mehrbeſagt Gotteshauß in demjenigen Bezirk, worin ſie ſonſten auch zu jagen berechtiget, frey ſchießen laſſen möge; weiters ſo wollen Ihro Hochgräfliche Gnaden dem Gotteshauß Abten, und ganzen Convent ein abſonderlich Stück Wald, nemlich den Kopf zwiſchen dem Plomp und Brebach, ohnfern Tieferten, fünfzig biß in Sechzig Morgen Lands, erb- und eigenthümlich, vorbehaltlich der Territorial-Gerechtigkeit, einraumen, und noch fünfzig Kiefer Bäume in Warnet zeichnen, und ohne Bezahlung lieferen laſſen; Hingegen ſo quittiret wohlermeldter Herr Abt, und das ganze Convent Wadgaſſen, über zwölf Malter Präbendkorn, welches berührtes Gotteshauß auf dem Cöllerthaler Zehenden von Seiner Hochgräflichen Gnaden wegen zu fordern, vor eins, hernach ſo cedirt erwehnter Herr Abt, und das ganze Convent ihr ein Drittel an dem Cöllerthaler groſen, oder Hauptzehenden, darinnen das Maulend zu Güchenbach und Hilſpach nicht begriffen, mit dem Jure conferendi, und anhangendem onere des Kirchenbaues, an dem Chore der Köllerthaler Pfarr Kirchen, auch übergiebt mehr wohlerwehnter Herr Abt, und ganzes Convent Seiner Hochgräflichen Gnaden ein Capital-Brief von drey Tauſend Gulden, welche das Hochgräfliche geſamte Hauß zu Naſſau Saarbrücken bedeutetem Convent ſchuldig, und laſſen an einem andern Capital, beſagend Sieben Tauſend Gülden, noch

drey

drey hundert dreyßig drey Gulden fallen, alſo daß zu einem Drittel von den ſchuldigen zehen Tauſend Gülden Capital ſich wohl vergnügt und bezahlt halten.

Endlich iſt verglichen, weilen die Unterthanen zu Werbel, welche dem Gotteshauß Wadgaſſen zugehören, in Ihro Hochgräfliche Gnaden Rentherey von Wießen und Feldern, welche dem Cloſter Wadgaſſen inskünftig eigen und erblich bleiben, zwei Gülden jährlich ſchuldig, im Gegentheil Wadgaſſen auf der Grumets Wießen zu Brebach einen Gulden zu fordern, daß ſolche Zinß zu völliger *Adaequation* gegen einander *compenſiret* ſeyn ſollen, alles getreulich und ſonder Gefährde. Deſſen zu Urkund iſt dieſer Vergleich doppelt ausgefertiget, und von beiden Theilen unterſchrieben, verſiegelt, und jedem ein Exemplar zugeſtellt worden, ſo geſchehen zu Saarbrücken den 7ten Martii im Jahr nach Chriſti unſers Erlöſers Geburth Tauſend Sechshundert Sechzig und Vier. Iſt unterſchrieben: Guſtav Adolph Graf zu Naſſau Saarbrücken. Philipp Gretſch, Monaſterii Beatae Virginis in Wadegotia abbas, F. Daniel Karp, Prior, F. Nicolaus Gretſch, Probſt zu Mertzig, F. Antonius Bude-Génius, F. Nicolaus Schrembgen, F. Johannes Adam, F. Bernardus Gremerius, F. Johannes Kerlinger, F. Philippus Dau, F. Norebertus Elents, F. Hugo Heuer, F. Petrus Marx, F. Joſeph Greſſti, F. Conradus Piscator, F. Mauritius Gier.

Mit anhangendem Ihro Hochgräflichen Gnaden Canzley Siegelen. Ob nun zwar der Wohlehrwürdige, und andächtige Herr Petrus Marx, als jetziger Abt des beſagten Gotteshauß Wadgaſſen durch Anſtifftung Friedhäſſiger Perſohnen, und Mißverſtand wegen der Donation zu der Saarbrückiſchen Land-Schul, bey währender Königlich-Franzoſiſcher *Reunion* im *Parlement* zu Metz, ſolchen biß auf das Jahr Ein Tauſend Sechshundert Achtzig und Fünf in ſeinem *vigore* gebliebenen Vertrag, hat *reſcindi*ren und umſtoßen laſſen, inmaßen unterſchiedliche Urtheil darin ergangen, einige Puncten annoch würklich daſelbſten ohnerörtert ſchweben, ſo hat der Herr Abt aber mit dem Convent in mehrer und reifer Ueberlegung der Sachen Umſtänden und ihren Conſequentien, und inſonderheit deren bey geſchehener Erwählung und Antrettung ſeines Amts, ad Exemplum aller ſeiner Herren Antecesſorum von ſich gegebenen und beſchwohrnen Reverſalium, weit nützlicher und erſprießlicher befunden, wann die Streitigkeiten in der Güte beygelegt, und der vorſtehende Vergleich *de anno* Ein Tauſend Sechshundert Sechzig Vier wieder in ſeinen vorigen Stand und Kräften geſezt werden könnte; Dieweilen nun der Hochgebohrne Graf und Herr, Herr Ludwig Crafft, Graf zu Naſſau-Saarbrücken und Saarwerden, Herr zu Wißbaden und Idſtein, Ihrer Königlichen Majeſtät in Frankreich

reich General-Major ꝛc. ſich ein ſolches nicht zuwider ſeyn laſſen, ſondern in die Vornehmung des gütlichen Verglichs gewilliget, zu dieſem End auch von beyden Theilen die drey hierunter ſtehende Herren Mediatores erwehlet, und eine Zuſammenkunft allhier auf den Fünfzehenden dieſes Monaths bellebet: Alſo iſt endlichen durch Gottes Seegen folgender Verglich getroffen, und aufgerichtet worden; Erſtlichen werden die zu Metz wegen eingangs vermeldter Transaction de anno 1664 angefangene, und theils noch ohnerörterte Proceß hiermit gänzlich und vollkommentlich aufgehoben, und auf die ergangene Urtheil *renunciiret*, dargegen zweytens ſelbige *Transaction* und Vergleich, wie nicht weniger auch obberührte des Herrn Abten Reverſales in allen ihren Inhalten und Clauſeln auf das beſte und beſtändigſte erneuert, beſtättiget, und bekräftiget, alſo daß von beyden Theilen ſteif darüber gehalten, und denenſelben nachgelebet, auch nun hinführo nimmermehr unter einigem Praetext, Vorwand oder Titul, wie ſolcher immer zu erdencken ſeyn mögte, darwider im geringſten gehandelt, oder verfahren werden ſolle. Drittens werden die bißhero aufgeloffene Ohnköſten, und durch die Caſſation der gemeldten Transaction gegen einander formirte Praetenſiones und Forderungen getödtet und abgethan, jedoch daß viertens der Herr Abt und Convent Ihro Hochgräflichen Gnaden innerhalb Monaths-Friſt Eintauſend Gülden bezahlen ſoll, auch fünftens Deroſelben Zeit ihres Lebens (welches

Gott lang friſten wolle) jährlich ein gut Fuder Wein von dem beſten Wachsthum des Gotteshaus nach Saarbrücken zu liefern ſchuldig ſeyn ſolle. Sechſtens weilen ein Evangeliſcher Pfarrer zu Biſchmißheim zufolge des Münſteriſchen Friedensſchluß einen dritten Theil an dem Enzheimer und Eſchringer Zehenden genoſſen hat, ſo ſoll ſolches Antheil Zehenden hinkünftig auch wiederum dahin ohnweigerlich abgefolget, und verwendet werden. Siebendens wegen des Jagens, Hetzens, und Schießens von großem und kleinem Wildpret auf ermeldtem Enzheimer Bann iſt verglichen, daß hochgedachte Ihro Hochgräfliche Gnaden ſolche Gerechtigkeit Zeit ihres Lebens durch ſich und die Ihrige allein genießen, und behalten, nachgehends aber ſelbige Gerechtigkeit dero Erben und Nachkommen, und dem Herrn Abten und Convent gemeinſchaftlich ſeyn, und gebraucht werden ſolle; hingegen haben achtens Ihro Hochgräfliche Gnaden dem Herrn Abten, und Convent in der ſogenannten Bommerßbach biß an den unterſten Weiher auch zu fiſchen gnädig vergönnet, jedoch Ihro Hochgräfliche Gnaden und Dero Nachkommen ohne einigen Nachtheil und Abbruch gegen dieſen Verglich, und einverleibte Transaction ſollen keine Geiſtliche oder Weltliche Freyheit, Indult, Begnädigung, oder einige Rechtsbehülf, oder Exceptiones, wie die immer von Menſchen Sinnen erdacht werden können, und mögen, helfen, oder

ſchü-

ſchützen, inmaßen ſie Partheyen ſolchem allem ſämtlich und inſonderheit wiſſentlich, und wohlbedächtlich renunciiret, und ſich deren begeben haben, alles getreulich, ohne Gefährde, und Argliſt. Deſſen zu wahrer Urkund iſt dieſer Verglich doppelt ausgefertiget, und von beyden Theilen nebſt denen erbettenen Mediatoren eigenhändig unterſchrieben, und mit Ihro Hochgräflichen Gnaden Canzley-Secret nebſt des Herrn Abten und Convents Inſiegelen und Pettſchafft bedruckt worden, ſo geſchehen zu Wadgaſſen den achtzehenden Februarii im Jahr Ein Tauſend Sechshundert Neunzig und Sieben.

Ludwig Crafft Graf zu Naſſau.
Petrus Marx Abt zu Wadgaſſen.

F. B. Scholtis, Prior.
F. Conradus Piscator.
F. Nicolaus Raden.
F. Auguſtinus Schranz.
F. Vincentius Ruver.
F. Wilhelmus Adam Cellarius.
F. Franciscus Thomas, Paſtor in Schwaebach.
F. Johannes Welffringer.
F. Philippus Hurdt, Proviſor.
F. Norbertus Becker, Circator Loci.
F. Adelbertus Wagener.
F. Michael Bettendorff.
F. Antonius Mertert.
F. Hugo Tretz.
F. Clemens Daubignan.

F. Jacobus Felz.
F. Walterus Marx.
F. Joſeph Greſſii, Probſt und Paſtor zu Merzig Senior.
F. Aegidius Trapp, Paſtor Sargemundanus.
F. Godefridus Saurbron, Paſtor in Berus
F. Stephanus Marx, Paſtor in Bliederstorf.
F. Henricus Boës, Paſtor in Heſslingen.
F. Joannes Marx, Vicarius in Marceto.
F. Friedericus Stertz, Paſtor in Ammersheim.
F. Gerlacus Machern, Vic. in Sarg.
F. Milo Regal, Paſtor in Wellingen.
F. Hermannus Martz, Vicar. in Vallmon.
F. Ludowicus Grentz, Paſtor in Entzheim.
F. Joſephus Hemmel, Paſtor in Roden.
F. Petrus Mullen, Paſtor in Kellen.

D. Hilarion de Bar
Abbé de Longeville.

(L. S.
Saraepontani.)

No. 14.

Kammergerichtliche Urtel vom 17. Julius 1727.

In Sachen Praelaten und Conventualen des Kloſters Wadgaſſen, wider weyland Carl Ludwig, jezo Herrn Friedrich Ludwig, Grafen zu Naſſau Saarbrücken, mandati de non contraveniendo fundationi Monaſterii et pactis Majorum, relinquendo in ſtatu immedietatis S. C. nec non Citationis ad videndum caſſari et extradi Reverſales, tam à Praelato illicite et nulliter datas, quam a ſubditis extortas: Iſt allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, zuvörderſt in puncto Documentorum, daß auf den durch Lic. F. am 29. Februarii lauffenden Jahres producirten, der vorhin am 11 Octobris 1626. erbſneten Urtel ungemäß, und mit vieler Beſchränkung abgefaßten, auch um deßwillen hiemit verworfenen Special-Gewalt, |203| denjenigen Elbſterlichen Fundations-Brif und andere Documenta, welche vorhin bey dieſem Kayſerlichen Kammergericht in actis Wadgaſſen contra Veldenz anno 1551. im Rotulo Commiſſionis |37| originaliter producirt geweſen, und daſelbſt in Copia befindlich, nach Verluſt der Originalien, ſo lange, biß durch Lt. F. Herrn Pricipalen ein anderes beygebracht, vor glaubhaft zu halten, des Herrn Grafen ſeine Officiales auch, auf weiteres Erfordern des Kloſters, den in der Urthel vom 11ten 8bre 1726

deferirten Eyd, jedoch ohne einige Reſtriction, abzuſtatten ſchuldig ſeyn ſollen; Dann in der Hauptſache, daß klagender Abt und Convent den Herrn Beklagten, Grafen von Naſſau Saarbrücken, vor des Cloſters nicht allein *fundiret*, Schuz und Schirm- ſondern auch Landesherrn zu halten, zu erkennen, und von jedem neuerwehlten Abten vor ſich und im Nahmen des Convents hierauf Reverſales an Herrn Beklagten, oder Succeſſoren in der Grafſchaft Saarbrück, auszuſtellen, ſchuldig. Wie dann auch der Herr Graf vermög Weſtphäliſchen Friedensſchluß *art. V. §. omnia quoque monaſteria* 26. *verſu: Quodſi quoque etc.* bey ſeiner auf das Jahr 1624. hinreichender *Poſſeſſion* der Schuz- und Schirm-Gerechtigkeit über das Cloſter und in nachfolgenden Gerechtigkeiten, doch ohne *Extenſion* auf andere mehrere, zu *manuteniren*, als nemlich: Einem zeitlichen Abt des Cloſters Wadgaſſen nach deſſen beſchehener Wahl, zu welcher ein Gräflicher Gevollmächtigter Abgeordneter, jedoch *extra ſcrutinium*, zu *admittiren*, die ſogenannte *Confirmation* oder *Placet* zu ertheilen: Des Cloſters etwan vornehmende Alienations-Contracte in allen unbeweglichen, in der Grafſchafft gelegenen, Cloſter-Güthern zu confirmiren: Auch, wo bey *Adminiſtration* derſelben merklicher Mangel und Unordnung vorgehen ſolte, darüber eine, dem *inſtituto ordinis* ohn-

ohnnachtheilige *Inſpection* zu thun, die Rechnungen des Cloſters, wie bishero geſchehen, und deren verſchiedene in actis Mandati de non turbando in poſſeſſione Juris lignandi originaliter producirt, durch ſeine abgeordnete aufzunehmen, und mit unterſchreiben zu laſſen: ferner in Sachen gegen den Abt und Convent, deſſen Güter betreffend, *in realibus*, und wie es ſonſt die gemeine Rechte zulaſſen mögten, Recht zu ſprechen, *Appellationes* von des Cloſters Gerichten in ſeiner Ordnung anzunehmen; die Gränzen der Cloſter Dörffer, ſo viel deren in der Grafſchaft Saarbrück gelegen, gegen Benachbarte, ſo oft es nöthig, mit Zuziehung des Cloſters, oder auf deſſen gebührende *Requiſition* im Schirm zu halten. Das gräfliche Wappen in der Cloſterkirche zu haben, die allgemeine Landordnung auch auf das klagende Cloſter, ſo viel es ihrer Immunität nicht entgegen, und deſſen Unterthanen ausgehen zu laſſen: Nicht weniger die Reichs- Crayß- und zu gemeiner Lands-Nothdurft erforderte Steuren von allen in der Grafſchafft Saarbrück liegenden Cloſter-Dorfſchaften, nach Innhalt der in actis mandati de facienda repartitione collectarum etc. wie auch Mandati de non praegravando etc. am 11ten 8bre 1726. eröfneter Urthel, ohne *Extenſion* auf andere weitere *onera*, auch noch zur Zeit mit Ausſchlieſſung der Fräulen-Steuer und deren Verzin-

zinßung, als welcher Punkt ad acta mandati de non praegravando etc. zu weiterer Ausführung hiermit verwieſen wird, von jezt beſagten Unterthanen des Cloſters zu erheben; Hingegen mehr beſagter Herr Beklagter auch ſchuldig, dem Cloſter in benöthigten Fällen *Conſervation*, Schutz und Schirm zu wiederfahren, bey Veränderung eines Abten dem Convent nicht allein die freye Wahl, ohne Einführung bewehrter Mannſchaft in das Cloſter, und Einmiſchung in ihre *Eccleſiaſtica*, unter Allerhand Bedrohungen, inmaßen bey des jezigen Abten Wahl anno 1705. unternommen worden, ſondern auch zu *Dirigirung* ſolcher Wahl einer vom Cloſter dazu erkießten fremden Abten, ihres Ordens zuzulaſſen, einem hierauf ordentlich erwählten Abt, dafern gegen deſſen Leben und Wandel nichts hauptſächliches zu erinnern, auf gebührendes Anmelden vorgedachte *Confirmation* und *Placet* nicht zu verweigern, die geiſtliche Viſitation nach des Ordens Inſtitutis, wie auch Aufnahm der *Novitien*, und Beſtellung der Clöſter Aemter nicht zu verhindern, demnach alles, was ſolchem zuwider, denen Reverſalen einverleibt, hinführo daraus zu laſſen; Geſtalten ſolche Clauſuln hiemit caſſirt und abgethan werden.

Weiters iſt vom Herrn Beklagten ein zeitlicher Prälat auſſer obgedachtem ſchuldigen Revers, desgleichen auch deſſen Clöſterliche Unterthanen mit einer Erblandes Huldigungs-

gungs-Pflicht, (es wäre dann, daß Herr Beklagter diesfals einen *Actum poſſeſſorium* nächſt vor dem Jahr 1624. geſchehen, erweißlich beybrächte) beſonders auch die Cloſter-Unterthanen ſowohl der Pfarr Wadgaſſen, als in Buß und Ensheim, mit Erforderung derer Dienſten, auſſer einer allgemeinen Landes-Nothdurft, zu verſchonen, und ſolchenfals dergleichen Dienſte anderſt nicht, als mittelſt des Abten, und nach gebührender *Proportion*, wie in der Urtel ad acta mandati de facienda repartitione verordnet, (bey welcher Proportion auch auf diejenige Landſtraßen Beſſerung, welche die Cloſter-Unterthanen im Clöſterlichen Diſtrict verrichtet, zu reflectiren) anzufordern, dieſemnach alles, was ſolchem zuwider mit abgezwungenen Huldigungen der Unterthanen, während dieſem Rechtsſtreit geſchehen, wie auch der anno 1715. derer Dienſten halber durch Incarcerirung derſelben erhaltenen Revers

[56] in ſo weit zu *caſſiren* und die von ihnen exequirte Strafen zu erſetzen. Es hat auch hinwiederum Amt und Convent ſamt ihren Unterthanen gegen den Herrn Grafen, als *Fundirer*, Schuz- und Schirm- auch Landesherrn des Cloſters, nichts deſtoweniger ſchuldige Treue zu bezeugen, und deſſen in obbeſtimmter Maas ergehenden Verordnungen gebührende Folge zu leiſten.

Als wir solchergestalt beyde Theile hiermit schuldig erkennen und auf vorbesagte Maße das ausgangene Mandat cassiren und aufheben, die Gerichtskosten gegen einander compensirend und vergleichend, mit der Erinnerung an die Kläger und ihren Anwald, sich fürohin in ihren Schriften mehrern Respect, gegen Herrn Beklagten, als bishero geschehen, zu gebrauchen. Hierauf ist sowohl Lt. Deuren als Lt. Faber ihr reciproce gegen einander beschehenes weitere Begehren respective abgeschlagen, sondern beyderseits Anwälden glaubliche Anzeige zu thun, daß ihre Principalen dem Innhalt dieser Urthel hinführo gehorsamlich nachleben wollen, Zeit 2 Monath pro termino et prorogatione von Amtswegen angesezt, mit dem Anhang, wo ein oder der andere Theil solchem also nicht nachkommen wird, daß derselbe jezt als dann und dann als jezt in die Poen 10 Mark löthigen Goldes halb dem Kayserlichen Fisco, und zur andern Hälfte seinem Gegentheil zu bezahlen hiemit erkläret, und der Real-Execution halber ergehen solle, was Recht ist.

Endlich ist beyderseits Anwälden ihr, wegen Restitution derer ad acta übergebenen Original-Documenten beschehenes Begehren, auf die in Lectoria vorgenommene Vidimation derer hinterlassenen Copeyen, hiermit verstattet.

No. 15.

Sententia Cameralis vom 11. Oct. 1762. Mandati de facienda repartitione collectarum.

In Sachen Praelaten und Conventualen des Gottes-Hauſes Wadgaſſen, contra weyland Herrn Carl Ludwig, jetzo Herrn Friedrich Ludwig, Grafen zu Naſſau Saarbrücken, Mandati de facienda *repartitione Collectarum circularium et onorum provincialium ſecundum proportionem debitam, concurrentibus Deputatis Conventus Wadgaſſenſis* S. C. una cum Citatione *ad videndum repeti Collectas circulares* ab A. 1703. *immodice ſolutas; exigi Rationes de omnibus Provincialibus ſimiliter praeſtitis*, cum Refuſione Reſidui *et ſe condemnari;* Iſt allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, in puncto Mandati, daß Herr Beklagter das klagende Gotteshauß bey *Repartition* des Reichs- Crayß- und zu gemeiner Landes Nothdurft erforderten Steuren zu *admittiren*, und ihm der eigentliche Belauff des jedesmaligen ganzen *Quanti* zu *communiciren*, auch gedachtes Gotteshauß, oder deſſen Unterthanen der *Quotae* halber, ohngehindert der ſub Lit. I. |41| angezogenen Miſſiv, von weyland Abt Gretſchen, bey dem 8ten Theil gegen übrige Landſchafft ohne die Land-Städte, ſo lang Herr Beklagter durch Producirung glaubhafter Matricular-Austheilung in der Grafſchaft Saarbrücken, oder ſonſtige Beweiß-

weiß-Stücke einen andern *proportionirten* gröſſern Fuß beweißlich, immaſſen denenſelben vorbehalten bleibt, nicht darthun wird, zu laſſen ſchuldig ſeyn, und iſt ſolchergeſtalt Lit. F. Einwendens ohngehindert glaubliche Anzeig zu thun, daß dem ausgangen, verkündt- und reproducirten Kayſerl. Mandato gehorſamlich gelebt werden ſollte, (ſeit 2). p. t. et p. v. A. w. angeſetzt, mit dem Anhang, wo er ſolchem alſo nicht nachkommen wird, daß ſodann auf gegentheiliges Anruffen, declarationis poenae halber ergehen ſolle, was Recht iſt.

Dann in puncto Citationis iſt Lt. D. ſein der Commiſſion ad liquidandum halber beſchehenes Begehren noch zur Zeit abgeſchlagen, ſondern zuförderſt Lic. F. Principalen eine glaubhafte *Deſignation* aller von *An.* 1703. biß hieher ausgeſchriebenen Reichs und Crayß- auch zu gemeiner Landes-Nothdurft gehörigen Collecten, mit deren *Special*-Benennung von Jahren zu Jahren und wie viel den klöſterlichen Unterthanen daran zugetheilet worden, zu produciren, obgedachte Friſt p. t. et p. hiemit angeſetzt, mit dem Anhang, wo er dem alſo nicht nachkommen wird, daß alsdann in puncto petitae Commiſſionis. auf Klägern Anſuchen, ferner ergehen ſolle, was Recht iſt.

No. 16.

Sententia Cameralis de eodem dato, Mandati de non praegravando ſubditos etc.

In Sachen Praelaten und Conventualen des Gotteshauſes Wadgaſſen, wider weyland Herrn Carl Ludwig, jetzo Herrn Friedrich Ludwig, Grafen zu Naſſau-Saarbrücken, *Mandati de non praegravando ſubditos alienos onere inſolito etc.* S. C. Iſt allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, daß beklagter Herr Graf beym Beſitz jährlicher Erhebung der 48 fl. von denen Clöſterlichen Unterthanen, ſolang Kläger, daß ſolche *Praeſtation* bis 1672. anders nicht als ein Beytrag zur Reichs- oder Creyß-Collecten erhoben worden ſeye, beſſer wie beſchehen, darthun werden, jedoch daß dieſe *Praeſtation* zur *Conſequentz* nicht gezogen, und auf andere Auflagen zum *Privat*-Nutzen des Herrn Beklagten erſtreckt werden möge, zu laſſen, und ſolcher geſtalt auch, beyderſeits, ohne Praejuditz der Haupt-Sache, Mandati de non contraveniendo fundationi etc. das ausgangen und verkündete Mandat zu caſſiren und aufzuheben ſeye: Als wir ſolches hiermit caſſiren und aufheben; Dann werden beyder Theile Anwälde hiermit erinnert, ihre Receſs und Producta zu dieſer Sach gehörig, ordentlich, und ohne Einmiſchung einer Sach in die andere, ſogar in beſonders Acta Mandati de non contraveniendo fundationi Monaſterii,

tractiren, auch die zu jeden Acten gehörige paſſus ihrer Schrifften ad quaevis Acta ſigillatim annoch beyzubringen.

No. 17.

Sententia Cameralis de 3. Jun. 1729. Mandati de facienda repartitione collectarum etc.

In entſchiedener Sachen Praelaten und Conventualen des Cloſters Wadgaſſen, wider weyland Herrn Carl Ludwig, Graffen zu Naſſau-Saarbrücken, jetzo die Fürſtliche Herren Landes-Succeſſores und Frau Vormünderin, Fürſtin zu Naſſau-Uſingen, Mandati de *facienda repartitione collectarum* circularium et onerum Provincialium *ſecundum proportionem debitam*, *concurrentibus Deputatis Conventus Wadgaſſenſis*, S. C. una cum Citatione *ad videndum repeti collectas circulares ab An.* 1703. *immodicè ſolutas*, *exigi rationes de omnibus Provincialibus ſimiliter praeſtitis*, *cum refuſione reſidui*, *et ſe condemnari*: In puncto Mandati iſt die durch Lt. Deuren angezeigte weitere *Contravention* der vorigen Urtheln, ſowohl in nicht *obſervirter Concurrenz* des Cloſters, als inſonderheit des *exceſſus* in beſtimmter *Proportion*, hiermit *caſſirt* und aufgehoben, alſo daß klagendes Cloſter ſolchen *Exceſs* zu bezahlen nicht ſchuldig ſeyn, auch künfftig die *Concurrentz* Urthelsmäßig, und bey Vermeydung der darinn angeſetzten Poen beobachtet werden ſolle.

Dann

Dann in puncto Citationis hat es bey der durch Lt. Deuren vorhin gebethenen, und in der Urthel vom 28. Oktober 1727. in eventum erkannten *Commiſſion ad liquidandum immodice exacta* nunmehro pure ſein Verbleiben, und ſollen ſowohl Lt. Faber, als Lt. Deuren Perſonen zu Commiſſarien innerhalb drey Wochen vorſchlagen, daß alsdann ferner darauf zu verordnen, was Recht iſt.

No. 18.

Kammergerichts-Urthel vom 10. November (nicht December) 1728. Mandati de non contraveniendo etc.

In entſchiedener Sachen Praelaten und Conventualen des Cloſters Wadgaſſen, wider weyland Herrn Carl Ludwig Graffen zu Naſſau-Saarbrücken, jetzo die Fürſtl. Herren Landes-Succeſſores und Frau Vormünderin, Fürſtin zu Naſſau-Uſingen, Mandati de non contraveniendo fundationi Monaſterii et pactis Majorum, nunc Executorialium etc. Iſt die am 15. Mart. lauffenden Jahrs durch Lt. Faber producirte Vorſtellung anſtatt mündlichen Receſſus ad Sentent. vom 17. Jul. Anni praeteriti mit Bitte *pro declaratione dictae Sententiae*, als ordnungswiedrig, taxirlich und auf den irrigen Grund, daß dem Fürſtl. Hauß Naſſau über das Cloſter und ſeine Dorffſchafften die Landesherrliche Hoheit in allen ihren ſonſt gewöhnlichen Theilen

unbeſchränckt zukomme, gerichtet, mithin zu gegenwärtiger Sach und verhandelten Acten übel *applici*ret, hiermit verworffen, ſondern hat es bey erwehnter Urthel, des in gedachter Vorſtellung |228| beſchehenen, in Actis vorhin ſchon ſattſam vorbracht- und entſchiedenen Einwendens ungehindert, ſein Bewenden; Und ſoll die jüngſthin von denen Cloſter-Unterthanen gefordert und ihnen abgenommene Huldigung dem Cloſter un*praejudici*rlich ſeyn, auch künftig nach der beſchehenen Entſcheidung deßfalls gehalten werden. Hierauf iſt Lt. Faber Nahmens ſeiner jetzigen Frau Principalin glaubliche Anzeig zu thun, daß erwehnter am 17. Jul. 1727. erdfneter Urthel alles deutlichen Innhalts fürohin gehorſamlich gelebet werden ſolle, Zeit 4 Wochen pro Termino et prorogatione, bey Vermeydung der denen Executorialien vorhin einverleibten Poen, hiemit praefigirt und angeſetzt. Dann auf die durch Lt. Deuren am 10. Dec. 1727. |225| übergebene Anzeig und Bitte pro declaratione, iſt ſolche, ſoviel in ſpecie den Lands-Succeſſorem betrifft, als überflüßig und in der Urthel ſchon klärlich enthalten, abgeſchlagen; Formulam Reverſalium aber belangend, wird deſſen Principal, der Praelat ein Project, vor ſich und des ganzen Convents wegen, bey dieſem Kayſerl. Cammer-Gericht innerhalb 3 Wochen zu übergeben, demnächſt L. Faber in gleichmäßiger Friſt ſich darauf zu erklären, angewieſen.

Die

Die übrigen Puncten betreffend, in ſpecie das *Exercitium* der Hoch-Gerichtbarkeit, hat ſich das Cloſter nach der im Heil. Römiſchen Reich vorgeſchriebenen peinlichen Hals-Gerichts-Ordnung zu achten, und iſt in etwaigen Nullitäts- und Protractions-Fällen, ſodann in *Civil*- Straff-Fällen der *Recurs*, nach Maaßgebung der Urthel, durch ordentliche *Appellation*, wie ſolches gemeine Rechte zugeben, an die Landesherrſchafft unbenommen. Ferner des in der Pfarr Wadgaſſen zu Hoſtenbach, dem Angeben nach, neuerlich angelegten Zolls halber, mag Lt. Deuren Nahmens ſeiner Principalen, ob er will, beſonders anruffen. Weiters, da die Nothdurft ein allgemeines Verbott der Frucht-Ausführe erforderte, wird Lt. Deuren auf obbeſagte Urthel, verſu: Die allgemeine Landsordnung (jedoch, daß darinn kein Mißbrauch geſchehe, auch das Cloſter zu Wegführung der Früchten auſſer dem Ort, wo ſolche aufgeſchüttet, nicht beläſtiget werde) verwieſen.

Schließlich werden beyde Theile ſich einträchtiglich zu bezeigen, und einander zu rechtlicher Beſchwehrung keine Urſach weiters zu geben, hiemit ernſtlich erinnert.

Ad §. 20.

Vergleich vom 5. Julius 1729.

Kund und zu wiſſen ſeye hiermit: Demnach zwiſchen dem weyland Hochgebohrnen Grafen und Herrn, Herren Carl Ludwigen, Grafen zu

Naſſau-Saarbrücken ꝛc. Hochſeeligen Andenkens, und dem in Dero Landen gelegenen Praemonſtratenſer Ordens Cloſter Wadgaſſen verſchiedene Beſchwerliche Rechtfertigungen am Kayſerlichen und Reichs-Kammergericht entſtanden, auch bey Lebzeiten Dero Landes-Succeſſoren, des auch weyland Hochgebohrnen Grafen und Herren, Herrn Friedrich Ludwigen, Grafen zu Naſſau-Saarbrücken, Hochſeeligen Andenkens fortgeſezt, und von wohlerſagtem Kayſerlichen und Reichs-Cammergericht in der Sachen verſchiedene Urtheil ausgeſprochen und in dieſem Stand bey Veränderung der Landesherrſchafft und beſchehenem Anfall das Hochfürſtliche Hauß Uſingen die Sache gefunden, ſelbige zum Theil weiter fortgeführet, auch darinnen fernere gerichtliche Erkänntnüß erfolget, nunmehro aber die durchlauchtigſte Fürſtin, und Frau, Frau Charlotta Amalia, verwittibt und gebohrne Fürſtin zu Naſſau, Gräfin zu Saarbrücken und Saarwerden, wie auch zu Catzenelenbogen, Vianden und Dietz, Frau zu Idſtein, Wißbaden und Birſtein ꝛc. in Vormundſchafft Dero minderjähriger Prinzen und Landes-Succeſſoren mit reiflich gepflogenem Rath Dero ganzen Miniſterii, zu Vermeidung fernerweiter Beſchwärlichkeit, vorträglich befunden, mit obgedachtem Cloſter ſich in gütlichen Wegen zu vernehmen, und die bißherige Proceſſe ſchiedlich abzuthun: Daß hierauf nach gepflogener Handlung zwiſchen denen Fürſtlichen Räthen, und reſpective Canzeley-Directoren, Herrn Franzen von St. Georgen und Moritz Chriſtoph Thielen, und des Cloſters proviſorie Herrn Patre Chriſtoph Madert, als beyderſeits

ſeits Gevollmächtigten, endlich durch Gottes Gnade zu Herſtellung guten Vertrauens zwiſchen Hochfürſtlicher Landesherrſchafft und dem Herrn Abten, auch geſamten Convent des Cloſters Wadgaſſen, als Dero Landes-Saſſen, heut dato folgender Vertrag abgeredet, beliebet, und biß auf Hochbeſagter Frauen Fürſtin und Vormünderin, wie auch des Herrn Abten Ratification geſchloſſen, mithin darmit alle bißherige Irrungen völlig gehoben und abgethan worden.

1) Werden die beym Kayſerlichen und Reichs-Cammergericht nach und nach eröfnete Haupt-Urtheile zum Grunde geſetzet, und dieſem Vertrag abſchriftlich angefüget, inſonderheit die Urtheil, in cauſa Mandati de non contraveniendo vom 17. July 1727. ſodann vom 16ten November 1728., ferner in cauſa Mandati de facienda repartitione etc. vom 11ten October 1726. 10ten November 1728. und was in gegenwärtigem Vertrag nicht anders *ſpecifice* erläutert und verglichen, darinn hat es bey buchſtäblichem Innhalt ſolcher Urtheilen ſowohl, als überhaupt bey der dem Hochfürſtlichen Hauße Saarbrücken über gemeldtem Cloſter und deſſen in und unter der Grafſchaft Saarbrück gelegenen Dorfſchaften hergebracht und beſtättigter Landsherrlicher Hoheit ſein Verbleiben.

2). Wie dann ſecundo, das von Seiten des Cloſters projectirte Formulare Reverſalium, wie ſolches ſub Lit. A. hiebey lieget, als beſtändig

ſoll obſervirt- und nicht allein jetzo, ſondern auch in künftigen Fällen, nach Unterſchied, wie ſolches auf den Abgang des Lands-Herrn, oder eines Abten verglichen worden, ausgeſtellet, und von Fürſtlicher Landes-Herrſchafft angenommen werden ſoll. Geſtalten dann, damit ſolches alles in behöriger Zeit und Ordnung geſchehe, das Convent zu Wadgaſſen bey Abſterbung eines zeitigen Abten der hohen Landes-Herrſchafft ſolches unverzüglich zu *notificiren*, und wann dieſe nicht in der Grafſchaft ſich befindet, das Notifications-Schreiben an Dero nachgeſetzte Regierung oder Beamten zu Saarbrücken einzuſenden, auch wo möglich, ſogleich, oder wenigſtens bald hernach den zur Wahl beſtimmten Tag zu melden, folglich die hohe Landesherrſchafft hierzu einen Bevollmächtigten (jedoch daß ſelbiger dem Judicata Camerali gemäß *extra ſcrutinium* verbleibe) abzuſchicken hat, bey welchem hiernächſt der *neo-electus abbas* um das Landsherrſchafftliche *Placet* und *Confirmation* anzuſuchen, und nach Erhaltung deſſen, die Reverſales verglichenermaſen auszuſtellen, und ihme Deputato zu behändigen gehalten iſt. Und wie anbey auch beliebet, und ſtipulirt worden, daß, wenn der neuerwählte Abt, von denen Clöſterlichen Unterthanen die Huldigung einnimmt, derſelbe dieſe derjenigen Pflichten, womit ſie der hohen Landes-Herrſchafft zugethan ſeyn, abſonderlich auch verſtändigen und erinneren ſolle und wolle; Alſo iſt dießfalls auch abgeredet, daß nach vorgegangener Huldigung jedesmahlen eine beglaubte Abſchrifft

des

des darob geführten Protocolli oder gefertigten Instrumenti an die Landes-Herrschafft oder Dero nachgesetzte Regierung, nach Saarbrücken überschickt werden solle.

3) Nachdem das Hochgericht oder *merum imperium* dem Closter sowohl in der Pfarr Wadgassen, als deren Dörfern Buß und Enzheim, nach alten Verträgen und *Contracten*, auch Herkommen, ausser Zweifel zustehet, auch darüber kein Streit gewesen; So will die Fürstliche Landes-Herrschafft auch fürohin an derselben Administration nicht verhinderlich seyn, jedoch daß in casu protractae Justitiae et nullitatis nach deutlichem Innhalt der Urtheil vom 10ten November 1728. der Recursus an die Landesherrschafft jedesmahl ohnverwehrt bleibe, und darüber von Deroselben rechtliche Erkänntnuß abgefasset werde. Wegen Angriff und Auslieferung der *Delinquenten*, welche in einem der Clösterlichen Dörfer und deren Districten, verbrochen, und daselbst sofort nicht ergriffen werden, sollen selbige von der Regierung zu Saarbrücken mit Mannschaft, gegen Erstattung der Captur- und Atzungs-Kosten, dem Clösterlichen Gericht oder Gefängnuß überliefert, wohingegen aus andern Fürstlichen Landen ein Delinquent in die Closter-Dorfschaften sich retiriren würde, soll selbiger gleichfals ausgefolgt, und die Abholung dessen aus dem Ort der Gefängnüß, vom Herrn Praelaten, gegen gleichmäßige Erstattung der Captur- und Atzungs-Kosten nicht gehindert werden.

4) Soviel hingegen die *Appellationes in cauſis juſtitiae ordinariae et civilis* anbelanget, hat es ebenmäßig bey der bißherigen *Obſervanz* und derſelben in mehrgedachter Urtel geſchehener Beſtättigung ſein Bewenden. So wird auch der Herr Praelat in dergleichen Sachen lediglich an die Regierung zu Saarbrücken, welche im Nahmen Fürſtlicher Landesherrſchafft, zur Juſtitz verordnet, verwieſen, alſo daß nicht nöthig, weiter nach Uſingen, oder andere Fürſtliche Reſidenz, zu appelliren, ſondern von beſagter Regierung zu Saarbrücken beſchiehet die Berufung in Fällen, wo es ſonſt zugelaſſen, *immediate* an das höchſte Reichsgericht, *in Summis et Cauſis non appellabilibus* aber von dannen, der im Uſingiſchen eingeführten Subordination oder Inſtantien gemäß, an die Landesherrſchafft, jedoch daß der Proceſſus in tertia Inſtantia für der Saarbrückiſchen Regierung ebenfalls inſtruiret, und demnächſt die Acta der Landesherrſchafft ad decidendum eingeſchickt werden ſollen, hingegen in Frevel- und Buß-Sachen, wollen gnädigſte Herrſchafft keine ordentliche Appellationes verſtatten, ſondern in dergleichen Beſchwerungs- und Provocations-Fällen des Herrn *Praelaten* Bericht *cum Protocollo* erforderen, und darauf, was Rechtens, und wann es zumahlen Kleinigkeiten betrift, ohne ferneren Proceß verordnen laſſen.

5) Obwohlen auch der hohe Landesherr das von Kayſerlicher Majeſtät tragende Zoll-Regale in der ganzen Grafſchafft und allen deſſen Land- und Neben-Straßen zu exerciren wohl befugt iſt;

ſo

ſo hat man jedoch auf die gethane Verſicherung, was maſſen das Cloſter, ſamt deſſen in beſagter Grafſchafft gelegenen Dorfſchafften, in Ausführung der zollbahren *Effecten* nach denen angränzenden Franzöſiſchen und Lothringiſchen Landen in ohnfürdencklichen Jahren keinen Zoll entrichtet, ingleichem daß auch die Fremde aus dieſen Gegenden von demjenigen, was ſie von dem Cloſter und Clöſterlichen Unterthanen gekauft, weiter keinen Zoll bisher abgegeben, es auch dermalen dabey bewenden laſſen; dargegen aber ſich vorbehalten, nach Gutfinden einen Wehrzoll in Buß- und Hoſtenbach zu dem Ende ſezen zu laſſen, damit diejenige, ſo etwa den Werther oder andere Zölle *defraudiret*, zu deſſen Entrichtung annoch in denen Clöſterlichen Dorfſchaften angehalten werden könnten. Woferne auch Unterthanen aus denen Clöſterlichen Dorfſchaften Zollbare Waaren oben durch die Grafſchaft ausführen würden, müſſen ſelbige, bisheriger Obſervanz nach, davon den gewöhnlichen Zoll jedesmahl abſtatten und entrichten.

6) Wegen der Marktordnungen haben die Cloſter-Unterthanen die Märkte zu Saarbrücken und St. Johann nach gewöhnlicher Reihe zu beſuchen, und denen Markordnungen ſich gemäß zu verhalten. Doch bleibt dem Cloſter frey und ohnverwehrt, denen Clöſterlichen Unterthanen, daß ſie, was das Cloſter ſelbſt an *Victualien* und anderen vor-

nöthen

uörhen hat, dahin zuvörderſt zum Verkauf liefern mögen, anzubefehlen; wegen Ausfuhr der Früchten und Waaren hat es übrigens bey der Urtheil ſein Bewenden.

7) Damit auch wegen des Clöſterlichen Beytrags zu Reichs- und Crayß- auch Landes-Steuern hinführo keine weitere Irrungen entſtehen, ſollen für alle dergleichen, auch andere zu des gemeinen Landes Nothdurft machende Anlagen und hergebrachte praeſtationes publicas, als Fräulein-Steuern und dergleichen, womit die Clöſterliche gleich anderen Saarbrückiſchen Unterthanen bis daher beleget werden wollen, und wovon ohnehin ein und anders abſeiten des Cloſters in Conteſtation gezogen worden, von denen Clöſterlichen Dörffern und deren Einwohnern von nun an jährlich 254 fl., davon 206 fl. als Landes-Steuern in die Landes-Caſſam, die übrige 48 fl. aber als eine ſtändige Renthe in die Rentherey zu liefferen, überhaupt alſo und dergeſtalten *praeſtiret* werden, daß die Clöſterliche Meyere ſolche, nach der von dem Herrn Praelaten vorher gemachten Repartition, erheben, und quartaliter an die Landes-Caſſam richtig liefferen, auch im Saumungs-Fall durch Execution dazu angehalten werden ſollen, doch mit dem Beding, daß, wann auſſer denen jetzigen Reichs- und Crayß-*Praeſtationen*, vom Reich auf Reichs- und Crayß-Tägen zu Türken-Steuern etwas weiter verwilliget und ausgeſchrieben werden ſollte, ſolches beſonders auf das Land *repartiret*, und alſo auch von denen Clöſterlichen

lichen Unterthanen mit *praeſtiret*, und es dabey *ratione quanti* ſowohl, als der *Notification* und Ausſchreibens nach denen Urtheilen vom 11ten October 1726. und 10ten November 1728. gehalten, außer dieſem nächſtfolgenden Fall aber obbenahmtes *Quantum* in keinerley Weg erhöhet, oder aufgehoben, noch auf andere nicht verglichene und exprimirte Fälle extendiret werden ſolle. Daferne aber Kriegszeiten entſtehen und die Grafſchafft Saarbrücken mit Einquartirungen oder feindlichen *Contributionen* und Brand-Schatzungen beſchweret werden ſolte, iſt verglichen, daß dieſes Quantum ſodann völlig ceſſiren und die Clöſterliche Dörffer in ſolang und viel, als dergleichen Preſſuren und Exactiones dauren, darzu *pro rata* des *per Sententiam Cameralem* von obbeſagten datis *determinirten* Fuſſes, und auf die daſelbſt vorgeſchriebene Wege, *concurriren*, nach Aufhörung derſelben herentgegen es nach wie vor bey dem verglichenen Quanto ſein unveränderliches Verbleiben haben ſolle.

8) Von *Refuſion* der Straffen, welche in der Urtheil vom 17ten July 1727. dem Cloſter zuerkannt worden, will der Hr. *Praelat abſtrahiren*, renunciiret auch zugleich auf die, wegen der in verfloſſenen Jahren angeblich überhobenen Steueren, gemachte Praetenſion.

9) Die Straßen-*Reparation* betreffend, geben die Urtheile hierinnen klare Maße, und ſoll denenſelben nachgegangen, auch hierinn mit dem

Cloſter

Cloſter freundlich und ſchiedlich umgegangen, mithin alle Irrung fleißig verhütet werden; ſo oft aber Fröhner in Kriegs- und Landes-Vorfallenheiten aus denen Clöſterlichen Dorfſchaften zu beſchreiben die Nothdurft erfordert, ſoll ſolches dem Herrn *Praelaten notificirt*, und die *Specification* davon *communiciret*, folglich, mittelſt deſſelben ohngeſäumter Beſorgung, die Fröhner zu rechter Zeit beſtellet werden, im Fall aber darunter einige Säumniß fürgehen ſollte, iſt die hohe Landes-Herrſchafft ohnverhindert, immediate an die Clöſterliche, gleich an die andere Unterthanen, die Befehle und Beſtellungen ergehen zu laſſen.

10) Gleichwie auch gnädigſte Herrſchafft ohne Noth die Clöſterliche Unterthanen und Gemeinden ſamt oder ſonders nach Saarbrücken vorzubeſcheiden nicht gemeinet: Alſo ſoll in ſolchen Fällen dem Herrn *Praelaten* die Vorladung zugeſchickt- und alsdann von ihm die Erſcheinung denen citatis aufgelegt werden, wobey jedoch dasjenige, was in caſu moræ in vorſtehendem §. gemeldet worden, anhero ebenmäßig wiederholet wird, ſonſten aber bleibt es ratione citationis der Unterthanen in Appellations- und Forſtfrevel-Fällen, ſo in Landesherrſchaftlichen Waldungen ſich ereignen, bey der bisherigen Obſervanz, und wird dannenhero der Landesherrſchafft, ratione der ohnmittelbaren Fürladung, die freye Hand billig gelaſſen.

11) Die *ex cauſa Mandati de non turbando in poſſeſſione vel quaſi Juris lignandi* etc. noch

noch berührende Differentien betreffend, hat man solche gleichfalls dahin gütlich beygelegt, daß erstlich bey dem Beholzigungs-Recht, so dem Closter sowohl in dem Fall, wann solches zum Bauen ihrer Eldster Gebäu Holtz benöthiget, als auch jährlich auf vier Kiefer-Bäum aus denen Landesherrlichen Waldungen zuerkannt worden ist, sein Bewenden haben, und deßfalls von dem hohen Landesherren auf das demselben reservirte Petitorium gleichfalls hierdurch renunciiret seyn solle. Nichtweniger solle es bey dem vorgeschriebenen modo in besagtem Fall, daß das Kloster-Bau-Holtz benöthiget, dergestalten verbleiben, daß auf die hievon beschehene Anzeige ans Herrschafcliche Forst-Amt durch beyderseitige, und sowohl von Seiten der Landes-Herrschafft, als des Closters zu deputirende Bauverständige das Werk in Augenschein genommen, der Ueberschlag von dem nöthigen Holtz gemacht, und sodann von gedachtem Landes-Herrschaftlichen Forst-Amt die *determinirte* Summe soll angewiesen werden; Und indem von Seiten des Hochfürstlichen Haußes das vorhin von dem Closter nöthig zu haben angezeigte Bau-Holtz zu Stiegen, der dagegen anfänglich gemachten Einwendung ohngeachtet, demselben jüngsthin würklich angewiesen worden, ausser deme aber dasselbe in denen leztern Jahren eine starke Quantität bekommen, und dermalen es keines weitern Holtzes benöthiget ist; So ist die Versicherung ertheilet worden, daß die Nothdurft vors künftige reichen zu lassen, man von Seiten

der

der Landesherrſchafft ſich jedesmahl willfährig erzeigen werde; übrigens läſſet man es wegen des dem Cloſter de praeteriro noch zu vergüthenden Holtzes, und zuerkannter 400 fl. bey dem Judicato Camerali.

12) Obwohlen wegen der dem Cloſter in Herrſchaftlichen Warnet-Wald zuſtehender Jagens- und Beholtzigungs-Gerechtigkeit, auch Aecker-Nieſſung, keine Irrung obgeſchwebet; ſo ſind doch dieſe Gerechtſame von Seiten des Landesherrn, dem Cloſter auf Anſuchen hierdurch nochmahls in der Maas, wie es ſolche bishero zu genießen gehabt, mithin ohne gehalten zu ſeyn, das praetendirte Stockgeld zu erlegen, expreſſe beſtättiget worden, doch daß daſſelben, in dem allem der Forſt-Ordnung, in ſpecie auch bey nöthiger Hegung einiger Strück in denen Waldungen, ebenfalls gelebe, und darwider weder ſelbſt, noch durch die ſeinige handlen, ſondern in dieſem Fall dieſelbe vielmehr zur Landesherrſchaftlichen Beſtraffung überlaſſe; Dargegen verſpricht die hohe Landesherrſchafft an Ihro Forſt-Amt den gemeſſenſten Befehl ergehen zu laſſen, daß ſelbiges durch unnöthige und allzuſtarcke Hegung von dem Wald, auch Behängung allzugroßer *Diſtricten* zu Salzlacken, dem Waydgang und der künftigen Aecker-Nieſſung groſſen Schaden nicht zufügen, ſondern in allem hierunter Forſtmäßig, und daß es bey entſtehenden Klagen zu verantworten ſeye, verfahren, auch daß dem Cloſter und deſſen Unterthanen die angelegte neue Dorfſchaften in beſagtem

tem Wald an ihren hergebrachten Juribus nicht zum Abbruch gereichen, bedacht ſeyn ſolle.

13) Nachdeme auch von Seiten des Cloſters gegen die Transaction de anno 1697, wegen eines drittels Enzheimer und Eſchringer Zehendens, und der Mitjagd in der Enzheimer Gemarkung ein und anderes vorbracht und Aenderung begehrt worden; ſo hat aber in dieſem Punct, bey Ermanglung zuverläſſiger Nachricht, dermalen nichts beſchloſſen werden können: Jedoch wird gnädigſter Herrſchafft nicht entgegen ſeyn, weitere Vorſtellung, jedoch ohne von dem angezogenen Vergleich noch zur Zeit dadurch abzugehen, anzuhören, Information einzuziehen, ſich auch nach erheiſchender Nothdurft gnädigſt zu erklären, und allenfalls, da man in der Güte nicht einig werden könnte, in der Sache rechtlichen Lauf an Eingangs mehrbeſagtes Cammergericht, doch dieſertwegen gegenwärtigen Vertrag und dadurch geſtifteten Vertrauen ohne Nachtheil, geſchehen zu laſſen.

14) Schließlichen wird beyderſeits allen Exceptionen und Rechts-Behelfen, wie ſolche immer erdacht werden mögten, in genere und in ſpecie, als wann alle ausdrücklich hier einverleibt wären, aufs kräftigſte hiemit renunciiret, und bey dieſem Vergleich beſtändig zu beharren, darauf ſtät und veſt zu halten, auch keinem Bedienten darwider directe vel indirecte zu handlen zuzulaſſen, bey Fürſtlichen wahren Worten, auch reſpective geiſtlicher Treue, einander dergeſtalt zugeſaget, daß in unverhofften widrigen Fällen beyden Theilen darauf

Mandata S. C. bey denen höchſten Reichsgerichten zu extrahiren frey ſtehen ſolle; und wie man auch bey zu deſſen mehrer Befeſtigung des Kayſerlich- und Reichs-Cammer-Gerichts Confirmation darüber auszubitten für gut befunden: alſo ſolle auch denen bißhero für demſelben obgeſchwebten Rechtfertigungen ſogleich, nach hinc inde erfolgter Ratification und weiterem Vollzug dieſes Vergleichs, judicialiter renunciiret werden, daß ſolchen nicht allein Eingangs von Hocherwehnter Fürſtl. Frauen Vormünderin und Regentin Durchlaucht eigenhändig unterſchrieben, und mit Dero Fürſtl. Inſiegel beſtärken- ſondern auch der Herr Abt zu Wadgaſſen, benebſt dem ganzen Convent, nach vorhergegangener Capitulariſcher Einſicht und Erwegung, denſelben mit ihren allerſeitigen Unterſchriften corroboriren ſollen. Immittelſt und biß dahin, ſolcher von oberwähnten Räthen und Patre Proviſore iſt unterſchrieben und beſiegelt worden. Geſchehen Wetzlar den 5ten July 1729.

Franz von St. Georgen, Fürſtl. Naſſau-Saarbrückiſcher Uſingiſcher Vormundſchafft Cantzley-Director und zu dieſem Geſchäfte ſpecialiter Deputatus mppr.

(L S.)

F. Chriſtophorus Madert, Proviſor zu Wadgaſſen mppr. ſpecialiter quoad hunc actum von dem Herrn Praelaten und Convent Deputatus.

(L.S.)

Mau-

Mauritius Chriſtophorus Thilen, Fürſtl. Naſſau-Saarbrückiſcher vormundſchaftlicher Regierungs-Rath und zu dieſem Geſchäfte ſpecialiter Deputatus.

(L.S.)

Vorſtehender, Nahmens Unſers Hochfürſtlichen Hauſes von unſern darzu deputirten Räthen eines, und des Cloſters Wadgaſſen Mandatario Nahmens deſſen andern Theils, getroffener und geſchloſſener Vergleich wird ſeines ganzen Inhalts und allen Clauſulen nach, unſer Seits hiermit, kraft obhabender Vormundſchafft, gnädigſt ratihabirt, beſtättiget und confirmirt. Uſingen, den 8ten December 1729.

Charlotte Amalie,
Fürſtin zu Naſſau, Wittib.

(L.S.)

Ad §. 22.

Vergleich vom 29ſten Jänner 1759.

Zu wiſſen ſeye hiermit: Nachdeme zwiſchen dem Durchlauchtigſten Fürſten Herrn Wilhelm Heinrich zu Naſſau-Saarbrücken ꝛc. ꝛc. und dem Cloſter Wadgaſſen Prämonſtratenſer-Orden bißhero verſchiedene Irrungen und Streitigkeiten ſich ereignet, welche zu weitläuftigen Proceſſen ausgeſchlagen, und aber beyde Theile vor rathſam und verträglicher gehalten, ſelbige in der Güte beyzulegen, und aufzuheben, ſo iſt darauf folgender unwiderruflicher Vergleich und Transact errichtet worden

1.

Hat es bey denen zwiſchen dem Hochgräflichen modo Hochfürſtlichen Hauß Naſſau-Saarbrücken und dem Cloſter Wadgaſſen errichteten Verträgen, und ergangenen Cammergerichtlichen *Judicatis*, in ſo fern ſolche durch dießen *Tractat* nicht geändert worden, ſein Verbleiben. Inſonderheit ſoll

2.

Das Kloſter Wadgaſſen ſowohl in Judicial- als Extrajudicial-Angelegenheiten von dem Gebrauch des geſtempelten Papiers in allen Fürſtlich Naſſau-Saarbrückiſchen Dicaſteriis exemt und befreyet bleiben, dahingegen die Wadgaſſiſche Unterthanen gehalten ſeyn ſollen, ſich deſſelben in allen Vorfallenheiten der eingeführten Verordnung gemäß zu gebrauchen.

3.

Wird Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht und Dero nachgeſezten Regierung zugeſtanden, denen Clöſterlichen Unterthanen auf ihr Anſuchen *moratoria* zu ertheilen. Es ſoll aber jedesmahl darüber vorhero von dem Cloſter Bericht und Gutachten eingezogen, und der Anſtand nach geſtalten Umſtänden nicht länger als ein Jahr ertheilet werden.

4.

Begiebt ſich das Cloſter Wadgaſſen aller derer bishero auf den Rentriſch gemachten Praetenſionen und dem allda fallenden jährlichen Zinß vom Waſſer-Fall ad Ein Reichsthaler.

5.

5.

Desgleichen begiebt ſich das Cloſter des kleinen Stiefels, ſamt der bishero darauf exercirten *privativen* Jagd, jedoch bleibet die Rau- und Schmaltzweyde denen, die zuvor dazu berichtiget ſind, aus und vorbehalten, und ſollen die in dem daran gelegenen groſen Stiefel gehauene viertzig zwey eichene Bäume entweder in natura erſtattet oder nach ihrem Werth vergüthen werden.

6.

Soll der bey dem Faul-Brunnen ſtrittige Diſtrict ohnweit Ludweiler, wie auch bey der Chauſſée ohnweit davon gelegene, ebenfalls ſtrittige Bezirk zu gleichen Theilen getheilet werden.

7.

Werden von Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht dem Cloſter Wadgaſſen die dem Stift Arnual eigen zuſtehende zwey Drittheil an dem groſen Zehenden zu Eſchringen in kraft dieſes überlaſſen und übertragen, wogegen das Cloſter ſeine bishero genoſſene Antheile an denen Güchenbacher- Zilsbacher- Maulend- und Neuhäuſſer-Zehenden an Ihro Hochfürſtliche Durchlaucht *cediret* und übergiebt, zugleich auch auf alle groſe Zehenden in dem Cöllerthal *renunciiret*, und daran keinen Anſpruch zu machen declariret.

8.

Werden dem Cloſter vor ſeine in dem Warnet an Back- Bau- und Brennholtz

ſamt vier Kiefer-Bäume und Schwein-Maſt vor vierhundert Schweine zukommende Gerechtigkeit von Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht in allem Fünfzehen Hundert Morgen Waldung und reſpective Schläge, jeder Morgen zu zwey Hundert und fünfzig Ruthen, die Ruthe zu zehen Nürnberger Schu, und jeder Schu zu zwölf Zoll gerechnet, ſamt der Rau- und Schmalz-Weyde, und der obern und niedern Jagdbarkeit und dem *jure foreſtali* erb- und eigenthümlich übergeben und eingeraumet, zugleich auch von Höchſtgedacht Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht übernommen, denen Particuliers und Unterthanen in dem Diſtrict liegende Wieſen anderweit zu vergüthen, und zu erſetzen, wie auch denen Warnets und ſonſtigen Dorfſchaften und denen Particuliers keine Beholtzigung, noch Rau- und Schmaltz-Weyd-Gerechtigkeit darinnen zu verſtatten, ſondern ſelbige dafür ſowolen als denen Proprietariis derer Wieſen an einem andern Ort ein Aequivalent zu geben, und ſelbige ſchadlos zu halten; desgleichen ferner ſoll dem Cloſter frey und ohnbenommen ſeyn, einen freyen Hof und Schweitzerey in dem abtrettenden Diſtrict anzulegen, und aufzurichten, worüber Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht, und Höchſtdero Nachfolgere kein mehreres Recht, als Sie über andere des Cloſters Dorfſchaften und Güther hergebracht haben, ſich zueignen, ſondern auch das in dieſem Bezirk hauend und verführend: Holtz, Vieh und Früchten, Heu und Ohmet, bey jedesmahligem Aus- und Einführen, bey Kauf und Verkauf, zollfrey paſſiren laſſen wollen.

Wo-

Wogegen das Cloſter auf ſein jährliches Bau- Back- und Brenn-Holtz, wie auch die vier Kiefer-Bäume, desgleichen die Maſtung vor vierhundert Stück Schweine, ſamt dem dazu gehörig geweſenen Pferchholtz, wie ingleichem auf die Rauweyde in dem übrigen Warnet-Wald und in der Grafſchafft Saarbrücken vor ſich und ſeine Hofleute verzeihet, und ſich mit dem abtrettenden *Diſtrict* derer fünfzehen hundert Morgen und darinnen *privative* zugeſtandenen Rau- und Schmaltz-Weyde begnügen läſſet.

9.

So viel die Jagd in dem abtrettenden *Diſtrict* derer fünfzehen Hundert Morgen anbetrifft: wird ſelbige dem Cloſter *privative* überlaſſen, dagegen übergiebt daſſelbe ſeine bißhero in dem kleinen Stiefel, auch Scheidt- und Biſchmisheimer bis an den Brebacher Bann *exercirte* Jagd an Höchſtgedacht Ihro Hochfürſtliche Durchlaucht mit eben ſo viel Morgen.

Sollte aber dem Cloſter über die Anzahl derer fünfzehen Hundert Morgen noch ein oder mehrere Morgen in dem Biſchmisheimer Bann übrig bleiben, ſo cediret daſſelbe den Ueberſchuß gleichfalls an Höchſtgedacht Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht, und bekommt von Höchſtdenenſelben dafür auf dem Friedrichsweiler Bann eben ſo viel Morgen, und bleibet es wegen der Jagdfolge bey dem Herkommen, daß nemlich ſelbige auf Anzeige bey dem nächſt gelegenen Jäger geſchehen ſolle.

10.

Wollen Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht das Closter von Abhörung derer Clösterlichen Rechnungen künftighin entheben und erledigen. (a)

(a) In dem nachherigen Vergleich vom 21. December 1761. ist dieser §. wieder aufgehoben, und es bey der Rechnungsablage, jedoch dergestalt belassen worden, daß selbige nicht anders, als von verschiedenen Jahren auf einmal geschehen solle, ohne für die Fürstliche Abgeordnete Reisekosten und Diäten zu begehren.

11.

Soll der strittige Bezirk des Fechinger Kirchenzehendens auf dem Breitenberg durch etliche von denen Aeltesten und Erfahrensten von Fechingen, Bischmisheim und Ensheim ausgegangen, der Streit darnach abgethan, und der District ordentlich abgesteinet werden.

12.

Soll die Wieße, die sogenannte Hofwieße bey der Thal-Mühle entweder an Bischmisheimer Unterthanen gegen andere Wießen vertauschet, oder aber in billigem Preiße verkauffet werden.

13.

Lassen Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht dem Closter zu Einrichtung einer neuen Ponton vor dieses und vor allemahl Ein Hundert Gulden Rheinisch aus Dero Rentkammer ausbezahlen, und gestatten dem Closter, sich derselben, jedoch nur für sich und deßen Unterthanen zu gebrauchen.

14.

14.

Soll dem Cloſter verſtattet ſeyn, inskünftige Saltz und Taback zu kaufen und zu verkauffen, ſo wie es daſſelbe hergebracht hat. Wann aber Naſſauiſche Unterthanen Saltz oder Taback allda kauffen, und holen, werden ſelbige vor Contrebandiers gehalten, und von beſtellten Garden auf dem Naſſauiſchen auſſer dem Clöſterlichen Bezirk viſitiret, und angehalten, daferne ſie ſich aber in dieſen retiriren ſollten, aufgeſucht, und auf Anzeige und Requiſition ausgefolget werden.

15.

Sollen die Clöſterlichen Unterthanen als Beklagte vor dem Clöſterlichen Beamten als in erſterer Inſtanz belanget, und verklaget, und von Hochfürſtlicher Seiten keine *Delinquenten*, es ſeyen Naſſauiſche oder andere Unterthanen, ohne vorhergangene und beſchehene Anzeige und *Requiſition* angehalten, noch abgeführet, ſolches aber auch nicht ohne Urſach erſchweret und verweigert werden.

16.

Wird dem Cloſter die Steinkohlen nach Willkühr zu graben, und auſſer Land, jedoch nicht die Saar hinauf zu vertreiben geſtattet; Soviel aber das Eiſen-Ertz und das Clafter-Holtz betrifft, wird dem Hochfürſtlichen Hauß nach etwa geſchloſſenem Kauf, wann fünfhundert oder mehr Klaftern Holtz

verkauffet werden, die Looſung und *Praeferenz* vorbehalten, und eine vierzehen tägige Friſt, nach geſchehener Anzeige, ausbedungen.

17.

Ueberläſſet und übergiebet das Cloſter an Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht drey Tauſend Clafter Holtz, Hütten-Clafter, mit Einbegrif deſſen, was bereits gehauen, und abgeführet worden iſt, jedoch ſoll es bey der Stutziſchen Linie von dem drey-Bännigen Bonnſtein bey der Thalmühle bis an den kleinen Stiefel ſein Verbleiben haben, und ſollen die zu dieſer Linie nicht gehörige Steine ausgehoben, und weggeſchaffet, auch die Wießen und Aecker, in deren Beſitz ſowohl das Cloſter, als auch einige Particuliers von Reichenborn und Sengſt von anno Siebenzehen Hundert Fünf und Fünfzig geweſen, wiederum eingeräumet, und abgetretten werden, vor die fructus perceptos aber ſollen dem Cloſter fünfhundert Gulden durch Fürſtliche Cammer bezahlet werden.

18.

Wird die Fiſcherey in der Saar auf dem Völklinger und Wehrder Bann dem Cloſter fernerhin, wie bis dahero, und zwar *privative* überlaſſen.

19.

Soll auf dem ſogenannten Ormsberg Ensheimer-Bannes, gleichwie zu Buß und Hoſtenbach ein Wehrzollſtock um da

mehr

mehr aufgericht werden, als dem Naſſau Saarbrückiſchen Zoll zu Fechingen bishero groſer Schaden und Eintrag geſchehen iſt.

20.

Sollen die Clöſterliche Unterthanen bey der *Repartition* der *Chauſſée* Arbeit gegen die beyde Städte Saarbrücken und St. Johann und die übrige Naſſau Saarbrückiſche Grafſchafft bey dem Sechszehenden Theil belaſſen werden.

21.

Verſprechen Ihro Hochfürſtl. Durchlaucht, daß, wann von der Crone Frankreich, wegen Austauſch und Ueberlaſſung Saarbrückiſcher Lande, und inſonderheit des Clöſterlichen *Diſtricts propoſitiones* geſchehen ſollten, Höchſtdieſelben dem Cloſter bey Zeiten davon Nachricht ertheilen wollen.

22.

Im übrigen renunciiret das Cloſter auf alle an das Fürſtliche Hauß gemachte und noch ferner habende Forderungen und Anſprüche, und verzeihet auf die bey dem Kaiſerlichen Cammergericht zu Wetzlar anhängige Proceſſe, verbindet ſich anbey, die Anzeige durch ſeinen daſigen Procuratorem ordentlich thun zu laſſen, auch die in Handen habende Documenta und Obligationes zu extradiren, wogegen demſelben hinwiederum, Falls ſich in dem Hochfürſtlichen Archiv Documenta fin-

finden ſollten, ſo denſelben dienlich wären, gleichfalls mitgetheilet werden ſollen.

23.

Verſprechen beyde Theile dieſen Transact in allen ſeinen Puncten getreulich zu halten, und einander zu garantiren, wie dann auch zu mehrerer Veſthaltung, Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht den Conſenſum der hohen Agnatorum, und das Cloſter ſolchen von dem Ordens General auszubringen, und gegen einander auszuwechſeln, ſich beyderſeits verbinden.

Zu Urkund iſt dieſer Vergleich in duplo ausgefertiget, und ſowohl von Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht als dem Herrn Praelaten und dem geſamten Convent des Cloſters Wadgaſſen eigenhändig unterſchrieben und reſpective mit dem Hochfürſtlichen Secret- und des Herrn Praelaten Innſiegel bedrucket worden. So geſchehen Saarbrücken den 10ten Januarii Ein Tauſend Sieben hundert und Neun und Fünfzig.

(L.S.) Wilhelm Fürſt zu N. Saarbrück.
(L.S.) F. M. Stein, Abt zu Wadgaſſe.

Vorſtehender zwiſchen des Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Wilhelm Heinrich, Hochfürſtlichen Durchlaucht, und unſers jetzt regierenden Herrn Praelaten Michael Stein, Hochwürden, unterm 10ten hujus errichtete Vergleich, wird nach reiflich Capitulariſcher Ueberlegung von uns Prior und Convent des Gotteshauſes Wadgaſſen gänzlich begnehmiget, beſtättiget, und genaueſt

naueſt gehalten zu werden, hiemit verſprochen. Urkundlich unſer eigenhändigen Unterſchriften, und beygedruckten Convents-Inſiegels. Wadgaſſen den neun und zwanzigſten Januarii, Tauſend Siebenhundert fünfzig neun.

(L. S.)

1.) F. Joes. Wintersdorff, Priór mppr.
2.) F. Joes. Bapt. Hofffchmid, Superior.
3.) F. Franciſcus Craach Senior, Paſtor in Luſtrof.
4.) F. Lotharius Ferdinandus Nuppeney.
5.) F. Michael Ziſch, Vicarius in Britten.
6.) F. Petrus Mangay.
7.) F. Joſephus Coen, Primiſſarius in Grosbliedersdorf.
8.) F. Paquin, Paſtor in Berus.
9.) F. Joannes Krach, Praepoſitus et Paſtor in Mertzig.
10.) F. M. Hayard, Paſtor in Eberwiller.
11.) F. Antonius Rhombius, Paſtor in Coume.
12.) F. Chriſtianus Braſca, Vicarius in Saarqueminde.
13.) F. Petrus Steichen, Paſtor in Merten et Bibling.
14.) F. X. Schranck, Paſtor in Willingen.

15.)

15.) F. J. F. Gadel, Vicarius in Mertzig.
16.) F. J. B. Reiff, Paſtor in Heckenransbach.
17.) F. Claudius Lydt, Proviſor.
18.) F. Chriſtophorus Mercatoris, Adminiſtrator in Ommersheim.
19.) F. Petrus Caren, Paſtor in Entsheim.
20.) F. Joannes Petrus Victor, Vicarius in Saarquemindia.
21.) F. J. B. Clemens.
22.) F. Moris Cellarius.
23.) F. J. B. Namour, Paſtor in Saarequemindia et Adminiſt. ad St. Joem Saarbruck.
24.) F. Michael Goergen, Vicar. in Mertzig.
25.) F. Joſ. Bruch, Secret.
26.) F. P. Martin, Vicarius in Grosbliedersdorf.
27.) F. J. A. Moris, Vicarius in Saarguenimes.
28.) F. Joes. Franciſcus Haas, Deſerviens Biſten et Ueberherren.
29.) F. G. Stock.
30.) F. Conradus Filtz, Paſtor in Cöllerthal.
31. F. J. B. Steichen. Vicar. in Auersmachen et Kleinbliedersdorf.
32.) F. C. Buxh, p. t. Vicarius in Kleinebersweiler.

33.) F. A. Dambrun, Vicarius in Valmont.
34.) F. B. du Fa.
35.) F. Hermann Joſeph Koch, Paſtor in Völklingen.
36.) F. Ph. Verſchneider, Bibliothecarius.
37.) F. N. Ehlen, Paſtor in Schwalbach et Veſtiarius.
38.) F. J. W. Hartlieb, Paſtor in Bons.
39.) F. J. J. M. May, Paſtor in Genweiler.
40.) F. G. N. Hammes, Vicarius in Sto. Joanne Saarbruck.
41.) F. D. Wirig.
42.) F. J. Bordier, Lector.
43.) F. M. Khill.
44.) F. N. Schlimm, Circator.
45.) F. J. H. P. Hocquay, p. t. Paſtor in Oberkirch mppr.
46.) F. J. P. J. Hermann, Vicar. in Berus.
47.) F. Joes. Molitor.
48.) F. Jacobus Hellbron.
49.) F. Joes. Baptiſta Namur.

No. 19 a.

Extract

Haupt- und schließlichen Tauschvertrags zwischen Ihro Allerchristlichsten Majestät und dem Fürsten zu Nassau-Saarbrücken von 1766. so viel die Abtei Wadgassen betrift.

Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra entbieten allen denen, so gegenwärtigen Brief lesen werden, Unsern Gruß.

Demnach unser lieber getreuer, Unser Rath und Grentz-Commissarius Mathis, in Kraft der von uns ihm ertheilten Vollmacht, mit unsers freundlich geliebten Vettern des Fürsten zu Nassau Saarbrück Hof- und Regierungs-Rath Stutz, als bestellten Grentz-Commissario von dessen Landen, einen schließlichen Vertrag- und Tausch-*Accord* errichtet und unterzeichnet, durch welchen alle diejenige Strittigkeiten aufgehoben und abgethan worden, so zum grossen Nachtheil des *Interesse* sowohl der Crone Frankreich, als des Römischen Reichs und des Hauses Nassau, in Betracht derer beyderseitigen enclavirten und zwischen Lothringen und einem Theil des Metzer-Landes einerseits, und denen Grafschaften Saarbrücken, Ottweiler, wie auch denen zwey Dritteln der Grafschaft Saarwerden und Vogtey Herbizheim, als Reichs Landen, unabgetheilten Orthschaften ander-

anderſeits, ſchon lange Zeit vorgewaltet, und bisher ſich täglich erneuert haben; Welcher Vertrag nachſtehender maßen alſo lautet:

Haupt- und ſchließlicher Tauſch-Vertrag zwiſchen Ihro Königl. Majeſtät von Frankreich und dem Fürſten zu Naſſau-Saarbrücken.

Da Ihro Allerchriſtlichſte Majeſtät und der Fürſt zu Naſſau Saarbrücken mit Widerwillen diejenigen Strittigkeiten in Erwegung gezogen, welche ſchon ſo lange zwiſchen ihren Vaſallen und Unterthanen vorwalten, und wegen ihrer beyderſeitigen eingeſchloſſenen und zwiſchen Lotharingen, auch einem Theil des Metzer-Biſchthums einer- und denen dem Fürſten zu Naſſau Saarbrücken zugehörigen Grafſchaften Saarbrücken, Ottweiler, und denen zwey Drittheilen der Grafſchafft Saarwerden, und der Vogtey Herbizheim, als Reichslanden, anderſeits, unabgetheilten Orten, unaufhörliche neue Unruhen veranlaſſen; mithin zu Hebung dieſer, der gemeinen Ruhe und dem Intereſſe ſowohl Ihro Allerchriſtlichſten Majeſtät, als des Teutſchen Reichs und des Hauſes Naſſau ſo ſchädlichen Zwiſtigkeiten, und zu Wiederherſtellung eines gemeinnützlichen und nachbarlichen guten Vernehmens, kein Mittel dienlicher erachtet haben; als das hierbey nach dem im Jahr 1738. zwiſchen Frankreich, dem Kayſer und Reich zu Wien geſchloſſenen Tractat und zwar nach dem im abgeſonderten zweyten Artickel der Verabſchlieſſung vom 11ten April und dritten Ar-

tickel der vom 28ten Auguſt 1736. in Rückſicht auf die Lotharingiſche in denen Teutſchen Landen derer Reichsfürſten eingeſchloſſenen und vermiſchten Oerter und Beſitzungen, enthaltenen Grund-Satz verfahren werde; So haben, um dieſen heilſamen Endzweck zu erreichen, Ihro Allerchriſtlichſte Majeſtät Dero Rath und Grenz-Commiſſarium Joſeph Mathis, und der Fürſt zu Naſſau Dero Hof- und Regierungs-Rath gleichmäſſigen Grenz-Commiſſarium, Carl Lorenz Stutz, desfals ernennet, welche dann auch zuſammen getretten, und nach beyderſeitig beſchehener Communication ihrer Vollmachten, hinlänglicher der Sache Unterſuchung, mit Vorbehalt der Genehmigung ſowohl Ihro Allerchriſtlichſten Majeſtät, als des Fürſten zu Naſſau Saarbrücken, wie auch der Allerhöchſt-Kayſerlichen Bewillig- und Beſtätigung, über nachſtehende Artickel ſich vereinigt haben.

Art. 1.

Iſt beliebet worden bey gegenwärtigem Vertrage, in ſo fern darinnen nicht ausdrücklich ein anderes verfügt iſt, die zwiſchen der Krone Frankreich und dem Teutſchen Reiche errichtete Weſtphäliſche und Ryswickiſche Friedens-Schlüſſe, hauptſächlich aber die darinnen enthaltene das *Intereſſe* des Hauſes Naſſau betreffende Artickel wie auch die älter- und neuere zwiſchen Frankreich und Lothringen einer, und dem Hauſe Naſſau anderſeits geſchloſſene beſondere Verträge zum Grunde zu legen, und ſich zur Richtſchnur dienen zu laſſen, nemlich: Die

Die Vergleiche von denen Jahren 1581. 1621. und 1623., die zu Regensburg durch eine Reichs-*Deputation* zwiſchen dem Hauſe Naſſau und dem Herzog von Lothringen Carl dem IV. am 2ten December 1669. vermittelte *Transaction*, die in anno 1741. zu Verſailles vorläufig geſchloſſene, am 3ten July 1742. von Ihro Königl. Majeſtät ratificirte Convention, und den wegen der Grenz-Scheidung zwiſchen denen Lothringiſchen Hüttinger- und Kathauſer- wie auch dem Naſſauiſchen Oerminger Bannen, anno 1756. errichteten Vertrag ꝛc. ꝛc.

Art. XXII.

Dahingegen übergiebt Ihro Königl. Majeſtät und unter Dero Hoheit der Fürſt zu Naſſau die Landesherrlichkeit, Gerichtbarkeit, Stifftungs-, vorzüglich- und nutznüßliche- ſamt allen denſelben zugehörigen oder zugehören ſollenden Rechten und Gerechtigkeiten, wie ſie immer betitult oder benennet werden mögen, über die Abtey Wadgaſſen Prämonſtratenſer Ordens, und die von ſelbiger abhangende Dörfer, Höfe und Zugehörungen, lincker Seits des Saarfluſſes in der Gegend der Stadt Saarlouis gelegen, nemlich die Dörfer Hoſtenbach, Schafhauſen und Werbel, den Mayerhof Spurck, benebſt allen dem Fürſten über den halben längſt dem Bezirck erſagter Abtey und derer nur benahmten abgetrettenen Dörfer

herfliessenden und mit seinem Lincken Ufer selbige natürlich begränzenden Saarfluß zustehenden Hoheits-Rechten, dergestalt, daß die Mitte dessen Laufs künftig die Scheidung zwischen Franckreich und dem Teutschen Reich machen soll. Wie dann auch Ihro Königl. Majestät die Hoheit und alle Gerechtsamen des Fürsten über diejenige im Warnet gelegene fünfzehen Hundert Morgen Waldung haben sollen, welche er im Jahr 1759. mit völligem Eigenthum erwehnter Abtey, statt deren in diesem Nassauischen Wald gehabten Brenn- und Bauholtz- wie auch Wein und anderer Gerechtigkeiten überlassen hat.

Und da diese, denen im 3ten Artickel, der zu Wien am 28ten Augusti 1736. geschlossenen Convention festgestellten Grundsätzen gemäße Abtrettung, von Seiten des Fürstens von Nassau nicht anders als mit der Bedingung geschehen, daß ersagte Abtey unter Königl. Französischer Hoheit diejenige Gerechtsamen, Privilegien, Freyheiten und Befreyungen gleichergestalt ferner geniessen solle, welche selbiger, sowohl vermög ihrer Stifftung und derer zwischen dem Hauß Nassau und ihr, in verschiedenen Zeiten, besonders in den Jahren 1729. und 1759. gemachten Verträgen und Verglichen, als auch in Krafft derer in dem von 1729. angezogenen Urteln des Kayserlichen und Reichs-Cammer-Gericht zu Wetzlar gebühren und zuständig, und von welchen Verträgen und Urteln durch den Nassauischen Commissarius Stutz, be-

beglaubte Abschrifften vorgeleget worden sind; So bestättigen Ihro Königl. Majestät ermeldter Abtey alle zufolge derer in gegenwärtigem Artickel angeführten Metzlarer Cammer-Gerichts-Urteln, Verträgen und Verglichen, ihr zukommende Gerechtsamen, Privilegien, Freyheiten, Befreyungen und Gerichtsbarkeit, um unter Allerhöchst Dero Hoheit selbige auf die nemliche Weise, wie bisher unter der Hoheit des Teutschen Reichs zu genieſſen.

Was aber die, der Abtey in dem übrigen Theil der Grafschafft Saarbrücken zugehörige, in dieser Abtrettung nicht mitbegriffene Dörfer, Höfe, Ländereyen, Renten und andere Güther, es seye unter welcher Benennung es wolle, anbetrifft, die sollen nach Maßgabe derer obangezogenen Urteln, Verträgen und Verglichen, nach wie vor, von dem Teutschen Reich abhängig, und unter der Landesherrlichen Gerichtsbarkeit des Hauses Nassau verbleiben; auch die Erkenntnüs über die zwischen sothanem Hause und der Abtey, wegen ermeldten nicht abgetrettenen Ortschaften sich allenfals ereignende Zwistigkeiten, wie vorhin, denen Reichsgerichten allein zustehen. ꝛc. ꝛc. (a)

(a) Zur Aufklärung der Nassauischen Prozeßgeschichte mit Lothringen wird hieher bemerket: daß Nassau im II. Art. dieses Tauschvertrags sich der im Vergleich von 1669. in Betref der Metzer Lehen, gegen die Kammergerichtsurtel von

1629. vorbehaltenen Revision begeben, (s. Seite 69. Note a,) und selbige der Krone Frankreich überlassen. Diese hingegen ihre Ansprüche auf den, nach der Weilburgischen Ländertheilung von 1745. Saarbrücken zugefallenen Theil der Grafschaft Saarwerden, so wie beyde Theile auf die, in dem Vergleich von 1669. vorbehaltene Vergüthung wegen überzogener Grafschaft Saarwerden und der Vogtei Herbitzheim wechselseitigen Verzicht gethan haben. Die übrigen Artikel betreffen den hieher nicht gehörigen Austausch anderer Ortschaften zwischen Frankreich und Nassau.

Art. XXXIV.

Soll gegenwärtige Convention bestätiget, und die gehöriger massen ausgefertigte Bestätigungen in Zeit sechs Wochen, von dem Tage der Unterzeichnung ersagter Convention anzurechnen, gegen einander ausgewechselt werden. Zu dessen Urkund Wir unterzeichnete Commissarien Ihro Königlichen Majestät von Frankreich und des Fürstens von Nassau, in dero Nahmen und Krafft der überhabenden Vollmachten, diese Convention eigenhändig unterschrieben und unsere Petschaffte beygedrucket haben. So geschehen zu Bockenheim den 15ten Februarii 1766. unterschrieben.

Mathis. (L.S.) Stutz. (L.S.)

Und Wir diesen schließlichen Hauptvertrag in allen und jeden darinnen enthaltenen und verkündeten Artikeln vor Uns, Unsere Erben und

und Nachfolger angenommen, genehmiget, bekräftiget und beſtättiget haben, wie Wir denn hiemit durch Unſere eigenhändige Unterſchrift dieſelbe annehmen, gutheiſen, bekräftigen, beſtättigen, und bey Unſeren Königlichen Worten und Treuen alles unverbrüchlich zu halten und zu beobachten, auch niemals weder offentlich, noch insgeheim, auf irgend einige Art und Weiſe darwider zu handlen verſprechen, alſo haben Wir auch zu deſſen Urkund Unſer Inſiegel hier anhencken laſſen. Geben zu Verſailles den eilften Tag des Monats Merz im Jahr der Gnaden ein Tauſend Siebenhundert ſechzig ſechs und Unſeres Reichs im Ein und Fünfzigſten.

Unterſchrieben LOUIS.

und weiter unten *Par le Roy*

Choiſeul Duc le Praslin.

mit angehängtem groſen Königlichen Siegel auf gelb Wachs in einer ſilbernen Capſel.

No. 19. b.

Erklärung des Königlichen Commiſſarii, die Zulaſſung der Unterthanen des Reichs in die Abtei Wadgaſſen betreffend.

d. d. 26. Jun. 1767.

Obgleich durch den 22ten Artikul der zwiſchen

dem König und dem Fürſten zu Naſſau Saarbrücken geſchloſſenen Convention, ausdrücklich verſehen worden, daß die Abtey Wadgaſſen, da ſie unter die Oberherrſchafft von Frankreich gekommen, eben diejenige Rechte, Privilegien, Prärogativen, Freyheiten und Gerichtsbarkeiten zu genieſſen hätte, die Sie ehemalen unter dem Reich genoſſen, und obſchon die Befugniß Reichsunterthanen in nur beſagte Abtey aufzunehmen, um ſo mehr in der Beſtättigung ihrer Privilegien und Freyheiten überhaupt mit einverſtanden zu halten, da, ohnerachtet der geſchehenen Veränderung der Oberherrſchaft, die Abtey Wadgaſſen annoch dem Reich unterworfene Güther und Unterthanen, auch zu verſehende Pfarreyen beybehalten; So hat nichts deſtoweniger der König, da Seine Majeſtät der römiſche Kayſer denenſelben zu erkennen gegeben, wie ſie wünſchten, daß Ihro Majeſtät Dero hierüber hegende Geſinnungen durch eine beſondere und ausdrückliche Erklärung an den Tag legen mögten, dem Verlangen Sr. Kayſerlichen Majeſtät und, um zu gleicher Zeit eine neue Probe Dero Bereitwilligkeit, alle und jede Verbindlichkeiten, die Sie zu Gunſten der Abtey und der dortigen Religioſen eingegangen, auf daß genaueſte zu erfüllen, nicht entſtehen, und Dero hierzu Bevollmächtigten Commiſſarium authoriſiren wollen, auf das feyerlichſte wie hiermit geſchiehet, zu erklären: daß neben der Beſtättigung aller Privilegien, Freyheiten

ten und Vorrechte der Abtey Wadgaſſen, Se. Majeſtät auch gemeint ſeyn, daß die Abtrettung derſelben an Frankreich denen Unterthanen des Reichs keineswegs zu einigem Nachtheil gereichen ſolle, als welche jezt wie vorhin in beſagtes Cloſter aufgenommen werden ſollen, ohne jemahls davon ausgeſchloſſen werden zu können.

Ihro Königliche Majeſtät wollen, daß dieſe Erklärung eben ſoviel Kraft und Gültigkeit habe, als wann ſie von Wort zu Wort in obbeſagte Convention, der ſie angehängt, ſeyn und bleiben ſolle, eingerückt wäre.

Urkund deſſen haben Wir Königlicher Commiſſarius, Kraft unſerer innhabenden Vollmacht, gegenwärtige Erklärung unterzeichnet und derſelben unſer angebohrnes Wappen-Petrſchafft beydrucken laſſen. So geſchehen zu Bouquenom den 26ten Junii 1767.

(L.S.) Mathis.

No. 20. 21. 22.

Da dieſe Beilagen, nemlich die Vergleiche von 1581. 1621. und 1623. (ſ. den §. 36.) in der auswärtigen Drukerei noch fehlen; ſo wird einsweilen (um den Abdruk, worauf ſehr getrieben wird, zu beſchleunigen) mit den übrigen fortgefahren. Jene ſollen am Ende nachfolgen, wenn ſie nöthig, und es nicht vielmehr bei den Hauptvergleichen von 1729. und 1759. zu belaſſen ſeyn wird.

No. 19 a.

Extract

Haupt- und ſchließlichen Tauſchvertrags zwiſchen Ihro Allerchriſtlichſten Majeſtät und dem Fürſten zu Naſſau-Saarbrücken von 1766. ſo viel die Abtei Wadgaſſen betrift.

Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra entbieten allen denen, ſo gegenwärtigen Brief leſen werden, Unſern Gruß.

Demnach unſer lieber getreuer, Unſer Rath und Grentz-Commiſſarius Mathis, in Kraft der von uns ihm ertheilten Vollmacht, mit unſers freundlich geliebten Vettern des Fürſten zu Naſſau Saarbrück Hof- und Regierungs-Rath Stutz, als beſtellten Grentz-Commiſſario von deſſen Landen, einen ſchließlichen Vertrag- und Tauſch-*Accord* errichtet und unterzeichnet, durch welchen alle diejenige Strittigkeiten aufgehoben und abgethan worden, ſo zum groſſen Nachtheil des *Intereſſe* ſowohl der Crone Frankreich, als des Römiſchen Reichs und des Hauſes Naſſau, in Betracht derer beyderſeitigen enclavirten und zwiſchen Lothringen und einem Theil des Metzer-Landes einerſeits, und denen Grafſchaften Saarbrücken, Ottweiler, wie auch denen zwey Dritteln der Grafſchaft Saarwerden und Vogtey Herbizheim, als Reichs Landen, unabgetheilten Orthſchaften ander-

anderſeits, ſchon lange Zeit vorgewaltet, und bisher ſich täglich erneuert haben; Welcher Vertrag nachſtehender maßen alſo lautet:

Haupt- und ſchließlicher Tauſch-Vertrag zwiſchen Ihro Königl. Majeſtät von Frankreich und dem Fürſten zu Naſſau-Saarbrücken.

Da Ihro Allerchriſtlichſte Majeſtät und der Fürſt zu Naſſau Saarbrücken mit Widerwillen diejenigen Strittigkeiten in Erwegung gezogen, welche ſchon ſo lange zwiſchen ihren Vaſallen und Unterthanen vorwalten, und wegen ihrer beyderſeitigen eingeſchloſſenen und zwiſchen Lotharingen, auch einem Theil des Metzer-Biſchthums einer- und denen dem Fürſten zu Naſſau Saarbrücken zugehörigen Grafſchaften Saarbrücken, Ottweiler, und denen zwey Drittheilen der Grafſchafft Saarwerden, und der Vogtey Herbizheim, als Reichslanden, anderſeits, unabgetheilten Orten, unaufhörliche neue Unruhen veranlaſſen; mithin zu Hebung dieſer, der gemeinen Ruhe und dem Intereſſe ſowohl Ihro Allerchriſtlichſten Majeſtät, als des Teutſchen Reichs und des Hauſes Naſſau ſo ſchädlichen Zwiſtigkeiten, und zu Wiederherſtellung eines gemeinnützlichen und nachbarlichen guten Vernehmens, kein Mittel dienlicher erachtet haben; als das hierbey nach dem im Jahr 1738. zwiſchen Frankreich, dem Kayſer und Reich zu Wien geſchloſſenen Tractat und zwar nach dem im abgeſonderten zweyten Artickel der Verabſchlieſſung vom 11ten April und dritten Ar-

tickel der vom 28ten Auguſt 1736. in Rückſicht auf die Lotharingiſche in denen Teutſchen Landen derer Reichsfürſten eingeſchloſſenen und vermiſchten Oerter und Beſitzungen, enthaltenen Grund-Satz verfahren werde; So haben, um dieſen heilſamen Endzweck zu erreichen, Ihro Allerchriſtlichſte Majeſtät Dero Rath und Grenz-Commiſſarium Joſeph Mathis, und der Fürſt zu Naſſau Dero Hof- und Regierungs-Rath gleichmäſſigen Grenz-Commiſſarium, Carl Lorenz Stutz, desfals ernennet, welche dann auch zuſammen getretten, und nach beyderſeitig beſchehener Communication ihrer Vollmachten, hinlänglicher der Sache Unterſuchung, mit Vorbehalt der Genehmigung ſowohl Ihro Allerchriſtlichſten Majeſtät, als des Fürſten zu Naſſau Saarbrücken, wie auch der Allerhöchſt-Kayſerlichen Bewillig- und Beſtätigung, über nachſtehende Artickel ſich vereinigt haben.

Art. 1.

Iſt beliebet worden bey gegenwärtigem Vertrage, in ſo fern darinnen nicht ausdrücklich ein anderes verfügt iſt, die zwiſchen der Krone Frankreich und dem Teutſchen Reiche errichtete Weſtphäliſche und Ryswickiſche Friedens-Schlüſſe, hauptſächlich aber die darinnen enthaltene das *Intereſſe* des Hauſes Naſſau betreffende Artickel wie auch die älter- und neuere zwiſchen Frankreich und Lothringen einer- und dem Hauſe Naſſau anderſeits geſchloſſene beſondere Verträge zum Grunde zu legen, und ſich zur Richtſchnur dienen zu laſſen, nemlich: Die

Die Vergleiche von denen Jahren 1581. 1621. und 1623., die zu Regensburg durch eine Reichs-*Deputation* zwiſchen dem Hauſe Naſſau und dem Herzog von Lothringen Carl dem IV. am 2ten December 1669. vermittelte *Transaction*, die in anno 1741. zu Verſailles vorläufig geſchloſſene, am 3ten July 1742. von Ihro Königl. Majeſtät ratificirte Convention, und den wegen der Grenz-Scheidung zwiſchen denen Lothringiſchen Hüttinger- und Kathauſer- wie auch dem Naſſauiſchen Oerminger Bannen, anno 1756. errichteten Vertrag ꝛc. ꝛc.

Art. XXII.

Dahingegen übergiebt Ihro Königl. Majeſtät und unter Dero Hoheit der Fürſt zu Naſſau die Landesherrlichkeit, Gerichtbarkeit, Stifftungs-, vorzüglich- und nutznüßliche- ſamt allen denſelben zugehörigen oder zugehören ſollenden Rechten und Gerechtigkeiten, wie ſie immer betitult oder benennet werden mögen, über die Abtey Wadgaſſen Prämonſtratenſer Ordens, und die von ſelbiger abhangende Dörfer, Höfe und Zugehörungen, lincker Seits des Saarfluſſes in der Gegend der Stadt Saarlouis gelegen, nemlich die Dörfer Hoſtenbach, Schafhauſen und Werbel, den Mayerhof Spurck, benebſt allen dem Fürſten über den halben längſt dem Bezirck erſagter Abtey und derer nur benahmten abgetrettenen Dörfer

herflieſſenden und mit ſeinem Lincken Ufer ſe
bige natürlich begränzenden Saarfluß zuſt
henden Hoheits-Rechten, dergeſtalt, daß die Mit
deſſen Laufs künftig die Scheidung zwiſchen Fran
reich und dem Teutſchen Reich machen ſoll. W
dann auch Ihro Königl. Majeſtät die Hoheit u
alle Gerechtſamen des Fürſten über diejenige
Warnet gelegene fünfzehen Hundert Morgen Wa
dung haben ſollen, welche er im Jahr 1759.
mit völligem Eigenthum erwehnter Abtey, ſtat
deren in dieſem Naſſauiſchen Wald gehabten Brenn
und Bauholtz- wie auch Wein und anderer Ge
rechtigkeiten überlaſſen hat.

Und da dieſe, denen im 3ten Artickel, der zu Wien am 28ten Auguſti 1736. geſchloſſenen Convention feſtgeſtellten Grundſätzen gemäße Abtrettung, von Seiten des Fürſtens von Naſſau nicht anders als mit der Bedingung geſchehen, daß erſagte Abtey unter Königl. Franzöſiſcher Hoheit diejenige Gerechtſamen, Privilegien, Freyheiten und Befreyungen gleichergeſtalt ferner genieſſen ſolle, welche ſelbiger, ſowohl vermög ihrer Stifftung und derer zwiſchen dem Hauß Naſſau und ihr, in verſchiedenen Zeiten, beſonders in den Jahren 1729. und 1759. gemachten Verträgen und Verglichen, als auch in Krafft derer in dem von 1729. angezogenen Urteln des Kayſerlichen und Reichs-Cammer-Gericht zu Wetzlar gebührten und zuſtändig, und von welchen Verträgen und Urteln durch den Naſſauiſchen Commiſſarius Stutz, be-

beglaubte Abſchrifften vorgeleget worden ſind; So beſtättigen Ihro Königl. Majeſtät ermeldter Abtey alle zufolge derer in gegenwärtigem Artickel angeführten Wetzlarer Cammer-Gerichts-Urteln, Verträgen und Verglichen, ihr zukommende Gerechtſamen, Privilegien, Freyheiten, Befreyungen und Gerichtsbarkeit, um unter Allerhöchſt Dero Hoheit ſelbige auf die nemliche Weiſe, wie bisher unter der Hoheit des Teutſchen Reichs zu genieſſen.

Was aber die, der Abtey in dem übrigen Theil der Grafſchafft Saarbrücken zugehörige, in dieſer Abtrettung nicht mitbegriffene Dörfer, Höfe, Ländereyen, Renten und andere Güther, es ſeye unter welcher Benennung es wolle, anbetrifft, die ſollen nach Maßgabe derer obangezogenen Urteln, Verträgen und Verglichen, nach wie vor, von dem Teutſchen Reich abhängig, und unter der Landesherrlichen Gerichtsbarkeit des Hauſes Naſſau verbleiben; auch die Erkenntnüs über die zwiſchen ſothanem Hauſe und der Abtey, wegen ermeldten nicht abgetrettenen Ortſchaften ſich allenfals ereignende Zwiſtigkeiten, wie vorhin, denen Reichsgerichten allein zuſtehen. ꝛc. ꝛc. (a)

(a) Zur Aufklärung der Naſſauiſchen Prozeßgeſchichte mit Lothringen wird hieher bemerket: daß Naſſau im II. Art. dieſes Tauſchvertrags ſich der im Vergleich von 1669. in Betref der Metzer Lehen, gegen die Kammergerichtsurtel von

1629. vorbehaltenen Reviſion begeben, (ſ. Seite 69. Note a,) und ſelbige der Krone Frankreich überlaſſen. Dieſe hingegen ihre Anſprüche auf den, nach der Weilburgiſchen Ländertheilung von 1745. Saarbrücken zugefallenen Theil der Grafſchaft Saarwerden, ſo wie beyde Theile auf die, in dem Vergleich von 1669. vorbehaltene Vergüthung wegen überzogener Grafſchaft Saarwerden und der Vogtei Herbitzheim wechſelſeitigen Verzicht gethan haben. Die übrigen Artikel betreffen den hieher nicht gehörigen Austauſch anderer Ortſchaften zwiſchen Frankreich und Naſſau.

Art. XXXIV.

Soll gegenwärtige Convention beſtätiget, und die gehöriger maſſen ausgefertigte Beſtätigungen in Zeit ſechs Wochen, von dem Tage der Unterzeichnung erſagter Convention anzurechnen, gegen einander ausgewechſelt werden. Zu deſſen Urkund Wir unterzeichnete Commiſſarien Ihro Königlichen Majeſtät von Frankreich und des Fürſtens von Naſſau, in dero Nahmen und Krafft der überhabenden Vollmachten, dieſe Convention eigenhändig unterſchrieben und unſere Petſchaffte beygedrucket haben. So geſchehen zu Bockenheim den 15ten Februarii 1766. unterſchrieben.

Mathis. (L.S.) Stutz. (L.S.)

Und Wir dieſen ſchließlichen Hauptvertrag in allen und jeden darinnen enthaltenen und verkündeten Artikeln vor Uns, Unſere Erben und

und Nachfolger angenommen, genehmiget, bekräftiget und beſtättiget haben, wie Wir denn hiemit durch Unſere eigenhändige Unterſchrift dieſelbe annehmen, gutheiſen, bekräftigen, beſtättigen, und bey Unſeren Königlichen Worten und Treuen alles unverbrüchlich zu halten und zu beobachten, auch niemals weder offentlich, noch insgeheim, auf irgend einige Art und Weiſe darwider zu handlen verſprechen, alſo haben Wir auch zu deſſen Urkund Unſer Inſiegel hier anhencken laſſen. Geben zu Verſailles den eilften Tag des Monats Merz im Jahr der Gnaden ein Tauſend Siebenhundert ſechzig ſechs und Unſeres Reichs im Ein und Fünfzigſten.

Unterſchrieben LOUIS.

und weiter unten *Par le Roy*

Choiſeul Duc le Praslin.

mit angehängtem groſen Königlichen Siegel auf gelb Wachs in einer ſilbernen Capſel.

No. 19. b.

Erklärung des Königlichen Commiſſarii, die Zulaſſung der Unterthanen des Reichs in die Abtei Wadgaſſen betreffend.

d. d. 26. Jun. 1767.

Obgleich durch den 22ten Artikul der zwiſchen

dem König und dem Fürsten zu Nassau Saarbrücken geschlossenen Convention, ausdrücklich versehen worden, daß die Abtey Wadgassen, da sie unter die Oberherrschafft von Frankreich gekommen, eben diejenige Rechte, Privilegien, Prärogativen, Freyheiten und Gerichtsbarkeiten zu geniessen hätte, die Sie ehemalen unter dem Reich genossen, und obschon die Befugniß Reichsunterthanen in nur besagte Abtey aufzunehmen, um so mehr in der Bestättigung ihrer Privilegien und Freyheiten überhaupt mit einverstanden zu halten, da, ohnerachtet der geschehenen Veräuderung der Oberherrschaft, die Abtey Wadgassen annoch dem Reich unterworfene Güther und Unterthanen, auch zu versehende Pfarreyen beybehalten; So hat nichts destoweniger der König, da Seine Majestät der römische Kayser denenselben zu erkennen gegeben, wie sie wünschten, daß Ihro Majestät Dero hierüber hegende Gesinnungen durch eine besondere und ausdrückliche Erklärung an den Tag legen mögten, dem Verlangen Sr. Kayserlichen Majestät und, um zu gleicher Zeit eine neue Probe Dero Bereitwilligkeit, alle und jede Verbindlichkeiten, die Sie zu Gunsten der Abtey und der dortigen Religiosen eingegangen, auf daß genaueste zu erfüllen, nicht entstehen, und Dero hierzu Bevollmächtigten Commissarium authorisiren wollen, auf das feyerlichste wie hiermit geschiehet, zu erklären: daß neben der Bestättigung aller Privilegien, Freyheiten

ten und Vorrechte der Abtey Wadgaſſen, Se. Majeſtät auch gemeint ſeyn, daß die Abtrettung derſelben an Frankreich denen Unterthanen des Reichs keineswegs zu einigem Nachtheil gereichen ſolle, als welche jezt wie vorhin in beſagtes Cloſter aufgenommen werden ſollen, ohne jemahls davon ausgeſchloſſen werden zu können.

Ihro Königliche Majeſtät wollen, daß dieſe Erklärung eben ſoviel Kraft und Gültigkeit habe, als wann ſie von Wort zu Wort in obbeſagte Convention, der ſie angehängt, ſeyn und bleiben ſolle, eingerückt wäre.

Urkund deſſen haben Wir Königlicher Commiſſarius, Kraft unſerer innhabenden Vollmacht, gegenwärtige Erklärung unterzeichnet und derſelben unſer angebohrnes Wappen-Petrſchafft beydrucken laſſen. So geſchehen zu Bouquenom den 26ten Junii 1767.

(L.S.) Mathis.

No. 20. 21. 22.

Da dieſe Beilagen, nemlich die Vergleiche von 1581. 1621. und 1623. (ſ. den §. 36.) in der auswärtigen Drukerei noch fehlen; ſo wird einsweilen (um den Abdruk, worauf ſehr getrieben wird, zu beſchleunigen) mit den übrigen fortgefahren. Jene ſollen am Ende nachfolgen, wenn ſie nöthig, und es nicht vielmehr bei den Hauptvergleichen von 1729. und 1759. zu belaſſen ſey wird.

No. 23.

Vergleich zwiſchen Lothringen und Naſſau, wie dieſer 1669. auf dem Reichstage iſt vermittelt worden.

Kund und zu wiſſen ſeye hiermit, demnach das Fürſtliche Haus Lothringen eines, und dann die Herren Grafen zu Naſſau-Saarbrücken anderntheils, wegen der Grafſchafft Saarwerden, erſtlich an dem Fürſtlichen Lehnhoff zu Metz, folgends aber auf beſchehene Advocation an dem Kayſerlichen Cammergericht in Speyer miteinander in Rechtfertigung gerathen, auch darauf an erſtgedachtem Cammergericht vermög einer den 7ten July anno 1629. ergangener Urtheil Hochgedacht Fürſtlichem Haus Lothringen die Metziſche Lehnſtück, benanntlich Burg und Stadt Saarwerden, Stadt Bockenheim und dann der Hof zu Wiebersweiler ſamt eines jeden *Pertinentien* und Zugehörungen, wie auch deren von Zeit an währender Kriegs-Beveſtigung aufgehobenen Nutzungen oder ſo davon aufgehoben werden mögen, adjudiciret worden, darauf aber Hochermeldtes Fürſtl. Hauß Lothringen die ganze Grafſchafft Saarwerden unterm Nahmen der *Pertinentien* und dann wegen beſagter Nutzungen die Vogtey Herbitzheim ſamt der Schaffnerey in Beſitz genommen, auch ohnerachtet an Seiten der Herren Grafen von Naſſau des dargegen beſchehenen Einwendens, darinnen

continuiret, dannenhero mehrhochwohlbeſagte Herren Grafen darüber bey den allgemeinen Friedens-*Tractaten* zu Münſter und Osnabrück ſolches als ein *Gravamen* angegeben, und darauf *in Inſt. Pacis* §. Comitibus Naſſo-Saraeponiis etc. dergeſtalt *ſtatuiret* worden, daß ſie unter andern auch in die ganze Grafſchafft Saarbrücken und Saarwerden und Veſtung Homburg, jedoch *ſalvis utriusque competentibus Juribus*, zu *reſtituiren*, nachdem aber es wegen Effectuirung gedachter Reſtitution, allerhand Difficultäten abgegeben, an Seiten des Reichs bey nächſtvorigem Reichstag ſowohl als auch dem darauf gefolgten Reichs-*Deputations*-*Convent* zu Frankfurth mit hochgedacht Fürſtl. Hauß Lothringen derenthalben gütliche Handlung fürgenommen worden, aber wegen allerhand fürkommener Hindernüßen zum Schluß nicht zu gelangen geweſen, daß ſolchemnach bey allhieſigem Reichs-Convent auf abermahliges Anſuchen offtgedachter Herren Grafen um Verfügung ſolcher Reſtitution die Güte noch ferner zu tentiren vor gut angeſehen, auch als auf der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät denen allhier ergangenen Concluſis gemäß an des jetz regierenden Herrn Herzogen Carls zu Lothringen Fürſtlichen Durchlaucht allergnädigſt abgelaſſene Erinnerungs-Schreiben, von derſelben ihr geheimer Rath und Maitre des Requetes Herr von Riſancourt im Nahmen mehrberührter Herren Grafen zu Naſſau-Saarbrücken aber Herr Graf Johann zu Naſſau Saarbrücken zu ſolchem Ende anhero kommen, zu

Beförderung vorberührter gütlichen Handlung
us den Reichs-*Collegiis* einige *deputiret*
orden, welche auch folgends mehrgedachte Tra-
aten würklich angetretten, und auf die beyder-
its in Originali producirte Vollmachten endlich
rch vielfältige mühſame Unterhandlung und ge-
ane Zuſprechen mit beyder Theilen dem Reich
Ehren und Reſpect beſchehener Einwilligung
ches Reſtitutions-Werk immittels und bis die
ache ihre endliche Erledigung bekomme, ver-
ichen haben, wie folgt:

1.) Iſt Gräflich-Naſſauiſcher Seiten,
edoch mit unten geſetztem Vorbehalt) nachge-
eben worden, daß das Fürſtliche Hauß
othringen die in Eingangs erwehnter Urtheil
nahmte drey Oerter, als nemlich Burg und
tadt Saarwerden, die Stadt Bocken-
im und den Hof Wiebersweiler, wie
bige durch den in anno 1577. genommenen
genſchein beſchrieben und determiniret worden,
nanntlich denen darzu gehörigen Mühlen,
of, Aecker, Wieſen, Garten und Wal-
ungen, der Burgwald genannt, biß zum
sgang des *Reviſorii* einbehalten, beſitzen
nutzen ſollen.

2.) Hingegen wollen Ihro Fürſtliche
rchlaucht zu Lothringen (iedoch gleichfalls
unten geſetztem Vorbehalt) dem Herrn Gra-
zu Naſſau-Saarbrücken *reſtituiren* völ-
alle und jede Flecken und Dorfſchaften
Grafſchaft Saarbrücken und Saar-
rden, wie auch die Vogtey und Schaffnerey
Herbiz-

Herbizheim, und denn die Reichs- und Churs Trieriſche Lehen mit aller hoher und niederer Obrigkeit, Renten, Gefällen und allen Nutzungen nichts ausgenommen, die Unterthanen aller Pflichten erledigen, und dem Gräflichen Hauß Naſſau anweißen, und ſelbige ohne einige Beeinträchtigung ruhiglich mit guter Nachbarſchafft genieſſen laſſen. Soll in nachgeſetztem Termin auf gleiche Maß das Amt Homburg von Ihrer Fürſtlichen Durchlaucht, oder da dieſelbe noch etwas darvon innen hätten, dem Herrn Grafen zu Naſſau-Saarbrücken gleichergeſtalt völlig abgetretten werden, ſie auch darmit als ihrem Eigenthum zu ſchalten und zu walten haben, ohngehindert der auf dem Hauß Fürſtlich-Lothringiſcher Seiten bleibender Garniſon oder einiges andern Anſpruchs, wie dann ſelbige ſich deſſen allerdings äuſſern, und die Grafen von Naſſau in völliger Nieſſung aller hohen Obrigkeit und Gerechtigkeiten, Nutzungen und was ſonſten genannt kan werden, nit hindern, auch alles Auslaufen und Betragen der Unterthanen in dieſem und andern benachbarten Oertern allerdings einſtellen, die Verbrecher entweder ſelbſten gebührlich abſtrafen oder denen Herren Grafen von Naſſau, denen ſie oder ihre Unterthanen ſchaden gethan, zur Beſtrafung überliefern ſollen.

3.) Die Veſtung Homburg und deren Evacuation betreffend, demnach wegen Bezahlung der von des Herrn Herzogens zu Lothringen Fürſtlichen Durchlaucht praetendirender Satisfaction, es noch zur Zeit an Ihrer Kaiſerlichen Majeſtät allergnä-

gnädigſter Reſolution bewendet, als iſt auch ſolcher Punkt bis dahin ausgeſtellt verblieben, unterdeſſen gleichwolen auf mehrgedachte Deputation derentwegen gethanen Vorſchlag und Zuſprechen beyderſeits beliebet worden, daß die Herren Grafen Dero Beamte auf dem Hauß haben, die Unterthanen in Pflicht nehmen, die *Jurisdictionalia* und Connexa ohne Unterſchied und Hinderung in ihrem Nahmen *exerciren* laſſen, auch alle und jede Nutzungen davon als ihrem Eigenthum erheben, darüber Sie und die Ihrige nach deren Gelegenheit oder erheiſchender Nothdurft in mehrberührter Feſtung zu- und abziehen, wie wenigers nicht ſich daſelbſten aufhalten mögen.

Soviel aber die Garniſon anbetrifft, daß zwar dieſelbe von ihrer Fürſtlichen Durchlaucht ohne Beytrag des Gräflichen Hauſes Naſſau zu unterhalten, und mit aller Kriegs-Bedürffung zu verſorgen, ſonſten aber, ſamt dem Commendanten, jetzt gedachtem Gräflichen Hauß zugleich zu verpflichten, und alſo ſolcher Platz bis dahin, wie obgemeldet, die vergleichende Summe Geldes bezahlt, in Gemeinſchafft zu halten, und zu beſitzen.

4.) Bleibt die Sache wegen obgedachten dreyen Metziſchen Lehen-Stücken, benanntlich Burg und Stadt Saarwerden, Bockenheim und Wiebersweiler, *ad Judicium reviſorium* verwieſen, daß ſolches bey nächſtkünftiger Viſitation des Cammergerichts zu Speyer am erſten vorgenommen werden ſolle, wobey jedoch des Herrn

Her-

Herzogen zu Lothringen Fürſtl. Durchlaucht die ihrerſeits bedünkte Exceptiones, hingegen die Herren Grafen von Naſſau darwider die Nothdurft ſich ebenmäßig vorbehalten haben. (a)

(a) Um dieſe beiden Artikel und das nachfolgende zu verſtehen, iſt aus der Geſchichte zu bemerken, daß das Kaiſerliche Kammergericht dem Herzoge Karl dem IV. von Lothringen den 7. Julius 1629 die Grafſchaft **Saarwerden**, was davon **Biſchöflich-Metziſches Lehen** war, (womit ihn der Lehenherr nach Abſterben des Grafen **Johann III.** von Naſſau belehnt hatte) **mit einer jeden Pertinenzien** zuerkannt- und das Hauß Naſſau zu deren **Ausantwortung** mit allen Früchten kondemnirt hat. Obſchon nun Naſſau dagegen **Reviſion** ergrief, die zu der Zeit noch effectum ſuſpenſivum hatte; ſo nahm der Herzog, unter den vermeinten Pertinenzien beſagter Metzer-Lehen, von mehrern Ortſchaften, auch von der **Veſtung Homburg**, und ſogar von den Reichs- und Kurtrieriſchen Lehen mit gewafneter Hand Beſiz. Es ergiengen Mandate, Paritorien und Kaiſerliche Abmahnungsſchreiben dagegen, (1) die aber ohne Wirkung waren. Nach dem IV. Art. §. 30 des Weſtphäliſchen Friedens ſollte zwar, mit Vorbehalt der Entſcheidung in Reviſorio, das alles *ex capite amneſtiae* reſtituirt werden, und es kam auch bey den Friedens-Executionshandlungen unter die *reſtituenda in tribus menſibus*. Lothringen blieb jedoch immer im Beſiz, bis durch die Reichsvermittelung endlich dieſer Vergleich zu Stande kam.

(1) von Meier Acta Pacis Weſtph. I. Th. S. 436.

5.) Weilen auch Fürſtlich-Lothringiſchen Theils die ſelbigem Fürſtl. Hauß zugleich mit adjudicirte Pertinentien faſt auf alle obgedachte übrige Orte exten-

gnädigſter Reſolution bewendet, als iſt auch ſolcher Punkt bis dahin ausgeſtellt verblieben, unterdeſſen gleichwolen auf mehrgedachte Deputation derentwegen gethanen Vorſchlag und Zuſprechen beyderſeits beliebet worden, daß die Herren Grafen Dero Beamte auf dem Hauß haben, die Unterthanen in Pflicht nehmen, die *Jurisdictionalia* und Connexa ohne Unterſchied und Hinderung in ihrem Nahmen *exerciren* laſſen, auch alle und jede Nutzungen davon als ihrem Eigenthum erheben, darüber Sie und die Ihrige nach deren Gelegenheit oder erheiſchender Nothdurft in mehrberührter Feſtung zu- und abziehen, wie wenigers nicht ſich daſelbſten aufhalten mögen.

Soviel aber die Garniſon anbetrifft, daß zwar dieſelbe von ihrer Fürſtlichen Durchlaucht ohne Beytrag des Gräflichen Hauſes Naſſau zu unterhalten, und mit aller Kriegs-Bedürffung zu verſorgen, ſonſten aber, ſamt dem Commendanten, jetzt gedachtem Gräflichen Hauß zugleich zu verpflichten, und alſo ſolcher Platz bis dahin, wie obgemeldet, die vergleichende Summe Geldes bezahlt, in Gemeinſchafft zu halten, und zu beſitzen.

4.) Bleibt die Sache wegen obgedachten dreyen Metziſchen Lehen-Stücken, benanntlich Burg und Stadt Saarwerden, Bockenheim und Wiebersweiler, *ad Judicium reviſorium* verwieſen, daß ſolches bey nächſtkünftiger Viſitation des Cammergerichts zu Speyer am erſten vorgenommen werden ſolle, wobey jedoch des Herrn

Her-

Herzogen zu Lothringen Fürſtl. Durchlaucht die ihrerſeits bedünkte Exceptiones, hingegen die Herren Grafen von Naſſau darwider die Nothdurft ſich ebenmäßig vorbehalten haben. (a)

(a) Um dieſe beiden Artikel und das nachfolgende zu verſtehen, iſt aus der Geſchichte zu bemerken, daß das Kaiſerliche Kammergericht dem Herzoge Karl dem IV. von Lothringen den 7. Julius 1629. die Grafſchaft Saarwerden, was davon Biſchöflich-Metziſches Lehen war, (womit ihn der Lehenherr nach Abſterben des Grafen Johann III. von Naſſau belehnt hatte) mit eines jeden Pertinenzien zuerkannt- und das Hauß Naſſau zu deren Ausantwortung mit allen Früchten kondemnirt hat. Obſchon nun Naſſau dagegen Reviſion ergrief, die zu der Zeit noch effectum ſuſpenſivum hatte; ſo nahm der Herzog, unter den vermeintten Pertinenzien beſagter Metzer-Lehen, von mehrern Ortſchaften, auch von der Veſtung Homburg, und ſogar von den Reichs- und Kurtrieriſchen Lehen mit gewafneter Hand Beſiz. Es ergiengen Mandate, Paritorien und Kaiſerliche Abmahnungsſchreiben dagegen, (1) die aber ohne Wirkung waren. Nach dem IV. Art. §. 30 des Weſtphäliſchen Friedens ſollte zwar, mit Vorbehalt der Entſcheidung in Reviſorio, das alles *ex capite amneſtiae* reſtituirt werden, und es kam auch bey den Friedens-Executionshandlungen unter die *reſtituenda in tribus menſibus*. Lothringen blieb jedoch immer im Beſiz, bis durch die Reichsvermittelung endlich dieſer Vergleich zu Stande kam.

(1) von Meier Acta Pacis Weſtph. I. Th. S. 436.

5.) Weilen auch Fürſtlich-Lothringiſchen Theils die ſelbigem Fürſtl. Hauß zugleich mit adjudicirte Pertinentien faſt auf alle obgedachte übrige Orte exten-

extendiret worden, Gräflich-Naſſauiſcher Seits aber man dießfalls ein mehreres nicht, als oben §. 1. gemeldtet, geſtehen wollen, als iſt an Seiten Ihrer Fürſtlichen Durchlaucht hierüber die Erklärung ex prioribus actis an dem Kaiſerlichen Cammergericht, jedoch ſalvo jure domini directi, und längſtens inner Jahres-Friſt, zu ſuchen reſerviret worden, auch daß ſich ein mehreres (deſſen aber vorberührter maſſen man Gräflich-Naſſauiſcher Seiten keineswegs geſtändig, ſondern erwehnte Frage berührter Dependentien halber, in kraft der bereits anno 1577. darüber per Commiſſionem eingezogener Information, wie auch nach publicirter Urthel, auch Imploration ihr der Herren Grafen am Kaiſerlichen Hof ſowohl, als auch von beſagtem Kaiſerlichen Kammergericht ausgelaſſenen Reſcripten, mandati poenalis und darauf erfolgter Paritorien, vor eine abgeurtheilte und decidirte Sach haltet, auch alle Gegennothdurft per expreſſum reſerviret hat) zu vorermeldten dreyen Metziſchen Lehenſtücken gehörig zu ſeyn befinden würden, ſolches alsbalden zu *reſtituiren* ſchuldig ſeyn ſollen.

6) Nicht wenigers haben beyde Theile *ratione fructuum perceptorum et percipiendorum* ſich die Nothdurft dergeſtalt bedungen, daß nach geendigtem *Reviſorio* ſelbige durch Richterliche Erkenntniß zu *determiniren*, auch folgends der ergehende Spruch getreulich zu exequiren ſeye.

Was nun alſo abgehandelt und verglichen, ſolle getreulich exequiret und vollentzogen, auch

Ihro

Ihro Kaiſerliche Majeſtät vermög des Friedensſchluſſes art. 16. §. quo caſu ut &c. gewiſſe Commiſſarios, welche beyderſeits vorzuſchlagen, darzu zu verordnen, und daß Sie ſolches alles zur Execution bringen ſollen, zu bevollmächtigen, erſucht werden.

Endlich hat man Gräflich-Naſſauiſchen Theils alle und jede Jura, Urtheil, Mandata, Paritorien, Kaiſerliche Reſcripten, wie auch was ſonſten die Gemeine Rechte und der Weſtphäliſche Friedensſchluß ihme zum Guten mit ſich bringen, auf die nicht erfolgende Ratification oder einige Contravention, per expreſſum vorbehalten, und ſoll im übrigen alles obiges beyderſeitiges ſtät, veſt und unverbrüchlich gehalten, deme in keine Weeg zuwider gehandelt, ſondern alles nach Buchſtäblichem Inhalt dieſes Receſs exequiret und zum Werk gerichtet werden, wie Sie ſelbiges bey Fürſtlichen und Gräflichen Ehren und Worten hiemit verſprechen und zuſagen, geſtalten auch bey dem, was dießfalls abgehandelt und geſchloſſen, von Kaiſerlicher Majeſtät und dem Reich beede Theile jezt und künftig kräftiglich gehandhabet werden ſollen, alles treulich und ohne Gefährde.

Deſſen zu Urkund iſt dieſer Receſs im Nahmen Ihrer Kaiſerlichen Majeſtät und des Reichs von des Kaiſerlichen Herrn Principal-Commiſſarii Hochfürſtlichen Gnaden und den Reichs-Deputirten, ſodann von beeden intereſſirten Theilen in triplo unterſchrieben und gefertiget, davon ein Exemplar bey der Reichs-Canzley deponirt, und die übrige erſtgedachten beyden intereſſirten Theilen einge-

händiget, auch darüber die nöthige Ratificationes von dato innerhalb vier Wochen ohnfehlbar einzubringen, und darauf in den nächſtfolgenden drey Wochen, vorgedachtermaſſen, die Reſtitution würklich zu vollziehen, verglichen und verſprochen worden.

So geſchehen zu Regenſpurg den neunten Tag Monaths Decembris des eintauſend ſechshundert und neun und ſechzigſten Jahre.

Marquardt, Biſchoff zu Eichſtädt. (L.S.)

Ch. Duc de Lorraine. (L.S.)

Franz Conradt von Stadion (L.S.)

Johannes, Graf zu Naſſau-Saarbrück (L.S.)

Auguſtin Strauch (L.S.)

J. Ludwig, Graf zu Naſſau-Saarbrücken.

Franciſc. Cammerlohe (L.S.)

Guſtav Adolf, G. z. N. S.

Georg von Snoilsky (L.S.)

Walrad, G. z. N. S.

Friedrich G. z. N. S.

Johann Georg Henrich L.S.

Chriſtoph Carl Wölker D. (L.S.)

No. 24.

Kapitulariſche Einwilligung in den Tauſchvertrag von 1766. d. d. 10. Dec. 1766.

Wir Abt, Prior und übrige Religioſen des Kloſters Wadgaſſen Praemonſtratenſer Ordens ſowohl

ſowohl Conventualen, als auſſer dem Cloſter mit der Seelen-Sorge beſchäftiget, und Capitelmäßig verſammelt, wozu wir auf die gewöhnliche Art berufen worden.

Nachdem wir benachrichtiget worden, daß vermöge des Wiener Tractats de anno 1738. zwiſchen Frankreich, dem Kaiſer und Reich in dem zweyten Artikel der Convention vom 28ten Auguſt 1766. der König von Frankreich und der Durchlauchtigſte Fürſt von Naſſau-Saarbrück, desgleichen auch ſeine Herren Agnaten, über gewiſſe Auswechſelungen ihrer Ländereyen, ſo wie ſie beyderſeitig am bequemſten gelegen, einig geworden, und worunter das Cloſter, und was von der Abtey Wadgaſſen, die am linken Ufer der Saar liegt, abhanget, begriffen, um unter die Bothmäßigkeit Seiner Allerchriſtlichſten Majeſtät zu kommen; hiernächſt auch uns kund geworden, daß Höchſterwehnte Seine Majeſtät die ſicherſten Maßregeln genommen, womit die Rechte, Beſitzungen, Privilegien, Prärogativen obbenannten Cloſters aufrecht erhalten würden; So ſind wir Endesunterſchriebene, nach reifer Ueberlegung des Nutzens und der aus dieſem Tauſch vor das Reich und Frankreich entſpringenden Wohlgelegenheit, und vermöge unſerer von jeher gegen Seine Kaiſerliche Majeſtät und das heilige Römiſche Reich erprobten Liebe, Treue und Verehrung; gleichwie ſolches getreuen Unterthanen zuſtehet, durch die von dem Allerchriſtl. Könige, und dem Hauſe Naſſau genom-

menen Maßregeln vor die Erhaltung unſerer obbenannten Privilegien beruhiget, und unter der Genehmigung Seiner Kaiſerlichen Majeſtät und des Reichs zufrieden, zum gemeinſchaftlichen Beſten uns unter die Bothmäßigkeit des Allerchriſtlichſten Königs zu begeben, als welchem wir die nemliche Proben von Reſpect, Liebe und Treue zu geben geſonnen, in der gewiſſen Hofnung, daß Seine Majeſtät geruhen werden, alle Rechte, Beſitzungen, Prärogativen des Cloſters Wadgaſſen aufrecht zu erhalten, gleich es dem, mit Seiner Durchlaucht dem Fürſten von Naſſau-Saarbrücken, geſchloſſenen Tractat, dem *Fundations*-Brief des Cloſters, denen Kaiſerlichen Cammergerichts-Urteln, auch denen zu verſchiedenen mit dem Hauſe Naſſau errichteten Verträgen und endlich unſerer bißherigen Beſitzung gemäß, nahmentlich aber die freye und canoniſche Wahl derer Aebte unſers Kloſters, welches zu keiner Zeit noch aus was vor einer Urſache es immer ſeyn möge, mit icht einer *Penſion* oder andern Auflage ſoll beläſtiget werden können.

Urkund deſſen unſerer Unterſchrifft. So geſchehen den 10ten Decembr. 1766.

F. M. Stein Abt von Wadgaſſen.
F. Johann Winterſtorf Prior.
Nahmens F. Johann Klein, Prior Conventual des Priorats Hagenau.
F. Johann Winterſtorf hiezu bevollmächtigt.
F. Chri-

F. Chriſtian Braſca.
F. Peter Steichen, Pfarrer zu Merten.
F. Peter Caren, Pfarrer zu Enzheim.
F. Moris, Procurator.
F. Johann Baptiſt Namour, Pfarrer zu Klein-Ebersweiler.
F. Joſeph Bruch, Pfarrer zu Berus.
F. Martin, Pfarrer zu Grosbliederſtorf.
F. Johann Anton Moris.
F. Dambrun, Pfarrer zu Saarquemines.
F. J. B. Duſa.
F. Ph. Verſchneider, Cellarius.
F. J. W. Hartlieb, Vicarius Praebendae zu Saarquemines.
Vor H. J. Koch, Pfarrer zu St. Johann in Saarbrück.
F. J. Coen, Primiſſarius zu Grosbliederſtorf.
F. C. Buſch, Vicarius zu Auersmacher ausdrücklich bevollmächtiget von
F. G. N. Hammet, Theologiae Profeſſor.
F. Eyd, Pfarrer zu Lieſtrof.
F. May, Pfarrer zu Quenevillers.
F. G. N. Hammet, Profeſſ. Theologiae.
F. J. B. Bordier, Pfarrer zu Villingen.
F. J. P. Herrmann.
F. J. B. Molitor, Pfarrer zu Oberkirch.
F. J. W. Türk.
F. Martin Rient, Pfarrer zu Schwalbach.
F. P. Marechall, Pfarrer zu Völkling.
F. P. M. Hermet, Adminiſtrator von Bouc.
Vor F. Dominicus Kallen, Geiſtlichen in der Prierrey Hagenau.
F. J. Winterſtorf hierzu mit Vollmacht verſehen.

F. Anton Müller, Circator.
F. Johann Peter Schmidt.
F. Johann Lutz.
F. Johann Meckel.
F. Heinrich Joſeph Wahl.
F. N. Joſeph Hildesheim.
F. J. A. Möller.
F. J. Steichen, Vicarius Berus.
F. N. Oberländer, Kirchendiener zu Felsberg.
F. J. P. Victor, Vicarius zu Valmont.
F. J. B. Clement, Vicarius zu Klein-Ebersweiler.
F. Daniel Wirig, Pfarrer zu Köllerthal.
F. N. Buttel.
F. J. B. Reiff, Pfarrer zu Heckenransbach durch ſeinen Bevollmächtigten.
F. B. Verſchneider, Cellarium.
Vor F. J. Krack, Pfarrer und Amtmann zu Merzig.
F. Michael Ziſch, Pfarrer zu Bretten.
F. Michael Georgen, Pfarrer zu Biting.
F. C. Filz, Vicarius zu Merzig.
F. P. H. Hocquay, Vicarius zu Merzig.
F. P. Streff, Kranken-Geiſtlicher zu Merzig ausdrücklich bevollmächtiget.
F. J. Winterstorf, Prior.
Vor F. J. Helbron, Vicarium Praebendae zu Saarquemines.
Vor F. M. Thill, Verwalter zu Enzheim. Auf ausdrückliche Vollmacht.
F. G. N. Hammet, Profeſſ. Theologiae.
F. N. Schlimm, Vicar. zu St. Johann in Saarbrück. Laut ſpecialen Gewalt.
F. M. Rient, Pfarrer zu Schwalbach.

No. 25.

Weitere Einwilligung der Anfangs abwesenden Kapitularen in den Tauschvertrag von 1766. dd. 9. Jan. 1767.

Wir Endesunterzeichnete Canonici Regulares Professi des Praemonstratenser Ordens der Abtey und Closters Wadgassen:

Nachdem wir dem Capitel, welches in obbesagtem Ort den 10ten December nuperi abgehalten worden, nicht beywohnen können, nun aber die freye Einwilligung sowohl abseiten unsers Herrn Abts, als der, der Communität selbsten, mit zu berathschlagen, wie nemlich nach Maasgabe eines zwischen dem allerchristlichsten König und dem durchlauchtigsten Fürsten von Nassau-Saarbrücken getroffenen Austausch-Tractats sich auf den Wienerischen Tractat de anno 1738. begründen und vermög dessen Seine Kayserliche und Allerchristlichste Majestät beyderseits zu derley Verträgen, wodurch der gemeinschafftliche Nutzen und die Wohlgelegenheit befördert wurden, die Freyheit gelassen, unsere ermeldete Abtey und Closter also, nebst allen andern darzu gehörigen Orten, so an dem linken Ufer des Saarflusses gelegen, von der Hoheit des Reichs in die Französische hinüber zu geben: einige von uns aber dem erwehnten Einwilligungs-Instrument, daß in ernanntem Capitul errichtet und unterzeichnet worden, nur durch Bevollmächtigte beygetretten

So erklären wir hiermit, daß nach reifer Erwegung der unſerer Abtey und Cloſter durch mehrgedachte Convention zuwachſende Vortheile und aus Antrieb der nemlichen Bewegungsgründe, die unſere Mitbrüder zu dieſem Einwilligungs-Inſtrument bewogen, nicht weniger aus eben demſelben Eifer, Proben unſerer Unterwerffung in die Willensmeynung Seiner Majeſtät des Kayſers und des Allerchriſtlichſten Königs abzulegen, wir dem oben ernannten Capitel-Schluß vom 10ten December nuperi. hiermit beygetretten, erklären, daß wir davon eine vollkommene Kenntniß haben, und in deſſen Gefolg zufrieden ſind, daß unſere Abtey und Cloſter Wadgaſſen ſamt allen dazu behörigen Ortſchafften, am linken Ufer der Saare gelegen; von der Hoheit des Reichs unter die Franzöſiſche übergehen mögen, jedoch unter denenjenigen Bedingungen, wie ſie in dem vielgedachten Capitel-Schluß ausgedrückt worden: hoffende anbey, daß Se. Allerchriſtlichſte Majeſtät bey Verſprechung Dero mächtigen Schuzes denjenigen Seiner Majeſtät des Kayſers und des Reichs beyzubehalten geruhen, auch unſere Abtey und Cloſter bey allen denenjenigen Rechten, Privilegien, Prärogativen, Freyheiten, die uns zuſtehen, erhalten werden, ſo, wie ſie zum Theil ſchon in dem *Tractat* vom 4ten Decembris nuperi angeführet ſind.

Urkund deſſen wir eigenhändig unterſchrieben.

Zu Saareguemines den 9. Jan. 1767.

Signirt:

Signirt:

F. J. Helbron, Vicarius praeb. zu Saareguemines, geſchehen zu Großbliederſtorff, den 10ten Jan. 1767. Gezeichnet: F. J. Coen, Pimitarius.

F. C. Buſch, reſidirender Vicarius zu Auersmachen, zu St. Johann in Saarbrücken an dem nehmlichen Tag.

F. Herrmann Joſeph Koch, Pfarrer.

F. N. Schlim, Vicarius des nehmlichen Kirchſpiels St. Johann zu Saarbrück.

Zu Comne den 11ten Jan. 1767.

F. A. Rhombius, Pfarrer.

Villingen den 11ten Jan. 1767.

F. J. N. Oberländer, Kirchendiener zu Felsberg.

Villingen den 12ten Jan. 1767.

F. J. Steichen, Pfarrer zu Büſten

Merzig den 13ten Jan. 1767.

F. Johann Kräck, Amtmann und Pfarrer zu Merzig.

F. M. Georgen, Vicarius.

F. Conrad Filz, Vicar.

F. J. H. P. Hocquay, Vicarius zu Merzig.

An eben dieſem Tag zu Wadgaſſen. Johann Peter Streif, bey meiner Rückkunft von Heimfeld.

Entzheim den 14ten Jan. 1767.

F. N. Ehler, Pfarrer zu Ommersheim.

F. M. Thill, Pfleger zu Entzheim.

Wir Joſeph Mathis, Königl. Rath und General-Commiſſarius zur Gräntz-Scheidung zwiſchen der Cron Franckreich und dem Reich, urkunden, daß gegenwärtige Abſchrifft ſeinem Original Wort vor Wort gleichſtimmig ſeye, zu deſſen Beglaubigung Wir unterſchrieben, durch den Secretarium der Commiſſion contreſigniren, auch unſer Pettſchafft unterdrucken laſſen. So geſchehen zu Bouquenom den 16ten Jan. 1767.

L. S.

Mathis mit pphe.

Höflinger mit pphe.

No. 26.

Schreiben an Kaiſer Joſeph den II des Herrn Fürſten zu Naſſau um Beſtätigung des Tauſchvertrags.

Allerdurchlauchtigſter, Großmächtigſter und Unüberwindlichſter Römiſcher Kayſer,

Allergnädigſter Kayſer und Herr!

Praeſ. 17. Merzen 1767. R. H. R.

Da ich bey keiner Gelegenheit zu verfehlen gedenke, meine Reichsſtändiſche Schuldigkeit zu bewähren, und auf das genaueſte allergehorſamſt zu befolgen, was gegen Ew. Kayſerl. Majeſtät meine Pflichten erheiſchen; So habe auch

als

als die zwiſchen der Crone Frankreich und dem Herzogthum Lotharingen eines- und meinem Fürſtlichen Hauſe anderntheils ſeit lange Jahren vorgewaltete Unterhandlungen, wegen Vertauſchung derjenigen Orten, welche ein und anderer Theil in dem Gebiet des andern eingeſchloſſen beſitzet, und wegen Beylegung vieler Gränz- und anderer Irrungen, näher zur Möglichkeit eines würklichen Ausgangs gediehen waren, durch meine Bevollmächtigte in Wien von dieſen Umſtänden die vorläufige allerunterthänigſte Anzeigen gebührend anbringen laſſen, und erſt auf die erhaltene mündliche Verſicherungen, daß Ew: ꝛc. den Vollzug ſothaner Austauſch- und Vergleichung, wann ſelbige dem H. Römiſchen Reich ohnſchädlich und meinem Hauſe erſprießlich befunden würden, allergnädigſt zu befördern, und durch die allerhöchſte Beſtättigung geltend zu machen, allermildeſt geneigt ſeyn, habe ich dem Geſchäfft den weitern Trieb gegeben, und bin endlich ſo glücklich geweſen, durch unendliche Bemühungen die Sache dahin zu bringen, daß würklich derjenige umſtändliche Verglich, wovon eine beglaubte Abſchrifft, nebſt deutſcher Ueberſetzung hiebey angebogen liegt, hat abgeſchloſſen werden können, wozu auch alle diejenige alte Verträge, Urkunden und Urtheile, auf welche der Vergleich einige Beziehung hat, zur allenfalſigen nähern Einſicht in Abſchrifft und mit den nöthigen Ueberſetzungen, nicht weniger einen das ganze Werk deutlich vorlegenden Riß der Lage aller in [illegible] Austauſch einſchlagenden Orten beygefügt hab[illegible]

Seit denen im Jahr 1736 zu Wien geſchloſſenen Friedenshandlungen iſt die Beſtrebung Kayſerl. Majeſtät dahin geſtellet geweſen, die verſchiedene Unrichtigkeiten der Gränzen zwiſchen dem Deutſchen Reiche und den Königl. Franzöſiſch- und Lotharingiſchen Landen auf eine ſolche beyderſeits annehmliche und beſtändige Weiſe zu erledigen, wodurch inskünftige allen Irrungen auf immer vorgebogen würde, und es hat beſonders das im Jahr 1740. an die allgemeine Reichsverſammlung ergangene allerhöchſte Kayſerliche Commiſſions-Decret den ganzen Umfang des Vortheils und der Wichtigkeit dieſer Abſicht bündigſt vor Augen geleget. Ob nun wohl die in der Folge entſtandene wichtigere Vorfälle im teutſchen Reich, welche die ganze Sorgfalt Kayſerlicher Majeſtät erfordert hatten, die erwünſchte Erledigung ſothanen wichtigen Geſchäffts aufgehalten: So habe ich doch, da meine Lande in einer beträchtlichen Weite an die Franzöſiſche und Lotharingiſche Staaten angrenzen, und deswegen viele Strittigkeiten immerfort vorgewaltet, auch verſchiedene meiner Ortſchafften in gedachten Landen eingeſchloſſen, und eben ſo Franzöſiſche und Lotharingiſche mitten in dem meinigen gelegen ſind, vorzügliche Urſache gehabt, das deswegen ſo hochnöthige Ausgleichungs-Geſchäfft nicht aus den Augen zu laſſen.

Es iſt daher von Seiten meines Fürſtlichen Hauſes, wie gleich Anfangs, ſo anhaltend weiter durch koſtbare Abſchickungen und alle ſonſt thunliche Wege immerfort gearbeitet worden, um die groſſe

groſſe Abſicht des teutſchen Reichs zu befördern, als beſonders die Naſſauiſche Lande gegen alle gefährliche Folgen ſicher zu ſtellen, immaſſen von Seiten des Herzogthums Lotharingen nicht nur noch allerley bedenkliche Anſprüche an mein Fürſtliches Hauß von ältern Zeiten her nachgeführet werden, ſondern auch daſſelbe ſogar ſich ſeit langen Jahren aus dem Beſitz beträchtlicher Ortſchafften, Renten und Gefällen entſetzet hat.

Ich ſelbſt habe deswegen öfftere beſchwerliche und koſtbare Reiſen an den Königlich-Franzöſiſchen Hof gethan, und mir dadurch den Weg gebahnet, Ihro Königl. Majeſtät in Frankreich die wahre Umſtände und meine gerechte Forderungen überzeugend vor Augen zu legen, wodurch dann endlich die ganze Sache in diejenige Auskunft gediehen, welche obangeregter Verglich des mehreren beſaget.

Zwar habe ich auf einige Anſprüche meines Hauſes Verzicht gethan, wie die Art. 2. 7. 25. 31. des Vergleichs ergeben; allein es ſind ſolches lauter ſolche Dinge, welche jemalen wieder in würkliche Uebung zu bringen nicht die entfernteſte Hofnung vorgewaltet, und ſie ſind alle durch die Königl. Franzöſiſcher Seits ebenfalls in Art. 27. 31. geſchehene Verzichte wohl erſetzet. Zudem iſt mir nach dem Art. 4. n. 4. Art. 17. und 20. die ohnentgeltliche Erſtattung anſehnlicher Orten, Gefällen und Unterthanen, welche weder im Weg Rechtens, noch ſonſten erzwingen zu können mir verſprechen durfte, bloß aus Liebe zur Billigkeit, welche Ihro Königl. Majeſtät in Frankreich mich vorzüglich em-

empfinden lassen wollen, großmüthigst willfahret worden.

Ew. ꝛc. geruhen hieraus allergnädigst zu ermessen, wie durch mehrbesagten Vergleich selbsten das Beste des H. R. Reichs befördert, selbiges mit denen ohne Berechnung mir verwilligten Land und Leuten vermehret, und ein Theil der grossen Absicht des Reichs-Grenzen richtig zu stellen, in Ansehung meiner Lande dadurch erreichet worden.

Daß meinem Fürstl. Hauß besonders eine große Beruhigung vor gegenwärtige und künftige Zeiten durch die Sache verschaffet seye und ein würklicher beträchtlicher Vortheil zugegangen, zeigt der Innhalt des Vergleichs auf allen Seiten und vielleicht würde in folgenden Zeiten, wo meine Nachfolger den guten Eingang am Königl. Franzöſischen Hof nicht gehabt, unmöglich worden seyn, es so weit bringen zu können, und doch hätte endlich eine Auskunft, so schlecht sie auch gewesen wäre, getroffen werden müssen. Dann es ist allzubedenklich vor einen minder mächtigen Stand, mit einer überwiegenden hohen Macht in Gemeinschaft und Streitigkeiten zu bleiben, welche täglich lästiger und beschwerlicher zu werden pflegen. In dieser Betrachtung haben auch meine Fürstliche Agnaten, meines Herrn Brudern, Fürsten zu Ussingen Löden, und Herrn Vettern Fürsten zu Weilburg Lden keinen Anstand gefunden, ihre Genehmigung sogleich zu ertheilen, und derselben angebogene Schreiben zeigen deutlich, daß Sie meine Bemühung als sehr ersprießlich

ſprießlich und den guten Erfolg vor mein Fürſtl. Hauß ſehr vortheilhaft erkennen und berühmen. Selbſten des Herrn Erb-Statthalters Prinzen von Oranien Lbden hat eben ſo, wie ſchon vorhin deſſen Vormund des Herrn Herzogs von Braunſchweig Lbden, nach ihren anliegenden Antwort-Schreiben den mindeſten Einwand nicht dargegen, ob Sie wohl wegen einer vermeintlichen gänzlichen Abſonderung des Fürſtl. Oraniſchen Hauſes an der Sache keinen Theil zu haben glauben, und deswegen eine förmliche agnatiſche Genehmung abgelehnet.

In Anſehung der beyderſeits gegeneinander im Tauſch übergehenden Unterthanen, welche der Catholiſchen Religion zugethan ſind, iſt ebenfalls der mindeſte Anſtand nicht vorhanden, und es wird die Anzahl der zu der Oberrheiniſchen Kreiſes-Schuldigkeit verbundener Orten nunmehro vermehret, mithin iſt auch in dieſem Betracht des Reichs Beſte würklich befördert. Auch wegen des meiner Landes-Hoheit untergeworfenen Prämonſtratenſer-Cloſters Wadgaſſen habe ich ſolche Vorſehung gethan, daß, wie der Art. 22. beſaget, daſſelbe an irgend einem ſeiner Rechten den mindeſten Abbruch nicht erleidet, vielmehr auf das Beſte deshalb verſichert iſt, wie denn auch daſſelbe ſeine freywillige Einwilligung hierzu bereits würklich ertheilet hat. Da nun die Wohlfahrt des H. R. Reichs durch oftерwehnten Austauſch und Vergleich in der That befördert und ein glücklicher und beträchtlicher Anfang des ſo hochwich-

wichtigen Geschäffts der Berichtigung der Grenzen gegen Frankreich und Lotharingen dadurch gemacht, meines Hauses Vortheil offenbahr gegründet, und niemand irgend ein Abgang dadurch zugezogen, sondern auch alle Rechte eines jeden Dritten vorsorglich gewahret werden, mithin die Sache gemeinnützig und niemand schädlich ist: So verhoffe ich ganz zuversichtlich, Euer ꝛc. werden die glückliche Endigung mir und meinem Fürstlichen Hause in allerhöchsten Gnaden vergönnen, und meine auch vor des Reichs Beste geschehene Bemühungen allergnädigst gerne vernehmen, sofort Dero Allerhöchstes Reichsväterl. Wohlgefallen über mein Gesetzmäßiges und allenthalben die Pflichten eines getreuesten Reichsstandes erfüllenden Betragens durch bald gnädigst beliebige Genehmigung desselben zu erkennen zu geben, auch selbiges durch ein Kayserliches Allerhöchstes Commissions-Decret der allgemeinen Reichsversammlung bekannt zu machen, sofort dadurch des gesammten Reichs ebenmäßige Bewilligung zu bewirken allermildest geruhen, wie ich dann hierum allerunterthänigst angelegentlichst bitte, und mich dieser höchsten Gnade durch treugehorsamste Aufopferung aller meiner Kräften zu Euer ꝛc. und des Reichs Ehre und Diensten, und durch unverbrüchliche Erfüllung meiner Reichsständischen Schuldigkeiten würdig zu machen, mich äusserst befleissigen, und in allertiefster Unterwerfung und Verehrung bis an mein End beharren werde ꝛc. ꝛc.

Saarbrücken den 17ten Januarii 1767.

No.

No. 27.

Kayſerlich allergnädigſtes Commiſſions-Decret an eine hochlöblich-allgemeine Reichsverſammlung zu Regenſpurg de dato 4. Novembris 1767. die Abtrettung und Umtauſchung einiger Lande zwiſchen der Krone Frankreich und dem Fürſtl. Hauß Naſſau-Saarbrücken betreffend.

Von der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät Joſeph des Andern, Unſers allergnädigſten Herrn Herrn wegen, laſſen der Höchſtanſehnliche Kayſerl. Principal-Commiſſarius, Herr Alexander Ferdinand, des Heil. Römiſchen Reichs Fürſt zu Thurn und Taxis, Graf zu Valſaſina, Freyherr zu Imbden, Herr der freyen Reichsherrſchaft Eglingen und Oſterhofen, auch deren Herrſchaften Demmingen, Marck-Tiſchingen, Trugenhofen, Balmershofen, Duttenſtein, Wolferthem, Raßum und Menſeghem ꝛc. ꝛc. der ſouverainen Provinz Hennegau Erbmarſchall, Ritter des goldenen Vließes, beyder Römiſch-Kayſerlichen Kayſerlichen Majeſt. Majeſtät würklicher geheimer Rath, wie auch Erb-General- und Obriſt-Poſtmeiſter im Heil. Röm. Reich, Burgund und denen Niederlanden, ꝛc. ꝛc. denen anweſenden vortreflichen Räthen, Bottſchafften und Geſandten ohnverhalten: Es ſeye bey Ihro Römiſch-Kayſerl. Majeſtät von dem Herrn Fürſten Wilhelm zu Naſſau-Saarbrücken die allerunterthänigſte Anzeige geſchehen, welchergſtalten zwiſchen der Crone Franckreic

und Ihm jene Irrunge gütlich verglichen worden, welche in ſeinen denen Franzöſiſchen und Lothringiſchen Gränzen anliegenden, der Kayſerl. Reichs-Bothmäßigkeit zuſtändigen Landen viele Jahre lang unerörtert gehangen und zu mannigfaltig mißfälligen Zwiſtigkeiten den beſtändigen Anlaß gegeben haben, darüber dann nunmehro ein ordentlicher Vertrag errichtet, von beyden ratificiret, von denen Fürſtlich-Naſſauiſchen Agnaten begnehmiget, auch von dem darunter mitbetroffenen Kloſter Wadgaſſen feyerlich eingewilliget ſeye, wie von allem deme die nebengehende Abſchriften deren Fürſtlich-Naſſauiſchen Schreiben Nro. 1. und deme angefügter Haupt-Convention ſamt ihren Unterlagen Nro. 2. ſodann deren Fürſtlichen Agnatiſchen Einwilligungen Nro. 3. 4, 5. ſamt des Abten und ſämtlichen Ordensgeiſtlichen des Kloſters Wadgaſſen ausgeſtellten Erklärungen Nor. 6. 7. 8. des mehreren enthalten.

Nachdem nun Ihro Kayſerliche Majeſtät reiflich erwogen, wie dieſe nehmliche Irrungen allbereits in denen mit der Cron Frankreich anno 1736. errichteten, und von Churfürſten, Fürſten und Ständen mitbeliebten Tractaten und zur baldigen Erledigung, als eine zum Ruheſtand des deutſchen Reichs höchſtnöthige und heilſame Sache verwieſen worden, anbey derſelben nunmehr erfolgte Vollendung dieſen Endzweck für daſige Gegend und Fürſtl. Naſſau-Saarbrückiſche Landen habe: So hätten Ihro Römiſch-Kayſerliche Majeſtät nach annebſt in Anſehung des-

aus

aus des Kayſerl. Reichs Herrlichkeit in die Königl. Franzöſiſche Bottmäßigkeit übergehenden Kloſters Wadgaſſen von der Cron Frankreich die billigmäßige Zuſage in Nro. 9. erwürcket, daß deutſche Reichs-Unterthanen von der Aufnahm in daſſelbe nicht ausgeſchloſſen ſeyn ſollen, über das dann auch Allerhöchſtgedacht Ihro Kayſerlichen Majeſtät angelegen geweſen, wegen deren in denen Fürſtl. Naſſau-Saarbrückiſchen Landen begriffenen Reichs-Lehen-Stücken, den durch Uebergehung etlicher Oerter zur Cron Frankreich entſtandenen Abgang hinwiederum in denen Theilen und Oertern, welche aus dem Königl. Franzöſiſchen in das Fürſtl. Naſſauiſche und dadurch in das Reichs-Gebiet gelangen, erſetzen zu laſſen, als darzu der Herr Fürſt in der Anlag Nro. 10. ſich anheiſchig gemacht, (a) und ſolches fürohin denen Kayſerlichen Reichs-Lehen-Briefen deren Fürſten von Naſſau einzuverleiben der gebührende Bedacht werde genommen werden.

(a) Dieſes iſt den 19. Junius 1767. durch eine von dem Herrn Fürſten Wilhelm zu Naſſau Saarbrücken noch beſonders ausgeſtellte Zuſicherung geſchehen. Ob dieſe Bedingniß der Kayſerlichen und Reichs-Genehmigung nachher in Erfüllung gekommen ſey, iſt der Abtei unbekannt.

Solchemnach wollten Ihro Römiſch-Kayſerliche Majeſtät alles dieſes Churfürſten, Fürſten und Ständen hiemit ſowohl nachrichtlich mittheilen als auch ſo viel es darunter die darmit begriffene Veränderung deren Gränzen des Heil. Röm. Reichs deutſcher Nation betrifft, von Deroſelben.

mittels eines deshalb erwartenden Reichs-Gutachtens Ihre Mein- und Entheissung vernehmen, damit Allerhöchstdieselbe demnächst durch ihren Kayserl. Beytritt und Bestättigung zur gänzlichen Beruhigung deren sämtlichen daran befangener Theilhabere die vollkommene Rechtskraft angedeyhen lassen können. Wormit des höchstansehnlichen Kayserlichen Principal-Commissarii Hochfürstliche Gnaden Denenselben mit freundlichen, auch geneigten und gnädigen Willen wohl zugethan verbleiben. Signatum Regensburg den vierten Novembris ann. Siebenzehenhundert, Sieben und Sechzig.

L.S. Alexander,
Fürst von Thurn und Taxis.

No. 28.

An Ihro Römisch-Kayserliche Majestät allerunterthänigstes Reichsgutachten, de dato Regensburg den 1ten Februarii 1768., die Abtrettung und Umtauschung einiger Lande, zwischen der Crone Frankreich und dem Fürstl. Hause Nassau-Saarbrücken betreffend.

Dictatum Ratisbonae d. 3. Februar. 1768. per Moguntinum.

Ihro Römisch-Kayserlichen Majestät Unsers allergnädigsten Herrn zu gegenwärtiger Reichsversammlung bevollmächtigten höchstansehnlichen Principal-Commissarii Herrn Alexander Ferdinand, Fürsten von Thurn und Taxis ꝛc. ꝛc. Hochfürstlichen

lichen Gnaden, bleibt hiermit im Namen Churfürſten, Fürſten und Ständen des Reichs gebührend ohnverhalten.

Als man in allen dreyen Reichs-Collegiis das den 23ten Nov. lezverfloſſenen Jahres zur Reichs-Dictatur gebrachte, die zwiſchen der Crone Frankreich und dem Fürſtlichen Hauße Naſſau-Saarbrücken behandelte Länder-Vertauſchung und beyderſeitige Gränzen-Berichtigung betreffende allergnädigſte Kayſerl. Commiſſions-Decret in ordentliche Propoſition geſtellt, und in Erwegung gezogen, wie nicht nur hierüber die Begnehmigung der Fürſtl. Naſſauiſchen Agnaten und feyerliche Einwilligung des in ſothanem Vertauſch mitbegriffenen Kloſters Wadgaſſen erfolget, ſondern auch übrigens durch preißwürdigſt-Kayſerliche Sorgfalt beſonders in Anſehung der Kayſerl. und Reichs-Lehenherrlichkeit allſchon die nöthige Vorſehung beſchehen ſeye.

So iſt bey ſo bewandten Umſtänden davor gehalten und beſchloſſen worden: Es gebühre allvorderſt Ihro Röm. Kayſerl. Majeſt. für die in Sachen beliebte Reichsväterliche Verwendung der allergehorſamſte verehrungsvolle Danck, und wäre in ſolcher Maas, nemlich mit Vorbehalt der zu erſezen kommenden Reichs-Lehen-Stücke und unverminderter Erhaltung des Fürſtlich-Naſſau-Saarbrückiſchen *Matricular*-Anſchlags, der angeſuchte Reichs-Conſens mittelſt Erſtattung eines Reichs-Gutachtens, wie hiermit beſchiehet, unbedencklich zu ertheilen; folglich Ihro Römiſch-Kayſerl. Majeſtät, auch allerunter-

unterthänigſt zu erbitten, durch Reichs-Oberhauptliche Beſtättigung dieſem Umtauſch- und Gränzen-Beſtimmungs-Geſchäfte, ſeine volle Kraft und Verbindlichkeit beylegen zu wollen.

Womit des Kayſerlichen Herrn Principal-Commiſſarii Hochfürſtl. Gnaden der Churfürſten, Fürſten und Stände des Reichs anweſende Räthe, Bottſchafter und Geſandte ſich beſten Fleiſſes und gezimend empfehlen. Signatum Regensburg den 1. Februarii 1768.

(L.S.)

No. 29.

Kayſerlich-Allergnädigſtes Commiſſions-Ratifications-Decret an Eine Hochlöblich-allgemeine Reichs-Verſammlung zu Regensburg, de dato 15. Februarii 1768., die Abtrettung und Umtauſchung einiger Lande, zwiſchen der Crone Frankreich und dem Fürſtl. Hauß Naſſau-Saarbrücken betreffend.

Dictatum Ratisbonae d. 18. Febr. 1768.

Von der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät Joſeph des Zweyten, unſers allergnädigſten Herrn Herrn wegen, laſſen der Hochanſehnliche Kayſerl. Principal-Commiſſarius, Herr Alexander Ferdinand, des Heil. Röm. Reichs Fürſt zu Thurn und Taxis, Graf zu Valſaſina, Freyherr zu Imbden,

den, Herr der freyen Reichs-Herrſchafft Eglingen und Oſterhofen, auch deren Herrſchafften Demmingen, Marck-Tiſchingen, Trugenhofen, Balmershofen, Duttenſtein, Wolfertheim, Roßau und Menſeghem ꝛc. ꝛc. der ſouverainen Provintz Hennegau Erb-Marſchall, Ritter des goldenen Vlieſſes, beyder Römiſch Kayſerlichen Kayſerlichen Majeſtät Majeſtät, würklicher Geheimer Rath, wie auch Erb-General- und Obriſt-Poſtmeiſter im Heil. Römiſchen Reich, Burgund und denen Niederlanden ꝛc. ꝛc. denen anweſenden fürtreflichen Räthen, Bottſchafftern und Geſandten ohnverhalten: Ihre Römiſch-Kayſerliche Majeſtät hätten aus dem von Churfürſten, Fürſten und Ständen unterm erſten dieſes erſtatteten allergehorſamſten Gutachten vergnüglich vernommen, wie von denenſelben auf das am 23. Nov. abgewichenen Jahrs dictirte allergnädigſte Kayſerl. Commiſſions-Decret wegen des zwiſchen der Crone Frankreich und dem Fürſtlich-Naſſau-Saarbrückiſchen Hauß errichteten Länder-Austauſch, und Gränz-Vergleichs, wodurch die Reichs-Gränzen einige Abänderung erlanget, die von Allerhöchſt-Ihro beliebte Reichsväterliche Verwendung danckbarlich erkennet, und nach ſolcher in voraus getroffener Kayſerl. Vorſorg, auch unter dem weitern Vorbehalt der unverminderten Erhaltung deß Fürſtl. Naſſau-Saarbrückiſchen Matricular-Anſchlags davor gehalten werde, daß über ſothanen Vergleich der Reichs-Conſens zu ertheilen wäre, dahero Ihro Römiſch-Kayſerl. Majeſtät allerunterthänigſt erbetten würden, durch Reichs-Oberhauptliche Beſtättigung

dieſem Umtauſch- und Grnzen-Beſtimmungs-Geſchäffte ſeine volle Kraft und Verbindlichkeit beylegen zu wollen; Ihr Römiſch-Kayſerl. Majeſtät konnten darauf nicht umhin, über dieſes deren Churfürſten, Fürſten und Ständen zur Ruhe und guten Ordnung des Vaterlandes, auch zum Beſten des Fürſtlich-Naſſau-Saarbrückiſchen Hauſes gereichendes beyfällige Reichs-Gutachten und erſtattete willfährige Wohlmeinung forderſamſt Ihre Kayſerliche Zufriedenheit zu bezeugen, ſonach in gleicher Maas mehrerwehnten Vergleich Ihres Allerhöchſten Orts Oberhauptlich zu beſtättigen und zu begnehmigen, auch von tragenden Kayſerlichen Amts wegen dem Fürſtlich-Naſſau-Saarbrückiſchen Hauß Ihre Kayſerliche, von Churfürſten, Fürſten und Ständen begehrte Bekräftigung allergnädigſt zu ertheilen.

Womit des höchſtanſehnlichen Kayſerl. Principal-Commiſſarii Hochfürſtliche Gnaden Denenſelben mit freundlichen, auch geneigten und gnädigen Willen wohl zugethan verbleiben. Signatum Regensburg den 15ten Febr. 1768.

L. S.

Alexander, Fürſt von Thurn und Taxis.

No. 30.

Lettres patentes du Roi, qui uniſſent l'Abbaye de Vadgaſſe, Ordre des Chanoines-Prémontrés et ſon Territoire, au reſſort de la Cour Souveraine de Lorraine.

Données à Compiégne au moïs d'Août mil ſept cent ſoixante-neuf.

LOUIS, par la grace de Dieu, Roi de France et de Navarre, à tous préſens et à venir, Salut. Par la Convention générale et définitive d'échange conclue le quinze Février mil ſept cent ſoixante ſix, entre Nous et feu notre très-cher et bien amé Couſin le Prince de Naſſau-Saarbruck, les Abbé, Prieur et Religieux de l'Abbaye de Vadgaſſe ont eu le double avantage de paſſer ſous notre obéiſſance et de récevoir de Nous la confirmation ſolemnelle de tous les Droits, Immunités et Privilèges acquis à leur Abbayé. Inſtruits que Nous ſommes qu'ils répondent à cette marque de notre protection, par tous les ſentimens de zèle et d'attachement, qui caractériſent nos anciens Sujets, *Nous avons réſolu d'aſſurer de plus en plus le maintien de leur Conſtitution préſente*, en même tems que Nous les attacherons, *ainſi que les poſſeſſions et les Juſticiables qu'ils ont ſous notre Domination au reſſort de la Lorraine*; en voulant faire connoître nos intentions à ce ſujet; A ces cauſes, et autres à ce Nous mouvant, de l'avis de notre Conſeil, et de notre certaine Science, pleine

Puiſſance et Autorité Royale, *Nous avons*, entant que de beſoin, *confirmé et maintenu*, et par ces préſentes ſignées de notre main, *confirmons et maintenons les Abbé, Prieur et Religieux de l'Abbaye de Vadgaſſe*, enſemble leurs ſucceſſeurs, *dans tous les Droits de Juſtice et de Grurie qui appartiennent à ladite Abbaye ſur les Villages de Haſtembach, Schaffauſen, Verbel, Cenſe de Sponrck, partie de la Foret de Warnd*, conſiſtant en quince cens arpens, et précédemment cédée à ladite Abbaye par le Prince de Naſſau-Saarbruck, à titre d'échange, *et territoires en dépendans.* Ordonnons en conſéquence, que *pour l'exercice de la Juſtice et de la Grurie, ils nommeront*, ſi fait n'a été, *les Officiers néceſſaires*, et ayant les qualités réquiſes, *notamment un Juge, lequel aura le titre de Bailli, et que les appels, qui pourront être interjettés des Sentences, qu'il rendra, reſſortiront nûment à l'avenir en notre Cour Souveraine de Lorraine. Voulons* au ſurplus, *que conformément à l'Article XXII. de ladite Convention générale et définitive d'échange. l'Abbaye de Vadgaſſe jouiſſe pleinement et ſans troubles de tous les Droits, Privilèges, Franchiſes, Immunités et Libertés généralement quelconques, qui lui appartiennent, tant en vertu des Conventions et Transactions paſſées entre'elle et la Maiſſon de Naſſau*, et notamment de celles de mil ſept cent vingt-neuf et mil ſept cent cinquant-neuf *qu'en vertu de Jugemens et d'Arrêts de la Chambre Imperiale de Wetzlar, de même qu'elle en a précédement joui au dit jouir*; qu'en conſequence *elle*

ait

dit et conſerve à perpétuité la libre élection de ſes Abbés en la forme accoutumée, enſorte qu'il ne ſoit rien changé à la conſtitution préſente ni aux Prérogatives et Poſſeſſions généralement quelconques de la dite Abbaye.

Si donnons en mandement à nos amés et féaux Conſeillers les Gens tenant notre Cour Souveraine de Lorraine et Barrois ſéant à Nancy, que ces preſentes ils ayent à faire régiſtrer, même en tems de vacations, et du contenu en icelles faire jouïr en uſer les Abbé, Prieur et Religieux de ladite Abbaye de Vadgaſſe, enſemble leurs ſucceſſeurs, pleinement paiſiblement et perpétuellement, ceſſant et faiſant ceſſer tous troubles et empêchemens, et nonobſtant toutes choſes à ce contraires: Car tel eſt notre plaiſir. Et afin que ce ſoit choſe ferme et ſtable à toujours, Nous avons fait mettre notre ſcel à cesdites préſentes.

Signé. LOUIS.

PAR LE ROI.

LE DUC DE CHOISEUL. *Viſa*

DE MAUPEOU.

En exécution de l'Arrêt de la Cour Souveraine de cejourdhui, les preſentes Lettres Patentes ont été régiſtrées par le Greffier en ladite Cour, ſouſſigné. Nancy, le neuf Septembre mil ſept cent ſoixante neuf.

Signé, BALTHASAR.

EXTRAIT

EXTRAIT

des Regiſtres du Greffe de la Cour Souveraine de Lorraine et Barrois.

Du neuf Septembre mil ſept cent ſoixante-neuf.

Vu par la Cour le Réquiſitoire à Elle préſenté par le Procureur-Général du Roi, contenant, que par Lettres-Patentes données à Compiègne au mois d'Août dernier, il a plu à Sa Majeſté unir au reſſort de la Cour l'Abbaye de Vadgaſſe et ſon Territoire, ainſi qu'il eſt plus au long porté par les dites Lettres, à l'enrégiſtrement desquelles étant néceſſaire de pourvoir.

A ces cauſes il auroit requis être ordonné, que les Lettres-Patentes dont il s'agit ſeront régiſtrées au Greffe de la Cour, pour être ſuivies et exécutées ſelon leur forme et teneur, et y avoir recours le cas échéant; qu'elles ſeront regiſtrées pareillement au Greffe de la Juſtice et Grurie de l'abbaye de Vadgaſſe et de ſon Territoire, de quoi le Procureur-Fiſcal ſera tenu de certifier dans quinzaine; ordonné en outre qu'elles ſeront imprimées et affichées partout où beſoin ſera: Ledit Réquiſitoire ſigné Marcol. Vû auſſi leſdites Lettres-Patentes; ouï le raport de M. de Millet de Chevers, Conſeiller: Tout conſidéré.

La Cour, les Chambres aſſemblées, Ordonne que les Lettres-Patentes dont il s'agit ſeront régiſtrées en ſes Greffes, pour être ſuivies et exécutées ſelon leur forme et teneur,

et

et y avoir recours le cas échéant ; qu'elles ſeront pareillement régiſtrées au Greffe de la Juſtice et Grurie de l'Abbaye de Vadgaſſe et de ſon Territoire, de quoi le Procureur-Fiſcal ſera tenu de certifier la Cour dans la quinzaine ; Ordonne en outre qu'elles ſeront imprimées et affichées partout où beſoin ſera. Fait à Nancy, en la Cour Souveraine, les Chambres aſſemblées, le neuf Septembre mil ſept cent ſoixante-neuf.

PAR LA COUR,

Signé, Balthaſar.

No. 31.

Procés verbal de proteſtation ſur l'invaſion faite à force armée à l'abbaye de Vadgaſſe par les membres compoſant le directoire du Diſtrict de Saare-Louis le 21. Septembre 1790. et jours ſuivants.

L'an mil ſept cents quatre vingt dix le vingt quatrieme jour du mois de Septembre quatre heures de relevée, les Sieurs Abbé, Prieur, Procureur et Depenſier de l'abbaye de Vadgaſſe, *jouiſſans aujourd'hui de leur liberté, ſe croyans obligés en ame et conſcience de proteſter, comme en effet ils proteſtent, contre tout ce qui a été fait à la dite abbaye le vingt un Septembre* du preſent mois *par les membres, qui compoſent le Directoire du Diſtrict de Saarlouis* préſidés dans l'Expédition par Mr. le Procureur Sindic.

1. Par-

1. Parceque *l'aſſentiment donné au procés verbal etoit forcé, le Diſtrict s'etant preſenté avec une force militaire compoſée de troupes* de ligne, et des gardes nationales, *auxquelles arrivées on a diſtribué de cartouches à balles*, dans la Cour de la dite abbaye, ou les dites troupes s'etoient deja formées en Bataillon quarré: que *la moindre reſiſtance, qu'auroient pû faire les Sieurs Abbé, Prieur, Procureur et depenſier, les eut expoſés aux Evenements les plus cruels*, et par ſuite toute la maiſon.

2. Parceque Meſſieurs du à Diſtrict *n'ont* pas jugé à propos *d'inſérer dans leur proces verbal, que le Sieur Procureur de l'abbaye s'etoit rendu* dans la matinée du meme jour vingt un auprés du directoire pour lui repreſenter, que *l'abbaye* de Wadgaſſe *etoit en inſtance pour obtenir ſa conſervation, et le maintient de ſes titres, droits, et Priviléges*, que l'aſſemblée nationale avoit renvoyé ſon memoire au Pouvoir Executif pour y etre Statué avec ceux fournis par les Princes et Seigneurs etrangers; que la municipalité de Saarelouis s'etoit deja preſenté conformement aux Decrets de l'aſſemblée Nationale, et que ſur ſes repreſentations, elle avoit cru de ſa ſageſſe et de ſa juſtice de ſe retirer, en attendant la reponſe de ſon procés verbal envoyé à la dite aſſemblée nationale.

3. Parcequ'ils ſe ſont refuſés de mentionner dans leur acte la priére, que leur a faite le dit Sieur Procureur de ſuſpendre toutes demarches juaqu'à ce que l'aſſemblée Nationale ait

defi-

definivement prononcés ſur la maiſon de l'abbaye de Wadgaſſe, ou au moins de ne pas s'y rendre avec l'appareil militaire qui etoit deja en marche, et de rapeller ces troupes autant dangereuſes, qu'inutiles, *qui lui-meme Sieur Procureur venoit* a ſon entrée a Saarelouis *d'etre aſſailli par une multitude conſiderable de perſonnes, qui l'ont invectivé, menacé, et conduit par des huées.*

4. Enfin parceque le diſtrict n'a point voulu recevoir la demande poſitive que lui ont faite le Sieurs Abbé, Prieur et Procureur de relater dans leur procés verbal leur proteſtations formelles contre tout ce qui s'opéroit et qui ſe pratiquoit au prejudice de droits des leur maiſon, ainſi que l'on a demandé d'y inſerer auſſi, que *ce Conſentement des dits Sieurs Abbé, Prieur et Procureur etoit l'effet de la force phyſique*, qu'on paraiſſoit vouloir deployer contre la maiſon, et non pas celui de leur reflexion, ni perſuaſion, comme ils l'ont malignement rapporté dans leur procés verbal.

Pourquoi *nous* Abbé, Prieur, Procureur, et depenſier de l'abbaye de Wadgaſſe *avons proteſté et proteſtons contre la demarche violente et vexatoire exercée le vingt un du preſent mois et jours ſuivans* dans la dite maiſon jusqu'aujourdhuir vingt quatre, au mépris des droits inconteſtables de l'abbaye fondés ſur un traité public et garanti par la France, l'Empereur, et l'Empire.

Decla-

Declarons, que c'eſt a tort, que le Directoire du Diſtrict a enviſage nos juſtes reclamations comme un refus a l'execution des decrets de l'aſſemblée Nationale, voulant au contraire conſigner par ecrit nos Sentimens reſpectueux pour ſes operations, dont la juſtice a deja fait renvoyer nos repreſentations au Pouvoir Executif: La Confiance que nous mettons dans la Sageſſe et ſon Equité, notre reſpect pour les deciſions du Pouvoir Executif, et les deliberations des departements, qui font dans un moment de peines toute notre Conſolation, et l'espoir, de l'abbaye, avons redigé et ſigné la preſente proteſtation, par la quelle *nous declarons de nouveau, perſiſter et ſolliciter à ce que conformement à notre traité garanti*, comme dit eſt cideſſus, *il ne ſoit porté aucune atteinte a nos droits, Priviléges, immunités*, et à la jouiſſance des proprietés de l'abbaye, fait a Wadgaſſe ledit jour vingt quatre Septembre cideſſus.

Reiſs, Prieur. F. Bordier, Abbé.

Fr. Schmidt, Procureur.

No. 32.

Notarialzeugnis über die Kurtrieriſche eventuelle Beſitzergreifung der Wadgaſſiſchen Probſtey zu Merzig.

Auf Anſuchen ſeiner Ehrwürden Herrn Wolfgang Hartlieb O. S. N. aus der Abtey Wadegaſſen würcklichen Probſten und Paſtoren dahier zu Merzig beurkunde ich endesgefügter, daß hieſig churfürſtlicher Herr Amtsverwalter *Artois*, ſich am 30ten Merz abhin in hieſige Probſtey oder Pfarhauß begeben, um in Gemäßheit gnädigſten Regierungsbefehls eine eventuale *Poſſeſſion* über die Probſtey, und die von derſelben abhangende Güter, Renten und Gefälle zu nehmen, und daß, nachdem der actus ſumendae poſſeſſionis in der Pfarrhaußſtuben protocolliret geweſen, geſagter Hr. Probſt und Paſtor herwieder unter anderen, auß der Urſach proteſtiret habe, weilen

1) es von der franzöſiſchen aſſemblée Nationale noch in ſpecie nicht entſchieden, daß die Abtey Wadegaſſen ſolle, gleich übrigen franzöſiſchen Klöſtern, umgeſchmoltzen, oder aufgehoben werden, und weilen

2) wann dieſes auch gegen Verhoffen geſchehen ſollte, die Abtey ſich auch ſchon würcklich an die Kayſerliche Kammer zu Wetzlar ſupplicando verwendet, womit ſie in dieſem Fall bey dem Beſitz ihrer in dem heiligen

römischen Reich liegenden Güter gehandhabet werden mögte; dann weilen

3) die zu der hiesigen Probstey gehörige, in der Pfarrey gelegene Güter, Renten und Gefälle von ohndenklichen Zeiten dergestalten von einem zeitlichen Pastoren zu seiner Außkunft bezogen und benutzet worden, alß wann sie der Pfarrey incorporiret, indem ein zeitlicher Pastor und Probst der Abtey nimmer weder von der Probstey, weniger von der Pfarrey Einkommens das mindeste verabgabet, oder verrechnet hette ꝛc. worauf das Protocoll geschlossen, und höchsten Orths eingesendet worden: daß nun all vorstehendes wahr, attestire ich als ein bey dieser Handlung adhibirt gewesener Zeug und sub fide Notariali. Geben Mertzig den 14ten Junii 1790.

L. F. Duntz,
Statt-schreib. und Notarius.

No. 33.

Churtrierscher Generalbefehl an die Beamte wegen Einziehung der in seinen Landen liegenden Güter, welche den in Frankreich aufgehobenen Klöstern zugehören.

Von wegen Sr. Kurfürstl. Durchlaucht zu Trier ꝛc.

Sämtlichen Aemtern und Stadtgerichten anzufügen:

Nachdem Höchstdieselbe in Betref derer in Frankreich nach der neuen Constitution aufgehoben

wer-

werdende Klöster, Stifter und sonstiger geistlicher Körper die höchste Entschliesung dahin genommen haben, daß die einem solchen geistlichen Körper etwa zustehende, in dem Erzstift gelegene Güter von jedem betreffenden Beamten, so bald ihm von der vollzogenen Aufhebung die verläßige Nachricht zugegangen seyn würde, also gleich als *Bona vacantia* in Besitz genommen werden sollen, ohne jedoch den Titel von dem Besitz vorher bekannt zu machen; (a) so hätten sich dieselbe in Betref der bereits wirklich aufgehobenen Benedictiner Abtey zu Busendorf, und des Frauen-Closters zu Frauenlautern sowohl, als jener die noch in Zukunft ebenfals aufgehoben werden würden, hiernach zu bemessen. Koblenz den 4ten Jenner 1791.

Ex Mandato J. C. Schaeffer.

(a) Der anmaßliche Besitzergreifungs-Titel wird ja hier deutlich angezeigt; es kömmt aber dabey auf folgende Rechtsfragen an:

1) Ob (wenn die durch den Tauschvertrag von 1766. mit gewissen, von Kaiser und Reich, und selbst von der Krone Frankreich garantirten Bedingnissen, an Diese übergegangene, ursprünglich teutsche Abtey Wadgassen, und ihre sowohl nach besagtem Tauschvertrage, als dem Ryswikischen Frieden, jezt in Lothringen liegende Güter von der National-Versammlung ohne Schadloshaltung in den Assignat- und Schuldtilgungsfond mit Gewalt sollten gezogen werden,) ob alsdann ihre noch habende teutsche Besitzungen für *bona vacantia* zu halten seyen?

2) Ob ihr in diesem Fall nicht freystehe, sich wieder in Teutschland überzupflanzen und ihre dasige Besitzungen fortzugenieſen, oder nach den Ordensstatuten sonst darüber zu disponiren, ohne daß von den Reichsständen, in deren Landen sie gelegen sind, die Abtey daran gehindert- und selbige, als herrenlose Güter, mit Recht können eingezogen werden?

3) Was allenfalls bey den Reichsgerichten dagegen für Rechtsmittel zu ergreifen seyen?

4) Ob davon, den Rechten nach, sich ein guter Erfolg zu versprechen sey?

Worüber eine besondere Ausführung, oder Einholung eines wohlerwogenen Gutachtens unpartheyischer Rechtsgelehrten sich vorbehalten wird.

Pro Nota.

Nachdem die Seite 66. bemerkte Anlagen Num. 20. 21. und 22. zur Druckerey sind eingeschickt worden, hat sich's gezeigt, daß

a) der Vergleich von 1581. quoad passum concernentem Num. 12. schon voranliegt;

b) der Vergleich vom 3. October 1621. zwischen Herzog Heinrich von Lothringen und dem Grafen Ludwig zu Nassau-Saarbrücken Num. 21. sowohl, als

c) der zwischen Selbigen den 24. May 1623. zu Stand gekommene, ganz andere, hieher nicht gehörigen Gegenstände, der erste, Grenzirrungen und einen wechselseitigen Austausch Lothring- und Nassauischer Ortschaften und Rechte, der zweyte aber, die Frey- und Schifbarmachung des Saarflusses von dem Dorf Herbizheim bis an die Stadt Saarbrüken betreffen. Es ist also nicht nöthig, diese hieher abdrucken zu lassen.

Vierter

Vierter Abschnitt.

Von den Beschwerden des Fürsten von Leiningen wider die französische Nationalschlüsse, wegen der Grafschaft Dachsburg.

Der Fürst von Leiningen, welcher wegen der im Elsaß gelegenen Grafschaft Dachsburg gleiches Schicksal mit andern in dieser Provinz begüterten Reichsständen zu erfahren hatte, hat sich nicht an die Reichsversammlung gewendet. Hingegen hat derselbe nicht nur, während des Wahlkonvents, mit einigen andern Oberrheinischen Kraisständen, mittelst eines von seinem Kraisgesandten Hofmann übergebenen Promemoria das Kurfürstliche Kollegium um Verwendung bey des neu erwählten Kaisers Majestät gebeten, sondern auch nachher Leopold II. selbst, in Beziehung auf das Kurfürstliche Kollegialschreiben, seine bedrängte Lage vorgestellt. Insbesondere hat der Herr Fürst um Beschleunigung der Kaiserlichen Verwendung gebetten, und zu Unterstützung seiner Bitte vorzüglich auch darauf sich bezogen,

wie schwer es jedem und sonach auch Ihm fallen werde und müsse, dem wiederholten Ansinnen des königl. französischen Hofes

wegen Eingehung eines Vergleichs in die Länge auszuweichen, wenn nicht bald die kräftigste Vorkehre zu sein- und seiner betheiligten Mitstände Unterstützung, es möge nun solche auch die gänzliche Wieder-Einsetzung in die entzogenen Gerechtsame oder auf eine billige Vergleichs-Auskunft abzwecken, erfolgen sollte."

wodurch also zugleich die Bereitwilligkeit, allenfalls auch auf die Entschädigungs-Anträge sich einzulassen, — denn bekanntlich war der Herr Fürst einer von denjenigen Reichsständen, welche wirklich in Unterhandlungen mit dem französischen Ministerium traten — zum voraus entschuldiget wurde.

Ueber den Gegenstand selbst giebt theils das zum Behuf der Unterhandlungen an dem französischen Hof gebrauchte Memoire, theils das auf dem Wahlkonvent überreichte Promemoria näheres Licht, daher ich diese Actenstücke neben dem an des Kaisers Majestät erlassenen Schreiben hier beyfüge.

I.

Memoire.

Le Comté de Dagsbourg ou Dabo, ſitué en Alſace ſur la côté tant occidentale qu'orientale des vosges entre Saverne et Moutzig, etait avant la fin du dix ſeptième Siècle immédiat, ſoumis à l'Empire, dont il faiſoit état.

Le Comté ci devant immediat de l'Empire devint en 1229. patrimoine de la maiſon d'Alſace Linange, en vertu d'une transaction de Frédéric Comte de Linange, avec Berthold Evêque de Strasbourg, auquel le Comte ceda ſon chateau de Guirbaden, les vignes qu'en ſont voiſines, tous les villages de la Bruchethal et le Chateau de Ringelſtett, en conſentant de tenir desormais ce Comté ainſi échangé, en fief des Evêques et de l'Egliſe de Strasbourg.

Depuis ce tems, c'eſt à dire depuis 1229. par conſéquent pendant prés de cinq Siècles entiers, la maiſon d'Alſace Linange ſe vit en poſſeſſion tranquille de ce Comté, Etat d'Empire, jusqu'au 9. Aout 1680. qu'il fut réuni à la couronne et paſsa ſous la ſouveraineté de la France.

Cette réunion du Comté de Dabo, etat d'Empire, s'etant faite en vertu de la paix de Munſter, autrement appellée paix de Weſtphalie, il s'enſuit neceſſairement, que tous les droits et prérogatives, qui ont été garantis aux Princes, etats d'Empire, poſſeſſionnés en Alſace par cette paix générale, qui intereſſe l'Europe

entière, et qui ſert de baſe à la dite réunion, ont été auſſi garantis à la maiſon de Linange, rélativement à ſon Comté de Daxbourg ou Dabo, et elle en a du depuis effectivement jouis ſous la ſuprématie de la couronne.

Mr. le Prince de Linange en ſa qualité de Comté de Dabo, croit donc pouvoir ſe promettre et eſpérer avec confiance, que l'arrêté de l'aſſemblée nationale du 4. Aout dernier revêtu depuis de la forme d'un decret ſolemnel, ne préjudiciera aucunement, ni ne portera jamais atteinte aux droits, privilèges, prérogatives, rentes et redevances de ſon Comté de Dabo, qui ont été ſi ſolemnellement garantis à la maiſon tant par le dit traité de paix de Weſtphalie que par celui de Ryswik, et dont elle a été depuis plus de cinq Siècles et demi en poſſeſſion; et qu'une propriété, qui de toutes celles des Seigneurs étrangers poſſeſſionnés en Alſace, eſt la plus conſolidée, ne ſera pas ébranlée à ſon préjudice, en faveur des juſticiables actuels du Comté ſusdit, qui ne compoſent, qu'une race nouvelle, dont les péres ont contractés avec ſes devanciers, et n'ont été reçus au nombre des habitans de leur Comté de Dabo, qu'en vertu de ce même Contract.

Comme toute crainte contraire à cette confiance ſi juſte et illimitée ſerait auſſi injurieuſe aux ſentiments de la juſtice et de l'équité, dont S. M. T. C. eſt toujours animée, qu'à la Lojauté et généroſité de la Nation francoiſe, Mr. le Prince

de

de Linange n'a jamais pû ſe permettre et ne ſe permet pas encore le plus leger ſoupçon ſur les limitations et exceptions, qu'on apportera aux arrêtés de l'aſſemblée nationale relativement aux droits ét aux juſticiables de ſon Comté de Dabo.

Se rèpoſant ainſi ſur la parôle ſacrée desageux de S. M. T. C. le droit des gens, et la noble et juſte façon de penſer de la nation francoiſe, Mr. le Prince de Linange oſe ſe flâtter, qu'on aura égard au préſent expoſé, et qu'on lui conſervera ſes anciennes propriétés et droits.

II.

Fürſtlich-Leiningiſches Promemoria an das kurfürſtliche hohe Wahlkollegium, die denen im Elſaß poſſeſſionirten deutſchen Reichsſtänden, und darunter auch dem fürſtlichen und gräflichen Geſamthauſe Leiningen, durch die franzöſiſche Nationalverſamlungs-Abſchlüſſe zugehende groſſe Beſchwerden betreffend.

Einem kurfürſtlichen hohen Wahlkollegio ſind diejenigen Abſchlüſſe der franzöſiſchen National-Verſamlung, durch welche denen im Elſaß poſſeſſionirten deutſchen Reichsſtänden, gegen die verbindlichſte im Mittel liegende allgemeine Friedensſchlüſſe, nicht nur höchſtweſentliche herrſchaftliche Gerechtſame, ſondern auch ein anſehnlicher, ja der gröſte Theil ihrer Nutzbarkeiten, Renten und

mit den übrigen intereſſirten höchſt- und hohen Mitſtänden hafte, daß wenigſtens bis zu Berichtigung dieſes wichtigen Gegenſtandes, eine proviſoriſche Ausnahme von den franzöſiſchen Nationalverſamlungsdecreten ſtatt haben würde; ſo ſiehet man ſich doch in dieſer Hofnung nur allzuſehr getäuſcht.

Dann ohne hier ſehr vieler andern, die weſentlichſten Herrſchaftliche Gerechtſame und Rechte untergrabenden und vernichtenden Anmaßungen und Eingriffe zu Vermeidung der Weitläuftigkeit zu gedenken, verweigern nicht nur die Einwohner der Grafſchaft Dachsburg die nach mehrbeſagten Nationalverſamlungs-Abſchlüſſen unterdrückte herrſchaftliche Renten und Gefälle, ſondern es haben auch die in Gefolg eben dieſer Decrete in den Ortſchaften errichtete Municipalitäten ſich herausgenommen, des Herrn Fürſten zu Leiningen Durchlaucht nach Maßgabe des Ertrags Ihrer Einkünften aus allen Theilen Ihrer Dachsburgiſchen Beſizungen und Ihres Eigenthums, gleich einem andern gemeinen Gutsbeſizer mit einem enormen Beytrag an den königlichen Abgaben und Auflagen zu belegen, und Ihnen ebenfalls, wie einem andern franzöſiſchen Unterthanen, die bekannte in einem Quart der jährlichen Einkünfte beſtehende patriotiſche Beyſteuer anzuſezen. Des Herrn Fürſten zu Leiningen Durchlaucht ſehen ſich daher, theils wegen Ihrer reichsſtändiſchen Obliegenheit, theils aus Pflicht für die Erhaltung Ihrer und Ihres Geſamthauſes auf das äuſſerſte bedroheten Gerechtſame vermüßiget und nothgedrungen, Ihre gerechte

angeſchloſſenen Memoire, (a) die Ihnen durch öffentliche Friedensſchlüſſe garantirte, durch jenes Nationalverſamlungs-Decret aber bedrohete, und nach demſelben entzogen werden ſollende Gerechtſame, Renten und Gefälle nicht nur reclamiret, ſondern immittelſt auch durch Ihren Geſchäftsträger zu Paris die geeignete triftigſte Vorſtellungen bey dem königlich-franzöſiſchen Miniſterio zu Erwürkung einer, in dem beſondern Verhältniß der Provinz Elſaß gegründeten gerechten Ausnahme von den Nationalverſamlungsabſchlüſſen thun laſſen.

Allein Hochdieſelbe hatten hierunter einerley Schickſal mit Ihren übrigen bey dieſer Sache intereſſirten höchſt- und hohen Mitſtänden. Alle Vorſtellungen waren nämlich bisher vergeblich, ſondern des allerchriſtlichſten Königs Majeſtät geruheten blos, durch den auch an beſagte Ihro Fürſtliche Durchlaucht zu Leiningen, ſo wie an andere hiebey betheiligte höchſte und hohe Stände eigends abgeordneten Herrn Chevalier de Fernant einen Entſchädigungs-Antrag machen zu laſſen.

So wenig es aber bey der unbeſtimmten Art, Weiſe und Natur ſothaner Entſchädigung ſowohl, als in Rückſicht auf den Verband mit Kaiſerl. Majeſtät und dem geſammten Reich möglich war, vor der Hand ſich für jenes Entſchädigungsſyſtem entſcheidend zu erklären, und ſo zuverläßig man daher Fürſtlich-Leiningiſcher Seits mit

(a) Es iſt ſolches das unter Z. 1, vorausgeſezte Memoire.

Im Namen und von wegen Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht zu Leiningen Dachsburg, als Höchstdero oberrheinischer Kraisgesandter

Georg Wilhelm Hofmann.

III.

Schreiben des Herrn Fürsten von Leiningen an Se. Majestät den Kaiser Leopold II. vom 17. Jänner 1791.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster und Unüberwindlichster Römischer Kaiser, auch in Germanien und zu Jerusalem König ꝛc. ꝛc.

Allergnädigster Kaiser, König und Herr, Herr!

Euer Kaiserl. Majestät wird sonder Zweifel aus den an Allerhöchstdieselbe von dem in Frankfurt am Mayn versammelt gewesenen kurfürstl. Wahl-Collegio in Betref der durch die franzöſische Nationalversamlungs-Abschlüsse in ihren herrschaftlichen Rechten, Gerechtsamen, Renten und Gefällen, auf das höchste beeinträchtigten, in der Provinz Elsaß possessionirten deutschen Reichsständen erlassenen Vorstellungs- und Bittschreiben allergnädigst erinnerlich seyn, daß ich wegen der mir und meinem Hause zustehenden, im Elsaß gelegenen, vormals Reichsunmittelbaren Grafschaft Dachsburg und Zugehörungen, mit unter jenen äusserst beschwerten Reichsständen begriffen, und

mit

mit denſelben in der Lage bin, daß mir und meiner Nachkommenſchaft die höchſtweſentlichſten von der grauesten Vorzeit her von meinem Hauſe beſeſſenen herrſchaftlichen Jurisdictions-Patronats- und andern Gerechtſamen, ſondern auch ein groſſer und ſehr namhafter Theil meiner daſigen Renten und Gefälle, in Gefolg jener franzöſiſchen Nationalverſamlungs-Abſchlüſſe, gegen ſo viele im Mittel liegende öffentliche unverletzbare Friedens-Schlüſſe und feierliche Verträge auf immer entzogen werden ſollen.

Nun bin ich zwar von Euer Kaiſ. Majeſtät Reichsoberhauptlichen nie allerunterthänigſt genug zu verehrenden Sorge für die Erhaltung der deutſchen Reichsſtände bey ihren Gerechtſamen und von Allerhöchſtdero Reichsväterlichen thätigen Verkehrung der geeigneten weiſeſten Schutz- und Rettungs Mittel gegen deren Beeinträchtigung und gegen die von der franzöſiſchen Nationalverſamlung ſich erlauben wollende, ſelbſt dem deutſchen Reichsverband und deſſelben Verfaſſung in ſeiner Grundveſte erſchütternde Verletzung der heiligſten Friedensſchlüſſe, auf das lebhafteſte in tiefſter Ehrfurcht überzeugt.

Da aber mit jedem Tage jene unerhörte Beeinträchtigungen der deutſchen im Elſaß poſeſſionirten ſo geiſtlichen als weltlichen Reichsſtände ſich vermehren, und, mit Verachtung aller und jeder von jenen hierunter intereſſirten Ständen geſchehenen vielfältigen Reklamationen, ab Seiten der franzöſiſchen Nationalverſammlung der Vollzug

ihrer

ihrer Decrete in den Beſtzungen beſagter deutſchen Reichsſtände beſtimmt beſchloſſen, und dieſer Abſchluß von des Allerchriſtlichen Königs Majeſtät ſanctioniret, dagegen aber, gleichſam aus beſonderm Wohlwollen, aufs neue ein Entſchädigungs- oder Kaufs-Antrag gemacht, und dadurch die Lage ſämtlicher hiebey intereſſirten Theile, mithin auch die meinige, mehr als jemals verwickelter und dringender worden iſt, indem Eure Kaiſerliche Majeſtät nach den Allerhöchſtdenenſelben beywohnenden erhabenen und erleuchteten Einſichten, Selbſten allergnädigſt zu ermeſſen geruhen werden, wie ſchwer es jedem, und ſonach auch mir fallen werde und müſſe, dem wiederholten Anſinnen des Königl. franzöſiſchen Hofes wegen Eingehung eines Vergleichs in die Länge auszuweichen, wenn nicht bald die kräftigſte Vorkehre zu mein- und meiner betheiligten Mitſtände Unterſtützung, es mag nun ſolche auf die gänzliche Wiedereinſetzung in die entzogene Gerechtſame, oder auf eine billige Vergleichs-Auskunft abzwecken, erfolgen ſollte; So werden Eure Kaiſerliche Majeſtät in Ungnaden nicht vermerken, wenn ich von Verlegenheit und Gefahr gedrungen, Allerhöchſtdieſelben hiermit nicht nur um allergnädigſte Beherzigung der bedrängten Umſtände, in welchen ich, mich hierunter mit ſo vielen andern geiſtlichen und weltlichen Reichsſtänden befinde; ſondern auch um die Beſchleunigung der bey Allerhöchſtdenſelben ab Seiten des Fürſtlichen Kollegii ſo angelegentlich nachgeſuchten, der Wichtigkeit der Sache angemeſſenen Reichsoberhauptlichen Verwendung und um dießfallſige

fallſige ohnverlängte allergnädigſte Einleitung in derjenigen allervollkommenſten Unterthänigkeit und tiefſten Verehrung bitte, mit welcher ich die Gnade habe zu ſeyn

Euer Kaiſerlichen Majeſtät

Dürkheim an der Haard
den 17ten Jenner 1791.

allerunterthänigſter treugehorſamſter
Karl Friderich Wilhelm
Fürſt zu Leiningen.

Fünfter Abſchnitt.

Von der Verwendung des oberrheiniſchen und des Kurrheiniſchen Kraiſes für die durch die franzöſiſchen Nationalſchlüſſe gekränkten Stände.

Unter den Reichskraiſen war der Oberrheiniſche der erſte, der ſich ſehr frühzeitig für ſeine Stände verwendete, welche durch die franzöſiſchen Nationalſchlüſſe in ihren wichtigſten Hoheitsrechten und in ihren Einkünften gekränkt wurden. Er beſchlos ſchon am 7. Jan. 1790. nicht nur ein Promemoria an den bey demſelben accreditirt geweſenen franzöſiſchen Geſandten, Baron von Groſchlag, ſondern auch eine Vorſtellung an das Reichsoberhaupt, und

forderte zugleich den Kurrheiniſchen, den Schwäbiſchen, den Fränkiſchen und den Weſtphäliſchen Krais zu gleichen Maasregeln auf. Dem weſentlichen nach iſt ſolches oben a) ſchon bemerkt worden. Es verdienen aber dieſe Actenſtücke, von welchen das an den Kaiſer erlaſſene Schreiben ohnehin auch mittelſt des Kaiſerlichen Kommiſſions-Decrets vom 26. und dict. 30. April 1791. zu den Reichstags-Acten gekommen iſt, auch noch vollſtändig mitgetheilt zu werden. b)

Daß der Fränkiſche Krais dem Beiſpiel des Oberrheiniſchen nachgefolgt ſeye, iſt ſchon oben c) durch Einrückung des an die Reichsverſammlung erlaſſenen Schreibens angezeigt worden.

Der Kurrheiniſche Krais that eben daſſelbe etwas ſpäter, indem er ſich ebenfalls an die Reichsverſammlung wendete. d) Und was der Schwäbiſche Krais für eine Entſchlieſſung gefaßt habe, iſt aus dem an den Kurrheiniſchen und Oberrheiniſchen Krais erlaſſenen Schreiben vom 8. Jun. 1790. e) zu erſehen.

Nr. 1.

a) im 24. B. S. 342.
b) Beil. Nr. 1. 2. 3. 4.
c) im 26. B. S. 268.
d) Beil. Nr. 5. e) Beil. Nr. 6.

Nro. 1.

Conclusum des oberrheinischen Kraises, die Beschwerden mehrerer Kraisstände wider die französischen Nationalschlüsse vom 4. u. folg. Aug. und 2. Nov. 1789. betreffend, vom 7. Jan. 1790.

Es beruhe in der Notorietät, was maßen von der Nationalversammlung des Königreichs Frankreich durch die bekannten Beschlüsse vom 4ten bis zum 11ten Aug. auch 2ten Nov. v. J. die indistincte Verfügung dahin betroffen worden sey, daß:

1.) alle aus dem Lehen-Nexu entspringende Rechte und Schuldigkeiten, persönliche Dienste oder Geld-Abgaben ohne Ersatz abgestellt,

2.) alle herrschaftliche Gerichtsbarkeit ohne Entschädigung aufgehoben,

3.) aller Zehend, worinn solcher immer bestehe, was an dessen Statt entrichtet worden, und welchen geistliche und weltliche Gemeinden, oder auch einzelne geistliche Pfründen zeither bezogen haben, abgeschaft,

4.) alle besondere Rechte und Privilegien einzelner Provinzen, Fürstenthümer, Länder, Bezirke, Städten und Gemeinden, sie beziehen sich auf Geld-Abgaben, oder auf was es immer seye, ein für allemal aufgehoben seyn sollen. Endlich noch

5.) daß alle geistliche Güter und Einkünfte

der Disposition der Nation, unter dem Bedinge, für den Gottesdienst, den Unterhalt der Kirchendiener, und der Armen zu sorgen, untergeben seyn sollen.

So groß nun das Unrecht und die Verlezung der zwischen dem deutschen Reiche und der Krone Frankreich bestehenden Friedensschlüße seyn würde, wenn die vorbesagten Verfügungen auch auf die Besizungen der deutschen Reichsständen im Elsaß und Lothringen, einschließlich des Adels und der Geistlichkeit, aus Irrthum oder mit Vorbedacht erstreckt werden wollten; So stark und unverkennbar scheinet die Pflicht und das Interesse der deutschen Reichskraise zu seyn, für die Erhaltung jener Besizungen, Rechten und Gerechtigkeiten wachsam zu sorgen.

Man habe aus diesem Grunde von Seiten dieses löbl. Oberrheinischen Kraises schon im Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts, und zwar anno 1709. sich gelegenheitlich der damaligen Krais-Associations-Handlungen ein ernsthaftes Geschäfte daraus gemacht, die Erinnerungen anzubringen, damit bey den damalen vorgewesenen Friedens-Tractaten auch an die Restitution der von der Krone Frankreich gegen den offenbaren Inhalt vorderer Friedensschlüsse noch vorenthaltenen deutschen Provinzen gedacht, und ebenfalls eine gedeihliche Einleitung getroffen werden mögе.

Man erachte sich auch dermalen verbunden und berechtiget, in Ansehung der oberwähnten Ver-

Verfügungen der franzöſiſchen National-Verſammlung

1.) Se. Kaiſerl. Majeſtät durch eine eigene aus denen obigen Vorausſezungen verfaßte Anzeige und Vorſtellung von Kraiſes wegen dahin allerunterthänigſt anzugehen, damit Allerhöchſtdieſelbe den mit dem empfindlichſten Verluſt ihrer Reichsfriedensſchlußmäßigen Rechten bedrohten Ständen, eine begriffen dem Adel und der Geiſtlichkeit, mit Zuziehung des geſammten Reichs den erforderlichen Schutz und Beyſtand angedeihen zu laſſen, allergnädigſt geruhen mögten; und eben deswegen befinde man auch von der Nothwendigkeit,

2.) An die löbliche Kraiſe, Kurrhein, Franken, Schwaben und Weſtphalen im nämlichen Betref zu dem Ende die gewöhnliche Communication zu thun, damit auch dieſe dem dieſſeits gethanen Schritt ſich anſchlieſſen, und dem Antrage durch ihre Theilnahme, durch gleichmäßige Vorſtellung bey Kaiſer und Reich, einen vermehrten Nachdruck geben. Zugleich ermeſſe man verträglich und beförderlich, daß

3.) die durch die Verfügungen der Nationalverſammlung betroffene höchſt- und hohe Stände es inmittelſt nichts deſtoweniger an ihren Negociationen an dem Königlich Franzöſiſchen Hofe und bey der Nationalverſammlung nicht gebrechen laſſen mögten,

damit die beſorgliche Friedenstractatswidrige Ausdehnung der Beſchlüſſe auf die Beſitzungen in den beiden Provinzen abgewandt werde. Weßwegen denn auch

4.) von Ihblichen Kraiſes wegen des Königl. Franzöſiſchen Herrn Miniſters, Freyherrn von Groſchlag Excell. zu erſuchen ſeyn werden, durch vorläufige Einleitungen bey dem Königlichen Hofe die Aufmerkſamkeit anzubringen, welche in Hinſicht dieſer von der Nationalverſammlung geäuſſerten Vorgängen bey den deutſchen Reichskraiſen und dem geſammten Reiche nothwendig erfolgen würde.

Nr. 2.

Vorſtellung des Oberrheiniſchen Kraiſes an den Kaiſer Joſeph II. vom 28. Jan. 1790.

Euer Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät ſind wohl jene Beſchlüſſe und Verfügungen allergnädigſt ſchon bekannt, mit welchen die franzöſiſche Nationalverſammlung in Bezug auf die Lehenbarkeiten, herrſchaftliche Gerichtsbarkeiten, Zehenden, auch zunftige Rechte und Privilegien, wie auch die geiſtliche Güter und Einkünfte im Umfang des Königreichs am 4. 6. 7. 8. und 11ten Auguſt, auch 2. November a. p. hervorgetreten iſt.

Die

Die allgemeine bestätigte Nachrichten liefern den Innhalt dahin, daß

1.) alle aus dem Laehen-Nexu entspringende Rechte und Schuldigkeiten, persönliche Dienste oder Geld-Abgaben ohne Ersaz abgestellt,

2.) alle herrschaftliche Gerichtsbarkeit ohne Entschädigung aufgehoben,

3.) aller Zehend, worinn solcher immer bestehe, was an dessen Statt entrichtet worden, und welchen geist- oder weltliche Gemeinden, oder auch einzelne geistliche Pfründen, seither bezogen haben, dem Verlaut nach, theils unentgeldlich abgeschaft, theils ablößlich gemacht.

4.) alle besondere Rechte und Privilegien einzelner Provinzen, Fürstenthümer, Länder, Bezirke, Städte und Gemeinden, sie beziehen sich auf Geld-Abgaben oder was es immer seye, ein für allemal aufgehoben werden sollen,

Endlich noch

5.) daß alle geistliche Güter und Einkünfte der Disposition der Nation unter dem Beding für den Gottesdienst, den Unterhalt der Kirchendiener und der Armen zu sorgen, untergeben seyn sollen.

Es ist nun auch fast bis zur gänzlichen Gewißheit bekannt, daß die Nationalversammlung die Würkung sothaner Beschlüsse zugleich auf die Besitzungen der deutschen Reichsstände im Elsaß und Lothringen einschließlich der Geistlichkeit und des Adels, mit Hintansetzung der respec. Zu-

ſtändigkeiten mehrerer deutſchen Lehenhöfe zu erſtrecken, des Vorhabens ſeye.

Solches geſchehe indeſſen aus einem lediglichen Irrthum oder mit beſonderm Vorbedacht; ſo liegt immer darinn der widrige Erfolg eines zugefügten großen Unrechts und der offenbaren Verletzung jener Friedensſchlüſſe, welche in Anſehen dieſer Provinzen zwiſchen dem deutſchen Reich und Frankreich beſtehen.

Die Pflicht und das Intereſſe der deutſchen Reichs-Kraiſe, und vorzüglich des Oberrheiniſchen, ſcheinen demnach insbeſondere zu erfordern, die Wachſamkeit und Verwendung für die Erhaltung jener Beſitzungen, Rechte und Gerechtigkeiten zu verdoppeln, ſofort ſich daraus ein eben ſo vorzügliches Geſchäfte zu machen, als man ſich von Seiten des Oberrheiniſchen Kraiſes im Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts, und zwar Anno 1709. ſchon beſtrebt hatte, gelegenheitlich der dermaligen Kraiſ-Aſſociations-Handlungen die Erinnerungen und Anträge durchzuſetzen, damit bey denen zu ſelbiger Zeit geweſenen Friedens-Tractaten auch an die einsmalige Zurückgabe der von Frankreich gegen den kundbaren Innhalt vorderer Friedensſchlüſſe noch vorenthaltenen deutſchen Provinzen gedacht, und deßfalls eine gedeihliche Einleitung getroffen werden möge.

Dieſe Betrachtungen vermüſſigen daher Fürſten und Stände des Oberrheiniſchen Kraiſes Euer Röm. Kaiſerl. Majeſtät durch die gegenwärtige

tige der Sache Verlage ohne weitern Aufschub zu behelligen, und zugleich allerunterthänigst zu bitten, damit Allerhöchstdieselbe denen mit empfindlichem Verlust ihrer Reichs- Friedensschlußmäßigen Rechte bedroheten Ständen, die Geistlichkeit und den Adel einbegriffen, mit Zuziehung des gesammten Reichs den erforderlichen Schutz und Beystand angedeihen zu lassen, allergnädigst geruhen möchten.

Dat. ut supra.

Nr. 3.

Promemoria des Oberrheinischen Kraises an den bey demselben accreditirten Königl. Französischen Gesandten Baron von Groschlag, vom 28. Jan. 1790.

Die Verfügungen der Französischen Nationalversammlung vom 4. 6. 7. 8. und 11ten August, auch 2ten November a. p. sind für das deutsche Reich, und dessen Kraise in ihren Folgen, und besonders in der gegründeten Vermuthung einer unrechtmäßigen Ausdehnung allzu wichtig, als daß dabey sich auch nur noch einige Zeit gleichgültig hätte verhalten werden mögen.

Sothane Beschlüsse sind der allgemein bestätigten Notorietät nach dahin gerichtet, daß

1.) alle aus dem Lehen-Nexu entspringende Rechte und Schuldigkeiten, persöhnliche Dienste oder Geld-Abgaben ohne Ersatz abgestellt,

ſtändigkeiten mehrerer deutſchen Lehenhöfe zu erſtrecken, des Vorhabens ſeye.

Solches geſchehe indeſſen aus einem lediglichen Irrthum oder mit beſonderm Vorbedacht; ſo liegt immer darinn der widrige Erfolg eines zugefügten großen Unrechts und der offenbaren Verletzung jener Friedensſchlüſſe, welche in Anſehen dieſer Provinzen zwiſchen dem deutſchen Reich und Frankreich beſtehen.

Die Pflicht und das Intereſſe der deutſchen Reichs-Kraiſe, und vorzüglich des Oberrheiniſchen, ſcheinen demnach insbeſondere zu erfordern, die Wachſamkeit und Verwendung für die Erhaltung jener Beſitzungen, Rechte und Gerechtigkeiten zu verdoppeln, ſofort ſich daraus ein eben ſo vorzügliches Geſchäfte zu machen, als man ſich von Seiten des Oberrheiniſchen Kraiſes im Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts, und zwar Anno 1709. ſchon beſtrebt hatte, gelegenheitlich der dermaligen Krais-Aſſociations-Handlungen die Erinnerungen und Anträge durchzuſetzen, damit bey denen zu ſelbiger Zeit geweſenen Friedens-Tractaten auch an die einsmalige Zurückgabe der von Frankreich gegen den kundbaren Innhalt vorderer Friedensſchlüſſe noch vorenthaltenen deutſchen Provinzen gedacht, und deßfalls eine gedeihliche Einleitung getroffen werden möge.

Dieſe Betrachtungen vermöchten daher Fürſten und Stände des Oberrheiniſchen Kraiſes Euer Röm. Kaiſerl. Majeſtät durch die gegenwärtige

tige der Sache Verlage ohne weitern Aufschub zu behelligen, und zugleich allerunterthänigst zu bitten, damit Allerhöchstdieselbe denen mit empfindlichem Verlust ihrer Reichs- Friedensschlußmäßigen Rechte bedroheten Ständen, die Geistlichkeit und den Adel einbegriffen, mit Zuziehung des gesammten Reichs den erforderlichen Schutz und Beystand angedeihen zu lassen, allergnädigst geruhen möchten.

Dat. ut supra.

Nr. 3.

Promemoria des Oberrheinischen Kraises an den bey demselben accreditirten Königl. Französischen Gesandten Baron von Groschlag, vom 28. Jan. 1790.

Die Verfügungen der Französischen Nationalversammlung vom 4. 6. 7. 8. und 11ten August, auch 2ten November a. p. sind für das deutsche Reich, und dessen Kraise in ihren Folgen, und besonders in der gegründeten Vermuthung einer unrechtmäßigen Ausdehnung allzu wichtig, als daß dabey sich auch nur noch einige Zeit gleichgültig hätte verhalten werden mögen.

Sothane Beschlüsse sind der allgemein bestätigten Notorietät nach dahin gerichtet, daß

1.) alle aus dem Lehen-Nexu entspringende Rechte und Schuldigkeiten, persöhnliche Dienste oder Geld-Abgaben ohne Ersatz abgestellt,

2.) alle herrschaftliche Gerichtsbarkeit ohne Entschädigung aufgehoben.

3.) aller Zehenden, worinn solcher immer bestehe, was an dessen Statt entrichtet worden, und welchen geist- oder weltliche Gemeinden, auch einzelne geistliche Pfründen zeithero bezogen haben, dem Verlaut nach, theils ganz unentgeltlich abgeschaft, theils ablößlich gemacht.

4.) alle besondere Rechte und Privilegien einzelner Provinzen, Fürstenthümer, Länder, Bezirke, Städte und Gemeinden, sie beziehen sich auf Geld-Abgaben, oder was es immer sey, ein für allemal aufgehoben werden sollen.

Endlich noch

5.) Daß alle geistliche Güter und Einkünfte der Disposition der Nation, unter dem Beding für den Gottesdienst, den Unterhalt der Kirchendiener und der Armen zu sorgen, untergeben seyn sollen.

Das offenbare Unrecht, welches hierunter den deutschen Reichsständen im Elsaß und Lothringen, einschließlich der Geistlichkeit und des Adels, wann die Nationalversammlung auf dem Vorhaben, solche Verordnungen auch auf diese Gegenden zu erstrecken, gegen besser Verhoffen beharren wollte, zugefügt, und die Verletzung, welche dadurch den zwischen dem deutschen Reich und Frankreich bestehenden Friedensschlüssen wiederfahren würde, zeichnen sich so kennbar aus, daß der Löblich-Oberrheinische Krais sich nicht

(

ent-

entstehen kann, dabey seiner bekannten Obliegenheit nach für die Erhaltung der dadurch empfindlich bedroheten Rechte, Besitzungen und Lehenherrlichkeiten der zugehörigen Stände mit Einbegriff des Adels und der Geistlichkeit pflichtschuldiges Genüge zu leisten, sofort zu Handhabung der Reichs Friedensschlußmässigen Verfassung jeden einschlagenden höhern Schutz und Beystand zu erwürken.

Zugleich will dieser löbliche Krais aus dem Antriebe des, auf die Einsichtsvolle Einleitung des Königlich-Französischen Herrn Ministers Freyh. von Groschlag Excellenz von jeher gesezten grossen Vertrauens nicht umgehen, Hochdieselbe geziemend andurch zu ersuchen, damit vorläufig bey dem Königlich-Französischen Hofe die Aufmerksamkeit bekannt und angebracht werde, welche in Hinsicht dieser von der Nationalversammlung geäusserten Vorgänge bey den deutschen Reichs-Kraisen und dem gesammten Reich nothwendig erfolgen würde.

Dat. ut supra.

Nr. 4.

Schreiben des Oberrheinischen Kraises an die Kraise Kurrhein, Franken, Schwaben und Westphalen vom 28. Jan. 1790.

Unsern ꝛc. ꝛc, werden jene nachtheilige Verfügungen nicht mehr verborgen seyn, welch

die Franzöſiſche Nationalverſammlung vom 5ten bis zum 11ten Aug. auch 2ten Novbr. a. p. zu Aufheb- und Abſchaffung aller Lehens-Herrlichkeiten, herrſchaftlichen Gerichtsbarkeiten, Zehenden, und andern Vorrechten, wie auch zu Einziehung der geiſtlichen Güter und Einkünfte ꝛc. ꝛc. anmaßlich erlaſſen hat.

Die vorhabende Ausdehnung dieſer Beſchlüſſe auf die Provinzen Elſaß und Lothringen gegen die deutliche Vorſchrift der Friedensſchlüſſe, welche zwiſchen dem deutſchen Reiche und der Krone Frankreich beſtehen, macht uns zur Pflicht, den allerhöchſten Schutz und Beyſtand Sr. Kaiſerl. Majeſtät aufzufordern, auch die Verwendung des bey dem Oberrheiniſchen Kraiſe accreditirten Herrn Miniſter Freyherrn von Groſchlag zu geſinnen, wie Unſere ꝛc. ꝛc. dieſes aus den nebengehenden Abſchriften des mehrern zu erſehen belieben werden.

Wir erſuchen anbey Dieſelbe um die baldige freundnachbarliche Entſchloſſenheit, ſich den dieſſeitigen Schritten gleichmäßig anzuſchlieſſen, und unſern Anträgen durch Dero Theilnahme und mittelſt ebenfallſiger Vorſtellung bey Kaiſer und Reich einen vermehrten Nachdruck zu geben.

Die Wir ꝛc. ꝛc.

Dat. ut ſupra.

Nr. 5.

Nr. 5.

Schreiben des Kurrheinischen Kraises an die Reichsversammlung, die Beschwerden wider die Französische Nationalschlüsse betreffend, vom 10. Apr. 1790. *)

Einer Hochansehnlichen Reichsversammlung sind jene Schlüsse der Französischen Nationalversammlung schon mehrfältig vorgetragen worden, durch welche am 4. 6. 7 8. und 11ten Aug. auch 2ten Novembr. a. p. alle Lehen-Verbandmäßige Rechte und Schuldigkeiten, persönliche Dienste, oder Geld-Abgaben, alle herrschaftliche Gerichte ohne Ersatz, ferner alle von geist- und weltlichen Gemeinden, auch einzelnen Pfründen bis nun bezogene Zehenden, alle besondere Rechte und Privilegien, einzelner Provinzen, Fürstenthümer, Länder, Bezirke, Städte und Gemeinden im Königreich ohne Ausnahme ein für allemal respective abgeschaft, unterdrückt, aufgehoben und vernichtet, sodann endlich alle geistliche Güter und Einkünfte der Verfügung der französischen Nation untergeben werden wollten.

Die von dem Oberrheinischen an den Kurrheinischen Krais erfolgte Communication, so wie die von einzelnen Ständen beschehene dringende Anzeigen bestättigen nun zu sehr, daß eine gefährliche Reichs-Friedensschlußwidrige Ausdehnung der

*) Der Kurrheinische Krais hat dieses Schreiben auch den andern Kraisen mitgetheilt.

der obbeſagten National-Verfügungen auf die Beſitzungen, Lehenherrlich- und Gerichtsbarkeiten, Zehenden, auch andere Vorrechte der deutſchen Fürſten im Elſaß und Lothringen, einſchließlich der Geiſtlichkeit und des Adels, allerdings zu beſorgen ſtehe.

Wir finden Uns demnach aus der Kraisverbandmäßigen Pflicht und Mitobliegenheit für die Erhaltung der dem deutſchen Reichs-Körper angehörigen Theile und zuſtändigen Rechte allerdings bewogen und vermüßiget, nach dem Vorgang vom Oberrhein Einer Hochanſehnlichen Reichsverſammlung den kritiſchen Zuſtand dieſer Ereigniſſe, ſamt der dabey hervorleuchtenden offenbaren Unrechtmäßigkeit, ganz nahe an das Herz zu legen, und Hochdieſelbe zu dem Reichs-Friedensſchlußmäſigen Schutz und Beyſtand für die unter dieſen eigenmächtigen Beeinträchtigungen empfindlich betroffene Kurrheiniſche Stände eben ſo, als überhaupt zu einer nach Vorliegenheit der eigenen deutſchen Reichs-Betheiligung höchſtnöthigen baldigen Abhülfe angelegentlich aufzufordern.

Wir überlaſſen der tiefen Einſicht, was für Vorkehren nach der Wichtigkeit des Falls, und der Würde des Reichs, wie auch zu Erhaltung dieſer Rechts-Zuſtändniſſe hierunter zu ergreifen und einzuſchlagen, Hochdieſelbe gerechteſt ermeſſen werden.

Mit vollkommenſter Verehrung ꝛc. ꝛc.

Dat. ut ſupra.

Nr. 6.

Nr. 6.

Schreiben des Schwäbiſchen Kraiſes an die Kraiſe Kurrhein und Oberrhein, vom Jun. 1790.

Unter vorderſamſter gezl. Verdankung der uns mitzutheilen beliebten Entſchließungen und ergriffenen Maasregeln, in Abſicht auf die von der Franzöſiſchen National Verſammlung ergangene äuſſerſt nachtheilige Verfügungen, gegen die rechtmäßige durch Herkommen und Reichs-Friedensſchlüſſe bekräftigte im Elſaß und Lothringen befindliche Beſitzungen und Gerechtſame der deutſchen Reichsſtände, einſchließlich der Geiſtlichkeit und des Adels, haben Wir die Ehre, Unſern ꝛc. vorläufig in Rückantwort zu erwiedern, wie zwar einige höchſt- und hohe Stände dieſes Kraiſes ſich in der nemlichen Lage und Verhältnis befinden, ſich aber zuerſt unmittelbar an das Königlich-Franzöſiſche Miniſterium und die National-Verſammlung mit ihren Beſchwerden gewendet, und vorderſamſt noch abzuwarten geſonnen ſind, ob und was für eine Würkung ſothane Vorſtellungen haben werden? Woferne aber darauf eine günſtige Entſchlieſſung in Zeiten nicht erfolgen ſollte, ſo hat eine gegenwärtig allgemeine Kraisverſammlung bereits beſchloſſen, ſolchenfalls eine mit Unſern ꝛc. gemeinſame Sache daraus zu machen, und die nemliche ab Seiten Unſerer ꝛc. eingeſchlagene Weege ebenfalls zu ergreifen, folglich bey dem verſammelten Reich

Hülfe

Hülfe und Assistenz nachzusuchen, als wovon Denenselben wir die weitere Nachricht zu ertheilen seiner Zeit nicht entstehen werden.

Dat. ut supra.

Sechster Abschnitt.

Ueber die Beschwerden der in Frankreich begüterten teutschen Reichsstände wider mehrere Schlüsse der französischen Nationalversammlung.

Fortsetzung der Geschichte bis auf die erste Reichsberathschlagung über diesen Gegenstand.

Nicht ohne Beschämung ergreife ich die Feder, um einer Schuld gegen dem Publicum mich zu entledigen, welche — ich muß es geradezu bekennen — gar zu alt geworden ist. Ich kehre nämlich, nach einer allzulangen Pause, zu der interessantesten aller Staatsbegebenheiten unsers zu Ende eilenden Jahrhunderts zurück, um dieselbe nach dem Plan meiner Staatskanzley fortzusetzen, und die wichtigen Urkunden, welche darüber bisher erschienen sind, gesammelt für die denkende Nachwelt niederzulegen, welche einst die edlen und unedlen, die guten und schlechten, die grossen

sen und kleinen Absichten, Entwürfe und Handlungen aller jener Männer unsers Zeitalters, die eine mehr oder minder bedeutende, eine unmittelbare oder subalterne Rolle bey diesem großen Drama gespielt haben, ohne jene Rücksichten abwägen wird, durch welche die Zuschauer desselben bey Lob und Tadel so leicht geleitet und in ihrem Urtheil zurückgehalten werden.

Ich meyne die schon in einigen vorangegangenen Bänden angefangene Geschichte von der französischen Revolution in ihrem Einfluß auf unser teutsches Vaterland, von den Beschwerden der in einigen Provinzen Frankreichs begüterten Reichsglieder wider die Ausdehnung der gewaltsamen Nationalschlüsse auf ihre Besitzungen, von dem Recurs, den dieselbe, und sogar einige Auswärtigen, deswegen an das Oberhaupt und die ständische Versammlung des Reichs genommen haben, und von dem Gange, den, nach so mannigfaltigen Entwicklungen und Wendungen, jene ungeheure Revolution und der — in Verbindung mit einer übermächtigen Coalition — daraus entstandene Reichskrieg, in Hinsicht auf die Verhältnisse unsers teutschen Vaterlandes mit jenem einst auf das graue Alter seiner Monarchie so stolzen Staate genommen hat und noch nehmen wird, welcher nun, nachdem erst alle Theile seiner verjährten Staatsverfassung in ihren innern und äussern Verhältnissen umgestürzt worden waren, in eine Republik umgeschaffen worden

ist. In dem zweyten Abschnitt des 24sten Bandes habe ich aus der Feder eines Mannes, der sich schon durch einige Schriften als denkenden Gelehrten dargestellt hat, des Regierungsraths und Schwäbischen Kraissecretärs Schmidlin, das Wesentliche von dem Einfluß der Französischen Nationalschlüsse auf die Rechte und Besitzungen der im Elsaß begüterten Reichsstände und von den Beschwerden derselben, so wie von ihren Unterhandlungen an dem schon damal seiner Auflösung so unbegreiflich nahe gestandenen Hofe zu Versailles und von den ersten an den Kaiser und das Reich erlassenen Beschwerungsschreiben einiger Reichsstände mitgetheilt. In den nachgefolgten Bänden (a) aber habe ich in Absicht auf die Beschwerden der einzelen geist- und weltlichen Reichsstände und anderer Reichsglieder, welche freylich sehr verschiedene Gesichtspunkte zulassen, und aus verschiedenen Quellen beurtheilt werden müssen, mir zur Pflicht gemacht, die sämtliche deswegen bekannt gemachten, mehr oder weniger belegten und mehr oder weniger gründlichen, immer aber in mehr als einer Rücksicht merkwürdigen öffentlichen Schriften der Staatskanzley einzuverleiben. Indem

(a) S. den XXV XXVI. XXIX. XXX. und gegenw. Band. Den eingerückten Schriften sind auch mehrere der Nationalschlüsse eingerückt, wider welche die Beschwerden gerichtet sind. Ich werde aber, um solche in eine gewisse Uebersicht zu stellen, den Beilagen Z. 1. ein Verzeichniß der hieher gehörigen Decreten ꝛc. vorangehen lassen, und diejenigen, welche in den angeführten Bänden nicht eingerückt sind, hier beyfügen.

Indem ich nun durch möglichst schnelle Mittheilung aller auf diese traurigen Verhältnisse und den daraus entstandenen Reichskrieg sich beziehenden Urkunden und öffentlichen Schriften mich mit dem Publikum auszusöhnen, und den Gebrauch derselben für den künftigen Geschichtforscher, Politiker und Staatsrechtsgelehrten durch eine kurze Einleitung etwas brauchbarer zu machen gedenke; knüpfe ich den Faden da an, wo Schmidlin in der angeführten Abhandlung ihn abgebrochen hat.

§. 1.

Jene auf Entschädigung der teutschen Reichsglieder gerichteten Anerbietungen der französischen Nationalversamlung und die Unterhandlungen, welche deswegen um die Mitte des Jahrs 1790. durch den Chevalier von Ternan an mehreren teutschen Höfen angestellt wurden, machten den Schluß des erwähnten Aufsatzes.

Ohne Zweifel wird man mit Grund annehmen dörfen, daß es der Nationalversamlung mit jenen Anerbietungen wirklich ganz Ernst gewesen sey. Nothwendig mußte sie es selbst in seiner ganzen Stärke fühlen, daß sie die teutschen Reichsstände auf das empfindlichste gekränkt habe. Wenn es aber auch nicht Gefühl dieses Unrechts und der auffallendsten Verletzung aller öffentlichen Verträge mit Teutschland und mit so vielen einzelen Gliedern dieses Staatskörpers war, was jene Entschlie-

sung bewirkte: so mußte doch ihr eigenes Interesse ihnen die triftigsten Beweggründe an die Hand geben, um die Beschwerden der teutschen Fürsten zu heben. In der That schien die Nationalversammlung solches als politische Nothwendigkeit angesehen zu haben. Folge hievon war eben dieser Entschädigungs-Plan, durch dessen Ausführung sie das Ungewitter abzuleiten suchte, das von dieser Seite her aufziehen und ihrer neuen Welt den Untergang drohen könnte.

Vielleicht hätte der Zweck der gütlichen Beylegung jener Beschwerden durch Entschädigungs-Tractaten auch wirklich, wenigstens zum scheinbaren kameralischen Vortheile der meisten teutschen Fürsten ausschlagen können, diejenigen etwa abgerechnet, deren Existenz vorzüglich auf den Französischen Besitzungen beruhte. Und wer weiß, was für eine günstige Wendung die Sache noch hätte nehmen können, wenn es zu würklicher Eröffnung der Unterhandlungen — unter übereinstimmender Mitwürkung sämtlicher interessirten Stände — gekommen wäre, wenn die französische Nation erst die Ueberzeugung erhalten hätte, daß es den teutschen Fürsten und nicht nur ihnen, sondern auch ihrem Oberhaupt wahrhaft Ernst sey, zu einer gütlichen Unterhandlung die Hände zu bieten, und daß diese Beschwerden der teutschen Fürsten nicht zu einem Vorwand aufgespart würden, um mit Frankreich brechen und zu Unterstützung des Königs wider das Revolutionssystem zu Felde

ziehen

ziehen zu können. Wenigstens würde, wenn sie darüber erst im Reinen gewesen wäre, die Nationalversamlung durch die höchsten Gründe der Staatsklugheit aufgefordert gewesen seyn, das Aeusserste zu thun. Aber eben diß war wohl die Klippe, woran das ganze Project scheiterte.

Entweder aus Ueberzeugung, daß die verschiedenen Rechte der beleidigten Stände nicht auf einerley Gründen ruhen, und daher auch nicht aus einem Gesichtspunkte behandelt werden können, oder, was wohl ungleich wahrscheinlicher ist, in der Absicht, jenen Kunstgriff, der leider! schon so oft an den teutschen Höfen Eingang gefunden hat, auch in diesem Fall geltend zu machen, und — das Divide zu spielen, wählte die Nationalversamlung den Weg der besondern Unterhandlungen mit einzelen Höfen.

Einige Fürsten glaubten würklich, Gründe der Klugheit für sich zu haben, die gemachten Anerbietungen nicht sogleich von der Hand zu weisen, sondern vielmehr entweder würklich einige Bereitwilligkeit zu solchen Unterhandlungen zu äußern, oder doch die Sache verzögerlich zu behandeln, und von einer günstigern Zukunft — ohne mit dem König und der Nationalconvention förmlich zu brechen — eine glücklichere Wendung der Dinge zu erwarten. Das politische Benehmen jener Fürsten fand aber wenig Nachfolger, so sehr auch völlige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit den herrschenden

Grundsätzen des revolutionären Systems im Widerspruch stand, und daher ohne Umsturz dieses Systems schon damal nicht wohl zu hoffen war. Vielmehr wurden die Schritte derjenigen Fürsten, welche mit solchem Glimpf den Anerbietungen der so verhaßten Nationalversamlung entgegen giengen, an andern Höfen sehr ungleich angesehen, an welchen es bey nahe zum herrschenden Ton geworden war, jeden Schritt von Annäherung oder Nachgiebigkeit für nicht viel weniger, als für Untreue und Verrätherey am Vaterland und Religion zu betrachten. So wurden dann die Anerbietungen der französischen Nationalversamlung und die Anträge des Ritters Tennan, beynahe ungeprüft, von der Hand gewiesen.

Es ist jedoch, um gerecht zu urtheilen, nicht zu mißkennen, daß die Sache würklich ihre grosse Bedenklichkeiten hatte. Wenn man nämlich auf der andern Seite betrachtet, wie ungewiß die Entschädigung für alle interessirten Stände und Reichsbürger war, und wie schwer sie für manchen, nach seinen individuellen Verhältnissen insbesondere werden mußte. Wenn man betrachtet, daß Frankreich unmöglich so viel baares Geld aufbringen konnte, um alle, wenn sie sich auch mit baarem Geld hätten abfinden lassen wollen, zu befriedigen, und wie unsicher jede Gattung von Credit bey dem damaligen Zustande Frankreichs war; noch mehr, wenn man einer billigen Erwägung würdigt, daß auch die gröſten Capitalien, die

gröſten

grösten Summen baar da liegenden Geldes, und die sicherste Assecuranz von Seiten Frankreichs mit dem Verluste ganzer Gebiete und höchst wichtiger, ewig daurender Hoheits- und anderer Rechte in gar keinen Vergleich kommen, daß die Stände für sich dem Reiche, als gemeinem Staatskörper, ohne dessen Einwilligung diesemselben über die Besitzungen der teutschen Fürsten, wenigstens petitorisch, noch zustehende Oberhoheit nicht vergeben konnten, diese Einwilligung aber nach der damal herrschenden Stimmung höchst schwer gehalten haben würde; wenn man bedenkt, wie wenig die teutschen Fürsten Ursache hatten, zu Befestigung einer so schauervollen Staatsumwälzung und des neu aufgestellten Systems, das selbst allen Thronen den Untergang zu drohen schien, durch eigene Aufopferungen beyzutragen, und wenn man mit allem diesem in Verbindung setzt, daß damal auch das geübteste Auge, auch der in die tiefsten Geheimnisse der Politik eingeweihteste Kopf nicht im Stande war, die Dauer und noch weniger das unaufhaltbare Fortschreiten der Französischen Revolution, wie wir es jezt wissen, zu berechnen: so kann man sich fürwahr nicht wundern, daß die Reichsstände jene Anerbietungen von der Hand wiesen und sich mit der Hofnung unterhielten, auf den gewöhnlichen Reichsverfassungsmäßigen Wegen den Besiz ihres Eigenthums zu retten, oder auch auf die Summe von Möglichkeiten rechneten, nach welchen sie wohl gar hoffen könnten,

nach dem Einsturz des neu aufgeführten Gebäudes von der königlichen Partie zum Lohn ihrer festen Anhänglichkeit an dieselbe, die ihnen so gewaltsam geraubten Güter und Rechte mit Wucher wieder zurück zu erhalten.

§. 2.

Der Weg, den die meisten dieser Reichsstände schon eingeschlagen hatten, war, daß sie als gekränkte Reichsglieder den Kaiser und das Reich sowohl als höchste Gewalt Teutschlands, die ihnen Schutz zu verleihen schuldig sey, als in der Eigenschaft eines Garants des Westphälischen Friedens zur Hülfleistung auffoderten: ungeachtet auf der einen Seite das Reich zu Behauptung seiner Souverainetät über den Elsaß und der Hoheitsrechte der im Elsaß begüterten Stände schon einmal einen verheerenden Krieg geführt hatte, und sich am Ende genöthiget sah, in dem Ryswicker Frieden wenigstens den Besitzstand nachzugeben, und ungeachtet auf der andern Seite — freylich von dem Reiche verlassen — eben diese Stände nachher, in Ansehung ihrer französischen Besitzungen durch besondere Verträge und angenommene Lettres patentes, ohne bey dem Reichsoberhaupt und der Reichsversammlung darüber anzufragen, der französischen Krone sich unterworfen hatten. Theils wandten sich dieselbe an den Kaiserlichen Hof allein, theils — zumal nach eingetrettenem Zwischenreich — an die Reichsversamlung allein, theils an beyde zugleich. Den Anfang machten

ten — den Kurfürsten von Köln, als Hoch- und Teutschmeister ausgenommen, welcher dem Kaiser schon am 7. Jänner 1789. von seinen Unterhandlungen in Paris Nachricht ertheilte, und nur vorläufig die Hülfe des Reichs und seines Oberhaupts reclamirte — die Bischöfe zu Strasburg und Speier, samt dem Domkapitel des Hochstifts Straßburg, der Johannitermeister und der Freyherr von Hompesch als Besitzer zweyer Komturenen insbesondere, sodann die Ritterschaft und die Geistlichkeit im untern Elsaß, ingleichem das Ritterstift Murbach, und von weltlichen Ständen der Landgraf zu Hessendarmstadt, wegen des im Elsaß gelegenen gröseren Theils der Grafschaft Hanau-Lichtenberg. Alle diese traten mit ihren Beschwerden wider die zerstörenden Schlüsse der französischen Nationalversammlung noch, unter Josephs II. Regierung, schon in den lezten Monaten des Jahrs 1789. und den zween ersten des folgenden Jahres hervor. Auch nahm sich den Oberrheinische Krais *in Corpore* sehr frühzeitig seiner Stände an, indem derselbe schon am 28. Jänner 1790. auf seiner damal zu Frankfurt am Mayn gehaltenen Versamlung einen Schluß faßte, (a) vermög dessen er nicht nur mit den benachbarten Kraisen sich in Korrespondenz sezte, sondern auch ein Schreiben an des Kaisers Maj. ergehen lies, und für dieselbe — den Adel und die Geistlichkeit mit eingeschlossen — um Schuz und Beystand bat.

(a) Staatskanzl. 24. B. S. 341. folg.

Dieſen Vorgängen folgten nun mehrere Stände theils während dem am 20. Febr. 1790. eingetretenen Zwiſchenreich mit Vorſtellungen an die Reichsverſammlung, welche freylich wegen der bekannten Streitigkeiten über die Befugniſſe der Reichsverweſer erſt ſpät zur Dictatur kamen, theils nach wieder beſetztem Kaiſerthron mit ähnlichen Bittſchriften an den Kaiſer und die Reichsverſammlung nach. Neuere Auftritte in dem immer gewaltſamer fortſchreitenden revolutionären Syſtem veranlaßten auch eine Menge von Nachträgen. Da ich dieſe ſämtliche Beſchwerungsſchreiben, Promemorien und Deductionen, ſamt den dazu gehörigen Urkunden und andern Beilagen in den oben ſchon angeführten Bänden vollſtändig eingerückt habe, ſo wird es überflüſſig ſeyn, mich hier bey denſelben zu verweilen. Ich behalte mir jedoch vor, in der Folge noch in einem eigenen Abſchnitt dieſe ſämtlichen Beſchwerden und deren Gegenſtände in gedrängter Kürze zuſammen zu ſtellen, und dadurch die Ueberſicht derſelben zu erleichtern.

§. 3.

Die Erledigung des Kaiſerthrons hemmte aber allen Geſchäftslauf auf der Reichsverſammlung. Statt zu handeln, ſtritt man über die Art der Geſchäftsbehandlung, welche bey dieſer erlauchten Verſammlung in Zwiſchenreichen Statt haben ſollte.

Mehrere Stände des Oberrheiniſchen Kraiſes, welchen ſich auch die Ritterſchaft anſchloß, hielten

hielten es daher für zweckmäßig, das auf dem Wahltag versammelte Kurfürstliche Kollegium aufzufordern, auch auf diese wichtige Angelegenheit des teutschen Vaterlandes seine Aufmerksamkeit zu richten, und dem neuen Reichsoberhaupt dieselbe zu schleuniger Anwendung zweckmäßiger reichsväterlicher Maasregeln angelegentlichst zu empfehlen.

Das Directorium der Ritterschaft des untern Elsasses wandte sich schon am 19. Jul. 1790 an Kurmainz. Das Schreiben desselben war zwar dem Innhalt nach nicht für das Kurfürstl. Kollegium bestimmt. Der Kurfürst theilte es aber demselben gleichwohl, nebst den beygefügten dem König in Frankreich überreichten Observations respectueuses &c. mit. (a) Und auch das Generaldirectorium der Reichsritterschaft in Franken, Schwaben und am Rhein nahm sich der Ritterschaft des untern Elsasses an, indem dasselbe durch die an den Wahlconvent abgeschickten Ablegatos (b) eine am 3. Sept. 1790 zur Dictatur gekommene Denkschrift (c) überreichen liess. –

Wo

(a) Aechtes vollständiges Protocoll des kurfürstlich hohen Wahlkonvents — im Jahre 1790. 2c. II. S. S. 287 — 291.

(b) Ein Ausdruck, dessen die Ritterschaft sich gewöhnlich bedient, weil sie Bedenken trägt, sie Gesandte zu nennen, und doch auch nicht mit dem Nahmen bloßer Deputirten oder Abgeordneten belegen will.

(c) In dem angef. ächtes vollständigen Wahl-Protocoll im I. B. 30ste Beil. S. 650.

Von Reichsſtänden waren es der Biſchof zu Speier, (d) der Landgraf von Heſſendarmſtadt, (e) und der Fürſt von Leiningen, (f) welche ſich an das Kurfürſtliche Collegium wandten, und die in Cöln verſammelt geweſenen teutſchen Domkapitularen des Hochſtifts Strasburg thaten ein Gleiches. (g) Von allen dieſen Schreiben und Promemorien widerfuhr nur dem von der Ritterſchaft im untern Elſaß an Kurmainz erloſſenen Schreiben und der Vorſtellung der Strasburgiſchen Kapitularen die Ehre, beſonder in Berathſchlagung gezogen zu werden, als welches in der 48. Seſſion am 20. Sept. geſchah. (h)

§. 4.

Es hatte nämlich auch der Kurfürſt von Cöln über den dritten §. des X. Art. der Wahlkapitulation das Monitum geſtellt, daß der Kaiſer durch einen Beyſatz in der Wahlkapitulation verbindlich gemacht werden ſollte, durch ernſtliche Verwendung dahin beyzuwürken,

„daß die entzogenen Rechte und Nutzungen den betroffenen Reichsſtänden und ihren Lehenleuten, wie auch den Mitgliedern der unmittelbaren Reichsritterſchaft und ſon-

(d) ebendaſ. im I. B. S. 502. 26ſte Beil. und S. 639.

(e) ebendaſelbſt Beil. 35. im II. B. S. 127. und 128. fgg.

(f) ebendaſ. Beil. 67. im II. B. S. 355. und 405.

(g) ebendaſ. Beil. 46. im II. B. S. 282.

(h) ebend. II. B. S. 271.

sonstigen Unterthanen des Reichs entzogenen Stücke mit denen bis dahin vermißten Nutzungen zurückgegeben werden."

mit dem weitern Beysatz:

„Sollte aber gegen Vermuthen Unsere Vermittlung fruchtlos seyn, so wollen wir die weiter zu ergreifende Maasregeln mit den in Comitiis versammelten Reichsständen überlegen, und alles, was von Uns abhängt, ernstlich beytragen, damit diese gegen die klaren Friedensschlüsse und den unfürdenklichen Besitz den Reichsständen, ihren Lehenleuten, wie auch den Mitgliedern der unmittelbaren Reichsritterschaft entzogenen Stücke mit den bis dahin vermißten Nutzungen restituirt werden."

Dieses Monitum kam in der zehenden Sitzung am 1. Sept. in Erwägung. (a) Es fand auch im Wesentlichen allgemeinen Beyfall. Nur wurde statt einer der Wahlkapitulation einzurückenden Stelle ein Kurfürstliches Collegialschreiben beliebt. (b) Der Böhmische Wahlbottschafter machte dabey schon damal die treffende Bemerkung, daß die in dem Monito angetragene Verwendung, welche nur auf eine schriftliche Verwendung abzuele, ohnehin von seinem Hofe schon zu wiederholtenmalen, jedoch vergeblich,

(a) Aechtes vollständiges Wahl-Protocoll ꝛc. I. B. S. 488 — 491.

(b) Zu schneller Uebersicht wird es nicht überflüssig seyn, unter Z. II. die hieher gehörigen Stellen des Wahl-Protocolls diesem Abschnitt beyfügen zu lassen.

lich, geschehen sey, und daher bey dermaligen Umständen wohl nichts anders, als eine kräftige, mit Waffen unterstützte, Verwendung zu Erzielung des Endzwecks hinlänglich seyn werde.

Erst izt, nachdem das Kollegialschreiben schon beschlossen war, (c) kam am 2. 3. 8. 15. und 27. Sept. 1790. die deswegen übergebenen Schreiben und Denkschriften samt den Beilagen derselben (d) zur Dictatur, oder wurden statt der Dictatur mitgetheilt. Es wurden aber nur die nicht einmal an das Kurkollegium gerichtete Vorstellung der Ritterschaft im Elsaß und die Vorstellung der Straßburger Kapitularen würklich in Berathschlagung gezogen, und dabey erwogen, ob der Elsassischen Ritterschaft ausdrücklich Erwähnung geschehen solle, worauf der Schluß dahin ausfiel, daß neben den Mitgliedern der unmittelbaren Reichsritterschaft, welcher schon nach dem ersten Concluso Erwähnung geschehen mußte, auch der ihr zugehörigen ritterschaftlichen Corporum ausdrücklich zu gedenken sey.

Die

(c) Das kurfürstl. Kollegium hatte überhaupt die Entschliessung gefaßt, erst nach vollendeter Berathschlagung über sämtliche Monita auch die an den Konvent gelangten Schreiben und andere Exhibita, in sofern solche nicht schon erschöpft seyen, in Umfrage zu stellen. Aechtes vollst. Wahl-Protocoll II. B. S. 265.

(d) Es würde überflüssig seyn, solche hier abdrucken zu lassen, da sie kein Licht über die Sache verbreiten und sich zum Theil auf die beygefügten am Reichskonvent übergebenen Druckschriften beziehen.

Die Reichsständischen Vorstellungen hingegen kamen weder bey dieser Gelegenheit, noch sonsten in würkliche Umfrage, weil sie ohne Zweifel als schon erschöpft angesehen wurden.

Das Kollegialschreiben (e) ist übrigens nachdrücklich gefaßt, und gedenkt nicht nur der durch die französischen Nationalschlüsse gekränkten und entsezten Reichsstände und anderer Reichsangehörigen in dem Umfang der Provinz Elsaß und des Herzogthums Lothringen, sondern auch in andern ehemaligen Reichslanden. Es wurde dasselbe am 27. und 29. Sept. 1790. verlesen, berichtigt und genehmigt. (f)

So wurde also dieser Gegenstand dem Oberhaupt des Reichs sogleich nach vollzogener Wahl als eine äusserst wichtige Angelegenheit seiner Regierung empfohlen, und dadurch zu dem nachgefolgten Gang derselben der nächste Weg vorgezeichnet, so wenig sich auch, nach dem richtigen Urtheil des Böhmischen Wahlbottschafters von schriftlicher Verwendung die Er-

(e) Aus dem achten vollständigen Wahl-Protocoll Beil. 61. im II. B. S. 392. verdient solches unter der Z. III. diesem Abschnitt beygefügt zu werden.

(f) Wegen der besondern Wichtigkeit dieses Gegenstandes wurde am 27. Sept. da der Entwurf verlesen worden war, beschlossen, denselben circuliren zu lassen, und in der nächsten Sitzung wieder vorzulegen. Was dabey für Erinnerungen gefallen seyn mögen, ist aus dem Protocoll nicht zu ersehen, indem dasselbe am 29. Sept. 1790. nur bemerkt, daß dieses Kollegialschreiben in pleno abermalen vorgenommen, berichtigt und genehmigt worden sey.

Erreichung des vorgesezten Zwecks einer völligen Wiederherstellung der entrissenen Rechte — denn der Entschädigungs-Unterhandlungen gedenkt das Kurfürstliche Kollegialschreiben gar nicht — erwarten lies, da man es im Grunde nicht mit dem König, sondern mit der Nationalversammlung zu thun hatte, die jenem das Heft schon aus den Händen gerissen hatte, und von welcher eine solche auffallende Abweichung von ihrem durchgreifenden revolutionären System immer weniger erwartet werden konnte.

§. 5.

Die Revolution gieng nicht nur überhaupt ihren raschen Gang fort; die beschlossene Aufhebung aller besondern Rechte und Freyheiten einzelner Provinzen machte einen wesentlichen Theil des Ganzen in dem System einer allgemeinen Gleichheit aus, die Decrete selbst, welche mit einem Federstrich die verjährtesten Rechte der teutschen Fürsten zernichteten, waren gröstentheils schon ausgeführt, eine Aufhebung derselben in einzelnen Provinzen würde selbst mit Gefahr für die Revolution verbunden gewesen seyn, und statt derselben kamen vielmehr immer neue Kränkungen nach; sondern es bewährte auch ein neuerlicher Vorgang, der sich zunächst auf diesen Gegenstand bezieht, wie wenig die Nationalversamlung ihre Meynung zu ändern gesonnen sey.

Noch in eben dem Monath, in welchem das Kurfürstliche Kollegialschreiben an den Kaiser

ser erlassen wurde, kam auch in der Nationalversamlung die Sache aufs neue in Vortrag. Die Berichte, welche der Chevalier von Ternant von den Würkungen seiner Sendung an das diplomatische Committé erstattet haben muß, noch mehr aber, wie es scheint, die geheimen Besorgnisse, welche, in Hinsicht auf diese Irrungen mit den teutschen Fürsten, selbst die Häupter der Revolution beunruhigt zu haben scheinen, mögen dazu Anlaß gegeben haben. Am 28. October 1790. stattete Merlin der Nationalversamlung, im Nahmen des diplomatischen Committé den ersten Bericht über diesen Gegenstand ab, (a) in welchem nun aus Gründen dargethan werden will, daß die teutsche Fürsten keine Rechtsgründe für sich haben, über die Ausdehnung der französischen Nationalschlüsse auf ihre Besitzungen im Elsaß sich zu beschweren, oder auch nur Entschädigung zu fordern. Aber welch ein Abstand zwischen den Grundsätzen, aus welchen das Kurfürstliche Kollegialschreiben herfloß, und zwischen diesem modernen Völkerrechtssystem, wie sich die Nationalversamlung dasselbe hil-

(a) Es war wohl hohe Zeit, auch einmal zu untersuchen, worinn etwa die Rechte der französischen Krone oder der Nation im Verhältniß mit Teutschland und den im Elsaß begüterten teutschen Fürsten auch den übrigen Elsassischen Ständen bestünden, nachdem man schon so viele Entschliessungen in dieser Sache gefaßt, und den Proceß mit der Execution angefangen hatte.

bildete! Hier wird über die Rechte der teutſchen Fürſten im hohen Ton abgeſprochen. Die Heiligkeit der Verträge macht die geringſte Schwierigkeit. Nach dieſer neuen Philoſophie über Völkerverhältniſſe verbinden alle jene Verträge, von Königen eingegangen, die Nation nicht, und nach dem Reſultat der ganzen Unterſuchung können nach dem ſtrengen Recht die teutſchen Fürſten nicht einmal Entſchädigung fordern. Nur Billigkeit, welche insbeſondere in den Verhältniſſen einer Nation mit ihren Nachbarn zur Richtſchnur dienen müſſe, und politiſche Rückſichten ſeyen es, was der Entſchädigung der teutſchen Fürſten das Wort rede. Die Hauptgründe, auf welchen das ganze Gebäude ruht, ſind die zween Sätze, daß ganz Elſaß ohne alle Ausnahme unter der Souveränetät der franzöſiſchen Nation ſtehe, und daß die Einwilligung des teutſchen Reichs zu der Widervereinigung der Provinz Elſaß mit Frankreich ein ganz unnützer und überflüſſiger Rechtstitel für Frankreich ſey, weil das Elſaſſiſche Volk ſich freywillig mit dem franzöſiſchen Volke vereint habe, und nur dieſer Wille allein die Widervereinigung zu Stande gebracht oder giltig gemacht habe. (b)

Aus

(b) 1mo que par les traités de Münſter et de Nimegue, par les arrêts de réunion et par les Paix de Ryswik et de Baden, *toute* l'Alſace, *ſans en excepter un ſeul canton, un ſeul hameau,*

ſe

Aus diesen falschen Voraussetzungen wird die ganze Schlußkette abgeleitet, die dann freilich zum Vortheil der französischen Nation ausfallen mußte; (c) und welche bey dem Decret,

se trouve *sous la pleine souveraineté de la Nation francoise.*

2do que le consentement, donné *defait* par l'Empire Germanique à l'union de toute l'Alsace à la france est pour elle un titre *inutile* et *surabondant*, parceque le peuple Alsacien s'est uni *volontairement* au peuple françois et que *sa volonté seule* a ou *consomme* ou *legitimé* l'union."

(c) Der Verfasser des Gerichts schließt nämlich daraus, um mich seiner eigenen Worte zu bedienen, que si la france paroit devoir aux Princes des indemnités *par l'effêt des traités*, elle ne leur en doit point *par l'effêt* de *la volonté du peuple*, *parceque ce peuple n'a mis à cette volonté aucune condition rélative aux fiefs régaliens d'Alsace;* qu'on peut par conséquent, qu'on doit même regarder les droits, dépendans de ces fiefs comme soumis à la regle générale, suivant laquelle il ne peut être exigé d'indemnité pour l'anéantissement des impositions cidevant perçues par des particuliers; *que*, comme cette volonté du peuple rend le consentement de l'Empire à l'Union de l'Alsace à la france inutile et surabondant *l'inutilité et la surabondance de ce consentement rendent nulles et sans effêt toutes les réserves, toutes les conditions* qui le modifient; — *que*, ces reserves et conditions étant nulles et sans effêt, *il ne reste aux Princes d'Allemagne aucun titre pour prétendre une indemnité à raison de leurs droits seigneuriaux* abolis par les décrets de l'Assm-

das hierauf würklich beſchloſſen wurde, zum Grunde liegt. (d)

Das Reſultat dieſes Vortrages war nämlich, daß das Decret, welches zugleich vorgelegt wurde, und von Mirabeau entworfen war, die Genehmigung der Nationalverſamlung erhielt. Dieſes Decret (e) geht, in Gemäsheit des von dem Committé diplomatique vorgetragenen Syſtems, von dem Grundſatz aus, daß in der ganzen Ausdehnung des franzöſiſchen Reichs keine andere Souveränetät als die der Nation Statt finde und daher alle jene Decrete, namentlich die vom 4. 6. 7. 8. und 11. Aug. 1789. 15. März 1790. und andere in Ober- und Nieder-

l'Aſſemblée nationale,— que par conſéquent des offres d'indemnité ne peuvent être que l'effet des diſpoſitions favorables de la bienveillance et de l'amitié de l'Aſſemblée nationale envers les Princes."

(d) Um ſo mehr verdient dieſer Bericht den Urkunden zu gegenwärtigem Abſchnitt beygefügt zu werden. Beil. Z. IV.

(e) Beil. Z. V. Ueber dieſes Decret erſchien bald darauf eine leſenswürdige Abhandlung, unter dem Titel: L'impoſſibilité de l'execution du Decret de l'Aſſemblée nationale du 28. Oct. de 1790. concernant l'indemnité des Princes et Etats d'Empire poſſeſſionnés en Alſace, demontrée par la comparaiſon de ce Decret avec les remontrances du collège Electoral à Sa Maj. Imple. du 12. du même mois. Suite des queſtions d'etat ſur la même Province. En Novembre 1790. 8. 88. p. Der letzte Beyſatz giebt zu erkennen, daß auch dieſe Schrift den H. Hofrath Stupfel zum Verfaſſer habe.

Nieder-Elsaß eben sowohl als in allen übrigen Theilen des Königreichs zur Ausführung gebracht werden sollen, dessen ungeachtet aber wurde abermal (f) beschloßen, daß in Rücksicht auf die engen freundschaftlichen Verhältnisse, welche seit langer Zeit zwischen der französischen Nation und den teutschen Fürsten bestehen, der König gebeten werden solle, mit denselben

(f) Im Grunde ist nämlich solches längst schon beschlossen gewesen. Denn schon, da der König am 18. Sept. 1789. der Nationalversammlung die Vorstellungen der teutschen Fürsten mitgetheilt hatte, machte sich dieselbe anheischig, à prendre ces reclamations dans la plus grande consideration lors de la confection des loix de détail. Am 13. Jan. 1790. äuserte dieselbe, que les objets des réclamations en question tenoient essentiellement au droits des gens et étoit de Droits public, *qu'il étoit en conséquence convenable de laisser le Roi traiter avec les Princes étrangers.* In der Sitzung vom 15. März 1790. behielt sie sich vor, de prononcer, s'il y a lieu sur les indemnités, dont la nation pourroit être chargée envers les propriétaires de certains fiefs d'Alsace, d'après les traités, qui ont réuni cette province à la france. Kurze Zeit darauf wurden die teutschen Fürsten durch die von dem König am 30. Apr. erlassene Lettres patentes aufgerufen, de remettre au ministre de la Province les Etats contenans la nature, les especes et les produits de leurs droits féodaux avec les pieces justificatives. Und unmittelbar darauf wurde der Chevalier von Ternant würklich an die teutschen Höfe, welche Besitzungen im Elsaß haben, abgeschickt, um ihnen die Idee einer Geld-Entschädigung einleuchtend zu machen.

ſelben über gütliche Beſtimmung der Entſchädigungen, welche ihnen wegen der aufgehobenen droits féodaux et ſeugneuriaux zugeſtanden werden könnten und ſelbſt über Erwerbung ihrer Güter, mit Einſchluß des Werths dieſer Rechte, in Unterhandlung zu treten. Darum geht jedoch dieſes Decret etwas weiter, als man bis dahin gegangen war, daß jetzt nicht nur Entſchädigung für die aufgehobenen Rechte angeboten wurde, ſondern die Nationalverſammlung ſich auch bereitwillig bezeugte, ſelbſt in die Erwerbung jener Gefälle der teutſchen Fürſten ſich einzulaſſen. Ueber die Art der Entſchädigung hingegen drückt ſich das Decret nicht aus, und auch der Rapport des Committé diplomatique läßt ſich darauf nicht ein. Man wollte jedoch ſagen, daß es dabey auf reelle Ausgleichungen, und alſo auf eine Art von Tauſch angeſehen geweſen ſey. (g) Auch übergieng

(g) Stäpfel ſagt es wenigſtens in ſeiner angeführten Abhandlung de l'impoſſibilité de l'execution du Decret &c. „Mais il paroit — ſagt er S. 39. — qu'on ne ſonge plus à indemniſer *en argent*, et qu'on ſe propoſe de le faire en pays, territuires et biens immeubles. Il faut bien, que ce ſoit le projet du Decret, que nous discutons, ſans quoi il eut été bien ſuperflu de revenir à la charge après l'échec de la commiſſion de Monſieur de *Ternant*; et ce qu'il le prouve à l'évidence, c'eſt que le Decret offre les indemnités non ſeulement ces Droits, mais même des terres et ſeigneuries avec les droits. Maſſe de propriétés

gieng der Berichtstellen und das gefaßte Decret selbst, den wichtigen Gesichtspunkt bey der Sache ganz mit Stillschweigen, daß seit den ersten Reclamationen der teutschen Fürsten noch mehrere Schlüsse der Nationalversammlung noch gefolgt, und auch von dem König sanctionirt worden sind, welche keine Entschädigung zulassen, wie die Verfügungen sind, welche in Ansehung der geistlichen Güter und der Metropolitan- und Diöcesanrechte einigen teutschen Erzbischöffe und Bischöffe diesen neue Kränkungen zufügten.

tés et de domaines si immense, que ce seroit une chimère, que de penser à l'acquitter en argent. —— Si l'on peut ajouter foi à des avis particuliers, le plan est d'arrondir le Duché de Deuxponts à ses propres frontières; de donner à Mr. le Landgrave de Hesse-Darmstadt, Kerpen Pirmasenz; de faire des convenances à la maison de Baden du côté de Merzalben; de remplacer Mr. le Duc de Wittemberg près de Montbéillard; de satisfaire la maison palatine et Mr. le Prince Evêque de Spire en cédant la Souveraineté françoise de la Queich à Landau; d'indemniser les deux ordres militaires par des Abbayes dans la Lorraine allemand, et de faire la convenance de Mr. le Prince de Linange dans les mêmes Parties. Mir ist aber unbekannt, daß gegenwärtig einen dieser Höfe von einem Plan dieser Art würkliche Anträge oder auch nur entfernte Aeußerungen gemacht worden seyn sollten, wozu es gleichwol gar nicht an Anlaß gefehlt hätte, besonders da es an einigen Höfen zu wiederholten gegenseitigen Aeußerungen gekommen ist.

Ueberdieß ſchränkt ſich dieſes Decret wenigſtens den Worten nach nur auf die Provinz Elſaß ein; und ſchließt mithin die auf gleiche Art in ihren Rechten gekränkten Stände aus, deren Beſitzungen ganz oder zum Theil in andern franzöſiſchen Provinzen z. E. in Lothringen, in der Franche-Comté gelegen waren.

§. 6.

Der König genehmigte das angeführte Decret am 5. Nov. 1790. und das Miniſterium legte ſogleich die Hand an die Ausführung.

Folgen dieſer Entſchlieſſung ſind nämlich die neueren Anträge, welche theils den Miniſtern der reichsſtändiſchen Höfe in Paris, theils dieſen ſelbſt unmittelbar gemacht wurden. Das lezere geſchaß mittelſt einer miniſteriellen Circularnote, welche von den franzöſiſchen an die Kraiſe und einzelne Höfe accreditirten Geſandten den Fürſten ſelbſt oder ihren Miniſterien zugeſtellt wurde.

In dieſer Note (a) werden die neueren Anträge an die Negotiationen des Chevalier Ternant und an die gegen denſelben geäuſerten

(a) Beil. Z. VI. Wie ſolche von dem an dem Oberrheiniſchen Krais accreditirten Geſandten Baron von Groſchlag ſowol dem Fürſtbiſchof zu Speier, als dem Landgrafen zu Heſſendarmſtadt und von dem franzöſiſchen Geſandten, Grafen von Vergennes, dem Kurtrieriſchen Staatsminiſter zugeſchickt worden ſey, iſt oben aus dem 26. B. S. 125. und dem 29. B. S. 239. folgg. und S. 261. folgg. zu erſehen.

ten Erklärungen der teutſchen Höfe angeknüpft. Dieſe werden darinn eingeladen, Bevollmächtigte mit den Pappieren, welche die Natur der Beſitzungen, die damit verbundenen Rechte und den jährlichen Ertrag ins Licht ſezten, nach Paris zu ſenden, um die Unterhandlungen ſelbſt eröffnen zu können. Das Miniſterium ſucht zugleich den Schwierigkeiten zu begegnen, welche bey der Sendung des Chevalier Ternant die Höfe abgehalten haben dörften, ihre Bereitwilligkeit beſtimmter zu erklären. Dieſelben werden darinn geſucht, daß die Entſchädigung ſelbſt bis dahin noch nicht eigentlich decretirt geweſen ſey, und daß über die Art der Entſchädigung noch keine nähere Beſtimmungen feſtgeſezt ſeyen. (b) Die erſte glaubt das Miniſterium nun durch das von dem König ſanctionirte Decret gehoben, und von der andern ſagt daſſelbe, daß ſolche nur in dem Gang der Unterhandlungen ſelbſt gehoben werden könne. (c) Merkwürdig iſt hiebey immer, daß am Schluß dieſer Miniſterialnote ausdrücklich als nothwendig erklärt wird,

que la même perſonne (qui ſera chargée de la negotiation) ſoit autoriſée à

(b) „Parceque l'indemnité n'etoit pas encore decretée d'une manière préciſe et parcequ'il n'avait également été rien ſtatué ni ſur la quotité, ni ſur le mode de cette même indemnité.

(c) „Quant à la ſeconde, il eſt évident, qu'elle ne pourra être levée que dans le Cours de la Negotiation qu'il ſ'agit établir.“

discuter et à déterminer *non seulement la quotité, mais aussi le mode de l'indemnité, qui doit être accordée.*

Man sollte daraus fast schließen, daß man damals von Seiten des Ministeriums und des Committé diplomatique und féodal nicht die Absicht gehabt habe, auf einer bloßen Geld-Entschädigung zu bestehen, und daß man nur über diesen Punkt nicht mit vorläufigen Aeußerungen habe vorangehen, (d) sondern vielmehr die

(d) Denn weder von dem Ministerium, noch von der Nationalversamlung und dem Comité féodal und diplomatique ist eine bestimmt dahin abzielende Aeußerung bekannt geworden. Anlaß dazu hätten selbst die Gegenerklärungen der teutschen Höfe geben können. Der Fürstbischof zu Speier z. B. erklärte in seiner Gegennote vom 23. Dec. 1790. unter andern: „Il est facile de prévoir, que Sa Maj. Imple. et le Corps Germanique ne donneroient jamais leur assentiment à la question préalable, à moins que le ministère de France n'eut constaté, près la diète de l'Empire, des objets que la Couronne penserait d'offrir aux Princes en indemnités de ce qu' ils devraient lui abandonner." Staatsk. 26. S. 143. In der Gegennote des Kurtrierischen Staats- und Kabinetsministers von Dominique wird eben dieß gesagt: Il est facile à prévoir, que Sa Maj. Imple. et le Corps germanique ne décreteraient jamais l'admissibilité du système d'indemnité, à moins que les objets que la Couronne penserait et pourrait offrir aux Princes en dedommagement ne soient préalablement constatés. Car il est évident, que des parties integrantes de l'Empire d'Allemagne, des droits régaliens et d'autres

die Forderungen der teutschen Fürsten erwarten wollen, wozu sich allenfalls, selbst aus dem Gang der Revolution, Gründe gedenken lassen.

In dieser Lage befand sich diese wichtige Angelegenheit zu Paris, als die Vorstellung des Reichsoberhaupts, zu welcher dasselbe von dem Kurfürstlichen Kollegium aufgefordert worden war, nach Paris abgieng.

§. 7.

ne sauroient être cedés contre des indemnités pécuniaires, mais qu'on pourra seulement faire échange contre des possessions, droits et prérogatives parfaitement égales à ceux qu'on veut sacrifier au système d'uniformité." Staatsk. 29, S. 267. Ob auf die Kurtrierische Gegennote eine Replik gefolgt sey, ist mir nicht bekannt. An den Bischof von Speier aber wurde am 1. Febr. 1791. das Ansinnen erneuert. Staatsk. 26, S. 165. Wie aber das deswegen von dem kön. französischen Minister Baron von Groschlag auf Befehl seines Hofes an den Herrn Fürsten erlassene Schreiben überhaupt nur bey allgemeinen Aeuserungen stehen blieb: so enthielt dasselbe auch keine bestimmte Aeuserung auf die oben angeführte Stelle. Nur bezog sich der Minister nochmal darauf, daß die Anerbietung der Entschädigung begleitet gewesen sey, de l'assurance préalable et positive, de la regler selon de mesures de la plus parfaite équité et *de l'établir sur la base d'une convenance réciproque*, wie er schon in seinem Schreiben, womit er die Note begleitet hatte, sich ungefähr ausgedrückt hat. Staatsk. 29, S. 239.

§. 7.

Leopold hatte würklich kaum den teutschen Kaiserthron bestiegen, als er dem so dringend geäuserten Wunsche des kurfürstlichen Kollegiums entsprach. Schon am 14. Dec. 1790. erlies er deswegen an den unglücklichen König ein dem Reichsstyl gemäs in lateinischer Sprache gefaßtes Schreiben. (z)

Würde und Nachdruck waren darinn mit Mäßigung und Gefälligkeit vereint. Nach vorausgesezten Versicherungen seines aufrichtigen Bestrebens, mit allen seinen Nachbarn Frieden zu halten, und seine durch Bündnisse befestigten freundschaftlichen Gesinnungen gegen dem König und der Krone Frankreich äuſert der Kaiser, daß eben diese Gesinnungen, verbunden mit dem Wunsche, daß ein gleich gutes Vernehmen auch zwischen dem teutschen Reich und der französischen Nation befestiget werden mögte, ihn auffordern, ohne Verzug dem König die dringenden Wünsche zu eröffnen, welche das kurfürstliche Kollegium gleich bey dem Antritt seiner Regierung in Absicht auf verschiedene seit dem August des abgewichenen Jahres ergangene Schlüsse der Nationalversammlung an ihn gebracht habe, über welche mehrere Stände des Reichs Beschwerde führten.

In der Hauptstelle des Schreibens werden die an die Krone Frankreich würklich abgetretenen

z) Beil. S. VII.

tenen Bezirke im Elsaß und Lothringen (b) von denjenigen Gebieten genau unterschieden, welche von den Regierungs-Vorfahren des Kaisers und dem Reich nicht abgetretten worden seyen, und noch zu der Oberherrschaft des Kaisers und Reichs gehören. In Ansehung der erstern, sagt der Kaiser, werde dem König bekannt seyn, daß solche in dem Münsterischen und den nachgefolgten Friedensschlüssen, unter ausdrücklichem Vorbehalt der Diöcesan- und Metropolitanrechte, ingleichem der Kommenden, Güter, Einkünfte und Rechte, welche von Reichsgliedern besessen würden, abgetretten worden seyen. Diese Bande durch Nationalschlüsse zerreissen zu wollen, würde wider die Heiligkeit der Friedensschlüsse anstossen, welchen vielmehr die gebührende Achtung zu widmen, die erlauchte französische Nation (inclyta Natio sua) sich zur Angelegenheit machen werde.

In Ansehung dieser hingegen werde der König selbst nicht miskennen, daß keinem Reichsgliede die Befugniß zustehe, die dem Kaiser und Reich über seine Besitzungen gebührende Oberherrschaft (Jus suprematus) auf irgend eine auswärtige Nation zu übertragen.

Wenn

(b) Das kurfürstliche Kollegialschreiben schränkte sich nicht auf Elsaß und Lothringen ein, sondern dehnte seinen Antrag auch auf andere ehemalige Reichslande aus. Diese werden aber hier übergangen. Ob absichtlich oder blos zufällig, muß ich dahin gestellt seyn lassen.

Wenn diese Gründe, fährt Leopold weiter fort, nach Recht und Billigkeit erwogen werden, so werde das Resultat gerade darauf hinauslaufen, was das Kurfürstliche Kollegium mit den sich beschwert erachtenden Ständen fordere. Und daß diß würklich geschehe, mithin jene Nationalschlüsse nicht auf das Reich und dessen Glieder ausgedehnt werden mögten, das sey es, was Er dem König auf das angelegentlichste empfehlen müsse.

Werde diß zur Würklichkeit gebracht; so würden von selbst alle durch erwähnte Nationalschlüsse veranlaßte Neuerungen, so weit sie das Reich und dessen Stände berühren, in den vorigen Stand zurückgeführt werden, und alle Reichsstände würden daraus abnehmen, wie freundschaftlich der König gegen dem Reich gesinnet sey, und wie heilig seine Nation die mit dem Reich so glücklich bestehenden Friedensschlüsse seyn und bleiben.

Der Kaiser schließt sogar mit der Aeußerung seines Vertrauens auf die billige Denkungsart des Königs und der erlauchten französischen Nation, die in so freundschaftlicher Verbindung mit ihm stehe, (inclytæ nationis Gallicanæ Nobis amicissimæ) als welche den Kaiser an einer seinen Wünschen vollständig entsprechenden Antwort nicht zweifeln lasse, die er auch sogleich, als eine neue Urkunde der Freundschaft und guten Nachbarschaft, mit Vergnügen allen Reichsständen mitzutheilen eilen würde.

Aus

Aus der ganzen Fassung dieses Schreibens fällt nun wohl von selbst in die Augen, daß die Klugheit Leopolds die Sprache der Mäßigung, wenigstens damal den polnischen Verhältnissen (c) angemessener gefunden habe, als jede stärkere Sprache, in welcher der Feuereifer einzeler Höfe dasselbe gefaßt haben würde. Aber eben dieser Ton der Mäßigung war es, weswegen dasselbe, da es öffentlich bekannt wurde, (d) an manchen Orten für zu behutsam und nicht nachdrücklich genug gefaßt gehalten wurde.

J. S.

(c) Vielleicht hatte Leopold würklich den Wunsch, daß wo möglich der Ausbruch eines Krieges mit Frankreich zu verhüten seyn mögte. Wenn man aber auch nur an die damaligen Verhältnisse des Wiener Hofes in Absicht auf den Türkenkrieg — die Polnische Angelegenheiten, und die Lage der Oesterreichischen Niederlande zurückdenkt, so wird man keinen Augenblick miskennen, daß Leopold durch überwiegende Gründe geleitet, solche Maasregeln ergriffen habe.

(d) Förmlich wurde es der Reichsversammlung erst durch das Kaiserliche Kommissionsdecret vom 26. und dict. 30. Apr. 1791. mitgetheilt. Es erschien aber vorher noch ein Abdruck desselben, unter der Aufschrift:

Schreiben Sr. Kais. Kön. Maj. Leopolds II. an Se. allerchristlichste Majestät Ludwig XVI. in Betreff einiger Decrete der Nationalversammlung, wodurch ein grosser Theil der Glieder des teutschen Reichs sich gegen den Innhalt öffentlicher Verträge verletzt siehet.

Auch waren demselben das Schreiben des Ministers

von

§. 8.

An demselben Tage, von welchem das kaiserliche Schreiben gestellt wurde, übergab auch der Kurmainzische Staatsminister dem damal in Mainz residirenden französischen Gesandten von Okelly eine Note (a) worinn der Kurfürst nicht nur als Metropolitan, in welcher Eigenschaft Er bey den neuerlich durchgesezten gewaltsamen Veränderungen in Ansehung der Geistlichkeit freylich selbst sehr interessirt war, sich wider alle Neuerungen verwahrte, welche in seinem Kirchsprengel schon vorgenommen worden seyen, oder noch vorgenommen werden wollten, sondern auch zugleich als Erzkanzler des Reichs (b) die weitere Er-

von Montmorin an den Präsidenten der Nationalversammlung und die Kurmainzische Ministerialnote an den französischen Gesandten Grafen Okelly beygefügt, von welchen ich in den folgenden §§. reden werde.

(a) Beil. Z. VIII.

(b) Von dem Amte des Erzkanzlers heißt es in dieser Note, que l'Electeur *Archi-Chancellier du St. Empire* est chargé comme tel, à veiller particulièrement sur le maintien des loix, qui constituent les rapports, soit des divers membres du corps Germanique entre eux, et entre leur chef, soit de l'Empire envers les nations etrangères.“ Ob dieser Begriff so ganz richtig sey, käme doch noch auf eine nähere Untersuchung an. Die Frage von dem Umfang der Pflichten und der Befugnisse des Reichserzkanzlers ist besonders seit dem Zwischenreich nach Josephs II. Tode mehrmal öffentlich zur Sprache gekommen.

Erklärung beyfügte, daß es seine Amtspflicht, alle jene wichtige Veränderungen, womit der Friede zu Münster, dieses Grundgesez der teutschen Verfassung, bedroht wurde, zur Wissenschaft des Kaisers und der allgemeinen Reichsversamlung zu bringen.

Da ich diese Note aus dem im vorhergehenden §. Not. d. erwähnten Abdruck diesem Abschnitt vollständig beyfügen werde, so enthalte ich mich hier derselben umständlicher zu gedenken.

§. 9.

Das Kaiserliche Schreiben machte weder bey dem Königlichen *Ministerio*, noch bey der Nationalversammlung den Eindruck, welcher zu wünschen gewesen wäre. Von dieser lies sich solches freylich mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit voraussehen, da mehrere ihrer Sprecher gerade aus Veranlassung der von den teutschen Fürsten geführten Beschwerden laut genug zu erkennen gegeben hatten, wie wenig sie von jener Ehrfurcht für die Heiligkeit öffentlicher Friedensschlüsse durchdrungen seyen, welche das Schreiben des Kaisers voraus-

zu-

kommen. Da die Mainzer Gelehrte den Umfang dieser Pflichten ziemlich weit ausstecken, ohne Zweifel, weil derselbe mit dem Umfang der Rechte ungefähr von gleicher Ausdehnung ist: so verdiente dieser Gegenstand auch noch eine unpartheyische Prüfung.

zusezen schien. (a) Aber auch das Ministerium scheint der Sache nicht den Ernst gewiedmet zu haben, der zu erwarten war, wenn es demselben wahrhaft um die Beylegung dieser Irrungen und um Abwendung der bedenklichen Folgen zu thun gewesen wäre. Anfänglich wurde dieses Schreiben nur dem Committé diplomatique der Nationalversammlung mitgetheilt. Da aber hierauf mancherley Uebersezungen davon in Umlauf kamen, und ängstliche Besorgnisse zu veranlassen schienen, wurde es auch noch der Nationalversammlung selbst in einer französischen Uebersezung zugeschickt.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Montmorin begleitete dasselbe mit einem Schreiben an den Präsidenten, (b) worinn er im Nahmen des Königs zugleich versicherte, daß diesem officiellen Schritt des Reichsoberhaupts, welchen man schon lange vorausgesehen habe, die freundschaftlichsten und beruhigendsten Versicherungen von Leopold II. vorangegangen und nachgefolgt seyen, und daß auch die Anstalten der übrigen grösten Europäischen Höfe sogar nicht auf feindseelige Entwürfe derselben schliessen liessen, daß sie vielmehr nur das Verlangen derselben, das gute Vernehmen mit Frankreich zu unterhalten, ankündigten. Wiewol der König weit entfernt sey, die Nationalversamlung durch diese allge-

(a) Der oben erwähnte Rapport des Herrn Merlin kann statt aller Beweise dienen.

(b) Beil. Z. IX.

allgemeine und beruhigende Nachrichten von den Masregeln der Klugheit und Vorsicht ableiten zu wollen, welche sie etwa dem König vorzuschlagen gut finden mögte.

Diese öffentliche Mittheilung des Kaiserlichen Schreibens (c) geschah am 28. Januar 1791. Nach Verlesung desselben wurde der

(c) Unter der Z. X. füge ich auch diese Uebersezung gegenwärtigem Aufsaz bey. Da solche in der Gazette de Cologne vom 3. Febr. 1791. eingerückt war (Sie wurde auch in der Leidner Zeitung vom 8. Febr. 1791. abgedruckt) so erschien bald darauf auf 1. Bogen in fol. unter der Aufschrift:

Traduction de la lettre de Sa Majesté l'Empereur à Sa Majesté le Roi des François en de date 14. Decembre 1790.

eine neue französische Uebersezung dem beygedruckten lateinischen Original an die Seite gesezt, deren Verfasser der Uebersezung des Herrn von Montmorin große Vorwürfe macht, und unter andern äußert: Toute fois ce miniſtre avant de la communiquer publiquement et authentiquement dans cette forme, à l'Aſſemblée nationale, auroit du conſiderer, 1mo que dans la lettre d'un Empereur Allemand il s'agit moins de termes et de verbiage que de realité: 2do qu'un Empereur des Allemands ne tient jamais vis-à-vis d'un Roi des françois le langage d'un faiſeur des Complimens de Paris et qu'il ne prie pas très humblement, quand ſon droit et ſa dignite parlent 3tio que Leopold II. ne parle pas à Louis XVI. et qu'on n'oſe pas le faire parler par des traductions francaiſes comme Monſieur de Montmorin par le à ſon Roi ou comme il ſe fait parler à ſoi-même par ſon ſecretaire.

Antrag gemacht, daſſelbe nebſt dem Schreiben des Miniſters drucken zu laſſen. Dieſem widerſezten ſich zwar andere Glieder der Verſammlung. Es wurde aber derſelbe dennoch beſchloſſen, nachdem André auf der Motion beharrte, und dieſelbe durch die Vorſtellung unterſtüzte, daß die Nation ſowol von der Eigenſchaft, in welcher der Kaiſer als Reichsoberhaupt dieſes Schreiben erlaſſen habe, als auch von den friedfertigen Geſinnungen Leopolds II. unterrichtet ſeyn müſſe. Von dem Gegenſtande ſelbſt fügte derſelbe nur ſo viel bey,

> que les meſures neceſſaires avoient déja été priſes pour terminer les negotiations; que celles-ci etoient tres avancées; qu'il y avoit des Commiſſaires des Princes allemands en france et des Negotiateurs francois en Allemagne; que, ſi l'on ne pouvoit faire part de tous ces détails, c'etoit, que les negociations politiques exigent une ſorte de ſecrèt, ſans lequel elles échoueroient le plus ſouvent.

eine Aeuſerung, welche offenbar auf die von dem franzöſiſchen Miniſterium ganz neuerlich gemachten Anträge (§. 6.) ſich bezog. In Berathſchlagung aber wurde das Schreiben des Kaiſers nicht geſtellt, was freylich nach den Verſicherungen des Mr. d'André von dem guten Fortgang der Unterhandlungen mit den teutſchen Fürſten auch nicht nothwendig war.

Denn

Denn die Antwort des Königs an den Kaiser, welche vom 22. Januar 1791. gestellt ist, war damal (am 28. Jan.) ohne Zweifel schon abgegangen, und das Ministerium hatte also nicht einmal so viel Aufmerksamkeit für diesen officiellen und zugleich äusserst freundschaftlichen Schritt des Reichsoberhaupts, daß es durch frühere Mittheilung an die Nationalversammlung diese in den Stand gesezt hätte, die Sache nochmal in Erwägung ziehen, und gemäßigtere Maasregeln gegen die teutschen Fürsten ergreifen zu können.

§. 10.

In diesem Antwortschreiben (a) lies das französische Ministerium, welches jedoch über die Sache mit dem Committé diplomatique der Nationalversammlung Rücksprache gehalten zu haben scheint, den König seine grosse Befremdung äußern,

daß die im Elsaß und Lothringen begüterte Reichsfürsten sich in einer Sache an den Kaiser gewendet hätten, welche ihrer Natur nach nicht die geringste Verbindung mit dem Reich habe, und jene Fürsten nur in ihrer Eigenschaft französischer Lehenleute interessire.

In dieser Hinsicht, fährt der König fort, sey er ihnen auf alle Art und Weise mit gütlichen Vorschlägen zuvorgekommen, und habe ihnen nichts zu wünschen übrig

a) Beil. §. XI.

gelaſſen, wofern ſie nur die Sachen aus ihrem wahren Geſichtspunkte hätten betrachten mögen.

Der König verſpreche ſich daher, daß der Kaiſer jene Fürſten nicht nur in ihren Anſprüchen nicht unterſtüzen, ſondern ſie vielmehr ermahnen werde, ſich gegen die ihnen von dem König gemachten Anerbietungen bereitwillig zu bezeugen.

Dieſes Schreiben, welches gegen den hergebrachten Styl in franzöſiſcher Sprache gefaßt war, wurde erſt am 19. März 1791. von dem franzöſiſchen Geſchäftsträger in Wien übergeben. Dieſe Verzögerung hat ihren Grund darinn, daß daſſelbe anfänglich dem Staatskanzler Fürſten von Kaunitz zugeſtellt werden wollte, von dieſem aber, weil es Reichsangelegenheiten betraf, nicht angenommen, und jener dadurch genöthiget wurde, bey ſeinem Hof vorher darüber anzufragen, worauf er dann den Befehl erhielt, das Schreiben dem Reichsvicekanzler zu überreichen. (b)

§. 11.

So blieb alſo das franzöſiſche Miniſterium und das Committé diplomatique in Ab-

(b) Wahrſcheinlich war es doch nicht bloſes Verſehen, daß der Geſchäftsträger zuerſt angewieſen wurde, das Schreiben dem Fürſten von Kaunitz zuzuſtellen: vielmehr ſcheint es ganz conſequent aus dem Grunde, welchen zu ſeyn, weil nach den franzöſiſchen Grundſätzen behauptet wurde, daß die Sache den Kaiſer, als ſolchen, gar nichts angehe.

Absicht auf die Reclamationen der teutschen Fürsten, auch nach eröffneter Verwendung ihres Oberhaupts, dem angenommenen System getreu, ohne durch dieselbe auf mildere Maasregeln geleitet worden zu seyn, wenn gleich die Nationalversammlung oder vielmehr die Glieder des diplomatischen Committé, bey allen ihren Grossprechereyen und politischen Räsonnements, wegen der Verwendung des Kaisers nicht ganz ohne geheime Besorgnisse gewesen zu seyn scheinen. Es geben solches insbesondere die um dieselbe Zeit angestellten Berathschlagungen in dem Committé militaire und dem Committé diplomatique zu erkennen. Kaum war das Kaiserliche Schreiben verlesen, als noch in eben dieser Sizung im Nahmen des erstern Menou über die Vertheilung einer großen Anzahl Waffen an die Departements und Alexander Lameth über die Mittel, die Gränzen wider alle Anfälle fremder Truppen sicher zu stellen, der Nationalversammlung Berichte vortrugen, und nach deren Endigung trat Mirabeau im Namen des diplomatischen Committé auf, um die Lage, die Verhältnisse und die Gesinnungen der Europäischen Höfe zu schildern, und der Versammlung zu beweisen, daß man keinen offenen Krieg zu fürchten habe. (a) Sichtbar war es hiebey darauf angelegt,

(a) Die Stelle, welche vorzüglich hieher gehört, lautet also: „Leopold a été Legislateur et [illegible] loix trouvoient aussi des Detracteurs et des F[illegible] nemi[illegible]

legt, die Verſammlung und das Publicum über den Inhalt des Kaiſerlichen Schreibens durch Erſtattung dieſer Berichte und den pathetiſchen Vortrag eines Mirabeau zu beruhigen.

§. 12.

nemis. S'il a des Armées nombreuſes, il a des vaſtes frontières à couvrir. S'il aimoit la Guerre, quoiqu'il ait commencé ſon Règne par la Paix, ce n'eſt pas du côté du *midi*, que ſa politique lui permettroit de porter ſes Armes. Voudroit-il apprendre à des Provinces encore flattantes entre l'eſſai d'une Liberté, qu'on leur a ravie et la prudence d'une ſoumiſſion, qui ne durera qu'autant qu'elle ſera ſupportable, comme en réſiſte à des conquerants, à ceux qui dans leurs propres foyers ont ſçu ſabattre la Tyrannie?

Craignez-vous quelques *Princes d'Allemagne*, qui feignent de croire, que le Gouvernement d'une Nation ſouveraine auroit du ſ'arrêter dans l'execution de ſes loix devant les portions privilegiées de ſon territoire? Mais ſervioient-ils mieux leur intérêts par des Combats que par une utile negociation? et voudroient-ils compromettre *l'indemnité*, que Vôtre juſtice leur accorde? —

Que, dans des ſiècles barbares, la feodalité ait armé des Châteaux contre des Chateaux, cela ſe conçoit; mais que des Nations faſſent la Guerre, pour maintenir la ſervitude de ſes Hameaux, ceux-là même, qui font quelque ménace, ne le penſent point. Croyez plutôt que, ſi les effets de nôtre révolution donne de l'inquiétude à nos Voiſins, cette crainte eſt un Gage, qu'ils ne voudront pas nous troubler par des provocations périlleuſes. —

§. 12.

Was insbesondere die Unterhandlungen mit den teutschen Fürsten betrifft: so waren solche freylich zu der Zeit, als das Kaiserliche Schreiben der Nationalversammlung vorgelegt wurde, sogar nicht abgebrochen, daß sie vielmehr izt erst recht in Gang kommen sollten. Zu Beförderung dieser Unterhandlungen, deren baldige Eröffnung das französische Ministerium würklich recht ernstlich gewünscht zu haben scheint, lies dasselbe es freylich nicht an guten Versicherungen fehlen. Aber einmal beharrte es standhaft darauf, daß von Wiederherstellung in die aufgehobenen Rechte schlechterdings keine Frage seyn könne, und zweytens erklärte sich das königliche Ministerium mit eben so bestimmter Festigkeit, daß die Dazwischenkunft irgend einer fremden Macht, wofür auch Teutschlands Oberhaupt in dieser Sache angesehen werden wollte, von Frankreich nimmermehr zugegeben werden würde. Ueber den lezten Punkt insbesondere erklärte sich Montmorin in einem Schreiben an den Herrn Landgrafen zu Hessendarmstadt vom 11. März 1791. mit so entschiedener Festigkeit, daß, wenigstens nach der damaligen Lage, nicht leicht eine Abweichung von diesem System zu erwarten war. (a)

(a) Permettés, sagt Montmorin in diesem schon im 29. B. S. 249. eingerückten Schreiben, que je saisse cette occasion, pour Vous parler de l'af

fai

faire des indemnités. Si votre Alteſſe Séréniſſime veut bien conſiderer notre offre ſans prévention, et ſi Elle fixe un inſtant ſon attention tant ſur les circonſtances et les Principes, qui ont déterminé l'abolition du Régime féodal en france, que ſur les conſéquences que peuvent avoir les obſtacles, qu'elle rencontre en Alſace, Elle trouvera des motifs plus que ſuffiſants, pour adhérer aux propoſitions, qui lui ont été faites de la part de Sa Majeſté. Vous penſés, Mon Seigneur, que Vous ne ſauriés prendre une pareille détermination ſans le conſentement de l'Empereur. Ce n'eſt pas à Nous, à juger des obligations, que Vous pouvés avoir à remplir vis-a-vis du Chef de l'Empire, parceque c'eſt choſe, qui nous eſt abſolument étrangère; nous déſirons même, que Vous vous mettres en règle à cet égard avec tout la promtitude poſſible. La ſeule remarque, que j'aye à faire eſt, *que nous n'admettrons aucune intervention étrangère dans nos diſcuſſions rélatives à des poſſeſſions ſituées en Alſace, et que toutes les tentatives que l'on ſeroit dans cette vue, ſeroint infructueuſes.* Aehnliche Aeuſerungen wurden auch von andern Höfen gemacht.

Ende des vier und dreyßigſten Theils.

Inhalt

Inhalt

des vier und dreyßigſten Theils der teutſchen Staatskanzley.

Erſter Abſchnitt.

Von den Beſchwerden des Herzogs zu Pfalz-Zweybrücken wider die Schlüſſe der franzöſiſchen Nationalverſammlung. Seite 1.

I. Schreiben des Herzogs von Zweybrücken an den Kaiſer vom 26. Jänner 1791. S. 4.

II. Promemoria Namens Sr. des regierenden Hrn. Herzogs zu Pfalz-Zweybrücken Hochfürſtlichen Durchlaucht, in Betreff Höchſtdero Beſitzungen im Elſaß. S. 4.

III. Schreiben des Pfalz-Zweybrückiſchen Komitial-Geſandten Grafen von Seinsheim an die Reichsverſammlung vom 24. März 1791. S. 8.

Zweyt

Zweyter Abschnitt.

Von den Beschwerden der gefürsteten Aebtissin und des Kapitels zu Andlau wider die französische Nationalschlüsse. S. 10.

Dritter Abschnitt.

Von den Beschwerden der Prämonstratenser Abtey Wadgassen wider die Schlüsse der französischen Nationalversammlung. S. 10.

Beylagen. Nro. 1. — 33. S. 19. bis 242

Vierter Abschnitt.

Von den Beschwerden des Fürsten von einingen wider die französische Nationalschlüsse, wegen der Grafschaft Dachsburg. S. 245.

I. Memoire, S. 247.

II. Fürstlich-Leiningisches Promemoria an das kurfürstliche hohe Wahlkollegium, die denen im Elsaß possessionirten deutschen Reichsständen, und darunter auch dem fürstlichen und gräflichen Gesamthause Leiningen, durch die französische Nationalversammlungs-Abschlüsse zustehende grosse Beschwerden betreffend. S. 249.

III. Schreiben des Herrn Fürsten von Leiningen an Se. Majestät, den Kaiser Leopold II. vom 17. Jänner 1791. S. 254.

Fünfter

Fünfter Abschnitt.

Von der Verwendung des oberrheinischen und des Kurrheinischen Kraises für die durch die französische Nationalschlüsse gekränkten Ständen. S. 257.

Nro. 1. Concluſum des oberrheinischen Kraises, die Beschwerden mehrerer Kraisstände wider die französischen Nationalschlüsse vom 4. und folg. Aug. und 2. Nov. 1789. betreffend, vom 7. Jan. 1790. S. 259.

Nr. 2. Vorstellung des Oberheinischen Kraises an den Kaiser Joseph II. vom 28. Jan. 1790. S. 262.

Nr. 3. Promemoria des Oberrheinischen Kraises an den bey demselben accreditirten Königl. Französischen Gesandten Baron von Groschlag, vom 28. Jan. 1790. S. 295.

Nr. 4. Schreiben des Oberrheinischen Kraises an die Kraise Kurrhein, Franken, Schwaben und Westphalen vom 28. Jan. 1790. S. 267.

Nr. 5. Schreiben des Kurrheinischen Kraises an die Reichsversammlung, die Beschwerden wider die Französische Nationalschlüsse betreffend. vom 10. Apr. 1790. S 269.

Nr. 6. Schreiben des Schwäbischen Kraises an die Kraise Kurrhein und Oberrhein, vom Jan. 1790. S. 271.

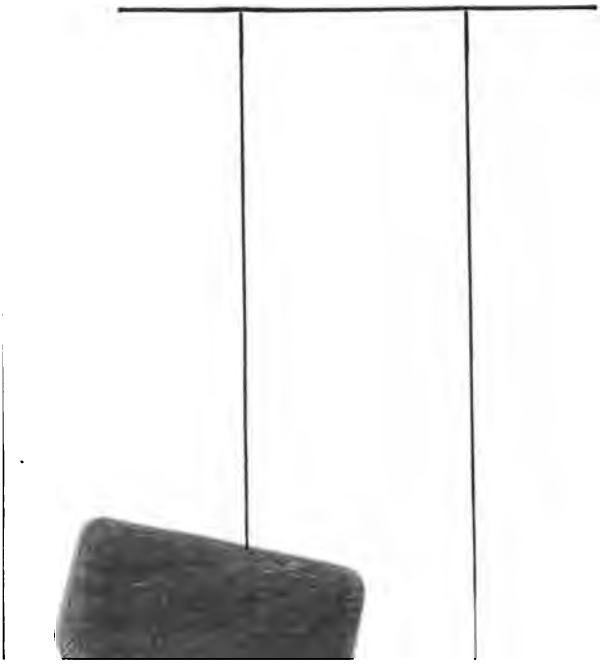
Sechster Abſchnitt.

Ueber die Beſchwerden der in Frankreich begüterten teutſchen Reichsſtände wider mehrere Schlüſſe der franzöſiſchen Nationalverſammlung. S. 272.

Fortſetzung der Geſchichte bis auf die erſte Reichsberathſchlagung über dieſen Gegenſtand. S. 272.

Stanford University Libraries
3 6105 124 427 837

JX
691
R48
v.34

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.